

Falls Sie Fragen zum Inhalt dieses Teilprospekts, zu den mit der Anlage in der Gesellschaft verbundenen Risiken oder dazu, ob sich eine Anlage in der Gesellschaft für Sie eignet, haben, sollten Sie sich bei Ihrem Wertpapiermakler, Ihrer Bank, Ihrem Rechtsanwalt, Ihrem Buchhalter oder anderen unabhängigen Finanz- oder Steuerberater erkundigen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft, dessen Mitglieder auf Seite V aufgeführt sind, trägt die Verantwortung für die in diesem Teilprospekt enthaltenen Informationen. Diese Informationen entsprechen nach bestem Wissen und Gewissen der Verwaltungsratsmitglieder (die sich mit aller nötigen Sorgfalt darüber vergewissert haben) den Tatsachen und es wurde nichts ausgelassen, was die Bedeutung dieser Angaben beeinflussen könnte.

BMO INVESTMENTS II (IRELAND) PLC

(eine Investmentgesellschaft mit variablem Kapital und beschränkter Haftung, die nach dem Recht Irlands gegründet wurde und unter der Nummer 457359 eingetragen ist und gemäß der OGAW-Verordnung als Umbrellafonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds geführt wird.

TEILPROSPEKT FÜR ANLEGER IN DER SCHWEIZ

mit den Teilvermögen

BMO LGM Asian Growth and Income Fund
BMO LGM Frontier Markets Fund
BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund
BMO LGM Asian Smaller Companies Fund

Dieser Teilprospekt ist datiert vom 12. Mai 2017

Dieser Teilprospekt ist ein Auszug aus dem Prospekt der Gesellschaft vom 9. Dezember 2015. Dieser Teilprospekt ist für Anleger in der Schweiz bestimmt und umfasst nur die Teilfonds, die zum Vertrieb in der Schweiz zugelassen sind. Er stellt keinen Prospekt im Sinne des irischen Gesetzes dar. Die irische Zentralbank hat weitere Teilfonds der Gesellschaft genehmigt, die jedoch nicht zum gewerbsmäßigen Vertrieb in der Schweiz zugelassen sind. Dieser Teilprospekt wird ausschließlich verwendet, um die Anteile der Gesellschaft in der Schweiz und von der Schweiz aus anzubieten und zu vertreiben. Er darf nicht verwendet werden, um Anteile der Gesellschaft in einem anderen Rechtshoheitsgebiet anzubieten oder zu vertreiben.

WICHTIGE INFORMATIONEN

Einige der in diesem Teilprospekt verwendeten Fachausdrücke sind im Abschnitt „Begriffsdefinitionen“ definiert.

Der Teilprospekt

Dieser Prospekt beschreibt die BMO Investments II (Ireland) plc, eine offene Investmentgesellschaft mit variablem Kapital und getrennter Haftung zwischen den Teilfonds, die in Irland gegründet und von der irischen Zentralbank als Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren im Sinne der OGAW-Verordnung zugelassen wurde. Die Gesellschaft ist als Umbrella-Fonds aufgebaut und kann in mehrere Teilfonds eingeteilt werden, von denen jeder einen gesonderten Vermögenspool darstellt, und wiederum in Anteilsklassen mit unterschiedlichen Eigenschaften aufgeteilt werden kann.

Nach der Veröffentlichung des ersten Jahresberichts der Gesellschaft darf dieser Teilprospekt nur zusammen mit einem Exemplar des aktuellen Jahresberichts abgegeben werden. Dieser Bericht wird einen integrierenden Bestandteil des Teilprospekts bilden. Die Anteilinhaber werden jedoch darauf hingewiesen, dass der im Jahresbericht enthaltene geprüfte Abschluss für die Gemeinschaft der Anteilinhaber am Bilanzstichtag erstellt wird und der Wirtschaftsprüfer in Bezug auf diesen Abschluss keine Haftung gegenüber anderen Personen übernimmt. Die zuletzt veröffentlichten Jahres- und Halbjahresberichte der Gesellschaft werden den Anlegern in der Gesellschaft auf Anfrage kostenlos zugestellt und dem Publikum gemäß den Angaben unter der Überschrift „Allgemeine Angaben – zur Einsichtnahme zur Verfügung stehende Dokumente“ zur Verfügung gestellt.

Genehmigung durch die irische Zentralbank

Die Gesellschaft wurde von der irischen Zentralbank genehmigt und untersteht deren Aufsicht. **Die Genehmigung der Gesellschaft durch die Zentralbank stellt keine Garantie in Bezug auf die Wertentwicklung der Gesellschaft dar, und die Zentralbank haftet nicht für die Performance oder den Leistungsverzug der Gesellschaft. Die Genehmigung der Gesellschaft stellt keine Unterstützung oder Garantie für die Gesellschaft durch die irische Zentralbank dar, und die Zentralbank ist auch nicht für den Inhalt dieses Teilprospekts verantwortlich.**

Beschränkungen für den Vertrieb und Verkauf von Anteilen

Die Verbreitung dieses Teilprospekts sowie das Angebot oder der Kauf von Anteilen können in bestimmten Rechtshoheitsgebieten Beschränkungen unterliegen. Personen, die in einem solchen Rechtshoheitsgebiet ein Exemplar dieses Teilprospekts oder ein Zeichnungsformular erhalten, dürfen den Teilprospekt und das Zeichnungsformular nicht als Aufforderung betrachten, Anteile zu zeichnen, und sie sollten das Zeichnungsformular unter keinen Umständen verwenden, außer sie könnten im betreffenden Rechtshoheitsgebiet eine solche Aufforderung rechtmäßig erhalten und ein solches Zeichnungsformular könne rechtmäßig ohne Einhaltung von Registrierungs- oder anderen gesetzlichen Anforderungen verwendet werden. Demgemäß stellt dieser Teilprospekt weder ein Angebot noch eine Aufforderung von jemandem in einem Rechtshoheitsgebiet dar, in dem ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung rechtswidrig sind, oder in dem die Person, die das Angebot oder die Aufforderung unterbreitet, nicht dazu befugt ist. Außerdem richtet dieser Teilprospekt auch kein Angebot und keine Aufforderung an eine Person, wenn dies als gesetzeswidrig gilt. Es liegt in der Verantwortung jeder Person, die im Besitz dieses Teilprospekts ist oder die einen Antrag auf Zeichnung von Anteilen gemäß dem vorliegenden Teilprospekt stellen möchte, sich über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen in jedem betreffenden Rechtshoheitsgebiet zu informieren und diese Bestimmungen einzuhalten. Potenzielle Antragsteller für Anteile sollten sich über die auf einen solchen Antrag anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen sowie über geltende Devisenkontrollbestimmungen und Steuern im Land ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Niederlassung oder ihres Wohnsitzes erkundigen.

Der Verwaltungsrat kann den Anteilsbesitz einer Person, Firma oder Körperschaft beschränken, wenn dieser Besitz aufsichtsrechtliche oder gesetzliche Vorschriften verletzen würde oder den steuerlichen Status der Gesellschaft berühren könnte. Etwaige auf einen bestimmten Teilfonds oder eine Anteilsklasse anwendbare Einschränkungen werden im Teilprospekt erwähnt. Wer Anteile unter

Verstoß gegen die vorstehend genannten Einschränkungen besitzt oder kraft seines Besitzes die Gesetze und Rechtsvorschriften eines zuständigen Rechtshoheitsgebietes verletzt oder wessen Besitz nach Auffassung des Verwaltungsrats dazu führen könnte, dass die Gesellschaft, ein Anteilinhaber oder ein Teilfonds steuerpflichtig wird oder einen auf Schadenersatzpflicht beruhenden finanziellen Nachteil erleidet, welche Steuerpflicht und/oder welcher finanzielle Nachteil sonst nicht eingetreten wäre, oder bei Vorliegen sonstiger Umstände, die nach Auffassung des Verwaltungsrats den Interessen der übrigen Anteilinhaber schaden könnten, muss die Gesellschaft, die Vertriebsgesellschaft (gemäß nachstehender Definition), den Anlageverwalter, die Verwahrstelle, die Verwaltungsstelle und die Anteilinhaber für jegliche Verluste entschädigen, die diesen oder einigen von ihnen als Folge davon entstehen, dass die betreffende Person oder betreffenden Personen Anteile der Gesellschaft erwirbt/erwerben oder besitzt/besitzen.

Der Verwaltungsrat ist gemäß Satzung ermächtigt, Anteile zwangsweise zurückzunehmen und/oder zu annullieren, deren Besitz oder wirtschaftliches Eigentum die in diesem Teilprospekt beschriebenen Beschränkungen verletzt.

Großbritannien

Die Gesellschaft ist ein anerkannter Anlageorganismus im Sinne von Artikel 264 FSMA. Somit kann die Gesellschaft in Großbritannien durch Personen, die gemäß FSMA zur Ausübung des Investmentgeschäfts im Vereinigten Königreich zugelassen sind, vertrieben werden und unterliegt nicht den Beschränkungen von Artikel 238 FSMA.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die Anteile sind nicht und werden auch in Zukunft nicht nach dem amerikanischen Wertpapiergesetz von 1933 in seiner jeweils gültigen Fassung (das „Gesetz von 1933“) registriert und, außer bei Geschäften, die nicht gegen das Gesetz von 1933 oder andere geltende Wertpapiergesetze der Vereinigten Staaten (einschließlich und uneingeschränkt aller geltenden einzelstaatlichen Wertpapiergesetze) verstoßen, dürfen nicht direkt oder indirekt in den Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich des Bundesdistrikts Columbia), ihren Territorien oder Besitzungen oder in Gebieten, die ihrer Rechtshoheit unterliegen, oder an bzw. zugunsten von US-Personen angeboten oder verkauft werden. Weder die Gesellschaft noch ihre Teilfonds sind oder werden nach dem Investmentgesellschaftsgesetz der Vereinigten Staaten von 1940 in seiner jeweils gültigen Fassung registriert. **Ungeachtet des vorstehend erwähnten Verbots zum Angebot und Verkauf der Anteile in den Vereinigten Staaten oder an bzw. zugunsten von US-Personen kann die Gesellschaft ihre Anteile bei einer beschränkten Anzahl oder einer bestimmten Kategorie von US-Personen privat platzieren.**

Risikofaktoren

Bitte bedenken Sie, dass der Wert von Anteilen und die Erträge daraus sowohl sinken als auch steigen können und dass ein Anleger daher möglicherweise nicht den vollen angelegten Betrag zurück erhält. Es kann nicht gewährleistet werden, dass die Gesellschaft ihr Anlageziel erreicht. Ihre Ergebnisse können im Laufe der Zeit erheblich schwanken. Der Verwaltungsrat ist befugt, eine Rücknahmegebühr von maximal 3% des Nettoinventarwerts der zurückgenommenen Anteile zu erheben. Aufgrund des jeweiligen Unterschieds zwischen dem Ausgabepreis (zu dem ggf. ein Ausgabeaufschlag oder eine Zeichnungsgebühr hinzu kommt) und dem Rücknahmepreis der Anteile (von dem ggf. eine Rücknahmegebühr abgezogen wird) sollten Anlagen mit einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont getätigt werden. Dieser Teilprospekt sollte vollständig gelesen werden und vor der Zeichnung von Anteilen sollten die auf Seite 20 bis Seite 31 erläuterten Risikofaktoren berücksichtigt werden.

Verlass auf diesen Teilprospekt

Die in diesem Teilprospekt gemachten Aussagen beruhen auf Gesetzen und Praktiken, die zum Datum des Teilprospekts in der Republik Irland in Kraft sind und Änderungen unterliegen können. Weder die Übergabe dieses Teilprospekts noch das Angebot, die Ausgabe oder der Verkauf von Anteilen der Gesellschaft stellen in irgendeiner Weise eine Zusicherung dar, dass sich die Verhältnisse bei der Gesellschaft seit dem Datum dieses Teilprospekts nicht geändert haben. Dieser Teilprospekt wird von der Gesellschaft aktualisiert, um jeglichen wesentlichen Änderungen, die sich von Zeit zu Zeit ergeben, Rechnung zu tragen, und solche Änderungen werden der Zentralbank im Voraus angezeigt. Angaben oder Zusicherungen, die nicht in diesem Teilprospekt enthalten sind, oder die von einem Wertpapiermakler, einem Verkäufer oder einer anderen Person gemacht werden, sind als nicht genehmigt anzusehen, und daher sollte sich niemand darauf verlassen.

Anleger sollten den Inhalt dieses Teilprospekts nicht als Rechts-, Steuer- oder Anlageberatung oder als Rat in einer anderen Angelegenheit betrachten. Sie sollten sich bei Ihrem Wertpapiermakler, Steuerberater, Rechtsanwalt, unabhängigen Finanzberater oder einem anderen Fachberater erkundigen.

Übersetzungen

Dieser Teilprospekt kann in andere Sprachen übersetzt werden, doch darf eine solche Übersetzung nur die gleichen Angaben enthalten und die gleiche Bedeutung haben wie der Prospekt in englischer Sprache. Sollten zwischen der englischen Fassung des Prospekts und der Übersetzung des Teilprospekts Abweichungen bestehen, ist die englische Fassung maßgebend, es sei denn, dass (und nur insoweit wie) das Recht eines Landes, in dem die Anteile verkauft werden, verlangt, dass in einem gerichtlichen Verfahren, das auf einer Prospektveröffentlichung in einer anderen Sprache als Englisch beruht, die Sprache des Teilprospekts maßgebend ist, auf dem das betreffende Verfahren beruht.

ADRESSVERZEICHNIS

BMO INVESTMENTS II (IRELAND) PLC	
Verwaltungsrat	Sitz der Gesellschaft
Anthony Cousins Eimear Cowhey Barry McInerney Paul McNaughton Drew Newman Diane Seymour-Williams	78 Sir John Rogerson's Quay Dublin 2 Irland
	Verwahrstelle
	State Street Custodial Services (Ireland) Limited 78 Sir John Rogerson's Quay Dublin 2 Irland
Anlageverwalter und Vertriebsgesellschaft	Rechtsberater
LGM Investments Limited 95 Wigmore Street London W1U 1HH Großbritannien	Arthur Cox Earlsfort Centre Earlsfort Terrace Dublin 2 Irland
Verwalter	Gesellschaftssekretär
State Street Fund Services (Ireland) Limited 78 Sir John Rogerson's Quay Dublin 2 Irland	Bradwell Limited Arthur Cox Building Earlsfort Terrace Dublin 2 Irland
Wirtschaftsprüfer	
KPMG 1-2 Harbourmaster Place International Financial Services Centre Dublin 1 Irland	

BEGRIFFSDEFINITIONEN	1
EINLEITUNG.....	8
Die Gesellschaft	8
Anlageziel und Anlagepolitik	9
Anlagebeschränkungen	17
Kreditaufnahmebefugnisse	17
Einhaltung von Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen	18
Änderung der Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen	18
Effizientes Portfoliomanagement.....	18
Anteilsklassen mit Währungsabsicherung	19
Finanzderivate	20
Arten und Beschreibung von Finanzderivaten	20
Risikofaktoren	22
MANAGEMENT UND VERWALTUNG	34
Der Verwaltungsrat	34
Der Anlageverwalter	35
Der Verwalter.....	36
Die Verwahrstelle	37
Zahlstellen/Vertreter/Untervertriebsstellen.....	37
Mögliche Interessenkonflikte, Best-Execution-Prinzip und Ausübung von Stimmrechten.....	38
Geldwerte Vorteile (<i>Soft Commissions</i>).....	39
Retrozessionen und Gebührenteilung	39
GEBÜHREN UND AUFWENDUNGEN	40
Gründungskosten	40
Betriebsaufwendungen und -gebühren.....	40
Gebühren des Verwalters	41
Verwahrstellengebühren	41
Gebühren des Anlageverwalters	41
Zahlstellengebühren	44
Gebühren der Vertriebsgesellschaft	44
Rücknahmegebühr	44
Verwässerungsausgleich/Gebühren und Spesen	44
Honorare der Verwaltungsratsmitglieder	44
Zuordnung von Gebühren und Aufwendungen	45
Rückerstattung von Gebühren.....	45
DIE ANTEILE	46
Allgemein.....	46
Missbräuchliche Handelspraktiken/Market Timing.....	47
Erstausgabe von Anteilsklassen	47
Zeichnungsantrag für Anteile.....	48
Eigentumsbestätigung	51
Mindesterstzeichnungsbetrag, Mindestbeteiligung und Mindesttransaktionsgröße	52
Rücknahme von Anteilen	53
Umwandlung von Anteilen	56
Nettoinventarwert und Vermögensbewertung	57
Veröffentlichung des Nettoinventarwerts je Anteil	60
Aussetzung der Vermögensbewertung.....	61
Aussetzung des Handels	61
Dividenden und Ausschüttungen	62
Besteuerung bei Eintreten bestimmter Ereignisse.....	62

BESTEuerung.....	64
Besteuerung der Gesellschaft.....	64
Steuerbefreite in Irland ansässige Anteilhaber.....	66
Besteuerung von nicht in Irland ansässigen Anteilhabern	66
Besteuerung von in Irland ansässigen Anteilhabern	67
Ausländische Dividenden	69
Stempelsteuer.....	69
Ansässigkeit	69
Veräußerung von Anteilen und irische Kapitalerwerbssteuer.....	71
EU-Zinsrichtlinie	71
Der gemeinsame Meldestandard der OECD	72
Foreign Account Tax Compliance Act	72
ALLGEMEINE INFORMATIONEN.....	74
Gründung, Sitz und Anteilskapital.....	74
Änderung von Anteilsrechten und Vorzugsrechten	74
Stimmrechte	74
Versammlungen	75
Berichte und Abschlüsse.....	76
Mitteilungen und Ankündigungen für Anteilhaber.....	76
Übertragung von Anteilen.....	76
Verwaltungsrat.....	77
Interessen von Verwaltungsratsmitgliedern	79
Auflösung	79
Haftungsfreistellung und Versicherung	81
Allgemein.....	81
Umgang mit Beschwerden	81
Wesentliche Verträge.....	82
Zur Einsichtnahme zur Verfügung stehende Dokumente	83
ANHANG I – Anlagebeschränkungen	84
ANHANG II – Anerkannte Börsen.....	91
ANHANG III – Finanzderivate.....	95
ANHANG IV – Zusätzliche Informationen für Anleger in der Schweiz.....	108

Begriffsdefinitionen

In diesem Teilprospekt werden die folgenden Begriffe und Ausdrücke mit der unten angegebenen Bedeutung verwendet:

Alle Hinweise auf eine bestimmte Tageszeit beziehen sich auf irische Zeit, sofern nichts anderes angegeben ist.

„Bilanzstichtag“	der 31. Dezember jedes Jahres oder jenes andere Datum, das der Verwaltungsrat jeweils bestimmt und den Anteilhabern und der irischen Zentralbank im Voraus mitteilt.
„Rechnungsperiode“	Zeitraum, der am Bilanzstichtag endet und am ersten Tag nach Ablauf der vorangehenden Rechnungsperiode beginnt.
„Aktiengesetz“	bedeutet das Companies Act 2014 in seiner jeweils gültigen Fassung, alle Rechtsverordnungen, die zusammen mit dem Companies Act 2014 zu lesen und auszulegen sind, sowie alle jeweils geltenden Gesetzesänderungen und Novellierungen derselben.
„Verwalter“	State Street Fund Services (Ireland) Limited oder eine andere Person, die gemäß Vorschrift der irischen Zentralbank zur Verwaltungsstelle der Gesellschaft bestellt werden kann.
„Verwaltungsvereinbarung“	der zwischen der Gesellschaft und der Verwaltungsstelle abgeschlossene Vertrag vom 30. Mai 2008 in seiner jeweils gültigen Fassung.
„Änderungsrichtlinie“	wird mit der im Abschnitt „EU-Zinsrichtlinie“ dieses Prospekts definierten Bedeutung verwendet.
„Antragsformular“	jedes Antragsformular (einschließlich jedes nachfolgenden Antragsformulars), welches Personen, die Anteile zeichnen möchten, nach den jeweils geltenden Vorschriften der Gesellschaft ausfüllen müssen.
„Satzung“	bezeichnet die Gründungsurkunde und die Satzung der Gesellschaft in ihrer jeweils gültigen Fassung, in Übereinstimmung mit den Vorschriften der irischen Zentralbank.
„Abschlussprüfer“	KPMG
„Basiswährung“	bezeichnet die Basiswährung jedes Teilfonds (die im Abschnitt „Die Gesellschaft – Anlageziel und -strategien“ genauer beschrieben wird.)
„Referenzindex“	bedeutet: (i) für den BMO LGM Frontier Markets Fund – eine Veränderung des Indexstandes (wie nachfolgend festgelegt) innerhalb der Zeitspanne, die dem Berechnungszeitraum der Performancegebühr entspricht, und in Prozenten ausgedrückt wird. „Index“ bedeutet einen zusammengesetzten Index, bestehend aus: 50% der Tagesrendite des MSCI Frontier Markets Index (nach Wiederanlage der Nettodividenden), ein Freefloat-adjustierter, kapitalisierungsgewichteter Index, der die Aktienmarktpformance bestimmter Schwellenländer misst. Am 19. September 2014 umfasste der MSCI Frontier Markets Index (nach Wiederanlage der Nettodividenden) die nachfolgend aufgeführten 24 Länder: Argentinien, Bahrain, Bangladesch, Bulgarien, Kroatien, Estland, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Kuwait, Libanon, Litauen, Mauritius, Marokko, Nigeria, Oman,

Pakistan, Rumänien, Serbien, Slowenien, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine und Vietnam; sowie

50% der Tagesrendite des MSCI Frontier Markets ex GCC Countries Index (nach Wiederanlage der Nettodividenden), ein Freefloat-adjustierter, kapitalisierungsgewichteter Index, der die Aktienmarktpformance bestimmter Schwellenländer ohne GCC-Staaten misst und am 19. September 2014 die folgenden Märkte nicht berücksichtigt: Bahrain, Kuwait und Oman.

Der Composite Index wird an jedem Veröffentlichungsdatum neu ausgerichtet, sodass jede Indexkomponente wieder 50% ausmacht. Weitere Ausführungen finden Sie auf www.msci.com.

„Benchmark-Wert“	bezeichnet die Hochwassermarke für die Performancegebühr, welche um die seit dem vorangegangenen Berechnungstag verzeichneten (positiven und negativen) Renditen des Referenzindex angepasst wird, unter Berücksichtigung unterjähriger Berechnungszeiträume.
„Geschäftstag“	jeder Tag (mit Ausnahme von Samstag und Sonntag), an dem die Banken in Dublin, Hongkong und London in der Regel für den Geschäftsverkehr geöffnet sind, und jeder andere Tag, den der Verwaltungsrat festlegen kann und der den Anteilhabern im Voraus mitgeteilt wird.
„Berechnungstag“	wird gemäß Definition im Abschnitt „Gebühren und Kosten – Anlageverwaltungsgebühren – Performancegebühr“ verwendet.
„Berechnungszeitraum“	wird gemäß Definition im Abschnitt „Gebühren und Kosten – Anlageverwaltungsgebühren – Performancegebühr“ verwendet.
„Zentralbank“	bezeichnet die irische Zentralbank und jede ihr gegebenenfalls nachfolgende Aufsichtsbehörde, die für die Zulassung und die Beaufsichtigung der Gesellschaft zuständig ist;
„Zentralbankgesetz“	bezeichnet das irische Gesetz <i>Central Bank (Supervision and Enforcement) Act 2013</i> in seiner jeweils gültigen, geänderten, ergänzten oder ersetzten Fassung.
„OGAW-Verordnungen der Zentralbank“	bezeichnet die <i>Central Bank (Supervision and Enforcement) Act 2013 (Section 48(1)) (Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities) Regulations 2015</i> der irischen Zentralbank in ihrer jeweils gültigen geänderten oder ergänzten Fassung.
„Regeln der Zentralbank“	bezeichnet die von der irischen Zentralbank gemäß der OGAW-Verordnung, den OGAW-Verordnungen der Zentralbank und/oder dem Zentralbankgesetz erlassenen Verordnungen, Richtlinien und Bedingungen betreffend die Aufsicht über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, in ihrer jeweils gültigen, geänderten, ergänzten oder ersetzten Fassung.
„Anteilsklasse“	bedeutet eine oder mehrere Anteilsklassen eines Teilfonds.
„Gesellschaft“	bezeichnet die BMO Investments II (Ireland) plc.
„Länderspezifische Ergänzung“	bezeichnet eine Ergänzung zu diesem Teilprospekt, die spezifische Angaben zum Angebot von Anteilen der Gesellschaft oder eines ihrer Teilfonds oder einer Anteilsklasse in einem bestimmten Land enthält.

„Verwahrstelle“	bezeichnet die State Street Custodial Services (Ireland) Limited oder eine andere Person, die gemäß Vorschrift der irischen Zentralbank zur Verwahrstelle der Gesellschaft bestellt werden kann.
„Verwahrstellenvertrag“	der zwischen der Gesellschaft und der Verwahrstelle abgeschlossene Vertrag vom 30. Mai 2008 in seiner jeweils gültigen Fassung.
„Handelstag“	bedeutet: <ul style="list-style-type: none"> (i) in Bezug auf den BMO LGM Asian Growth and Income Fund, den BMO LGM Asian Smaller Companies Fund und den BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund, jeder Geschäftstag oder alle anderen Tage, die der Verwaltungsrat festlegen kann und die den Anteilinhabern im Voraus mitgeteilt werden, vorausgesetzt dass es alle zwei Wochen mindestens einen Handelstag gibt. (ii) in Bezug auf den BMO LGM Frontier Markets Fund, der 15. Kalendertag jedes Monats (oder, falls dies kein Geschäftstag ist, der direkt davorliegende Geschäftstag) und der letzte Geschäftstag des Monats oder alle anderen Tage die der Verwaltungsrat festlegen kann und die den Anteilinhabern im Voraus mitgeteilt werden, vorausgesetzt dass es mindestens zwei Handelstage pro Monat in regelmäßigen Abständen gibt.
„Handelsschluss“	bedeutet: <ul style="list-style-type: none"> (i) in Bezug auf den BMO LGM Asian Growth and Income Fund und den BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund, 16:00 Uhr (irische Zeit) am Geschäftstag vor jedem Handelstag oder jeder andere Zeitpunkt, den der Verwaltungsrat bestimmt und der den Anteilinhabern im Voraus mitgeteilt wird, vorausgesetzt dass der Handelsschluss nicht nach dem Bewertungszeitpunkt liegt. (ii) in Bezug auf alle Anteilsklassen des BMO LGM Asian Smaller Companies Fund und des BMO LGM Frontier Markets Fund mit Ausnahme der Klassen A ausschüttend und A thesaurierend, 16:00 Uhr (irische Zeit) vier (4) Geschäftstage vor dem Handelstag; und für die Anteilsklassen A Ausschüttend und A Thesaurierend des BMO LGM Asian Smaller Companies Fund und des BMO LGM Frontier Markets Fund 16:00 Uhr (irische Zeit) ein (1) Geschäftstag vor einem Handelstag oder jeder andere Zeitpunkt, den der Verwaltungsrat bestimmt und der den Anteilinhabern im Voraus mitgeteilt wird, vorausgesetzt dass der Handelsschluss nicht nach dem Bewertungszeitpunkt liegt.
„Verwaltungsrat“	Der Verwaltungsrat der Gesellschaft oder ein ordnungsgemäß ermächtigter Ausschuss oder Delegierter des Verwaltungsrats.
„EWR“	bezeichnet den Europäischen Wirtschaftsraum.
„Euro“ oder „€“	bezeichnet die Einheitswährung der Europäischen Union.
„Europäische Union“	bedeutet die Europäische Union, die am Datum dieses Teilprospekts die folgenden Länder umfasst: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei,

	Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn, das Vereinigte Königreich und Zypern.
„Teilprospekt“	dieser nach Maßgabe der OGAW-Verordnung herausgegebene Teilprospekt der Gesellschaft.
„FCA“	die Finanzaufsichtsbehörde (Financial Conduct Authority) des Vereinigten Königreichs.
„Letzter Nettoinventarwert“	wird gemäß Definition im Abschnitt „Gebühren und Kosten – Anlageverwaltungsgebühren – Performancegebühr“ verwendet.
„Frontier-Märkte“	sind Märkte in einem sehr frühen Entwicklungsstadium, die im Vergleich zu den Märkten in Industrie- und Schwellenländern größere Risiken bergen und potenziell höhere Erträge bieten. Als Frontier-Märkte gelten unter anderem: Argentinien, Bahrain, Bangladesch, Bulgarien, Kroatien, Estland, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Kuwait, Libanon, Litauen, Mauritius, Marokko, Nigeria, Oman, Pakistan, Rumänien, Serbien, Slowenien, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine und Vietnam.
„FSMA“	das britische Finanzmarktdienstleistungsgesetz von 2000 und alle seine Änderungen und Novellierungen.
„Teilfonds“	die von der Gesellschaft jeweils aufgelegten Teilfonds, einschließlich aller in diesem Teilprospekt aufgeführten Teilfonds, sofern zutreffend.
„Erstausgabepreis“	der bei der Erstausgabe oder Neuausgabe von Anteilen zahlbare Preis pro Anteil (wie im Abschnitt „Die Anteile – Erstausgabe von Anteilsklassen“)
„Anlageverwalter“	LGM Investments Limited oder eine andere nach Vorschrift der irischen Zentralbank zum Anlageverwalter der Gesellschaft bestellte Person, wobei der Anlageverwalter nach den Vorgaben der irischen Zentralbank Unter-Anlageverwalter bestellen kann.
„Anlageverwaltungs- und Vertriebsvertrag“	der zwischen der Gesellschaft und dem Anlageverwalter am 30. Mai 2008 unterzeichnete Vertrag in seiner jeweils gültigen Fassung.
„Irland“	die Republik Irland
„EU-Mitgliedstaat“	die jeweiligen Mitgliedstaaten der Europäischen Union
„Mindestbestand“	die minimale Anzahl oder der Mindestwert von Anteilen, die ein Anteilinhaber halten muss.
„Mindesterstzeichnung“	der bei der Erstzeichnung von Anteilen investierte Betrag.
„Geldmarktinstrumente“	die in der Regel am Geldmarkt gehandelten Instrumente, die liquide sind und deren Wert jederzeit genau ermittelt werden kann.
„Nettoinventarwert“	der Nettoinventarwert der Gesellschaft, eines Teilfonds oder einer Anteilsklasse (je nach Fall), der wie hierin beschrieben berechnet wird.
„Nettoinventarwert pro Anteil“	der Nettoinventarwert einer Anteilsklasse geteilt durch die Anzahl der in dieser Klasse ausgegebenen Anteile, gerundet auf die vom Verwaltungsrat festgelegte Anzahl Dezimalstellen.
„OECD-Mitgliedstaat“	Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, die Slowakische Republik, Slowenien, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Tschechische Republik, die Türkei, Ungarn, das Vereinigte

	Königreich und die Vereinigten Staaten und jedes andere Land, das zum gegebenen Zeitpunkt Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist.
„Zahlstelle“	die von der Gesellschaft in einzelnen Ländern bestellten Zahlstellen, Vertreter, Vertriebssträger und Korrespondenzbanken.
„Performancegebühr-Hochwassermarke“	(a) für den ersten Berechnungszeitraum der Erstausgabepreis der betreffenden Anteile (ohne Ausgabeaufschlag und Verwässerungsausgleich) und (b) für die nachfolgenden Berechnungszeiträume (i) die Performancegebühr-Hochwassermarke des vorangegangenen Berechnungszeitraumes bereinigt um die Rendite des Referenzindex in selbigem Berechnungszeitraum oder, falls im vorangegangenen Berechnungszeitraum eine Performancegebühr gezahlt wurde, (ii) der letzte Nettoinventarwert pro Anteil am Ende des vorangegangenen Berechnungszeitraumes bereinigt um die bereits gezahlte Performancegebühr.
„Prospekt“	dieser nach Maßgabe der OGAW-Verordnung herausgegebene Prospekt der Gesellschaft.
„Verantwortliche Person“	bezeichnet die Gesellschaft
„Anerkannte Börse“	die im Anhang II aufgeführten Börsen und Märkte.
„Zinsrichtlinie“	wird mit der im Abschnitt „EU-Zinsrichtlinie“ dieses Prospekts definierten Bedeutung verwendet.
„Anteil“	ein Anteil oder Anteile und, sofern in diesem Teilprospekt nichts anderes festgelegt wird, Anteilsbruchteile, die einen Anteil bzw. Anteile an der Gesellschaft verkörpern.
„Anteilinhaber“	eine Person, die als gegenwärtiger Inhaber von Anteilen in dem von oder im Namen der Gesellschaft geführten Register der Anteilinhaber eingetragen ist.
„Pfund Sterling“ oder „GBP“	die aktuelle gesetzliche Währung im Vereinigten Königreich.
„OGAW“	Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, der gemäß der irischen OGAW-Verordnung errichtet wurde, oder gemäß der OGAW-Richtlinie, falls der OGAW in einem anderen EU-Mitgliedstaat errichtet wurde.
„OGAW-Richtlinie“	die Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) in der jeweils gültigen Fassung.
„OGAW-Verordnung“	die irische Durchführungsverordnung <i>European Communities (Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities) Regulations 2011</i> (in der jeweils gültigen Fassung) sowie alle Verordnungen und Mitteilungen der irischen Zentralbank.
„Vereinigtes Königreich“	das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.
„Vereinigte Staaten“	die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich des Bundesdistrikts Columbia), deren Territorien und Besitztümer und sonstigen Gebiete, die ihrer Rechtshoheit unterliegen.
„US-Dollar“ oder „USD“	die gesetzliche Währung der Vereinigten Staaten.

„US-Person“

bedeutet:

- (a) jede in den Vereinigten Staaten ansässige natürliche Person;
- (b) jede nach dem Recht der Vereinigten Staaten gebildete oder gegründete Personen- oder Kapitalgesellschaft;
- (c) jeder Nachlass, für den eine US-Person als Testamentsvollstrecker oder Nachlassverwalter eingesetzt wurde;
- (d) jeder Trust, bei dem eine US-Person als Trustee waltet;
- (e) jede Vertretung und Zweigniederlassung einer ausländischen Einrichtung in den Vereinigten Staaten;
- (f) jedes Konto ohne Verwaltungsvollmacht oder ähnliches Konto (mit Ausnahme von Nachlass- und Treuhandvermögen), das von einem Händler oder anderen Treuhänder zu Gunsten oder für Rechnung einer US-Person geführt wird;
- (g) jedes Konto mit Verwaltungsvollmacht oder ähnliches Konto (mit Ausnahme von Nachlass- und Treuhandvermögen), das von einem Händler oder anderen Treuhänder geführt wird, der in den Vereinigten Staaten errichtet oder gegründet wurde oder (bei natürlichen Personen) in den Vereinigten Staaten ansässig ist.
- (h) jede Personen- oder Kapitalgesellschaft, wenn sie
 - (i) nach dem Recht eines anderen Landes als den Vereinigten Staaten errichtet oder gegründet wurde, und
 - (ii) von einer US-Person hauptsächlich zum Zweck gebildet wurde, in Wertpapieren anzulegen, die nicht nach dem Gesetz von 1933 registriert sind, außer sie wurde errichtet oder gegründet und befindet sich im Besitz von anerkannten Investoren (gemäß Definition in Rule 501(a) der Regulation D des Gesetzes von 1933), die keine natürlichen Personen, Nachlass- oder Treuhandvermögen sind.

Keine US-Person ist:

- (a) jedes Konto mit Verwaltungsvollmacht oder ähnliches Konto (mit Ausnahme von Nachlass- und Treuhandvermögen), das von einem Händler oder anderen professionellen Treuhänder, der in den Vereinigten Staaten errichtet oder gegründet wurde oder (bei natürlichen Personen) in den Vereinigten Staaten ansässig ist, zu Gunsten oder für Rechnung einer Nicht-US-Person geführt wird;
- (b) jeder Nachlass, bei dem ein als Testamentsvollstrecker oder Nachlassverwalter waltender professioneller Treuhänder eine US-Person ist, sofern
 - (i) ein Testamentsvollstrecker oder Nachlassverwalter des Nachlasses, der keine US-Person ist, die alleinige oder geteilte Verwaltungsvollmacht über das Nachlassvermögen hat, und
 - (ii) der Nachlass ausländischem Recht unterliegt;
- (c) jedes Treuhandvermögen, bei dem ein als Trustee waltender professioneller Treuhänder eine US-Person ist, falls ein Trustee, der keine US-Person ist, die alleinige oder geteilte Verwaltungsvollmacht über das Treuhandvermögen hat und kein Begünstigter

des Treuhandvermögens (und kein Treugeber bei widerrufbaren Trusts) eine US-Person ist;

- (d) ein Arbeitnehmersorgeplan, der nach den Gesetzen, der üblichen Praxis und der Dokumentation eines Landes außerhalb der Vereinigten Staaten eingerichtet und verwaltet wird;
- (e) eine Vertretung oder Zweigniederlassung einer US-Person mit Sitz außerhalb der Vereinigten Staaten, wenn:
 - (i) die Vertretung oder Zweigniederlassung aus legitimen geschäftlichen Gründen betrieben wird; und
 - (ii) die Vertretung oder Zweigniederlassung das Versicherungs- oder Bankgeschäft betreibt und im Land, in dem sie sich befindet, einer strengen Versicherungs- und Bankenaufsicht untersteht; sowie
- (f) der Internationale Währungsfond, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, verwandten Organisationen und Pensionspläne sowie ähnliche internationale Organisationen und deren Sonderorganisationen, verwandte Organisationen und Pensionspläne.

„Bewertungszeitpunkt“

Geschäftsschluss (irische Zeit) am betreffenden Handelstag oder ein anderer vom Verwaltungsrat festgelegter Zeitpunkt, der den Anteilhabern im Voraus mitgeteilt wird, vorausgesetzt, dass der Bewertungszeitpunkt nicht vor dem Handelsschluss liegen darf.

EINLEITUNG

Die Gesellschaft

Die Gesellschaft ist eine offene Investmentgesellschaft mit variablem Kapital, die am 14. Mai 2008 nach dem Aktiengesetz in Irland gegründet und unter der Nummer 457359 eingetragen wurde. Die Gesellschaft wurde von der irischen Zentralbank als OGAW im Sinne der OGAW-Verordnung genehmigt.

Die Gesellschaft hat die Struktur eines Umbrellafonds mit verschiedenen Teilfonds, von denen jeder eine oder mehrere Anteilsklassen umfasst. Die Haftung zwischen den Teilfonds ist getrennt. Die von jedem Teilfonds ausgegebenen Anteile sind untereinander in jeder Hinsicht gleichwertig, können jedoch in bestimmten Aspekten voneinander abweichen, wie beispielsweise in Bezug auf Nennwährung, etwaige Absicherungsstrategien gegenüber Klassenwährungen, Ausschüttungspolitik, Stimmrechte, Kapitalrendite, Höhe der belasteten Kosten und Gebühren, Mindesterstzeichnung und Mindestbesitz. Das Vermögen jedes Teilfonds wird vom Vermögen der anderen Teilfonds getrennt angelegt gemäß dem Anlageziel und der Anlagepolitik jedes einzelnen Teilfonds. Für die einzelnen Anteilsklassen werden keine gesonderten Vermögensbestände gebildet.

Die Gesellschaft hat die Genehmigung der irischen Zentralbank zur Auflegung der nachfolgend aufgeführten Anteilsklassen erhalten: Weitere Teilfonds und Anteilsklassen solcher zusätzlicher Teilfonds können zu einem späteren Zeitpunkt gemäß den Vorschriften der irischen Zentralbank aufgelegt werden.

Name des Teilfonds	Basiswährung	Anteilsklassen
BMO LGM Asian Growth and Income Fund	US-Dollar	Klasse A ausschüttend Klasse A thesaurierend Klasse B ausschüttend Klasse B thesaurierend Klasse E ausschüttend Klasse E thesaurierend Klasse S ausschüttend Klasse S thesaurierend Klasse W ausschüttend Klasse W thesaurierend
BMO LGM Asian Smaller Companies Fund	US-Dollar	Klasse A ausschüttend Klasse A thesaurierend Klasse B ausschüttend Klasse B thesaurierend Klasse E ausschüttend Klasse E thesaurierend
BMO LGM Frontier Markets Fund	US-Dollar	Klasse A ausschüttend Klasse A thesaurierend Klasse B ausschüttend Klasse B thesaurierend Klasse E ausschüttend Klasse E thesaurierend

Name des Teilfonds	Basiswährung	Anteilstklassen
BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund	US-Dollar	Klasse A ausschüttend Klasse A thesaurierend Klasse B ausschüttend Klasse B thesaurierend Klasse D ausschüttend Klasse D thesaurierend Klasse E ausschüttend Klasse E thesaurierend Klasse F ausschüttend Klasse F thesaurierend Klasse S ausschüttend Klasse S thesaurierend Klasse W ausschüttend Klasse W thesaurierend

Anlageziel und Anlagepolitik

Nachfolgend werden die spezifischen Anlageziele und die Anlagepolitik jedes Teilfonds erläutert.

Solange der Erlös aus der Platzierung oder dem Angebot von Anteilen noch nicht angelegt worden ist oder wenn Markt- oder andere Faktoren dies rechtfertigen, kann das Vermögen eines Teilfonds in Geldmarktinstrumenten angelegt werden, darunter Einlagenzertifikate, variabel verzinsliche Obligationen und fest oder variabel verzinsliche, an einer anerkannten Börse notierte oder gehandelte Commercial Paper sowie in Bareinlagen, die auf eine oder mehrere vom Anlageverwalter bestimmte Währungen lauten.

Die Änderung des Anlageziels und jede wesentliche Veränderung der Anlagepolitik eines Teilfonds bedürfen der Genehmigung durch die Mehrheit der auf einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Versammlung der Anteilinhaber des betreffenden Teilfonds abgegebenen Stimmen. Im Fall einer Änderung des Anlageziels und/oder der Anlagepolitik eines Teilfonds werden die Anteilinhaber des betreffenden Teilfonds mit angemessener Frist von dieser Änderung in Kenntnis gesetzt, damit sie ihre Anteile falls gewünscht vor Inkrafttreten einer solchen Änderung zurückgeben können.

Anhang II enthält die Liste der anerkannten Börsen, an denen die Wertpapier- und Derivate-Anlagen eines Teilfonds, die keine zulässigen Anlagen in nicht börsengehandelten Wertpapieren und OTC-Derivaten darstellen, notiert sind oder gehandelt werden.

Die Teilfonds können zu Anlage- und Absicherungszwecken Geschäfte mit Finanzderivaten abschließen. Da die Verwendung von Derivaten zu Anlage- und Absicherungszwecken zulässig ist, wird davon ausgegangen, dass die Teilfonds solche Instrumente vornehmlich zur Reduzierung von Risiken einsetzen werden. Es ist nicht zu erwarten, dass die Teilfonds durch den Einsatz von Finanzderivaten einer erheblichen Volatilität ausgesetzt sein werden. Die Teilfonds werden nicht mehr als 100% ihres Nettovermögens gehebelt.

Die Anlage in einem Teilfonds sollte keinen wesentlichen Teil eines Anlagenportfolios ausmachen und eignet sich unter Umständen nicht für alle Anleger. Anleger sollten den Abschnitt „Risikofaktoren“ lesen und beachten, bevor sie in einen Teilfonds investieren.

BMO LGM Asian Growth and Income Fund

Anlageziel

Der Fonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum durch Anlagen in einem aktiv verwalteten Portfolio an, das hauptsächlich in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren von Unternehmen in Asien angelegt ist, die Potenzial für Kapitalwachstum und wachsende Dividendenzahlungen aufweisen.

Anlagepolitik

Der Teilfonds investiert überwiegend in die nachfolgend beschriebenen Aktien und aktienähnlichen Wertpapiere von Unternehmen in Asien, die an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden, und die nach Ansicht des Anlageverwalters Potenzial für Kapitalwachstum und wachsende Dividendenzahlungen aufweisen. Der Fonds kann auch in Unternehmen anlegen, die nach Ansicht des Anlageverwalters wesentlich im asiatischen Raum aktiv sind. Zum asiatischen Raum gehören beispielsweise Hongkong, Singapur, Malaysia, Thailand, Taiwan, China, Indonesien, Südkorea und die Philippinen. Der Fonds kann in entwickelten Märkten, Schwellenmärkten und Frontier-Märkten des asiatischen Raums anlegen und darf ein Engagement von bis zu 20% seines Nettoinventarwerts in Ländern aufweisen, die nicht zum MSCI AC Asia ex Japan Index (Net Dividends Reinvested) gehören, wie Japan und Vietnam. Zudem richtet der Anlageverwalter bei der Zusammenstellung des Anlagenportfolios sein Hauptaugenmerk auf Wertpapiere von Qualitätsunternehmen und berücksichtigt Faktoren wie ein nachhaltiges Geschäftsmodell, eine robuste Bilanz, eine bewährte Geschäftsleitung mit diszipliniertem Kapitalmanagement, eindeutige und gerechte Behandlung der Mehrheits- und Minderheitsaktionäre, Aktienkursbewertung, Marktkapitalisierung, Liquidität und Dividendenrendite.

Der Teilfonds kann sich in allen Wirtschaftszweigen und Branchen engagieren und wird in der Regel auf eine gut diversifizierte Sektor- und Branchenallokation achten. Der Anlageverwalter analysiert die Unternehmen mit einem langfristigen Anlagehorizont und ist bereit, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, um Titel von Qualitätsunternehmen zu erwerben, ohne deren inhärente Qualität zu teuer zu bezahlen. Der Anlageverwalter wird die Wertpapiere unter Berücksichtigung aller zum Auswahlzeitpunkt entscheidenden Informationen auswählen und sich nicht für oder gegen einen Wirtschaftszweig oder eine Branche entscheiden, sondern vielmehr die Qualität und das Kurshaussepotenzial einzelner Unternehmen genau unter die Lupe nehmen.

Zu diesen Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren zählen Stamm- und Vorzugsaktien (ohne Hebelung), American Depositary Receipts (ADRs) und Global Depositary Receipts (GDRs), P-Notes (die eine Derivatkomponente enthalten können), thailändische NVDR (stimmrechtslose Hinterlegungsscheine), REITs, ETFs, wandelbare Vorzugsaktien, wandelbare Schuldtitel wie Wandelanleihen und Optionsscheine (die eine Derivatkomponente enthalten).

Der Teilfonds darf nebenbei liquide Mittel halten. Außerdem darf der Teilfonds als defensive Anlagen Geldmarktinstrumente, Einlagenzertifikate und Commercial Paper halten.

Ungeachtet der vorstehenden Ausführungen darf der Teilfonds bis zu 10% seines Nettovermögens in Wertpapieren anlegen, die nicht an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden. Überdies darf er bis zu 10% seines Nettovermögens in Neuemissionen investieren, die innerhalb eines Jahres zur Notierung an einer anerkannten Börse zugelassen werden.

Der Teilfonds darf auch in andere offene kollektive Kapitalanlagen mit ähnlicher Anlagepolitik investieren (auch in andere Teilfonds der Gesellschaft und andere vom Anlageverwalter verwaltete Organismen) und in börsengehandelte geschlossene Fonds sowie in nicht börsengehandelte geschlossene Fonds, wenn dies nach Ansicht des Anlageverwalters im besten Interesse der Anteilinhaber des Teilfonds ist und sofern die in den Anlagebeschränkungen genannten Grenzen insgesamt eingehalten werden. Der Teilfonds wird höchstens 10% seines Nettoinventarwerts in andere kollektive Kapitalanlagen investieren.

Vorbehaltlich der in diesem Teilprospekt genannten Grenzen und in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik des Teilfonds darf der Teilfonds wie im Abschnitt „Anlagetechniken und -instrumente“ – „Art und Beschreibung der Finanzderivate“ beschrieben im Rahmen seiner Anlagepolitik Derivate, einschließlich OTC-Derivate verwenden, wie unter anderem Futures, Swaps, Optionen und Forwardkontrakte oder in andere Wertpapiere, wie Wandelpapiere und Participation Notes eingebettete Derivate. Derivate können sowohl zu Absicherungs- als auch zu Anlagezwecken eingesetzt werden, so auch als Ersatz für Direktanlagen in Wertpapieren oder um ein zusätzliches Engagement einzugehen, welches das mit einem herkömmlichen Wertpapierportfolio erreichte Engagement überschreitet, vorausgesetzt, die Beschränkungen und Vorgaben der OGAW-Verordnung werden jederzeit eingehalten. Mit dem Einsatz von Finanzderivaten werden typischerweise die folgenden Geschäftszwecke verfolgt: (a) das Exposure auf effizientere Weise zu verringern, wenn erwartet wird, dass ein Markt oder eine Währung, in denen der Teilfonds angelegt ist, fällt; (b) auf effiziente Weise Anlagen zu erwerben und zu veräußern, um große Zeichnungs- und Rücknahmeaufträge zu verwalten; oder (c) wenn der Zugang zu einem bestimmten Wertpapier über ein Derivat effizienter ist als über den Basiswert, beispielsweise bei Beschränkungen für ausländischen Besitz. Da die Währungspositionen des Teilfonds möglicherweise nicht mit den Anlagen des Teilfonds übereinstimmen, können sich die Wechselkursschwankungen auf diesen Teilfonds im Vergleich zu einem anderen Teilfonds mit ähnlichen Anlagen sehr unterschiedlich auswirken.

Durch den Einsatz von Derivaten (ob für Absicherungs- und/oder für Anlagezwecke) kann der Teilfonds den nachfolgend im Abschnitt „Risikofaktoren“ aufgeführten Risiken ausgesetzt sein. Das Exposure in Bezug auf die Basiswerte von Derivaten (mit Ausnahme von Indexderivaten) wird zusammen mit den Direktanlagen die im Teilprospekt und in den Vorschriften der Zentralbank genannten Anlagegrenzen nicht überschreiten. Der Teilfonds wird nicht zu mehr als 100% seines Nettovermögens gehebelt.

Die Basiswährung ist der US-Dollar.

Profil des typischen Anlegers

Der Teilfonds kann sich für Anleger eignen, die mit einer Fondsanlage auf praktische Weise an der Entwicklung des Kapitalmarktes teilhaben möchten, mit einer Ausrichtung auf Aktien und aktienähnliche Wertpapiere von Unternehmen in Asien und für Anleger, die sich der mit Aktienanlagen verbundenen Risiken bewusst sind. Der Teilfonds eignet sich außerdem für erfahrenere Anleger, die ein bestimmtes Anlageziel erreichen möchten. Es wird nicht garantiert, dass der Teilfonds sein Anlageziel erreichen kann. Die Anleger sollten Erfahrung mit Anlagen in Aktien haben und vorübergehend große Verluste verkraften können; daher eignet sich der Teilfonds vorwiegend für Investoren, die es sich leisten können, das Kapital für mehrere Jahre zur Seite zu legen. Je nach Marktbedingungen kann die Volatilität sehr groß sein.

BMO LGM Asian Smaller Companies Fund

Anlageziel

Der Fonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum durch Anlagen in einem aktiv gehandelten Portfolio an, das hauptsächlich in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren kleinerer Unternehmen in Asien angelegt ist.

Anlagepolitik

Der Fonds wird wie nachstehend beschrieben vorwiegend in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere von kleineren asiatischen Unternehmen investieren, die an einer anerkannten Börse notiert sind bzw. gehandelt werden. Kleinere Unternehmen bedeutet in diesem Zusammenhang Gesellschaften, die zum Zeitpunkt der Anlagen eine Marktkapitalisierung aufweisen, die in etwa jener von Unternehmen in einem Referenzindex für kleinkapitalisierte Gesellschaften entspricht. Wenn die Marktkapitalisierung eines Unternehmens, in das der Fonds investiert hat, in der Folge den Grenzwert des Referenzindex für kleinkapitalisierte Gesellschaften übersteigt, so wird diese Anlage nicht verkauft, es sei denn, dies ist nach Ansicht des Anlageverwalters im besten Interesse der Anteilinhaber. Der Fonds kann auch in kleineren Unternehmen anlegen, die nach dem Ermessen des Anlageverwalters einen wesentlichen Teil ihrer Geschäfte im asiatischen Raum tätigen. Zum asiatischen Raum gehören unter anderem Hongkong, Singapur, Malaysia, Thailand, Taiwan, China, Indonesien, Südkorea und die Philippinen. Der Fonds kann in entwickelten Märkten, Schwellenmärkten und Frontier-Märkten des asiatischen Raums anlegen und darf ein Engagement von bis zu 20% seines Nettoinventarwerts in Ländern aufweisen, die nicht zum MSCI AC Asia ex Japan Index (Net Dividends Reinvested) gehören, wie beispielsweise Japan und Vietnam. Zudem richtet der Anlageverwalter bei der Zusammenstellung des Anlagenportfolios sein Hauptaugenmerk auf Wertpapiere von Qualitätsunternehmen und berücksichtigt Faktoren wie ein nachhaltiges Geschäftsmodell, eine robuste Bilanz, eine bewährte Geschäftsleitung mit diszipliniertem Kapitalmanagement, eindeutige und gerechte Behandlung der Mehrheits- und der Minderheitsaktionäre, Aktienkursbewertung, Marktkapitalisierung, Liquidität und Dividendenrendite.

Der Teilfonds kann sich in allen Wirtschaftszweigen und Branchen engagieren und wird in der Regel auf eine gut diversifizierte Sektor- und Branchenallokation achten. Der Anlageverwalter analysiert die Unternehmen mit einem langfristigen Anlagehorizont und ist bereit, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, um Titel von Qualitätsunternehmen zu erwerben, ohne deren inhärente Qualität zu teuer zu bezahlen. Der Anlageverwalter wird die Wertpapiere unter Berücksichtigung aller zum Auswahlzeitpunkt entscheidenden Informationen auswählen und sich nicht für oder gegen einen Wirtschaftszweig oder eine Branche entscheiden, sondern vielmehr die Qualität und das Kurshaussepotenzial einzelner Unternehmen genau unter die Lupe nehmen.

Zu diesen Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren zählen Stamm- und Vorzugsaktien (ohne Hebelung), ADR/GDR, P-Notes (die eine Derivatkomponente enthalten können), thailändische NVDR (stimmrechtslose Hinterlegungsscheine), REITs, ETF, wandelbare Vorzugsaktien, wandelbare Schuldtitel wie Wandelanleihen und Optionsscheine (die eine Derivatkomponente enthalten).

Der Teilfonds darf nebenbei liquide Mittel halten. Außerdem darf der Teilfonds als defensive Anlagen Geldmarktinstrumente, Einlagenzertifikate und Commercial Paper halten.

Ungeachtet der vorstehenden Ausführungen darf der Teilfonds bis zu 10% seines Nettovermögens in Wertpapieren anlegen, die nicht an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden. Überdies darf er bis zu 10% seines Nettovermögens in Neuemissionen investieren, die innerhalb eines Jahres zur Notierung an einer anerkannten Börse zugelassen werden.

Der Teilfonds darf auch in andere offene kollektive Kapitalanlagen mit ähnlicher Anlagepolitik investieren (auch in andere Teilfonds der Gesellschaft und andere vom Anlageverwalter verwaltete Organismen) und in börsengehandelte geschlossene Fonds sowie in nicht börsengehandelte

geschlossene Fonds, wenn dies nach Ansicht des Anlageverwalters im besten Interesse der Anteilhaber des Teilfonds ist und sofern die in den Anlagebeschränkungen genannten Grenzen insgesamt eingehalten werden. Der Teilfonds wird höchstens 10% seines Nettoinventarwerts in andere kollektive Kapitalanlagen investieren.

Vorbehaltlich der in diesem Teilprospekt genannten Grenzen und in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik des Teilfonds darf der Teilfonds wie im Abschnitt „Anlagetechniken und -instrumente“ – „Art und Beschreibung der Finanzderivate“ beschrieben im Rahmen seiner Anlagepolitik Derivate, einschließlich OTC-Derivate verwenden, wie unter anderem Futures, Swaps, Optionen und Forwardkontrakte oder in andere Wertpapiere, wie Wandelpapiere und Participation Notes eingebettete Derivate. Derivate können sowohl zu Absicherungs- als auch zu Anlagezwecken eingesetzt werden, so auch als Ersatz für Direktanlagen in Wertpapieren oder um ein zusätzliches Engagement einzugehen, welches das mit einem herkömmlichen Wertpapierportfolio erreichte Engagement überschreitet, vorausgesetzt, die Beschränkungen und Vorgaben der OGAW-Verordnung werden jederzeit eingehalten. Mit dem Einsatz von Finanzderivaten werden typischerweise die folgenden Geschäftszwecke verfolgt: (a) das Exposure auf effizientere Weise zu verringern, wenn erwartet wird, dass ein Markt oder eine Währung, in denen der Teilfonds angelegt ist, fällt; (b) auf effiziente Weise Anlagen zu erwerben und zu veräußern, um große Zeichnungs- und Rücknahmeaufträge zu verwalten; oder (c) wenn der Zugang zu einem bestimmten Wertpapier über ein Derivat effizienter ist als über den Basiswert, beispielsweise bei Beschränkungen für ausländischen Besitz. Da die Währungspositionen des Teilfonds möglicherweise nicht mit den Anlagen des Teilfonds übereinstimmen, können sich die Wechselkursschwankungen auf diesen Teilfonds im Vergleich zu einem anderen Teilfonds mit ähnlichen Anlagen sehr unterschiedlich auswirken.

Durch den Einsatz von Derivaten (ob für Absicherungs- und/oder für Anlagezwecke) kann der Teilfonds den nachfolgend im Abschnitt „Risikofaktoren“ aufgeführten Risiken ausgesetzt sein. Das Exposure in Bezug auf die Basiswerte von Derivaten (mit Ausnahme von Indexderivaten) wird zusammen mit den Direktanlagen die im Teilprospekt und in den Vorschriften der Zentralbank genannten Anlagegrenzen nicht überschreiten. Der Teilfonds wird nicht zu mehr als 100% seines Nettovermögens gehebelt.

Die Basiswährung ist der US-Dollar.

Profil des typischen Anlegers

Der Teilfonds kann sich für Anleger eignen, die mit einer Fondsanlage auf praktische Weise an der Entwicklung des Kapitalmarktes teilhaben möchten, mit einer Ausrichtung auf Aktien und aktienähnliche Wertpapiere von kleineren Gesellschaften in Asien und für Anleger, die sich der mit Aktienanlagen verbundenen Risiken bewusst sind. Der Teilfonds eignet sich außerdem für erfahrenere Anleger, die ein bestimmtes Anlageziel erreichen möchten. Es wird nicht garantiert, dass der Teilfonds in der Lage sein wird, sein Anlageziel zu erreichen. Die Anleger sollten Erfahrung mit Anlagen in Aktien haben und vorübergehend große Verluste verkraften können; daher eignet sich der Teilfonds vorwiegend für Investoren, die es sich leisten können, das Kapital für mehrere Jahre zur Seite zu legen. Je nach Marktbedingungen kann die Volatilität sehr groß sein.

BMO LGM Frontier Markets Fund

Dieser Teilfonds legt in erheblichem Umfang in Wertpapieren von Unternehmen aus Frontier-Märkten rund um die Welt an. Da die Volatilität an solchen Märkten stärker sein kann als an etablierten Märkten, kann der Teilfonds volatiler sein als ein Fonds, der in Wertpapieren von Schwellenländern oder weiter entwickelten Ländern anlegt.

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an und investiert daher in ein aktiv verwaltetes Portfolio, das sich hauptsächlich aus Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren von Unternehmen in Frontier-Märkten weltweit zusammensetzt. Der Teilfonds kann ausnahmsweise auch in Schuldpapiere investieren.

Anlagepolitik

Der Teilfonds investiert überwiegend in die nachfolgend beschriebenen Aktien und aktienähnlichen Wertpapiere von Unternehmen, die an einer anerkannten Börse in einem Frontier-Land notiert sind oder gehandelt werden, und Unternehmen, die nach Ansicht des Anlageverwalters einen wesentlichen Teil ihrer Geschäfte in Frontier-Ländern betreiben, deren Aktien jedoch nur an einer anerkannten Börse außerhalb der Frontier-Länder notiert sind. Bei der Zusammenstellung des Anlagenportfolios richtet der Anlageverwalter sein Hauptaugenmerk auf Wertpapiere von Qualitätsunternehmen und berücksichtigt Faktoren wie ein nachhaltiges Geschäftsmodell, eine robuste Bilanz, eine bewährte Geschäftsleitung mit diszipliniertem Kapitalmanagement, eindeutige und gerechte Behandlung der Mehrheits- und Minderheitsaktionäre, Aktienkursbewertung, Marktkapitalisierung, Liquidität und Dividendenrendite.

Der Teilfonds kann sich in allen Wirtschaftszweigen und Branchen engagieren und wird in der Regel auf eine gut diversifizierte Sektor- und Branchenallokation achten. Der Anlageverwalter analysiert die Unternehmen mit einem langfristigen Anlagehorizont und ist bereit den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, um Titel von Qualitätsunternehmen zu erwerben, ohne deren inhärente Qualität zu teuer zu bezahlen. Der Anlageverwalter wird die Aktien unter Berücksichtigung aller zum Auswahlzeitpunkt entscheidenden Informationen auswählen und sich nicht für oder gegen einen Wirtschaftszweig oder eine Branche entscheiden, sondern vielmehr die Qualität und das Kurshaussepotenzial einzelner Unternehmen genau unter die Lupe nehmen.

Zu diesen Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren zählen Stamm- und Vorzugsaktien (ohne Hebelung), ADR/GDR, P-Notes (die eine Derivatkomponente enthalten können), wandelbare Schuldtitel wie Wandelanleihen und Optionsscheine (die eine Derivatkomponente enthalten). Der Teilfonds darf bis zu 20% seines Nettovermögens in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere, wie Wandelanleihen und Vorzugsaktien und stimmrechtslose Hinterlegungsscheine (NVDR) von Unternehmen investieren, die keine wesentliche Geschäftstätigkeit an Frontier-Märkten ausüben und an anerkannten Börsen außerhalb der Frontier-Länder notiert sind oder gehandelt werden. Der Teilfonds darf bis zu 10% seines Nettovermögens in Immobilien-Investmenttrusts (REIT) und börsengehandelten Fonds (ETF) anlegen. Der Teilfonds wird seine Wertentwicklung am Referenzindex messen. Der Teilfonds darf bis zu 10% seines Nettovermögens in russische Aktien oder russische Wertpapiere mit Aktiencharakter investieren.

Der Teilfonds darf nebenbei liquide Mittel halten. Außerdem darf der Teilfonds als defensive Anlagen Geldmarktinstrumente, Einlagezertifikate und Commercial Paper halten, wenn der Anlageverwalter der Ansicht ist, dass an den Frontier-Märkten nachhaltige Kurseinbrüche eintreten könnten. Bei außergewöhnlichen Marktverhältnissen darf der Teilfonds sein gesamtes Vermögen oder einen Teil davon in fest oder variabel verzinslichen Staats- und Unternehmensanleihen anlegen, die mindestens als Investment Grade eingestuft sind oder nach Ansicht des Anlageverwalters eine vergleichbare Qualität aufweisen und die an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden.

Ungeachtet der vorstehenden Ausführungen darf der Teilfonds bis zu 10% seines Nettovermögens in Wertpapieren anlegen, die nicht an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden.

Überdies darf er bis zu 10% seines Nettovermögens in Neuemissionen investieren, die innerhalb eines Jahres zur Notierung an einer anerkannten Börse zugelassen werden.

Der Teilfonds darf auch in andere offene kollektive Kapitalanlagen mit ähnlicher Anlagepolitik investieren (auch in andere Teilfonds der Gesellschaft und andere vom Anlageverwalter verwaltete Organismen) und in börsengehandelte geschlossene Fonds sowie in nicht börsengehandelte geschlossene Fonds, wenn dies nach Ansicht des Anlageverwalters im besten Interesse der Anteilinhaber des Teilfonds ist und sofern die in den Anlagebeschränkungen genannten Grenzen insgesamt eingehalten werden. Der Teilfonds wird höchstens 10% seines Nettoinventarwerts in andere kollektive Kapitalanlagen investieren.

Vorbehaltlich der in diesem Teilprospekt genannten Grenzen und in Übereinstimmung mit seiner Anlagepolitik darf der Teilfonds wie im Abschnitt „Anlagetechniken und -instrumente“ – „Art und Beschreibung der Finanzderivate“ beschrieben im Rahmen seiner Anlagepolitik Derivate, einschließlich OTC-Derivate verwenden, wie unter anderem Futures, Swaps, Optionen und Forwardkontrakte oder in andere Wertpapiere, wie Wandelpapiere und Participation Notes eingebettete Derivate. Derivate können sowohl zu Absicherungs- als auch zu Anlagezwecken eingesetzt werden, so auch als Ersatz für Direktanlagen in Wertpapieren oder um ein zusätzliches Engagement einzugehen, welches das mit einem herkömmlichen Wertpapierportfolio erreichte Engagement überschreitet, vorausgesetzt, die Beschränkungen und Vorgaben der OGAW-Verordnung werden jederzeit eingehalten. Mit dem Einsatz von Finanzderivaten werden typischerweise die folgenden Geschäftszwecke verfolgt: (a) das Exposure auf effizientere Weise zu verringern, wenn erwartet wird, dass ein Markt oder eine Währung, in denen der Teilfonds angelegt ist, fällt; (b) auf effiziente Weise Anlagen zu erwerben und zu veräußern, um große Zeichnungs- und Rücknahmeaufträge zu verwalten; oder (c) wenn der Zugang zu einem bestimmten Wertpapier über ein Derivat effizienter ist als über den Basiswert, beispielsweise bei Beschränkungen für ausländischen Besitz. Da die Währungspositionen des Teilfonds möglicherweise nicht mit den Anlagen des Teilfonds übereinstimmen, können sich die Wechselkursschwankungen auf diesen Teilfonds im Vergleich zu einem anderen Teilfonds mit ähnlichen Anlagen sehr unterschiedlich auswirken.

Durch den Einsatz von Derivaten (ob für Absicherungs- und/oder für Anlagezwecke) kann der Teilfonds den nachfolgend im Abschnitt „Risikofaktoren“ aufgeführten Risiken ausgesetzt sein. Das Exposure in Bezug auf die Basiswerte von Derivaten (mit Ausnahme von Indexderivaten) wird zusammen mit den Direktanlagen die im Teilprospekt und in den Regeln der Zentralbank genannten Anlagegrenzen nicht überschreiten. Unter normalen Marktbedingungen wird die Hebelwirkung des Teilfonds zwischen 0% und 30% seines Nettoinventarwerts ausmachen und kann unter außergewöhnlichen Umständen bis auf 100% angehoben werden. Der Teilfonds wird nicht zu mehr als 100% seines Nettovermögens gehebelt.

Die Basiswährung ist der US-Dollar.

Profil des typischen Anlegers

Der Teilfonds kann sich für Anleger eignen, die mit einer Fondsanlage auf praktische Weise an der Entwicklung des Kapitalmarktes teilhaben möchten mit einer Ausrichtung auf Aktien und aktienähnliche Wertpapiere von Unternehmen, die an Frontier-Märkten notiert sind oder gehandelt werden (d.h. an Märkten, die sich in einem sehr frühen Entwicklungsstadium befinden und typischerweise mit größeren Risiken und potenziell höheren Erträgen und Verlusten verbunden sind als die Märkte in Industrie- und Schwellenländern) oder die einen erheblichen Teil ihrer Geschäfte an Frontier-Märkten tätigen, und für Anleger, die sich der mit Aktienanlagen verbundenen Risiken bewusst sind. Der Teilfonds eignet sich außerdem für erfahrenere Anleger, die ein bestimmtes Anlageziel erreichen möchten. Es wird nicht garantiert, dass der Teilfonds sein Anlageziel erreichen kann. Die Anleger sollten Erfahrung mit Anlagen in Aktien haben und vorübergehend große Verluste verkraften können; daher eignet sich der Teilfonds vorwiegend für Investoren, die es sich leisten können, das Kapital für mehrere Jahre zur Seite zu legen. Je nach Marktbedingungen kann die Volatilität sehr groß sein.

BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an und investiert daher in ein aktiv verwaltetes Portfolio, das sich hauptsächlich aus Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren von Unternehmen in Schwellenländern weltweit zusammensetzt, die Potenzial für Kapitalwachstum und wachsende Dividendenzahlungen aufweisen.

Anlagepolitik

Der Teilfonds investiert überwiegend in die nachfolgend beschriebenen Aktien und aktienähnlichen Wertpapiere von Unternehmen, die an einer anerkannten Börse in einem Schwellenland weltweit (einschließlich Russland) notiert sind oder gehandelt werden, und die nach Ansicht des Anlageverwalters Potenzial für Kapitalwachstum und wachsende Dividendenzahlungen aufweisen. Der Teilfonds kann auch in Unternehmen anlegen, die nach Ansicht des Anlageverwalters einen wesentlichen Teil ihrer Geschäfte in Schwellenländern, einschließlich Russland, betreiben, deren Aktien jedoch nur an einer anerkannten Börse in einem Industrieland bzw. in einem Land, das der Anlageverwalter nicht als Schwellenland betrachtet, notiert sind. Anlagen in russischen Aktien machen höchstens 25% des Nettoinventarwerts des Teilfonds aus. Schwellenmärkte sind Anlagemärkte, die nach Ansicht des Anlageverwalters noch kein mit entwickelten Aktienmärkten vergleichbares Reifestadium erreicht haben. Zudem richtet der Anlageverwalter bei der Zusammenstellung des Anlagenportfolios sein Hauptaugenmerk auf Wertpapiere von Qualitätsunternehmen und berücksichtigt Faktoren wie ein nachhaltiges Geschäftsmodell, eine robuste Bilanz, eine bewährte Geschäftsleitung mit diszipliniertem Kapitalmanagement, eindeutige und gerechte Behandlung der Mehrheits- und Minderheitsaktionäre, Aktienkursbewertung, Marktkapitalisierung, Liquidität und Dividendenrendite.

Der Teilfonds kann sich in allen Wirtschaftszweigen und Branchen engagieren und wird in der Regel auf eine gut diversifizierte Sektor- und Branchenallokation achten. Der Anlageverwalter analysiert die Unternehmen mit einem langfristigen Anlagehorizont und ist bereit, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, um Titel von Qualitätsunternehmen zu erwerben, ohne deren inhärente Qualität zu teuer zu bezahlen. Der Anlageverwalter wird die Wertpapiere unter Berücksichtigung aller zum Auswahlzeitpunkt entscheidenden Informationen auswählen und sich nicht für oder gegen einen Wirtschaftszweig oder eine Branche entscheiden, sondern vielmehr die Qualität und das Kurshaussepotenzial einzelner Unternehmen genau unter die Lupe nehmen.

Zu diesen Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren zählen Stamm- und Vorzugsaktien (ohne Hebelung), ADR/GDR, P-Notes (die eine Derivatkomponente enthalten können), thailändische NVDR (stimmrechtslose Hinterlegungsscheine), REITs, ETF, wandelbare Vorzugsaktien, wandelbare Schuldtitel wie Wandelanleihen und Optionsscheine (die eine Derivatkomponente enthalten).

Der Teilfonds darf nebenbei liquide Mittel halten. Außerdem darf der Teilfonds als defensive Anlagen Geldmarktinstrumente, Einlagezertifikate und Commercial Paper halten.

Ungeachtet der vorstehenden Ausführungen darf der Teilfonds bis zu 10% seines Nettovermögens in Wertpapieren anlegen, die nicht an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden. Überdies darf er bis zu 10% seines Nettovermögens in Neuemissionen investieren, die innerhalb eines Jahres zur Notierung an einer anerkannten Börse zugelassen werden.

Der Teilfonds darf auch in andere offene kollektive Kapitalanlagen mit ähnlicher Anlagepolitik investieren (auch in andere Teilfonds der Gesellschaft und andere vom Anlageverwalter verwaltete Organismen) und in börsengehandelte geschlossene Fonds sowie in nicht börsengehandelte geschlossene Fonds, wenn dies nach Ansicht des Anlageverwalters im besten Interesse der Anteilinhaber des Teilfonds ist und sofern die in den Anlagebeschränkungen genannten Grenzen insgesamt eingehalten werden. Der Teilfonds wird höchstens 10% seines Nettoinventarwerts in andere kollektive Kapitalanlagen investieren.

Vorbehaltlich der in diesem Teilprospekt genannten Grenzen und in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik des Teilfonds, darf der Teilfonds wie im Abschnitt "Anlagetechniken und -instrumente"

– “Art und Beschreibung der Finanzderivate” beschrieben im Rahmen seiner Anlagepolitik Derivate, einschließlich OTC-Derivate verwenden, wie unter anderem Futures, Swaps, Optionen und Forwardkontrakte oder in andere Wertpapiere, wie Wandelpapiere und Participation Notes eingebettete Derivate. Derivate können sowohl zu Absicherungs- als auch zu Anlagezwecken eingesetzt werden, so auch als Ersatz für Direktanlagen in Wertpapieren oder um ein zusätzliches Engagement einzugehen, welches das mit einem herkömmlichen Wertpapierportfolio erreichte Engagement überschreitet, vorausgesetzt, die Beschränkungen und Vorgaben der OGAW-Verordnung werden jederzeit eingehalten. Mit dem Einsatz von Finanzderivaten werden typischerweise die folgenden Geschäftszwecke verfolgt: (a) das Exposure auf effizientere Weise zu verringern, wenn erwartet wird, dass ein Markt oder eine Währung, in denen der Teilfonds angelegt ist, fällt; (b) auf effiziente Weise Anlagen zu erwerben und zu veräußern, um große Zeichnungs- und Rücknahmeaufträge zu verwalten; oder (c) wenn der Zugang zu einem bestimmten Wertpapier über ein Derivat effizienter ist als über den Basiswert, beispielsweise bei Beschränkungen für ausländischen Besitz. Da die Währungspositionen des Teilfonds möglicherweise nicht mit den Anlagen des Teilfonds übereinstimmen, können sich die Wechselkursschwankungen auf diesen Teilfonds im Vergleich zu einem anderen Teilfonds mit ähnlichen Anlagen sehr unterschiedlich auswirken.

Durch den Einsatz von Derivaten (ob für Absicherungs- und/oder für Anlagezwecke) kann der Teilfonds den nachfolgend im Abschnitt „Risikofaktoren“ aufgeführten Risiken ausgesetzt sein. Das Exposure in Bezug auf die Basiswerte von Derivaten (mit Ausnahme von Indexderivaten) wird zusammen mit den Direktanlagen die im Teilprospekt und in den Regeln der Zentralbank genannten Anlagegrenzen nicht überschreiten. Der Teilfonds wird nicht zu mehr als 100% seines Nettovermögens gehebelt.

Die Basiswährung ist der US-Dollar.

Profil des typischen Anlegers

Der Teilfonds kann sich für Anleger eignen, die mit einer Fondsanlage auf praktische Weise an der Entwicklung des Kapitalmarktes teilhaben möchten mit einer Ausrichtung auf Aktien und aktienähnliche Wertpapiere in Schwellenländern weltweit, einschließlich Russland, und für Anleger, die sich der mit Aktienanlagen verbundenen Risiken bewusst sind. Der Teilfonds eignet sich außerdem für erfahrenere Anleger, die ein bestimmtes Anlageziel erreichen möchten. Es wird nicht garantiert, dass der Teilfonds sein Anlageziel erreichen kann. Die Anleger sollten Erfahrung mit Anlagen in Aktien haben und vorübergehend große Verluste verkraften können; daher eignet sich der Teilfonds vorwiegend für Investoren, die es sich leisten können, das Kapital für mehrere Jahre zur Seite zu legen. Je nach Marktbedingungen kann die Volatilität sehr groß sein.

Anlagebeschränkungen

Das Vermögen jedes einzelnen Teilfonds muss unter Beachtung der OGAW-Verordnung angelegt werden. Der Verwaltungsrat kann für jeden Teilfonds weitere Beschränkungen auferlegen. Die Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen für die Gesellschaft und jeden ihrer Teilfonds werden in Anhang I erläutert. Jeder Teilfonds darf nebenbei liquide Mittel halten.

Kreditaufnahmebefugnisse

Die Gesellschaft darf nur vorübergehend Kredite aufnehmen, und der Gesamtbetrag solcher Kredite darf nicht mehr als 10% des Nettoinventarwerts jedes Teilfonds ausmachen. Vorbehaltlich dieser Beschränkung kann der Verwaltungsrat im Namen der Gesellschaft jegliche Kreditaufnahmebefugnis ausüben. Gemäß den Bestimmungen der OGAW-Verordnung darf die Gesellschaft ihr Vermögen als Sicherheit für solche Kreditaufnahmen belasten.

Einhaltung von Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen

Vorbehaltlich der OGAW-Verordnung wird die Gesellschaft für jeden Teilfonds alle in diesem Teilprospekt beschriebenen Anlage- oder Kreditaufnahmebeschränkungen beachten und wird sämtliche Kriterien einhalten, die notwendig sind, um eine Bonitätseinstufung in Bezug auf Anteile oder Teilfonds oder Anteilsklassen der Gesellschaft zu erlangen und aufrecht zu erhalten.

Änderung der Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen

Es ist vorgesehen, dass die Gesellschaft befugt sein soll (vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung durch die Zentralbank), jegliche Änderung der in der OGAW-Verordnung niedergelegten Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen zu nutzen, die es ihr gestatten würde, in Wertpapieren, Derivaten oder jeglichen anderen Anlageformen anzulegen, in denen eine Anlage zum Zeitpunkt dieses Teilprospekts nach der OGAW-Verordnung beschränkt oder verboten ist. In solchen Fällen wird der Teilbericht aktualisiert und die Anteilinhaber werden entsprechend informiert.

Effizientes Portfoliomanagement

Die Gesellschaft kann im Namen ihrer Teilfonds Techniken und Instrumente (wie Finanzderivate, Pensions- und umgekehrte Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihe, Wertpapiere per Erscheinen/mit verzögerter Lieferung) verwenden zum Zweck des effizienten Portfoliomanagements oder auch als Teil einer Barmittelstrategie und zur Verringerung von Risiken und Kosten oder zur Generierung zusätzlichen Kapitals und zusätzlicher Erträge für einen Teilfonds bei angemessenem Risiko, wobei sie das Risikoprofil des Teilfonds und die allgemeinen Bestimmungen der OGAW-Richtlinie berücksichtigt. Solche Transaktionen können Fremdwährungsgeschäfte umfassen, welche die Währungsmerkmale der vom Teilfonds gehaltenen Wertpapiere verändern. Diese Techniken und Instrumente sind in Anhang III zu diesem Teilprospekt aufgeführt.

Außerdem kann die Gesellschaft im Zusammenhang mit der Verwaltung ihrer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (vorbehaltlich der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die von der irischen Zentralbank festgelegt werden) Techniken und Instrumente einsetzen, die darauf ausgerichtet sind, einen Schutz vor Wechselkurs- und Zinsrisiken zu bieten. Die Techniken und Instrumente, welche die Gesellschaft für einen Teilfonds einsetzen darf, umfassen unter anderem die in Anhang III aufgeführten sowie, falls auf einen bestimmten Teilfonds anwendbar, die in der Anlagepolitik des betreffenden Teilfonds genannten Anlagetechniken und Instrumente.

Zur Bereitstellung von Sicherheiten für Transaktionen in Anlagetechniken und Instrumenten kann die Gesellschaft Vermögen oder Barmittel, die Teil des jeweiligen Teilfonds sind, hypothekarisch belasten, verpfänden oder anderweitig belasten.

Betreffend Sicherheitsleistungen für Geschäfte der Teilfonds mit OTC-Derivaten und Techniken des effizienten Portfoliomanagements befolgt die Gesellschaft die in Anhang III erwähnten Vorschriften. Darin werden die zulässigen Arten von Sicherheiten, die erforderlichen Sicherheiten und die Abschlagspolitik sowie die von der irischen Zentralbank gemäß OGAW-Verordnung vorgeschriebene Politik für die Wiederanlage von Barsicherheiten beschrieben. Die Teilfonds dürfen als Sicherheitsleistungen bare und unbare Vermögenswerte, wie Aktien, Schuldtitel und Geldmarktinstrumente entgegennehmen. Der Anlageverwalter kann nach eigenem Ermessen von Zeit zu Zeit und unter Berücksichtigung der im Anhang III aufgeführten Vorschriften die Politik und die Erfordernisse in Bezug auf Sicherheitsleistungen und Sicherheitsabschläge anpassen, wenn er es hinsichtlich einer bestimmten Gegenpartei, der Eigenschaften der erhaltenen Sicherheiten, der Marktbedingungen und anderer Umstände für angemessen hält. Etwaige vom Anlageverwalter vorgenommene Sicherheitsabschläge werden für jede als Sicherheitsleistung erhaltene Vermögensklasse unter Berücksichtigung ihrer Eigenschaften, wie Kreditrating und/oder Preisvolatilität und des Ergebnisses der nach Vorgabe der Bestimmungen in Anhang III durchgeführten Stresstests angepasst. Die Entscheidung, für eine bestimmte Vermögensklasse einen bestimmten Sicherheitsabschlag vorzunehmen oder auf einen Sicherheitsabschlag zu verzichten sollte gemäß dieser Politik gerechtfertigt werden.

Werden erhaltene Barsicherheiten wieder angelegt, geht der Teilfonds mit dieser Anlage ein Verlustrisiko ein. Tritt ein solcher Verlust ein, verringert sich der Wert der Sicherheitsleistung und der Teilfonds ist weniger gut gegen einen Zahlungsausfall der Gegenpartei geschützt. Die mit der Wiedanlage von Barsicherheiten verbundenen Risiken sind im Großen und Ganzen mit den Risiken der anderen Anlagen des Teilfonds identisch. Nähere Angaben entnehmen Sie bitte den Erläuterungen im Abschnitt „Risikofaktoren – Mit Derivaten und Anlagetechniken und Instrumenten verbundene Risiken“.

Die mit den Techniken des effizienten Portfoliomanagements wie Wertpapierleihe, Pensions- und umgekehrte Pensionsgeschäfte verbundenen direkten und indirekten operationellen Kosten und Gebühren können (beispielsweise aufgrund von Vereinbarungen über die Aufteilung von Erträgen) von den Erträgen der Teilfonds abgezogen werden. Solche Kosten und Gebühren sollten keine verdeckten Erträge enthalten. Alle durch effizientes Portfoliomanagement erwirtschafteten Erträge, abzüglich der direkten und indirekten operationellen Kosten werden dem entsprechenden Teilfonds zugeführt. Direkte und indirekte Kosten und Gebühren können an Institute wie Banken, Investmentgesellschaften, Broker-Dealer, mit der Wertpapierleihe beauftragte Stellen und andere Finanzinstitute und Intermediäre gezahlt werden, die unter Umständen nahestehende Personen der Verwahrstelle sind. Die in einer Berichtsperiode mit Techniken des effizienten Portfoliomanagements erzielten Erträge, die in diesem Zusammenhang entstandenen direkten und indirekten operationellen Kosten und Gebühren sowie die Identität der Gegenpartei(en) solcher Techniken werden im Jahres- und Halbjahresbericht der Teilfonds offengelegt.

Anteilsklassen mit Währungsabsicherung

Die Gesellschaft ist berechtigt (aber nicht verpflichtet), zum Zweck des effizienten Portfoliomanagements bestimmte Währungsgeschäfte zu tätigen, um das Währungsrisiko in Bezug auf die einer bestimmten Anteilsklasse zurechenbaren Vermögenswerte eines Teilfonds gegenüber der Nennwährung dieser Klasse abzusichern. Alle Finanzinstrumente, die zur Umsetzung solcher Strategien in Bezug auf eine oder mehrere Klassen verwendet werden, gelten als Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten des Teilfonds als Ganzes, werden jedoch der bzw. den betreffenden Anteilsklasse(n) zugerechnet, und die Gewinne/Verluste aus sowie die Kosten für die entsprechenden Finanzinstrumente fallen allein der jeweiligen Klasse zu. Eine Währungsposition einer Klasse darf nicht mit der Währungsposition einer anderen Klasse zusammengelegt oder dagegen aufgerechnet werden. Das Währungsengagement von Vermögenswerten, die einer Klasse zuzurechnen sind, darf keiner anderen Klasse zugeordnet werden. In diesem Zusammenhang können aufgrund von Faktoren, die sich der Kontrolle des Anlageverwalters entziehen, Positionen ungewollt übermäßig oder unzureichend abgesichert werden. Übermäßig abgesicherte Positionen dürfen nicht mehr als 105% des Nettoinventarwerts der betreffenden Klasse ausmachen. Absicherungspositionen werden überwacht, um sicherzustellen, dass die übermäßig abgesicherten Positionen die zulässigen Grenzen nicht überschreiten. Für diese Überprüfung besteht ein Vorgehen, durch welches sichergestellt wird, dass Positionen, welche 100% des Nettoinventarwerts der betreffenden Klasse wesentlich überschreiten, nicht von Monat zu Monat fortgeführt werden. Ist die Absicherung erfolgreich, dürfte die Performance der Anteilsklasse der Performance der zugrundeliegenden Vermögenswerte entsprechen. Die Anleger werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass Anleger in einer Anteilsklasse mit Währungsabsicherung nicht profitieren, wenn die Klassenwährung gegenüber der Basiswährung und/oder der Nennwährung der Vermögenswerte des Teilfonds fällt.

Bei nicht abgesicherten Anteilsklassen wird bei der Zeichnung, der Rücknahme, beim Umtausch sowie bei sämtlichen Ausschüttungen eine Währungsumrechnung zu den aktuellen Wechselkursen durchgeführt. Der in der betreffenden Klassenwährung ausgedrückte Wert der Anteile unterliegt in Bezug auf die Basiswährung des Teilfonds einem Wechselkursrisiko.

Der Anlageverwalter beabsichtigt generell nicht, Anteilsklassen abzusichern, es sei denn im Prospekt wird etwas anderes angegeben.

Finanzderivate

Die Gesellschaft und ihre Teilfonds können nach und in Übereinstimmung mit den von der Zentralbank festgelegten Bedingungen und Vorschriften in Derivaten, einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einer anerkannten Börse gehandelt werden, und/oder in OTC-Derivaten anlegen. Die Finanzderivate, in welchen die Gesellschaft anlegen darf und die erwarteten Auswirkungen von Anlagen in solchen Finanzderivaten auf das Risikoprofil der Teilfonds werden im Anhang III erläutert. Wenn ein bestimmter Teilfonds in anderen Derivaten anlegen darf, werden diese Instrumente und ihre erwarteten Auswirkungen auf das Risikoprofil des Teilfonds in der Anlagepolitik des betreffenden Teilfonds aufgeführt.

Die Gesellschaft wendet ein Risikomanagementverfahren an, das es ihr ermöglicht, jederzeit das Risiko ihrer Positionen in Finanzderivaten zu überwachen, zu messen und zu steuern. Genaue Angaben zu diesem Verfahren wurden der irischen Zentralbank mitgeteilt. Die Gesellschaft wird keine Finanzderivate einsetzen, die nicht vom Risikomanagementverfahren erfasst werden, bis der irischen Zentralbank ein überarbeitetes Risikomanagementverfahren vorgelegt wurde. Die Teilfonds messen ihr Gesamtengagement nach dem Commitment-Ansatz. Die Gesellschaft wird Anteilinhabern auf Anfrage zusätzliche Informationen über die von der Gesellschaft angewandten Verfahren zur Risikosteuerung zukommen lassen, einschließlich der Höhe der geltenden Grenzen und der jüngsten Entwicklungen bei der Risiko- und Ertragscharakteristik der wichtigsten Kategorien von Anlagen.

Zur Bereitstellung von Sicherheiten für Transaktionen in Finanzderivaten kann die Gesellschaft Vermögen oder Barmittel, die Teil des jeweiligen Teilfonds sind, hypothekarisch belasten, verpfänden oder anderweitig belasten.

Arten und Beschreibung von Finanzderivaten

Nachstehend werden Beispiele von Finanzderivaten aufgeführt, welche die Teilfonds von Zeit zu Zeit erwerben dürfen.

Die Teilfonds dürfen im Rahmen ihrer globalen Anlagestrategie Futureskontrakte einsetzen, um sich gegen Schwankungen der Marktpreise, Zinssätze und Wechselkurse abzusichern. Zudem dürfen die Teilfonds Futureskontrakte verwenden, um anstelle einer Direktanlage ein indirektes Engagement in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren einzugehen, wenn dies für den betreffenden Teilfonds kostengünstiger ist. Die Teilfonds können Futureskontrakte auf solche Aktien oder aktienähnliche Wertpapiere, Währungen (wenn Vermögenswerte auf andere Währungen als die Basiswährung lauten) oder Aktienindizes verkaufen, um auf effiziente, liquide und wirksame Weise Risiken zu steuern, indem Gewinne gesichert werden und/oder ein Schutz gegen künftige Wertverluste aufgebaut wird. Die Teilfonds können auch Futureskontrakte auf Aktien und aktienähnliche Wertpapiere, Währungen (wenn Vermögenswerte auf andere Währungen als die Basiswährung lauten) oder Aktienindizes kaufen, um auf kostengünstige und effiziente Weise Wertpapierpositionen einzugehen. Außerdem können die Teilfonds Aktienindexfutures kaufen oder verkaufen, um bedeutende Barmittelbestände vorübergehend anzulegen (Cash Equitisation).

Die Teilfonds können Devisenterminkontrakte eingehen, um bestimmte Währungen zu einem späteren Zeitpunkt und zu dem bei Vertragsabschluss festgesetzten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Basiswährung der Teilfonds ist der US-Dollar, doch die Wertpapiere, in welchen die Teilfonds anlegen, können auf viele verschiedene Währungen lauten. Daher können die Teilfonds Devisenterminkontrakte abschließen, um das Währungsrisiko abzusichern. Die Performance kann durch Schwankungen der Wechselkurse erheblich beeinflusst werden, weil die Fremdwährungspositionen der Teilfonds nicht unbedingt mit den Nennwährungen der Wertpapiere, in denen die Teilfonds angelegt sind, übereinstimmen.

Die Teilfonds können Optionsscheine auf Aktien erwerben und somit auf effiziente und liquide Weise Positionen in Wertpapieren eingehen, ohne die Wertpapiere zu kaufen und zu halten.

Die Teilfonds können Swap-Vereinbarungen abschließen. Swap-Vereinbarungen sind zweiseitige Verträge, die hauptsächlich von institutionellen Investoren für Laufzeiten von einem Tag bis zu mehreren Jahren abgeschlossen werden. Die Teilfonds schließen entweder Equity Swaps oder

Währungsswaps ab. Bei einem normalen Swapgeschäft vereinbaren die Parteien, die Erträge bestimmter Vermögenswerte, wie beispielsweise der Ertrag oder der Wertzuwachs eines bestimmten Fremdwährungsbetrages, eines Wertpapiers, eines Aktienindex oder eines Wertpapierkorbes auszutauschen.

Equity Swaps können eingesetzt werden, um dem Teilfonds ein Exposure in Aktien oder aktienähnlichen Wertpapieren, Aktienindizes oder einem Aktienkorb zu verleihen. Equity Swaps würden verwendet, wenn damit ein Exposure in einem Wertpapier, einem Aktienindex oder einem Wertpapierkorb kostengünstiger erzielt werden kann. Bei solchen Anlagen achten die Teilfonds immer darauf, dass sie nicht von ihrer Anlagepolitik abweichen.

Mit Währungsswaps können sich die Teilfonds gegen Wechselkursrisiken absichern. Währungsswaps können eingesetzt werden, um die auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerte eines Teilfonds vor Wechselkursschwankungen gegenüber der Basiswährung des betreffenden Teilfonds zu schützen.

Optionen werden als Long-Positionen gehalten, d.h. Puts und Calls werden gekauft. Calls dienen dazu, ein Exposure im zugrundeliegenden Wertpapier oder Index einzugehen. Puts werden eingesetzt, um das mit einer Position eingegangene Exposure abzusichern, beispielsweise Indexputs zur Absicherung des Marktrisikos eines Wertpapiers oder einer Gruppe von Wertpapieren.

Die Teilfonds können Wandelanleihen erwerben. Wandelanleihen sind Anleihen, die zu bestimmten Zeitpunkten ihrer Laufzeit in eine zum Voraus bestimmte Menge Aktien einer Gesellschaft umgetauscht werden können. Wandelanleihen bieten daher meist einen niedrigeren Coupon als Ausgleich für das Wandelrecht. Hingegen können Wandelanleihen in Zeiten geringer Volatilität als Alternative zu Stammaktien verwendet werden, weil sie möglicherweise eine höhere Rendite bieten als Stammaktien und bei niedrigen Aktienkursen eine Prämie ansammeln.

Die Teilfonds dürfen P-Notes erwerben. P-Notes sind von Brokern oder anderen Gegenparteien ausgegebene mittelfristige Papiere, die dem Käufer (a) ein Exposure in einer Aktie oder einem Aktienkorb oder Aktienindex verleihen oder (b) ein Exposure gegenüber der relativen Performance solcher Vermögenswerte und die während ihrer Laufzeit auch das Kapital schützen können. P-Notes werden in der Regel im Freiverkehr gehandelt. P-Notes werden oft verwendet, um ausländischen Investoren die Möglichkeit zu bieten, auf einfache Weise in einheimischen Wertpapieren (wie Aktien oder aktienähnliche Wertpapiere) anzulegen. P-Notes können das vom Investor angelegte Kapital garantieren oder ohne Kapitalgarantie strukturiert werden; in letzterem Fall ist das Verlustrisiko des Anlegers auf den Kaufpreis der P-Notes beschränkt. Käufer von P-Notes können diese in der Regel täglich eintauschen und erhalten dafür den wirtschaftlichen Wert der in den P-Notes eingebetteten Anlageposition in bar.

Risikofaktoren

Allgemein

Die in diesem Dokument beschriebenen Risiken sollten nicht als eine erschöpfende Liste der Risiken angesehen werden, die potenzielle Anleger vor der Anlage in einem Teilfonds in Betracht ziehen sollten. Potenzielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass eine Anlage in einem Teilfonds von Zeit zu Zeit anderen Risiken ausgesetzt sein kann, die derzeit möglicherweise nicht in diesem Abschnitt enthalten sind und die außergewöhnlicher Natur sein können. Eine Anlage in der Gesellschaft ist mit einem bestimmten Grad an Risiko verbunden. Für verschiedene Teilfonds und/oder Klassen können unterschiedliche Risiken bestehen. Potenzielle Anleger sollten diesen Teilprospekt sorgfältig und vollständig prüfen und sich an ihren Finanzberater oder sonstigen Fachberater wenden, bevor sie einen Zeichnungsantrag stellen. Potenzielle Anleger werden darauf hingewiesen, dass der Wert von Anteilen und die Erträge daraus sowohl sinken als auch steigen können und dass ein Anleger daher möglicherweise den angelegten Betrag nicht in voller Höhe zurückerhält. Nur Personen, die einen Verlust tragen können, sollten Anlagen tätigen. Niemand sollte sich auf die in der Vergangenheit eingetretene Wertentwicklung der Gesellschaft oder eines Teilfonds als Hinweis auf die künftige Entwicklung verlassen. Potenzielle Anleger werden auf die mit Anlagen in der Gesellschaft verbundenen steuerlichen Risiken hingewiesen. Nähere Informationen dazu sind im Abschnitt „Besteuerung“ enthalten. Die Wertpapiere und Instrumente, in denen die Gesellschaft anlegt, unterliegen normalen Marktschwankungen und anderen mit solchen Anlagen verbundenen Risiken und eine Wertsteigerung kann nicht garantiert werden.

Es kann keine Garantie dafür gegeben werden, dass das Anlageziel eines Teilfonds tatsächlich erreicht wird.

Marktkapitalisierungsrisiko

Der Markt für Wertpapiere von Unternehmen mit niedriger und mittlerer Marktkapitalisierung und mit solchen Wertpapieren verbundene Finanzinstrumente ist unter Umständen beschränkter als jener für Wertpapiere von größeren Unternehmen. Aus diesem Grund ist es möglicherweise schwieriger, solche Wertpapiere zu einem günstigen Zeitpunkt und ohne erhebliche Kursverluste zu verkaufen, als Wertpapiere mit größerer Marktkapitalisierung, die aktiv gehandelt werden. Außerdem weisen die Wertpapiere kleiner und mittelgroßer Unternehmen unter Umständen eine stärkere Volatilität auf, weil sie stärker auf ungünstige Marktfaktoren wie beispielsweise schlechte Wirtschaftsnachrichten reagieren.

Marktrisiko

Einige der anerkannten Börsen, an denen die Teilfonds investieren dürfen, sind möglicherweise weniger gut reguliert als die Märkte in den entwickelten Ländern und können sich gegebenenfalls als illiquid, ungenügend liquid oder sehr volatil erweisen. Dies kann sich auf den Preis auswirken, zu dem ein Teilfonds Positionen liquidieren kann, um Rücknahmeanträge zu erfüllen oder einen anderen Finanzierungsbedarf zu decken.

Devisenkontroll- und Rückführungsrisiko

Die Teilfonds sind unter Umständen nicht in der Lage, Kapital, Dividenden, Zinsen und sonstige Erträge aus bestimmten Ländern zurückzuführen oder bedürfen dazu der Genehmigung durch die Regierung. Die Teilfonds können durch die Einholung einer solchen Genehmigung, eine Verzögerung bei der Gewährung oder die Verweigerung der Genehmigung zur Rückführung von Mitteln und durch jeglichen staatlichen Eingriff, der die Abwicklung von Transaktionen erschwert, nachteilig beeinflusst werden. Die vor der Anlage in einem bestimmten Land eingeholte Genehmigung kann aufgrund von wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zurückgezogen oder geändert werden, oder es können

neue Beschränkungen eingeführt werden. Diese Art von Risiko kann an Frontier-Märkten stärker ausgeprägt sein, wodurch potenziell höhere Verluste entstehen.

Liquiditätsrisiko

Nicht alle Wertpapiere und Instrumente, in denen die Teilfonds anlegen, werden an Börsen notiert oder von einer Ratingagentur bewertet und können demzufolge wenig liquide sein. Außerdem können der Erwerb und die Veräußerung bestimmter Anlagen viel Zeit in Anspruch nehmen und müssen unter Umständen zu unvorteilhaften Preisen vorgenommen werden. Zudem kann es für die Teilfonds aufgrund von schwierigen Marktbedingungen und der sich daraus ergebenden geringen Liquidität auch schwierig sein, Vermögenswerte zu ihrem fairen Marktpreis zu veräußern.

Rücknahmefisiko

Infolge von umfangreichen Rücknahmeanträgen ist ein Teilfonds unter Umständen gezwungen, Vermögenswerte zu einem Zeitpunkt und Preis zu verkaufen, zu denen er es unter normalen Umständen vorziehen würde, sie nicht zu veräußern.

Kreditrisiko

Es gibt keine Gewähr dafür, dass die Emittenten der Wertpapiere oder anderer Instrumente, in denen ein Teilfonds anlegt, nicht in Kreditschwierigkeiten geraten, die zum Teil- oder vollständigen Verlust der in diesen Wertpapieren oder Instrumenten angelegten Beträge oder der auf diese Wertpapiere oder Instrumente fälligen Zahlungen führen können. Die Teilfonds sind außerdem einem Kreditrisiko in Bezug auf die Gegenpartei ausgesetzt, mit der sie Geschäfte abschließen oder bei der sie Margen und Sicherheiten für Termingeschäfte hinterlegen, und tragen das Risiko eines Ausfalls der Gegenpartei.

Währungsrisiko

Vermögenswerte eines Teilfonds können auf eine andere Währung als die Basiswährung des Teilfonds lauten, sodass Änderungen des Wechselkurses zwischen der Basiswährung und der Währung des Vermögenswerts den in der Basiswährung ausgedrückten Wert des Vermögenswertes des Teilfonds mindern. Eine Absicherung gegen ein solches Wechselkursrisiko ist unter Umständen nicht möglich oder durchführbar. Der Anlageverwalter eines Teilfonds ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, dieses Risiko durch den Einsatz von Finanzinstrumenten zu mindern. Der Anlageverwalter beabsichtigt generell keine Währungsabsicherung.

Teilfonds können von Zeit zu Zeit entweder auf Kassabasis oder durch den Kauf von Devisenterminkontrakten Währungsgeschäfte tätigen. Weder Kassageschäfte noch Devisenterminkontrakte können Schwankungen in den Preisen der Wertpapiere eines Teilfonds oder in Wechselkursen vollständig beseitigen oder Verluste verhindern, sollten die Preise dieser Wertpapiere fallen. Die Performance eines Teilfonds kann durch Wechselkursschwankungen stark beeinflusst werden, da die von einem Teilfonds gehaltenen Währungspositionen möglicherweise nicht mit den gehaltenen Wertpapierpositionen übereinstimmen.

Ein Teilfonds kann Devisengeschäfte tätigen und/oder Anlagetechniken und -instrumente einsetzen, um sich gegen Schwankungen im relativen Wert seiner Positionen infolge von Wechselkurs- oder Zinsänderungen zwischen dem Abschlusstag und dem Erfüllungstag von bestimmten Wertpapiergeschäften oder geplanten Wertpapiergeschäften abzusichern. Zwar sollen diese Geschäfte das Risiko eines Verlusts im Fall einer Abwertung der abgesicherten Währung minimieren, doch begrenzen sie gleichzeitig einen möglichen Gewinn, der realisiert werden könnte, falls der Wert der abgesicherten Währung steigt. Eine genaue Abstimmung zwischen den jeweiligen Kontraktbeträgen und dem Wert der betroffenen Wertpapiere wird generell nicht möglich sein, da sich der zukünftige Wert dieser Wertpapiere infolge von Marktschwankungen im Wert dieser Wertpapiere zwischen dem Tag, an dem der jeweilige Kontrakt abgeschlossen wird, und dem Fälligkeitstag ändern wird. Die erfolgreiche Durchführung einer Absicherungsstrategie, die genau auf das Profil der Anlagen eines Teilfonds abgestimmt ist, kann nicht garantiert werden. Möglicherweise kann eine Absicherung gegen allgemein erwartete Wechselkurs- oder Zinsschwankungen nicht zu einem Preis erfolgen, der ausreicht,

um die Vermögenswerte vor dem erwarteten Wertverlust der Portfolio-Positionen infolge solcher Schwankungen zu schützen.

Risiko in Bezug auf die Nennwährung von Anteilen

Eine Anteilsklasse eines Teilfonds kann auf eine andere Währung als die Basiswährung des Teilfonds lauten. Änderungen des Wechselkurses zwischen der Basiswährung des Teilfonds und der Nennwährung der Klasse können zu einem Wertverlust der betreffenden Anteile führen, welcher in der Nennwährung der Klasse ausgedrückt wird. Der Anlageverwalter des Teilfonds kann versuchen, dieses Risiko durch den Einsatz von Finanzinstrumenten wie solchen, die im Abschnitt „Währungsrisiko“ beschrieben sind, zu mindern, ist dazu aber nicht verpflichtet. In diesem Zusammenhang können aufgrund von Faktoren, die sich der Kontrolle des Anlageverwalters entziehen, Positionen ungewollt übermäßig oder unzureichend abgesichert werden. Übermäßig abgesicherte Positionen dürfen nicht mehr als 105% des Nettoinventarwerts der betreffenden Klasse ausmachen. Absicherungspositionen werden überwacht, um sicherzustellen, dass die übermäßig abgesicherten Positionen die zulässigen Grenzen nicht überschreiten. Für diese Überprüfung besteht ein Vorgehen, durch welches sichergestellt wird, dass Positionen, welche 100% des Nettoinventarwerts der betreffenden Klasse wesentlich überschreiten, nicht von Monat zu Monat fortgeführt werden. Ist die Absicherung erfolgreich, dürfte die Performance der Anteilsklasse der Performance der zugrundeliegenden Vermögenswerte entsprechen. Die Anleger werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass Anleger in einer Anteilsklasse mit Währungsabsicherung nicht profitieren, wenn die Klassenwährung gegenüber der Basiswährung und/oder der Nennwährung der Vermögenswerte des Teilfonds fällt.

Zinsrisiko

Der Wert der Anteile kann durch erhebliche nachteilige Zinsänderungen beeinflusst werden.

Risiko bezüglich der Performancegebühr

Wenn von einem Teilfonds Performancegebühren zu zahlen sind, werden diese auf der Grundlage der realisierten und nicht realisierten Nettogewinne und -verluste zum Ende jedes Berechnungszeitraums ermittelt. Ausführlichere Angaben dazu sind im Abschnitt „Gebühren und Aufwendungen – Gebühren des Anlageverwalters- Performancegebühr“) aufgeführt. Daher kann es vorkommen, dass Performancegebühren auf nicht realisierte Gewinne gezahlt werden, die niemals realisiert werden.

Risiken in Bezug auf Anlagen an Schwellen- und Frontier-Märkten

Einzelne Teilfonds können in Beteiligungspapiere von Unternehmen in Schwellenmärkten und Frontier-Märkten investieren. Solche Wertpapiere können mit großen Risiken verbunden sein und gelten unter Umständen als spekulativ. Zu den Risiken gehören: (i) ein erhöhtes Enteignungsrisiko, enteignungsgleiche Besteuerung, Verstaatlichung sowie soziale, politische und wirtschaftliche Instabilität; (ii) der derzeit geringe Umfang der Märkte für Wertpapiere von Emittenten aus Schwellen- und Frontier-Ländern und das derzeit geringe oder mangelnde Handelsvolumen, was zu mangelnder Liquidität und hoher Preisvolatilität führt; (iii) eine bestimmte nationale Politik, die zu einer Beschränkung der Anlagemöglichkeiten des Teilfonds führen kann, einschließlich Beschränkungen hinsichtlich der Anlage in Emittenten oder Branchen, die als empfindlich für die jeweiligen nationalen Interessen gelten; und (iv) das Fehlen entwickelter Rechtsinfrastrukturen für private und ausländische Anlagen und Privateigentum. Diese Art von Risiko kann an Frontier-Märkten stärker ausgeprägt sein, wodurch potenziell höhere Verluste entstehen.

Risiken in Bezug auf Rechnungslegungs-, Abschlussprüfungs- und Finanzberichterstattungsstandards

Die Anleger werden darauf hingewiesen, dass die Rechnungslegungs- und Finanzberichtserstattungsstandards, Praktiken und Offenlegungsvorschriften in einigen der Länder, in welchen die Teilfonds anlegen können, möglicherweise nicht dasselbe Maß an Anlegerschutz und Anlegerinformationen bieten, die im Allgemeinen an weiter entwickelten Märkten üblich sind.

Erfüllungsrisiko

Die Handels- und Abwicklungssysteme sowie die Liquidität dieser Märkte sind ebenfalls nicht mit jenen an weiter entwickelten Märkten gleichwertig, was das Erfüllungsrisiko erhöhen und/oder zu Verzögerungen beim Verkauf von Anlagen der Teilfonds führen kann.

Politisches Risiko

Es können Anlagen in Ländern getätigt werden, die dem Risiko eines politischen Wandels oder Phasen politischer Unsicherheit ausgesetzt sind, was sich nachteilig auf die Vermögenswerte jedes Teilfonds auswirken kann.

Politisches und wirtschaftliches Risiko (Russland)

Anlagen in Unternehmen, die in den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, einschließlich Russlands, gegründet wurden oder dort ihre Hauptgeschäftstätigkeit haben, sind mit besonderen Risiken, einschließlich wirtschaftlicher und politischer Unruhe, verbunden. Diese Länder verfügen möglicherweise über kein transparentes oder verlässliches Rechtssystem, in dem die Rechte der Kreditoren sowie der Anteilhaber des Teilfonds geltend gemacht werden können. Darüber hinaus ist der Standard der Unternehmensführung und des Anlegerschutzes in Russland unter Umständen nicht gleichwertig mit den Gegebenheiten in anderen Rechtsgebieten. Obwohl die russische Föderation wieder ein positives Wirtschaftswachstum sowie einen Haushalts- und Leistungsbilanzüberschuss vorweisen und ihre Verbindlichkeiten gegenüber Besitzern von Staatsanleihen erfüllen kann, bleiben die Unsicherheit hinsichtlich der strukturellen Reformen (d.h. in Bezug auf den Bankensektor, die Landreform und die Eigentumsrechte), die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von Öl, ungünstige politische Entwicklungen und/oder eine nachteilige Regierungspolitik sowie weitere wirtschaftliche Probleme bestehen.

Bis zum 1. April 2013 existierte kein zentrales Registrierungssystem für Aktionäre. Der einzige Nachweis für das Eigentum an Aktien eines russischen Unternehmens war der Eintrag im Aktienregister des Emittenten. Um die Beteiligung eines Teilfonds an Aktien eines Unternehmens registrieren zu lassen, musste sich jemand zur Registerstelle des Unternehmens begeben und dort ein Konto eröffnen. Zwar erhielt die betreffende Person einen Auszug aus dem Aktienregister, auf dem ihre Beteiligung vermerkt war, allerdings galt einzig das Aktienregister selbst als schlüssiger Eigentumsnachweis. Die Registerstellen unterlagen keiner wirkungsvollen behördlichen Aufsicht. Es bestand das Risiko, dass der Teilfonds seinen Eintrag durch Betrug, Fahrlässigkeit, ein Versehen oder ein Unglück, wie z.B. ein Feuer, verlieren konnte. Die Registerstellen waren nicht zum Abschluss einer Versicherung gegen diese Vorfälle verpflichtet und es war unwahrscheinlich, dass sie über ausreichend Kapital verfügten, um den Teilfonds für einen etwaigen Verlust zu entschädigen. In anderen Fällen, wie beispielsweise der Zahlungsunfähigkeit einer Unterverwahrstelle oder Registerstelle, oder bei einer rückwirkenden Anwendung von Gesetzen, gelang es dem Teilfonds möglicherweise nicht, einen Rechtsanspruch auf die getätigten Anlagen durchzusetzen, wodurch er allenfalls einen Verlust erlitt. Unter diesen Umständen war es dem Teilfonds gegebenenfalls nicht möglich, sein Recht gegenüber Dritten durchzusetzen. Weder die Teilfonds, der Anlageverwalter, die Verwahrstelle, der Verwalter noch ihre Beauftragten geben oder gaben eine Gewährleistung bzw. Garantie für die ordnungsmäße Ausführung der Pflichten einer Registerstelle ab.

Seit dem 1. April 2013 wird bei zahlreichen russischen Wertpapieren das Eigentum des Anlegers, wie etwa eines Teilfonds, nicht mehr durch einen direkten Eintrag in das Aktienregister des Emittenten nachgewiesen. Stattdessen wurden der Eigentumsnachweis und die Abwicklung von Geschäften in russischen Wertpapieren vom russischen Zentralverwahrer (National Settlement Depository, „NSD“) übernommen. Die Verwahrstelle bzw. ihr lokaler Vertreter in Russland ist Mitglied des NSD. Der NSD tritt wiederum als Nominee für die Wertpapiere im Register des betreffenden Emittenten auf. Obwohl diese Veränderung zum Ziel hat, ein zentrales und reguliertes System zur Registrierung des Eigentums an und der Abwicklung von Geschäften in russischen Wertpapieren zu schaffen, werden dadurch nicht alle Risiken im Zusammenhang mit dem oben beschriebenen Registerstellensystem beseitigt.

Politisches und wirtschaftliches Risiko (Frontier-Märkte)

Anlagen in Beteiligungs- oder Wertpapieren von Unternehmen, die in Frontier-Ländern gegründet wurden oder die ihre Geschäfte hauptsächlich in Frontier-Ländern tätigen, können zusätzlichen Risiken ausgesetzt sein. Die Währungen, auf welche die Anlagen lauten, können Schwankungen unterliegen oder einer massiven Abwertung, einem Eingreifen der Regierung oder anderen Beschränkungen ausgesetzt sein und sind eventuell nicht voll konvertierbar oder können möglicherweise nicht vollumfänglich rückgeführt werden. Der Wert des Vermögens eines Teilfonds kann durch politische, rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Unwägbarkeiten beeinträchtigt werden. Die bestehenden Gesetze und Verordnungen werden in Frontier-Ländern möglicherweise nicht konsequent angewandt. In Frontier-Ländern ist das Risiko staatlicher Interventionen besonders hoch, sowohl wegen des politischen Klimas in vielen dieser Länder als auch aufgrund der weniger stark entwickelten Märkte und Volkswirtschaften. Ein Eingreifen der Regierung kann außenpolitische, wirtschaftliche oder innenpolitische Ursachen haben und zum vollständigen Verlust der Anlagen eines Teilfonds in diesen Ländern führen. Die Frontier-Märkte befinden sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium, haben ein geringeres Handelsvolumen, sind weniger liquid und volatil als besser entwickelte Märkte. Zudem sind sie nicht sehr stark reguliert. Sollen Wertpapiere aus Frontier-Märkten verkauft werden, besteht möglicherweise nur ein kleiner oder gar kein Markt für diese Wertpapiere. Die Abwicklung von Geschäften kann sich verzögern und verwaltungstechnisch problematisch sein. Verwahrstellen in Frontier-Märkten sind nicht in der Lage, das in weiter entwickelten Märkten übliche Dienstleistungsniveau bei der Verwahrung, Abwicklung und Administration von Wertpapieren zu bieten und es besteht die Gefahr, dass der Teilfonds nicht als Eigentümer der in seinem Namen von einer Unterdepotstelle gehaltenen Wertpapiere anerkannt wird. Die Offenlegung von Steuer- und anderen Informationen gegenüber Anlegern ist möglicherweise weniger vollständig und verlässlich. Darüber hinaus ist es möglich, dass Unternehmen, die an Börsen notiert sind, die zu einem Frontier-Markt gehören, oder die einen großen Teil ihrer Geschäfte in Frontier-Märkten tätigen, Rechnungslegungsstandards unterliegen, die sich wesentlich von den Standards für Unternehmen unterscheiden, die in entwickelten Ländern gegründet wurden oder dort notiert sind. Erweist sich darüber hinaus das regulatorische Umfeld als unzulänglich, könnte dies zu niedrigeren Standards bei der Unternehmensführung und einem geringeren Schutz der Rechte von Minderheitsaktionären der Unternehmen führen, in welchen der Teilfonds anlegt. Der niedrigere Grad an Offenlegung, Transparenz und Verlässlichkeit von bestimmten wesentlichen Informationen kann den Wert der Anlagen des Teilfonds beeinflussen und dazu führen, dass der Anlageverwalter, ein Unteranlageverwalter, der Anlageberater oder andere Dienstleister des Teilfonds den Wert der Anlagen des Teilfonds falsch einschätzen.

Liquiditätsrisiko

Anlagen in Schwellen- und Frontier-Ländern sind in der Regel äußerst volatil und können teilweise oder vollständig illiquid sein, was zu einer starken Wertminderung des Kapitals führen kann und es Ihnen verunmöglicht, Ihre Anlage zurückzugeben.

Verwahrungsrisiko

Einzelne Teilfonds können in Märkten von Schwellen- und Frontier-Ländern anlegen. Diese können sich positiv oder negativ von den Märkten der Industriestaaten unterscheiden und verfügen nicht über voll entwickelte Verwahr- und/oder Abwicklungssysteme. Solche Volkswirtschaften können von Handelsschranken, Devisenkontrollen, kontrollierten Anpassungen der relativen Wechselkurse und anderen protektionistischen Maßnahmen, welche ihre Handelspartner aushandeln oder ihnen auferlegen, nachteilig beeinflusst werden. Anlagen in Schwellen- und Frontier-Märkten bergen Risiken, wie mögliche politische und soziale Unruhen, nachteilige Änderung der Regeln für Investitionen und Devisenkontrolle, Verstaatlichung, Enteignung und Quellenbesteuerung von Dividenden. Außerdem sind die Handelsfrequenz und das Handelsvolumen bei solchen Wertpapieren oft geringer als bei Wertpapieren von Unternehmen und Regierungen in entwickelten Ländern. Bei der Rücknahme von Anteilen können darüber hinaus Verzögerungen auftreten, weil die Vermögenswerte nicht liquid sind. In Fällen, in denen es erforderlich ist, die Vermögenswerte eines Teilfonds einer Unterdepotstelle

anzuvertrauen, können diese einem Risiko ausgesetzt sein, für welches die Verwahrstelle keine Haftung trägt.

Mit Derivaten und Anlagetechniken und -instrumenten verbundene Risiken

Die Preise derivativer Instrumente einschließlich Termingeschäften und Optionen sind in hohem Maß volatil. Preisschwankungen von Terminkontrakten und anderen Derivaten werden unter anderem durch Zinssätze, Angebot und Nachfrage, Handel, Steuern, Währungs- und Devisenkontrollprogramme, staatliche Vorschriften, nationale und internationale politische und wirtschaftliche Ereignisse und Richtlinien beeinflusst. Außerdem greifen Regierungen direkt oder regulatorisch an bestimmten Märkten ein, insbesondere an den Devisenmärkten und Märkten für Zinsfutures und -optionen. Ziel solcher Interventionen ist häufig eine direkte Preisbeeinflussung, was in Verbindung mit anderen Faktoren dazu führen kann, dass sich diese Märkte insgesamt unter anderem wegen Zinsschwankungen schnell in dieselbe Richtung bewegen.

Der Einsatz bestimmter Anlagetechniken und -instrumente unterliegt weiteren besonderen Risiken, wie zum Beispiel: (1) der eingeschränkten Fähigkeit, Preisbewegungen der abgesicherten Wertpapiere und Zinsentwicklungen vorherzusagen, (2) einer unvollkommenen Korrelation zwischen den Preisbewegungen der Derivate und den Preisbewegungen der zugrundeliegenden Anlagen, (3) der Tatsache, dass für die Nutzung dieser Instrumente ein anderes Fachwissen benötigt wird als für die Auswahl der geeigneten Wertpapiere für den Teilfonds, (4) dem Fehlen eines liquiden Marktes für bestimmte Instrumente zu einem bestimmten Zeitpunkt und (5) möglichen Problemen, die durch eine unerwartete Anwendung von Gesetzen oder Verordnungen entstehen oder weil ein Vertrag nicht durchsetzbar ist.

Die Teilfonds können in bestimmten Derivaten anlegen, welche sowohl die Übernahme von Verpflichtungen als auch die Übernahme von Rechten und Vermögenswerten umfassen können. Als Sicherheiten bei Brokern hinterlegte Vermögenswerte dürfen von den Brokern nicht auf separaten Konten gehalten werden, weshalb die Gläubiger dieser Broker im Falle von deren Insolvenz möglicherweise darauf zugreifen können.

Die Teilfonds können im Rahmen ihrer Anlagepolitik oder zu Absicherungszwecken gelegentlich sowohl börsengehandelte Derivate als auch OTC-Derivate, wie beispielsweise Collateralised Debt Obligations oder Credit Default Swaps einsetzen. Solche Instrumente können schwankungsanfällig und mit bestimmten speziellen Risiken verbunden sein und Anleger einem hohen Verlustrisiko aussetzen. Die niedrigen hinterlegten Einschussmargen, die normalerweise zum Aufbau einer Position mit solchen Instrumenten erforderlich sind, ermöglichen eine starke Hebelwirkung. Folglich kann eine relativ kleine Preisänderung eines Kontrakts zu einem Gewinn oder Verlust führen, der im Vergleich zur geleisteten Einschussmarge hoch ist und die hinterlegte Marge weit übersteigen kann. Darüber hinaus kann bei der Verwendung dieser Instrumente zu Absicherungszwecken eine unvollkommene Korrelation zwischen diesen Instrumenten und den abgesicherten Anlagen oder Branchen bestehen. Geschäfte in OTC-Derivaten, wie Kreditderivate, können mit zusätzlichen Risiken verbunden sein, da es keine Börse für diese Produkte gibt, an dem eine offene Position glattgestellt werden kann.

Abwicklungsrisiken

Die Handels- und Abwicklungspraktiken einiger Börsen oder Märkte, an denen die Teilfonds Derivate handeln können, sind möglicherweise nicht identisch mit Praktiken in weiter entwickelten Ländern, folglich kann sich das Abwicklungsrisiko erhöhen und/oder es kann zu Verzögerungen beim Verkauf von Anlagen der Teilfonds kommen.

Risiken im Zusammenhang mit Swaps

Die Teilfonds können in Bezug auf Währungen, Zinsen und Wertpapiere Swap-Vereinbarungen abschließen (einschließlich Total Return Swaps). Sie können diese Techniken zum Schutz gegen Zins- und Wechselkursänderungen einsetzen. Außerdem können die Teilfonds diese Techniken einsetzen, um Positionen in Wertpapierindizes einzugehen oder sich gegen Schwankungen solcher Indizes oder bestimmter Wertpapierkurse abzusichern.

In Bezug auf Währungen können die Teilfonds Währungsswaps einsetzen, bei denen sie Währungen zu einem festen Wechselkurs gegen Währungen zu einem variablen Wechselkurs oder Währungen zu einem variablen Wechselkurs gegen Währungen zu einem festen Wechselkurs tauschen können. Durch diese Kontrakte können die Teilfonds ein Engagement in verschiedenen Währungen aufbauen oder verwalten. Bei diesen Instrumenten beruht die Fondsrendite auf den Veränderungen der Wechselkurse in Bezug auf einen von den Vertragsparteien festgelegten festen Währungsbetrag. In Bezug auf Zinssätze können die Teilfonds Zinsswaps einsetzen, bei denen sie Zahlungsströme zu variablen Zinssätzen gegen Zahlungsströme zu festen Zinssätzen oder Zahlungsströme zu festen Zinssätzen gegen Zahlungsströme zu variablen Zinssätzen tauschen können. Mit solchen Kontrakten können die Teilfonds ihre Zinsengagements verwalten. Bei diesen Instrumenten beruht die Rendite der Teilfonds auf den Veränderungen der Zinsen in Bezug auf einen von den Vertragsparteien festgelegten festen Zinssatz.

In Bezug auf Wertpapiere und Wertpapierindizes kann ein Teilfonds Total Return Swaps einsetzen, bei denen er auf der Grundlage des Gesamtertrags eines Beteiligungspapiers oder festverzinslichen Instruments oder eines Wertpapierindex variable Zinszahlungen gegen feste Zahlungsströme oder feste Zahlungsströme gegen variable Zinszahlungen tauscht. Hierdurch kann der Teilfonds sein Risiko aus bestimmten Wertpapieren oder Wertpapierindizes steuern. Bei diesen Instrumenten basiert der Ertrag des Teilfonds auf der Entwicklung der Zinssätze im Vergleich zum Ertrag des betreffenden Wertpapiers oder Index.

Risiken im Zusammenhang mit Optionen

Jeder Teilfonds kann versuchen, seine laufende Rendite zu erhöhen, indem er zu Absicherungs- und/oder Anlagezwecken gedeckte Call- und Put-Optionen auf Wertpapiere, die sich in seinem Bestand befinden oder in die er anlegen kann, und auf Währungen, die keine Basiswährungen sind, verkauft. Die Teilfonds erhalten für den Verkauf einer Call- oder Put-Option eine Prämie, durch die sich die Rendite erhöht, wenn die Option unausgeübt verfällt oder mit einem Nettogewinn glattgestellt wird.

Wenn ein Teilfonds eine Call-Option verkauft, verzichtet er auf einen möglichen Gewinn, der sich ergibt, wenn der Kurs des betreffenden Wertpapiers oder der betreffenden Währung über den Ausübungspreis der Option steigt. Wenn er eine Put-Option verkauft, geht er das Risiko ein, ein Wertpapier oder eine Währung von einem Optionsinhaber zu einem Kurs kaufen zu müssen, der über dem aktuellen Kurs des Wertpapiers oder der Währung liegt. Ein Teilfonds kann eine von ihm verkaufte Optionsposition vor Verfall glattstellen, indem er eine entgegengesetzte Option mit den gleichen Bedingungen wie die verkaufte Option kauft.

Jeder Teilfonds kann außerdem zu Absicherungs- und/oder Anlagezwecken Put- und Call-Optionen kaufen und verkaufen. Die Teilfonds können überdies gegebenenfalls Kombinationen von Put- und Call-Optionen auf ein- und denselben Basiswert bzw. auf ein- und dieselbe Währung verkaufen und kaufen. Der Einsatz von Optionsstrategien kann durch geltendes Recht eingeschränkt sein.

Risiken im Zusammenhang mit Forwards

Forwardkontrakte und Optionen darauf werden im Gegensatz zu Futureskontrakten nicht an Börsen gehandelt und sind nicht standardisiert; vielmehr fungieren Banken und Händler an diesen Märkten als Eigenhändler, die jedes Geschäft einzeln aushandeln. Forwardgeschäfte und Kassageschäfte sind im Wesentlichen unreguliert; es bestehen keine Beschränkungen für tägliche Kursschwankungen oder spekulative Positionen. Die an den Forwardmärkten tätigen Eigenhändler sind nicht verpflichtet, ständig einen Markt in den von ihnen gehandelten Währungen oder Rohstoffen bereitzustellen, und diese Märkte können mitunter über lange Zeiträume hinweg illiquide sein. Die Illiquidität eines Marktes und Marktstörungen könnten zu größeren Verlusten für einen Teilfonds führen.

Die Teilfonds können von Zeit zu Zeit Devisengeschäfte tätigen, indem sie Devisenforwards zu Absicherungs- und/oder Anlagezwecken kaufen. Devisenforwards können Preisschwankungen der Wertpapiere eines Teilfonds und Wechselkursschwankungen nicht vollständig beseitigen oder Verluste verhindern, falls die Preise dieser Wertpapiere fallen. Die Performance kann durch Schwankungen der

Wechselkurse erheblich beeinflusst werden, da die von einem Teilfonds gehaltenen Währungspositionen möglicherweise nicht mit seinen Wertpapieranlagen übereinstimmen. Devisenforwards werden im Allgemeinen nur für Währungen abgeschlossen, in denen der Teilfonds normalerweise Geschäfte tätigt.

Ein Teilfonds kann zu Anlagezwecken oder zur Absicherung gegen Wechselkursschwankungen, die zu einer Wertminderung jener Anlagen führen könnten, die auf eine andere Währung als die Basiswährung lauten oder hauptsächlich in einer anderen Währung als der Basiswährung dieses Teilfonds gehandelt werden, Forwardkontrakte abschließen. Zu diesem Zweck kann ein Teilfonds einen Forwardkontrakt abschließen, um die Währung, auf welche die Anlage lautet oder in der sie hauptsächlich gehandelt wird, gegen die Basiswährung des Teilfonds zu verkaufen. Zwar sollen viele dieser Geschäfte das Verlustrisiko im Fall einer Abwertung der abgesicherten Währung minimieren, doch begrenzen sie gleichzeitig einen möglichen Gewinn, der realisiert werden könnte, falls der Wert der abgesicherten Währung steigt. Eine genaue Abstimmung zwischen dem Betrag eines Forwardkontrakts und dem Wert der betreffenden Wertpapiere wird generell nicht möglich sein, da sich der zukünftige Wert dieser Wertpapiere infolge von Marktschwankungen zwischen dem Tag, an dem der jeweilige Forwardkontrakt abgeschlossen wird, und dem Fälligkeitstag ändern wird. Die erfolgreiche Durchführung einer Absicherungsstrategie, die genau auf das Profil der Anlagen eines Teilfonds abgestimmt ist, kann nicht garantiert werden.

Risiken im Zusammenhang mit wandelbaren Wertpapieren

Anleger werden darauf hingewiesen, dass es sich bei Wandelanleihen und Optionsscheinen um Wertpapiere handelt, die eine derivative Komponente enthalten. Derartige eingebettete Derivate werden bei der Berechnung der Hebelgrenzen der Teilfonds berücksichtigt.

Risiken im Zusammenhang mit P-Notes

Die Verwendung von P-Notes für Anlagen in einheimischen Wertpapieren birgt ein zusätzliches Risiko in Bezug auf den Emittenten des zugrundeliegenden Wertpapiers, namentlich das Kontrahentenrisiko. Die Teilfonds sind im Hinblick auf den Emittenten von P-Notes einem Kreditrisiko ausgesetzt und müssen unter Umständen das Risiko eines Ausfalls des Emittenten tragen. P-Notes werden oft als einfache Möglichkeit angesehen, in einheimischen Wertpapieren anzulegen, mit welcher der administrative und möglicherweise teure Aufwand einer Registrierung als ausländischer Anleger vermieden werden kann.

Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltung

Derivate sind hochspezialisierte Instrumente, die andere Anlagetechniken und Risikoanalysen als die mit Aktien und Obligationen verbundenen Geschäfte erfordern. Der Einsatz von Derivaten erfordert nicht nur die Kenntnis der den Derivaten zugrundeliegenden Instrumente, sondern auch der Derivate selbst, wobei es jedoch nicht möglich ist, die Performance der Derivate unter allen möglichen Marktbedingungen zu beobachten.

Kreditrisiko

Der Einsatz von Derivaten birgt das Risiko, dass infolge der Unfähigkeit einer Gegenpartei des Kontrakts, die erforderlichen Zahlungen zu leisten oder ihre vertraglichen Bedingungen anderweitig zu erfüllen, ein Verlust entsteht. Darüber hinaus kann der Einsatz von Credit Default Swaps zu Verlusten führen, wenn ein Teilfonds die Bonität des Unternehmens, auf das sich der Credit Default Swap bezieht, falsch einschätzt.

Liquiditätsrisiko

Ein Liquiditätsrisiko besteht, wenn es schwierig ist, ein bestimmtes Derivat zu kaufen oder zu verkaufen. Bei besonders umfangreichen Derivatgeschäften oder wenn der entsprechende Markt illiquid ist (was besonders bei zahlreichen außerbörslichen Derivaten der Fall ist), ist es unter

Umständen nicht möglich, eine Transaktion abzuschließen oder eine Position zu einem vorteilhaften Preis und Zeitpunkt zu liquidieren.

Risiken in Bezug auf das Exposure

Durch bestimmte Geschäfte kann ein bestimmtes Exposure entstehen. Zu solchen Geschäften zählen unter anderem umgekehrte Pensionsgeschäfte und der Einsatz von Abschlüssen per Erscheinen, mit verzögerter Lieferung oder auf Termin.

Risiken im Zusammenhang mit mangelnder Verfügbarkeit

Da die Märkte für bestimmte Derivate relativ jung sind und sich noch entwickeln, sind passende Derivatgeschäfte zu Zwecken des Risikomanagements oder zu anderen Zwecken möglicherweise nicht immer verfügbar. Möchte der Anlageverwalter bei Fälligkeit eines bestimmten Kontrakts die Position des Teilfonds im Betreffenden Derivat beibehalten, indem er einen ähnlichen Kontrakt abschließt, ist ihm dies unter Umständen nicht möglich wenn die Gegenpartei des ursprünglichen Kontrakts nicht gewillt ist, einen neuen Kontrakt abzuschließen und keine andere geeignete Gegenpartei gefunden werden kann. Es gibt keine Garantie dafür, dass ein Teilfonds jemals oder von Zeit zu Zeit Derivatgeschäfte abschließt. Der Einsatz von Derivaten durch einen Teilfonds kann durch bestimmte aufsichtsrechtliche und steuerliche Aspekte eingeschränkt sein.

Risiken im Zusammenhang mit Markt-, Rechts- und sonstigen Angelegenheiten

Derivate unterliegen, wie die meisten anderen Anlagen, dem Risiko, dass sich der Marktwert des Instruments verändert und sich somit negativ auf einen Teilfonds auswirkt. Stellt der Portfolioverwalter beim Einsatz von Derivaten für einen Teilfonds eine falsche Prognose über den Wert von Wertpapieren, Währungen, Zinsen oder anderen wirtschaftlichen Faktoren, wäre es für den Teilfonds möglicherweise vorteilhafter gewesen, dieses Geschäft nicht abzuschließen. Während einige Strategien mit Derivaten das Verlustrisiko mildern können, können sie auch die Gewinnmöglichkeiten einschränken oder sogar zu Verlusten führen, indem sie günstige Kursentwicklungen in anderen Anlagen des Teilfonds neutralisieren. Darüber hinaus ist ein Teilfonds durch seine rechtliche Verpflichtung, Ausgleichspositionen oder Vermögenswerte zur Deckung bestimmter Derivatgeschäfte zu halten, möglicherweise gezwungen, ein Wertpapier zu einem ungünstigen Zeitpunkt oder Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Des Weiteren können Verluste durch eine unerwartete Anwendung von Gesetzen oder Verordnungen entstehen oder weil Verträge rechtlich nicht durchsetzbar sind oder fehlerhaft dokumentiert wurden.

Geschäftsbeziehungen mit Gegenparteien

Teilnehmer am OTC-Devisenmarkt schließen in der Regel nur Geschäfte mit Gegenparteien ab, die sie als ausreichend kreditwürdig einschätzen, es sei denn, die Gegenpartei stellt Margen, Sicherheiten, Kreditbriefe oder andere Bonitätsverbesserungen bereit. Die Gesellschaft ist überzeugt, dass sie in der Lage sein wird, die notwendigen Geschäftsbeziehungen mit Gegenparteien aufzubauen, die es jedem Teilfonds ermöglichen, OTC-Devisengeschäfte und andere OTC-Geschäfte, einschließlich Swaps, zu tätigen, kann dafür jedoch keine Garantie abgeben. Ist die Gesellschaft nicht in der Lage, solche Geschäftsbeziehungen aufzubauen, kann dies die Geschäftstätigkeit der einzelnen Teilfonds einschränken und dazu führen, dass sie einen größeren Teil solcher Geschäfte an Terminbörsen abschließen müssen. Außerdem sind die Gegenparteien, mit denen die Gesellschaft solche Geschäftsbeziehungen knüpfen möchte, nicht verpflichtet, die dem Teilfonds zugestandenen Kreditlinien aufrechtzuerhalten und könnten in eigenem Ermessen beschließen, diese Kreditlinien zu kürzen oder zu kündigen.

Risiko im Zusammenhang mit der Bewertung der Gegenpartei

Die Bewertung eines OTC-Derivats durch die Gegenpartei kann durch eine unabhängige Einheit innerhalb der Unternehmensgruppe der Gegenpartei genehmigt oder geprüft werden, was zu einem Interessenkonflikt führen kann und der Teilfonds vertraut darauf, dass die Gegenpartei diesen Konflikt in angemessener Weise löst.

Risiken aus Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren

Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren unterliegen Zins-, Branchen-, Wertpapier- und Kreditrisiken. Wertpapiere mit niedrigerer Bonität bieten in der Regel höhere Renditen als Wertpapiere mit höherem Rating, um einen Ausgleich für die geringere Bonität und das größere Ausfallrisiko zu bieten, welches diese Wertpapiere bergen. Wertpapiere mit niedrigerer Bonität reagieren in der Regel stärker auf kurzfristige Entwicklungen innerhalb des Unternehmens oder an den Märkten als Wertpapiere mit höherer Bonität, die vornehmlich auf Schwankungen im allgemeinen Zinsniveau reagieren. Es gibt vergleichsweise wenige Anleger, die in Wertpapiere mit niedriger Bonität investieren, weshalb es schwieriger sein kann, solche Wertpapiere zum günstigsten Zeitpunkt zu kaufen oder zu verkaufen.

Das Handelsvolumen an bestimmten internationalen Anleihenmärkten kann deutlich geringer sein als an den führenden Weltmärkten, wie beispielsweise in den USA. Daher können die Anlagen eines Teilfonds an solchen Märkten weniger liquide und ihre Preise volatiler sein, als vergleichbare Wertpapieranlagen, die an Märkten mit großem Handelsvolumen gehandelt werden. Auch kann die Abwicklung einer Transaktion an bestimmten Märkten mehr Zeit in Anspruch nehmen als an anderen Märkten, was die Liquidität des Portfolios beeinträchtigen kann.

Kredit- und Ausfallrisiko

In der Regel gehen Anleger davon aus, dass ihre Erträge in einem Verhältnis zum Risiko stehen, welches sie eingehen. Daher bieten Schuldtitel von Emittenten mit geringer Kreditwürdigkeit in der Regel höhere Renditen als Schuldtitel von Emittenten mit höherer Bonität. Anlagen mit höherer Bonität bergen in der Regel ein geringeres Kredit- aber nicht zwangsläufig ein niedrigeres Zinsrisiko. Der Wert von Anlagen mit höherer Bonität unterliegt trotz allem Zinsschwankungen.

Ein Teilfonds wird eine Anlage nicht zwangsläufig verkaufen, wenn sich deren Bonität verschlechtert, nachdem sie vom Anlageverwalter oder von seinem Beauftragten gekauft wurde. Wird ein Wertpapier von einer oder mehreren Rating-Agenturen unterschiedlich eingestuft, stützt sich der Teilfonds auf das beste Rating dieser Agenturen.

Schuldtitel mit einem BBB-Rating oder einem vergleichbaren Rating sowie vergleichbare Wertpapiere ohne Rating gelten als Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating und werden im Allgemeinen als „Junk Bonds“ bezeichnet. Sie gelten hauptsächlich als spekulative Anlagen mit geringer Bonität. Sie bergen ein höheres Risiko, dass die Emittenten nicht in der Lage sind, die Kapital- und Zinsrückzahlungen fristgerecht zu leisten. Sollte dieser Fall eintreten oder wahrscheinlich erscheinen, unterliegt der Wert dieser Anlagen einer höheren Volatilität. Ein Ausfall oder ein erwarteter Ausfall könnten es dem Anlageverwalter oder seinem Beauftragten erschweren, die Anlagen zu Preisen zu veräußern, die nahe den Werten liegen, die der Anlageverwalter oder sein Beauftragter für die Anlagen angesetzt hatten. Da Junk Bonds hauptsächlich von Institutionen gehandelt werden, ist ihr Markt in aller Regel begrenzt, wodurch es für den Teilfonds unter Umständen schwierig sein kann, den beizulegenden Zeitwert zu bestimmen.

Die Bonitätseinstufungen beruhen vor allem auf der Finanzlage und der Anlageanalyse der Rating-Agenturen zum Zeitpunkt des Kaufs. Das Rating einer bestimmten Anlage spiegelt nicht notwendigerweise die derzeitige Finanzlage des emittierenden Unternehmens wider und sagt nichts über die Einschätzung der Volatilität oder der Liquidität einer Anlage aus. Obwohl der Anlageverwalter die Bonitätseinstufungen bei seinen Anlageentscheidungen berücksichtigt, führt er seine eigene Anlageanalyse durch und verlässt sich nicht ausschließlich auf die Bewertungen durch die Rating-Agenturen. Der Anlageverwalter ist bestrebt, die Risiken im Zusammenhang mit Schuldtiteln durch eine sorgfältige Analyse von Faktoren wie der Erfahrung des Unternehmens, der Stärke des Managements, der Finanzlage, dem Fremdkapitalbedarf und der Fälligkeit der Verbindlichkeiten zu minimieren. Wenn ein Teilfonds Schuldtitel von einem Unternehmen mit niedriger Bonität erwirbt, hängt das Erreichen seiner Ziele in höherem Maße von der Fähigkeit des Anlageberaters ab, Kreditrisiken zu analysieren, als dies der Fall wäre, wenn der Teilfonds Schuldtitel von einem Unternehmen mit höherer Bonität erwerben würde. Da die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls bei Schuldtiteln mit niedriger Bonität höher ist, ist es wahrscheinlicher, dass der Teilfonds in Rechtsverfahren verwickelt wird oder Vermögenswerte, welche die Verpflichtungen des emittierenden

Unternehmens sicherstellen, in Besitz nehmen und verwalten muss, wenn er vor allem in solchen Instrumenten anlegt. Dies könnte zu einem Anstieg der operativen Kosten für diesen Teilfonds und zu einer Verringerung seines Nettoinventarwerts führen. Obwohl im Allgemeinen angenommen wird, dass die Anlagen eines Teilfonds in Investment-Grade-Schuldtiteln ein geringeres Kreditrisiko aufweisen, können sie dennoch einzelne Risiken bergen, die bei Schuldtiteln mit einer niedrigeren Bonitäts-einstufung bestehen.

Nullkuponanleihen werden unterhalb ihres Nennwerts ausgegeben und leisten die Zinszahlungen erst am Ende der Laufzeit und nicht in festgelegten Abständen während der Laufzeit der Anleihe. Payment-in-kind-Anleihen bieten dem emittierenden Unternehmen die Möglichkeit, Zinszahlungen in Form von zusätzlichen Anleihen ein- und derselben Art anstelle von Barmitteln zu leisten. Durch beide Arten von Anleihen kann es ein Unternehmen vermeiden, Barmittel für laufende Zinszahlungen zu generieren. Diese Arten von Anleihen unterliegen daher einem höheren Kreditrisiko und größeren Kursschwankungen als Anleihen, die ihre laufenden Zinszahlungen in bar begleichen.

Bewertungsrisiko

Die Teilfonds können ihr Vermögen in illiquide und/oder nicht börsengehandelte Wertpapiere und Instrumente investieren. Der Verwaltungsrat oder sein Beauftragter ermittelt in Absprache mit dem Anlageverwalter den wahrscheinlichen Veräußerungswert solcher Anlagen und Instrumente nach Treu und Glauben. Solche Anlagen sind naturgemäß schwierig zu bewerten und unterliegen beträchtlichen Unwägbarkeiten. Es gibt keine Gewähr, dass die bei der Bewertung ermittelten Schätzwerte dem tatsächlichen Verkaufs- oder Glattstellungspreis solcher Wertpapiere entsprechen.

Risiko von Bewertungen durch den Anlageverwalter

Der Verwalter kann sich bezüglich der Bewertung bestimmter Anlagen mit dem Anlageverwalter beraten. Es besteht ein Interessenkonflikt zwischen der Beteiligung des Anlageverwalters an der Ermittlung des Bewertungspreises der Anlagen der einzelnen Teilfonds und seinen übrigen Aufgaben und Pflichten bezüglich der Teilfonds, da sich die Gebühr des Anlageverwalters, der den Wert dieser Wertpapiere ermittelt, erhöht, wenn der Wert dieser Vermögenswerte steigt.

Risiko in Bezug auf die gegenseitige Haftung zwischen den offenen Teilfonds

Die Gesellschaft wurde als Umbrellafonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds gegründet. Nach irischem Recht stehen die Vermögenswerte eines Teilfonds nicht zur Erfüllung von Verbindlichkeiten eines anderen Teilfonds zur Verfügung. Die Gesellschaft kann jedoch auch in Ländern außerhalb Irlands tätig sein und Vermögenswerte halten, wo die getrennte Haftung zwischen den Teilfonds möglicherweise nicht anerkannt wird. Es gibt keine Garantie, dass die Gläubiger eines Teilfonds nicht versuchen werden, dessen Verbindlichkeiten gegenüber einem anderen Teilfonds geltend zu machen.

Risiko aus dem Ertragsausgleich

Bei allen Teilfonds mit einer ausschüttenden oder thesaurierenden Anteilsklasse soll ein Ertragsausgleich stattfinden. Der Ertragsausgleich wirkt einer Verwässerung des gegenwärtigen Ertrags der Anteilinhaber entgegen, indem ein Teil des Erlöses bzw. der Kosten aus der Ausgabe bzw. Rücknahme von Anteilen den nicht ausgeschütteten Erträgen zugerechnet wird. Der Kauf- bzw. Rücknahmepreis eines Anteils kann einen Teil des Ertrags enthalten. Dieser Teil des Ertrags, der an die Anteilinhaber ausgeschüttet wird, die in der Berichtsperiode Anteile erwerben bzw. veräußern, wird als Ertragsausgleich bezeichnet.

Internetsicherheit und Identitätsdiebstahl

Die Informationstechnologiesysteme der Gesellschaft, eines Teilfonds, des Anlageverwalters, der Dienstleister der Gesellschaft (darunter unter anderem die Wirtschaftsprüfer, die Verwahrstelle und die Verwaltungsstelle) und/oder der Emittenten von Wertpapieren, in denen ein Teilfonds anlegt, können durch Computerviren, Netzwerkausfälle, Versagen eines Computers oder der Telekommunikation,

Zugriff von unbefugten Personen und Sicherheitsverletzungen, Fehler der jeweiligen Fachpersonen, Stromausfälle und Katastrophen wie Brände, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Hurrikane und Erdbeben beschädigt oder unterbrochen werden. Die oben erwähnten Parteien haben zwar Maßnahmen ergriffen, um solche Risiken zu steuern, doch wenn diese Systeme für längere Zeit beeinträchtigt oder außer Betrieb sind, oder nicht mehr ordnungsgemäß funktionieren, sind gegebenenfalls umfangreiche Mittel nötig, um sie zu reparieren oder zu ersetzen. Der Ausfall dieser Systeme und/oder das Fehlschlagen des Wiederherstellungsplans aus irgendeinem Grund kann die Geschäfte der Gesellschaft, eines Teilfonds, des Anlageverwalters, eines Dienstleisters und/oder eines Wertpapieremittenten, in den die Gesellschaft investiert, unterbrechen und die Sicherheit, Vertraulichkeit oder der Schutz von sensiblen Daten wie persönlichen Informationen über Anteilhaber (oder deren wirtschaftliche Eigentümer) kann gegebenenfalls nicht mehr gewährleistet werden. Außerdem kann ein solcher Systemausfall den Ruf der Gesellschaft, eines Teilfonds, des Anlageverwalters, eines Dienstleisters und/oder eines Emittenten schädigen, gegen die aufgeführten Rechtsträger kann Klage eingereicht werden und der Geschäftsbetrieb sowie die finanzielle Wertentwicklung können anderweitig beeinträchtigt werden.

Die Liste der in diesem Teilprospekt aufgeführten Anlagerisiken stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Anleger und potenzielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass eine Anlage in der Gesellschaft oder einem Teilfonds gegebenenfalls außerordentlichen Risiken ausgesetzt sein kann.

MANAGEMENT UND VERWALTUNG

Der Verwaltungsrat leitet die Geschäfte der Gesellschaft und ist für die Festlegung der Anlagepolitik verantwortlich. Der Verwaltungsrat hat einzelne seiner Pflichten an den Verwalter, den Anlageverwalter und die Vertriebsgesellschaft delegiert.

Der Verwaltungsrat

Die Gesellschaft wird vom Verwaltungsrat geführt und ihre Geschäfte werden von ihm überwacht. Im Folgenden wird jedes Verwaltungsratsmitglied kurz vorgestellt.

Anthony Cousins ist CEO, CIO und Leiter des Bereichs Portfoliomanagement der Pyrford International Limited. Herr Cousins ist seit 1989 bei Pyrford International Limited tätig. 1990 erhielt er seinen Masterabschluss (Master of Arts) und wurde diplomierter Finanzanalyst (CFA Charterholder). Als Leiter des Bereichs Portfoliomanagement ist er für Europa (einschließlich des Vereinigten Königreichs) zuständig, darüber hinaus ist er Mitglied des Anlagestrategieausschusses der Pyrford International Limited. Im November 2009 wurde Herr Cousins zum Joint Chief Investment Officer ernannt. Am 1. Januar 2011 wurde er darüber hinaus zum CEO und CIO ernannt. Seit Januar 2014 fungiert Herr Cousins auch als CEO des Anlageverwalters, der LGM (Bermuda) Limited, und der BMO Global Asset Management (Asia) Limited. Nach seinem Bachelor-Abschluss an der Cambridge University 1985 stieß Herr Cousins zu Daiwa International Capital Management in London und war dort als Portfoliomanager für Aktien tätig.

Eimear Cowhey verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Offshore-Fonds-Branche und ist gegenwärtig als unabhängige Verwaltungsrätin für verschiedene irische Gesellschaften und Anlagefonds tätig. Von 1999 bis 2006 arbeitete sie in leitender Stellung bei The Pioneer Group, wo sie unter anderem als Leiterin der Rechts- und Compliance-Abteilung und als Leiterin für Produktentwicklung tätig war. Von 1992 bis 1999 war sie Global Fund Director und Head Legal Counsel bei INVESCO Asset Management. 1990 wurde sie in Irland als Rechtsanwältin zugelassen, während sie bei der Anwaltskanzlei William Fry arbeitete. 1986 schloss sie ihr Rechtsstudium am University College Dublin mit einem Bachelor-Diplom in Zivilrecht ab. Außerdem wurde ihr von der Chartered Association of Certified Accountants 1989 ein Certified Diploma in Accounting and Finance verliehen. Eimear Cowhey ist ehemaliges Ratsmitglied und ehemalige Vorsitzende der Irish Funds Industry Association (IFIA) (ehemals DFIA). Des Weiteren ist sie ein ehemaliges Mitglied der IFSC Funds Group, einer Gruppe von Vertretern aus Wirtschaft und Politik, welche die Regierung in Fragen bezüglich Anlagefonds berät. Frau Cowhey doziert an der Law Society of Ireland über Finanzdienstleistungs- und Anlagefondsrecht und hält regelmäßige Vorträge an Konferenzen.

Barry McInerney ist Vorsitzender und CEO der BMO Asset Management Corp. sowie Co-CEO der BMO Global Asset Management. Bevor er Anfang 2009 zur BMO Financial Group stieß, war Herr McInerney als geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied bei Russell Investments zuständig für institutionelle Anleger in Nord- und Südamerika und Mitglied des Russell Global Management Committee und des Verwaltungsrats des Russell Trusts. Bevor Herr McInerney seine Tätigkeit bei Russell aufnahm, arbeitete er 19 Jahre lang bei Mercer Inc., wo er zahlreiche leitende Positionen bekleidete. So war er unter anderem President der Mercer Global Investments (in den USA), President und Vorsitzender der Mercer Trust Company (weltweit) sowie President der Mercer Investment Consulting (in den USA). Herr McInerney besitzt einen MBA sowie einen Bachelor-Abschluss in Commerce and Finance der Universität Toronto. Darüber hinaus ist er staatlich geprüfter Finanzanalyst (Chartered Financial Analyst), Mitglied des Instituts für Finanzanalysten (CFA Institute) und Mitglied der Aktuarsvereinigung (Society of Actuaries).

Paul McNaughton war Leiter im Bereich Fondsverwaltung und Verwahrung der Deutsche Bank Gruppe. Darüber hinaus war Herr McNaughton zehn Jahre lang CEO in der Abteilung Fondsverwaltung und Verwahrung der Deutsche Bank Gruppe in Irland. Zuvor bekleidete Herr McNaughton zahlreiche hohe Geschäftsleitungspositionen, unter anderem war er von 1987 bis 1991 Generaldirektor des

Geschäftsbereichs IFSC der Investment Bank of Ireland. Er ist ebenfalls Verwaltungsratsmitglied einer Reihe irischer Investmentgesellschaften.

Drew Newman ist Chief Operating Officer und Verwaltungsratsmitglied der Pyrford International Limited, wo er für Investmentgeschäfte, Performanceanalysen, Technologie und andere Bereiche außerhalb des Investmentgeschäfts zuständig. Darüber hinaus wurde Herr Newman 2014 Global Chief Operating Officer der LGM Investments (siehe Definition unten). Bevor er 2005 zur Pyrford International Limited stieß, sammelte er während 20 Jahren Erfahrung in den Bereichen institutionelle Vermögensverwaltung, strategische Anlageberatung und Unternehmensentwicklung. Von 1991 bis 2002 war Herr Newman Chief Investment Officer der GE Insurance Holdings und von 2002 bis 2003 war er als Leiter des Bereichs Investment Marketing bei GE Life tätig. 2004 verließ er GE für eine zwölf-monatige Tätigkeit als Anlageberater bei Cambridge Associates in London. 1983 erhielt Drew Newman den Abschluss Bachelor of Education (Honours) am Jordanhill College in Glasgow, 1990 erlangte er den Masterabschluss (MA) in Finance and Investment Analysis der Southbank University.

Diane Seymour-Williams besitzt ein MA-Diplom der Universität Cambridge in Wirtschaftswissenschaften. 1981 stieß sie zu Morgan Grenfell/Deutsche Asset Management und spezialisierte sich auf das Platzieren von Anlagen in asiatischen und anderen Aktienmärkten der Welt für institutionelle Kunden und offene Anlagefonds. Von 1985 bis 1998 war sie Leiterin des Asian ex-Japan Equity Teams. Frau Seymour-Williams war von 1993 bis 1996 CEO und CIO des Asia ex Japan Teams und zuständig für die Niederlassungen in Singapur und Hongkong und ein Joint Venture in Thailand. Darüber hinaus war Frau Seymour-Williams in London von 1996 bis 1998 als Leiterin des internationalen Aktiengeschäfts (außerhalb der USA) zuständig für zahlreiche Kundenbeziehungen zu institutionellen Kunden und Geschäftsführung. Des Weiteren war sie von 1998 bis 2005 Head of Continental European Clients und von 2003 bis 2005 Head of Global Equity Product. Nachdem Frau Seymour-Williams 2005 die Deutsche Asset Management verlassen hatte, widmete sie sich der Entwicklung eines Global Equity Business für WP Stewart und der Gründung von Spence House Capital Management für Baron Rothschild. 2007 stieß sie zu LGM Investments (siehe Definition unten) als Head of Client and Business Strategy. Darüber hinaus war Frau Seymour-Williams Verwaltungsratsmitglied von The China Fund (1993-2005), Pakistan Fund (1993-1996), Batavia Fund (1993-1996) und Vorsitzende des Greater Korea Trust Advisory Board (1993-1997).

Kein Verwaltungsratsmitglied ist wegen Straftaten verurteilt worden oder war von einem der folgenden Ereignisse betroffen: Konkurs, individueller freiwilliger Vergleich, Zwangsverwaltung, Zwangsliquidation, freiwillige Liquidation durch die Gläubiger, Verwaltung, freiwillige gütliche Einigung mit einer Gesellschaft oder Teilhaberschaft, Vergleich oder Absprache mit allen Gläubigern oder mit irgendeiner Gläubigerklasse einer Gesellschaft, bei der es Verwaltungsratsmitglied oder Teilhaber mit geschäftsführender Funktion war. Kein Verwaltungsratsmitglied wurde von einer gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Behörde (einschließlich anerkannter Fachgremien) öffentlich verwiesen und keinem Verwaltungsratsmitglied wurde von einem Gericht die Fähigkeit aberkannt, als Verwaltungsratsmitglied einer Gesellschaft zu fungieren, oder in der Verwaltung oder der Führung der Geschäfte einer Gesellschaft tätig zu sein.

Der Anlageverwalter

Die Gesellschaft hat LGM Investments Limited gemäß dem Anlageverwaltungs- und Vertriebsvertrag zur Vertriebsgesellschaft (die „Vertriebsgesellschaft“) und zum Anlageverwalter mit diskretionärer Verfügungsgewalt bestellt. Nach den Bestimmungen des Anlageverwaltungs- und Vertriebsvertrags ist der Anlageverwalter unter der Oberaufsicht und Überwachung des Verwaltungsrats für die Verwaltung des Vermögens und der Anlagen der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Anlageziel und der Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds verantwortlich.

Der Anlageverwalter ist eine am 28. Februar 1995 nach den Companies Acts 1985 in England und Wales gegründete britische Aktiengesellschaft (*private company limited by shares*) mit der Registernummer 3029249.

Der Anlageverwalter ist zur Ausübung des Investmentgeschäfts zugelassen, er untersteht im Vereinigten Königreich der Aufsicht der FCA und in den USA der Aufsicht der SEC.

Der Anlageverwalter, eine Tochtergesellschaft der LGM (Bermuda) Limited, ist Mitglied der LGM Unternehmensgruppe (zusammen „LGM Investments“), die ihre Geschäftstätigkeit im Dezember 1991 aufgenommen hat, und hat Niederlassungen in London und Hongkong. LGM Investments wurde 1991 gegründet und ist ein auf asiatische und auf Schwellen- und Frontier-Märkte spezialisierter Equity Manager, der sich ausschließlich mit der Anlageverwaltung befasst. Das verwaltete Vermögen belief sich am 30. April 2015 auf 2,7 Mia. USD und wird von einem Team von mehr als 15 Anlageexperten in London und Hongkong verwaltet. Die Anlagestrategie konzentriert sich auf eine aktive Aktienverwaltung und die LGM Investments verfolgt einen fundamentalen Bottom-Up-Ansatz ohne Anlehnung an einen Index.

LGM Investments verfügt unter anderem über fachliche Kompetenzen in den folgenden Anlagebereichen: aufstrebende Märkte in der ganzen Welt (GEM), Verantwortungsbewusste Anlagen an GEM, Asien, kleinkapitalisierte asiatische Unternehmen, Frontier-Märkte, China, Indien, Lateinamerika, Osteuropa und eine Anlagestrategie in kleinkapitalisierte Unternehmen in Schwellenländern weltweit. Der Kundenstamm der LGM Investments besteht zu einem großen Teil aus institutionellen Kunden. LGM Investments wurde im April 2011 eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Bank of Montreal.

Der Anlageverwalter hat das Recht, einige oder alle Anlagemanagementfunktionen an einen oder mehrere Unteranlageverwalter zu delegieren. Sind Gebühren für den Unteranlageverwalter aus dem Vermögen des Teilfonds zu zahlen, so werden nähere Angaben zu diesem Unteranlageverwalter im Teilprospekt angeführt. Angaben zu bestellten Unteranlageverwaltern, deren Gebühren nicht aus dem Vermögen eines Teilfonds gezahlt werden, werden möglicherweise nicht im Teilprospekt, sondern in den regelmäßigen Berichten gemacht. Die Anteilinhaber erhalten sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Bestellung von Unteranlageverwaltern in jedem Fall auf Anfrage und in den regelmäßigen Berichten. Der Anlageverwalter haftet weder für Verfahren, Kosten, Ansprüche, Verluste, Schäden oder Auslagen, die sich aufgrund von Handlungen und Unterlassungen der von ihm bestellten Unteranlageverwalter ergeben noch für seine eigenen Handlungen und Unterlassungen, wenn er dabei in Treu und Glauben dem Rat oder den Empfehlungen der Unteranlageverwalter gefolgt ist.

Der Anlageverwalter kann andere Fonds oder kollektive Kapitalanlagen beraten oder verwalten, in welche ein Teilfonds investieren kann, oder die ähnliche Anlageziele wie die Gesellschaft oder ihre Teilfonds verfolgen oder sich mit diesen überschneiden, wobei die Anlagemöglichkeiten zwischen den jeweiligen Kunden gerecht verteilt sein müssen.

Der Verwalter

Die Gesellschaft hat State Street Fund Services (Ireland) Limited zum Verwalter und zur Registerstelle der Gesellschaft bestellt. Sie ist für die tägliche Verwaltung der Geschäfte der Gesellschaft zuständig. Zum Verantwortungsbereich des Verwalters zählen die Aufgaben der Register- und Transferstelle, die Bewertung der Vermögenswerte der Gesellschaft und die Berechnung des Nettoinventarwerts pro Anteil sowie das Erstellen der Jahres- und Halbjahresberichte der Gesellschaft.

Die Haupttätigkeit des Verwalters ist die Verwaltung von kollektiven Kapitalanlagen. Der Verwalter untersteht der Aufsicht der irischen Zentralbank. Der Verwalter ist eine am 23. März 1992 in Irland gegründete Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*private limited company*) und Eigentum der State Street Corporation. Das genehmigte Aktienkapital des Verwalters beträgt GBP 5.000.000, wobei das im Umlauf befindliche und eingezahlte Anteilskapital GBP 350.000 beträgt.

Der Verwalter erbringt hauptsächlich Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung, Buchführung, Registrierung und Transferstelle für kollektive Kapitalanlagen und Investmentfonds und damit verbundene Dienste für Anteilinhaber.

Die Verwahrstelle

Die Gesellschaft hat State Street Custodial Services (Ireland) Limited per Verwahrstellenvertrag als Verwahrstelle für das gesamte Vermögen der Gesellschaft bestellt.

Die Verwahrstelle ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*limited liability company*) und letztlich Eigentum der State Street Corporation. Sie hat ein genehmigtes Aktienkapital von GBP 5.000.000 und das im Umlauf befindliche und eingezahlte Kapital beträgt GBP 200.000. Per 31. Mai 2014 verwahrte die Verwahrstelle Mittel im Wert von über USD 500 Milliarden.

Die State Street Corporation ist ein weltweit führender Spezialist für Dienstleistungen auf dem Gebiet der Anlagebetreuung und -verwaltung für anspruchsvolle Investoren weltweit. Der Hauptsitz der State Street Corporation befindet sich in Boston, Massachusetts, USA, und das Unternehmen wird an der New York Stock Exchange unter dem Symbol „STT“ gehandelt.

Die Hauptgeschäftstätigkeit der Verwahrstelle besteht darin, Verwahrungs- und Treuhanddienste für kollektive Kapitalanlagen zu erbringen. Die Verwahrstelle untersteht der Aufsicht der irischen Zentralbank.

Die Verwahrstelle ist unter anderem verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den entsprechenden Gesetzen und der Satzung erfolgen. Die Verwahrstelle führt die Weisungen des Anlageverwalters aus, sofern diese nicht im Widerspruch zur OGAW-Verordnung, der Satzung der Gesellschaft oder dem Verwahrstellenvertrag stehen. Die Verwahrstelle muss auch das Geschäftsgebahren der Gesellschaft in jedem Rechnungsjahr untersuchen und den Anteilinhabern darüber Bericht erstatten.

Die Verwahrstelle hat die Befugnis, ihre Aufgabe als Verwahrstelle ganz oder teilweise zu delegieren, aber ihre Haftung wird nicht dadurch berührt, dass sie die von ihr verwahrten Vermögenswerte ganz oder teilweise einem Dritten anvertraut hat. Die Gesellschaft und die Verwahrstelle sind sich bewusst, dass die Zentralbank der Auffassung ist, dass die Verwahrstelle, um ihrer Verantwortung gemäß OGAW-Verordnung nachzukommen, bei der Auswahl von Unterverwahrstellen als Verwahrstelle entsprechende Sorgfalt walten lassen muss, um sicherzustellen, dass sie die Fachkenntnisse, die Kompetenz und das erforderliche Ansehen besitzen und pflegen, um ihre Aufgaben als Unterverwahrstellen erfüllen zu können. Die Verwahrstelle muss die Unterverwahrstellen angemessen beaufsichtigen und regelmäßig entsprechende Erkundigungen einholen, um sich zu vergewissern, dass diese ihre Aufgaben weiterhin in kompetenter Weise erfüllen. Dies soll jedoch keine Rechtsauslegung der OGAW-Verordnung oder der entsprechenden Bestimmungen der OGAW-Richtlinie darstellen.

Zahlstellen, Vertreter oder Untervertriebsstellen

Nationales Recht und Verordnungen in einzelnen EWR-Mitgliedsstaaten können die Bestellung von Zahlstellen und die Führung von Konten durch diese Stellen vorschreiben, über die Zeichnungs- und Rücknahmegelder oder Dividenden gezahlt werden können. Anteilinhaber, die sich dafür entscheiden oder nach nationalem Recht dazu verpflichtet sind, Zeichnungs- oder Rücknahmegelder oder Dividenden über eine Zwischeneinheit anstatt im direkten Verkehr mit der Verwahrstelle (z. B. über eine Zahlstelle im jeweiligen Land) zu zahlen oder zu erhalten, tragen in Bezug auf die Zwischeneinheit ein Kreditrisiko für (a) Zeichnungsgelder vor der Übertragung dieser Gelder an die Verwahrstelle für die Gesellschaft und (b) für Rücknahmegelder, die von dieser Zwischeneinheit an den jeweiligen Anteilinhaber zu zahlen sind. Gebühren und Auslagen der von der Gesellschaft oder einem Teilfonds bestellten Zahlstellen können nach geschäftsüblichen Sätzen berechnet und von der Gesellschaft oder vom Teilfonds, für den die Zahlstelle bestellt worden ist, gezahlt werden.

Es können länderspezifische Ergänzungen zur Verteilung an die betreffenden Anteilinhaber erstellt werden, die sich mit Angelegenheiten befassen, die die Anteilinhaber in den Ländern betreffen, in denen Zahlstellen eingesetzt werden.

Die Gesellschaft hat den Anlageverwalter auch zur Vertriebsgesellschaft für ihre Anteile bestellt. Der Anlageverwalter kann gegebenenfalls Untervertriebsstellen bestellen. Jegliche Gebühren der Untervertriebsstellen werden vom Anlageverwalter getragen.

Mögliche Interessenkonflikte, Best-Execution-Prinzip und Ausübung von Stimmrechten

Die Gesellschaft verfügt über Verfahren, um sicherzustellen, dass Interessenkonflikte bei allen Geschäftsvorfällen in angemessener Weise verhindert werden. Sollte dies nicht möglich sein, stellt sie sicher, dass die Teilfonds und alle Anteilhaber gerecht behandelt werden. Der Verwaltungsrat, der Anlageverwalter, die Vertriebsgesellschaft, der Verwalter und die Verwahrstelle sowie deren verbundene Unternehmen, Geschäftsführer, Verwaltungsratsmitglieder, Aktionäre, Mitarbeiter und Beauftragte (zusammen die "Parteien") befassen sich oder befassen sich möglicherweise mit anderen Finanz-, Anlage- und Beratungstätigkeiten, die gelegentlich zu einem Interessenkonflikt mit der Geschäftsleitung der Gesellschaft und/oder mit ihrer jeweiligen Funktion innerhalb der Gesellschaft führen können. Diese Tätigkeiten können Folgendes umfassen: Verwaltung oder Beratung anderer Anlagefonds, Kauf und Verkauf von Wertpapieren, Bankgeschäfts- und Anlageverwaltungsdienste, Maklerdienste, Bewertung nicht notierter Wertpapiere (wobei sich die der Bewertungsstelle solcher Wertpapiere zu zahlenden Gebühren erhöhen können, wenn der Wert der Vermögenswerte zunimmt) sowie ein Mandat als Verwaltungsratsmitglied, Geschäftsleiter, Berater oder Beauftragter anderer Anlagefonds oder Gesellschaften, einschließlich Anlagefonds oder Gesellschaften, in welche die Gesellschaft gegebenenfalls investiert. Insbesondere kann der Anlageverwalter andere Fonds und andere kollektive Kapitalanlagen beraten oder verwalten, in welche ein Teilfonds investieren kann, oder die ähnliche Anlageziele wie die Gesellschaft oder ihre Teilfonds verfolgen oder sich mit diesen überschneiden.

Jede Partei wird sich nach Kräften bemühen sicherzustellen, dass die Erfüllung ihrer jeweiligen Pflichten durch eine etwaige solche Tätigkeit nicht beeinträchtigt wird und dass eventuell auftretende Konflikte in angemessener Weise beigelegt werden.

Es besteht kein Verbot für den Anlageverwalter, den Verwalter, die Verwahrstelle, die Vertriebsgesellschaft, Beauftragte oder Unterbeauftragte der Verwahrstelle (ausschließlich von der Verwahrstelle ernannter Unterverwahrstellen, die nicht zur Gesellschaftsgruppe gehören) und jedwede mit der Verwahrstelle verbundene oder derselben Gruppe angehörende Gesellschaft oder einen Beauftragten oder Unterbeauftragten der Verwahrstelle (ausschließlich von der Verwahrstelle ernannter Unterverwahrstellen, die nicht zur Gruppengesellschaft gehören) oder die mit dem Anlageverwalter, dem Verwalter, der Verwahrstelle oder der Vertriebsgesellschaft verbundenen Einrichtungen, mit der Gesellschaft Geschäfte zu tätigen, einschließlich und uneingeschränkt für das Halten, Veräußern oder anderweitige Handeln mit Anteilen oder Vermögen der Gesellschaft, und keine von ihnen ist verpflichtet, der Gesellschaft über Gewinne oder Vorteile Rechenschaft abzulegen, die sie im Zusammenhang mit solchen Geschäften erzielt hat, vorausgesetzt, dass diese Geschäfte im besten Interesse der Anteilhaber sind und zu den unter unabhängigen Parteien ausgehandelten üblichen Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden. Geschäfte gelten als zu den unter unabhängigen Parteien ausgehandelten üblichen Geschäftsbedingungen abgeschlossen, wenn

- (a) der Wert des Geschäftsabschlusses entweder (i) von einer von der Verwahrstelle als unabhängig und kompetent anerkannten Person, oder (ii) (falls die Verwahrstelle an den Transaktionen beteiligt ist) von einer vom Verwaltungsrat als unabhängig und kompetent anerkannten Person bescheinigt wird;
- (b) das Geschäft zu den besten Bedingungen an einer organisierten Börse gemäß den Regeln dieser Börse ausgeführt wird; oder
- (c) wenn das Geschäft zu Bedingungen ausgeführt wird, bei denen sich die Verwahrstelle oder – bei einem Geschäft, an dem die Verwahrstelle beteiligt ist – der Verwaltungsrat vergewissert hat, dass diese Bedingungen im besten Interesse der Anteilhaber sind und den unter voneinander unabhängigen Parteien ausgehandelten, üblichen Bedingungen entsprechen. Die Verwahrstelle (oder bei einem Geschäft, an dem die Verwahrstelle beteiligt ist, der Verwaltungsrat) dokumentiert, inwiefern das Geschäft den unter (a), (b) und (c) oben aufgeführten Bedingungen gerecht wird. Bei Geschäften, die gemäß Punkt (c) abgeschlossen werden, dokumentiert die Verwahrstelle (oder bei einem Geschäft, an dem die Verwahrstelle

beteiligt ist, der Verwaltungsrat), warum sie bzw. er überzeugt ist, dass das Geschäft die aufgeführten Bedingungen erfüllt.

Aus dem Handel mit Finanzderivaten und aus dem Einsatz von Anlagetechniken und -instrumenten für effizientes Portfoliomanagement können Interessenkonflikte entstehen. So können die Gegenparteien dieser Geschäfte oder Beauftragte, Intermediäre oder andere Einrichtungen, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäften erbringen, nahestehende Personen der Verwahrstelle sein. Folglich können diese Einrichtungen Gewinne, Gebühren und andere Erträge erwirtschaften oder verhindern, dass derartige Geschäfte Verluste verursachen. Darüber hinaus können Interessenkonflikte entstehen, wenn auf die von der Gegenpartei hinterlegte Sicherheit ein Sicherheitsabschlag von einer mit der Gegenpartei verbundenen Partei angewandt oder diese Sicherheit von einer solchen verbundenen Partei bewertet wird.

Mit ihrem Ausführungsprinzip will die Gesellschaft sicherstellen, dass ihre Dienstleistungserbringer im besten Interesse der Gesellschaft handeln, wenn sie Handelsentscheidungen ausführen und Aufträge im Namen der Teilfonds und im Rahmen der Verwaltung der Teilfondsportfolios erteilen. Zu diesen Zwecken müssen alle zumutbaren Schritte unternommen werden, um für die Teilfonds die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen, wobei der Preis, die Kosten, die Wahrscheinlichkeit der Ausführung und Abwicklung, die Auftragsgröße und -beschaffenheit, die Analysedienstleistungen, welche der Broker gegenüber dem Anlageverwalter erbracht hat, und andere für die Ausführung der Aufträge relevanten Faktoren zu berücksichtigen sind. Weitere Informationen über das Ausführungsprinzip und jeglicher wesentlicher Änderungen dieses Prinzips erhalten Anteilinhaber kostenlos auf Anfrage.

Der Anlageverwalter oder eine mit ihm verbundene Gesellschaft kann in Anteilen anlegen, damit ein Teilfonds oder eine Klasse eine wirtschaftlich vertretbare Mindestgröße erreicht oder effizienter betrieben werden kann. Unter solchen Umständen kann der Anlageverwalter oder die mit ihm verbundene Gesellschaft einen hohen Prozentsatz der im Umlauf befindlichen Anteile eines Teilfonds oder einer Klasse besitzen.

Nähere Angaben zu den Beteiligungen der Verwaltungsratsmitglieder sind im Abschnitt „Allgemeine Informationen – Beteiligungen der Verwaltungsratsmitglieder“ aufgeführt.

Die Gesellschaft hat eine Strategie zur Bestimmung, wann und wie Stimmrechte auszuüben sind, entwickelt. Nähere Angaben zu den Maßnahmen, die auf Grundlage dieser Strategien getroffen wurden, stehen dem Anteilinhaber auf Anfrage kostenlos zur Verfügung.

Geldwerte Vorteile (*Soft Commissions*)

Weder die Gesellschaft noch der Anlageverwalter schließen Vereinbarungen über Soft Commissions in Bezug auf die Teilfonds ab.

Retrozessionen und Gebührenteilung

Gelingt es dem Anlageverwalter oder einem seiner Beauftragten, die Retrozession eines Teils der Gebühren, die Makler und Wertpapierhändler beim Kauf und/oder Verkauf von Wertpapieren, derivativen Finanzinstrumenten, Techniken oder Instrumenten erheben, für die Gesellschaft oder einen Teilfonds auszuhandeln, wird diese Retrozession an die Gesellschaft bzw. den Teilfonds gezahlt. Zurzeit hat der Anlageverwalter keine derartigen Vereinbarungen getroffen und erhält demzufolge keine Gebühren für das Erbringen von Brokerdienstleistungen gegenüber der Gesellschaft.

GEBÜHREN UND AUFWENDUNGEN

Gründungskosten

Jegliche Gebühren und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung und Organisation der Gesellschaft, einschließlich aller Teilfonds, die zum Gründungszeitpunkt der Gesellschaft aufgelegt wurden, einschließlich der Gebühren der Fachberater der Gesellschaft, sowie der Gebühren für die Zulassung zum Vertrieb in verschiedenen Ländern wurden von der Gesellschaft getragen und im Verlauf der ersten fünf Rechnungsperioden der Gesellschaft bzw. über einen vom Verwaltungsrat festgelegten Zeitraum in der Art und Weise, die der Verwaltungsrat in seinem alleinigen Ermessen für angemessen hielt, abgeschrieben. Sie wurden nach der Auflegung neuer Teilfonds nach den Vorgaben des Verwaltungsrats angepasst und die Anteilinhaber wurden darüber in Kenntnis gesetzt. Kosten und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Errichtung und Auflegung anderer Teilfonds nach der Gründung der Gesellschaft entstehen, einschließlich aller neuen Teilfonds, werden gegenwärtig und in der Zukunft dem jeweiligen Teilfonds zugeschrieben und über einen Zeitraum von fünf Jahren (oder einen kürzeren vom Verwaltungsrat festgelegten Zeitraum) linear abgeschrieben.

Die Gebühren und Kosten für die Neu-Auflegung des Teilfonds BMO LGM Asian Growth and Income Fund werden voraussichtlich nicht mehr als 25.000 EUR betragen. Diese werden dem jeweiligen Teilfonds zugeschrieben und über einen Zeitraum von fünf Jahren (oder einen kürzeren vom Verwaltungsrat festgelegten Zeitraum) linear abgeschrieben.

Die mit der Errichtung des BMO LGM Asian Smaller Companies Fund verbundenen Gebühren und Kosten dürften voraussichtlich nicht mehr als EUR 25.000 betragen. Sie werden dem betroffenen Teilfonds zugeschrieben und über einen Zeitraum von fünf Jahren (oder einen kürzeren vom Verwaltungsrat festgelegten Zeitraum) linear abgeschrieben.

Jeder neue Teilfonds trägt: (i) die Gebühren und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung des betreffenden Teilfonds, die im Verlauf der ersten fünf Rechnungsperioden des Teilfonds oder über eine andere vom Verwaltungsrat festgelegte Zeitspanne und in der vom Verwaltungsrat in seinem alleinigen Ermessen als gerecht erachteten und den Anteilhabern mitgeteilten Weise abgeschrieben werden; und (ii) den ihm zuzuordnenden Anteil an den Gebühren und Betriebsaufwendungen der Gesellschaft.

Betriebsaufwendungen und -gebühren

Die Gesellschaft zahlt alle ihre Betriebsaufwendungen und alle im Folgenden als von der Gesellschaft zahlbare Gebühren beschriebenen Gebühren. Die von der Gesellschaft während der Dauer der Gesellschaft gezahlten Aufwendungen beinhalten zusätzlich zu den Gebühren und Aufwendungen des bzw. der von der Gesellschaft oder in ihrem Namen bestellten Verwalters, Verwahrstelle, Anlageverwalters, Vertriebsgesellschaft und Zahlstelle unter anderem Provisionen und Gebühren von Maklern und Banken, Honorare von Rechts- und sonstigen Fachberatern, Sekretariatskosten der Gesellschaft, Handelsregistergebühren, Gebühren der Aufsichtsbehörden, Abschlussprüfungshonorare, Umrechnungs- und Buchhaltungskosten, Zinsen auf Kredite, für die Gesellschaft anfallende Steuern und amtliche Abgaben, die Kosten für die Erstellung, Übersetzung, den Druck und die Verteilung von Berichten und Mitteilungen, Werbeunterlagen und Inseraten sowie periodischen Anpassungen des Teilprospekts und der wesentlichen Anlegerinformationen (KIIDs), die Gebühren für Börsennotierungen, alle Auslagen im Zusammenhang mit der Registrierung, Börsenzulassung und dem Vertrieb des Teilfonds und der ausgegebenen oder auszugebenden Anteile, alle Auslagen im Zusammenhang mit der Beantragung und Aufrechterhaltung eines Kreditratings eines Teilfonds, einer Anteilsklasse oder eines Anteils, die Kosten für die Versammlungen der Anteilinhaber, Versicherungsprämien für Verwaltungsratsmitglieder, Kosten für die Veröffentlichung des Nettoinventarwerts, administrative Aufwendungen für die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Portogebühren, Telefon-, Fax- und Telexgebühren sowie alle sonstigen Auslagen, jeweils zuzüglich Mehrwertsteuer, falls erforderlich. Alle diese Aufwendungen können nach dem Ermessen des Verwaltungsrats gemäß geltenden

Rechnungslegungsstandards abgegrenzt und abgeschrieben werden. Bei der Berechnung des Nettoinventarwerts jedes Teilfonds wird für die anstehenden Betriebsaufwendungen der Gesellschaft ein geschätzter Betrag eingesetzt. Die Betriebsaufwendungen und die von der Gesellschaft zu zahlenden Gebühren und Ausgaben von Dienstleistungserbringern werden von allen Teilfonds im Verhältnis zum Nettoinventarwert jedes Teilfonds oder jeder Klasse getragen, wobei die direkt oder indirekt einem bestimmten Teilfonds oder einer bestimmten Klasse zuzuordnenden Gebühren und Ausgaben ausschließlich vom betreffenden Teilfonds bzw. von der betreffenden Klasse zu tragen sind. **Gebühren des Verwalters**

Die Gesellschaft zahlt dem Verwalter aus ihrem Vermögen eine jährliche Gebühr zu einem Satz von maximal 0,07% des Nettoinventarwerts jedes Teilfonds, wobei für jeden Teilfonds eine Mindestgebühr von USD 72.000 (zuzüglich MwSt., wenn zutreffend) anfällt, welche von Zeit zu Zeit neu ausgehandelt wird. Die Verwaltungsgebühr wird zu jedem Bewertungszeitpunkt abgegrenzt und ist monatlich im Nachhinein zahlbar. Die Anteilinhaber werden im Voraus darüber informiert, wenn eine Erhöhung der Verwaltungsgebühr geplant ist.

Der Verwalter hat außerdem Anspruch auf Erstattung aller angemessenen Barauslagen, die ihm für den Teilfonds entstanden sind, aus dem Vermögen der Gesellschaft.

Jeder Teilfonds trägt anteilmäßig die Gebühren und Aufwendungen des Verwalters.

Verwahrstellengebühren

Die Verwahrstelle hat Anspruch auf eine jährliche Gebühr, die zu jedem Bewertungszeitpunkt aufläuft und monatlich im Nachhinein zahlbar ist. Diese Gebühr beträgt maximal 0,02% pro Jahr des durchschnittlichen monatlichen Nettoinventarwerts jedes Teilfonds und wird aus dem Gesellschaftsvermögen bezahlt.

Außerdem hat die Verwahrstelle Anspruch auf Rückerstattung aller Auslagen, einschließlich der Ausgaben aller von der Verwahrstelle bestellten Unterverwahrstellen, Kurierspesen und Telekommunikationskosten- und -ausgaben sowie der Gebühren und Transaktionsgebühren, die zu üblichen Geschäftssätzen zuzüglich etwaiger MwSt. berechnet und aus dem Vermögen des betreffenden Teilfonds gezahlt werden.

Jeder Teilfonds trägt anteilmäßig die Gebühren und Aufwendungen der Verwahrstelle.

Gebühren des Anlageverwalters

Der Anlageverwalter hat für jede in der untenstehenden Tabelle aufgeführte Anteilsklasse Anspruch auf Anlageverwaltungsgebühren. Die Gebühren sind jährlich zu zahlen.

Teilfonds	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse A ausschüttend und Anteilsklasse A thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse B ausschüttend und Anteilsklasse B thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse D ausschüttend und Anteilsklasse D thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse E ausschüttend und Anteilsklasse E thesaurierend)*	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse F ausschüttend und Anteilsklasse F thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse S ausschüttend und Anteilsklasse S thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse W ausschüttend und Anteilsklasse W thesaurierend)
BMO LGM Asian Growth and Income Fund	1,00%	0,75%	—	0,00%	—	0,75%	1,50%
BMO LGM Asian Smaller Companies Fund	1,50%	1,00%	—	0,00%	—	—	—

Teilfonds	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse A ausschüttend und Anteilsklasse A thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse B ausschüttend und Anteilsklasse B thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse D ausschüttend und Anteilsklasse D thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse E ausschüttend und Anteilsklasse E thesaurierend)*	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse F ausschüttend und Anteilsklasse F thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse S ausschüttend und Anteilsklasse S thesaurierend)	Jährlicher Prozentsatz des Nettoinventarwerts des Teilfonds (Anteilsklasse W ausschüttend und Anteilsklasse W thesaurierend)
BMO LGM Frontier Markets Fund	2,00% zzgl. Performancegebühr (siehe unten)	1,50% zzgl. Performancegebühr (siehe unten)	–	0,00%	–	–	–
BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund	1,00%	0,75%	0,75%	0,00%	0,75%	0,75%	1,50%

** Ausschüttende und thesaurierende Anteile der Klasse E stehen nur Anlegern zur Verfügung, die mit dem Anlageverwalter eine Anlagevereinbarung geschlossen haben (für nähere Angaben wird auf den Abschnitt „Erstausgabe von Anteilsklassen“ verwiesen).*

Die Gebühr des Anlageverwalters wird täglich auf Grundlage des täglichen Nettoinventarwerts pro Anteil berechnet und abgegrenzt und ist monatlich im Nachhinein zahlbar.

Der Anlageverwalter zahlt die Gebühren der von ihm bestellten Untervertriebsstellen aus seinen Gebühren.

Der Anlageverwalter hat Anspruch auf Erstattung aller ihm im Zusammenhang mit den Teilfonds entstandenen nachvollziehbaren Auslagen sowie ggf. der an ihn oder von ihm zu zahlenden MwSt. auf Gebühren und Aufwendungen durch die Gesellschaft.

Performancegebühr

Der Anlageverwalter hat für bestimmte, in der obigen Tabelle aufgelistete Klassen Anspruch auf eine Performancegebühr aus dem Vermögen der Gesellschaft (die „Performancegebühr“). Die Performancegebühr wird für jedes am 31. Dezember endende Geschäftsjahr (der „Berechnungszeitraum“) an diesem Tag (oder, wenn der 31. Dezember kein Geschäftstag ist, am Geschäftstag unmittelbar davor) berechnet (der „Berechnungstag“). Der erste Berechnungszeitraum beginnt an jenem Geschäftstag, der unmittelbar auf das Ende des Erstausgabezeitraums folgt und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Die Performancegebühr läuft an jedem Handelstag auf. Die Performancegebühr ist in der Regel innerhalb von 14 Geschäftstagen nach Abschluss des Berechnungszeitraumes an den Anlageverwalter zu zahlen. Bei Anteilen, die innerhalb eines Berechnungszeitraums zurückgenommen werden, ist die aufgelaufene Performancegebühr innerhalb von 14 Tagen nach dem Rücknahmedatum zahlbar, als wäre das Rücknahmedatum das Ende des entsprechenden Berechnungszeitraums. Die Verwahrstelle überprüft jede Berechnung der an den Anlageverwalter gezahlten Performancegebühren.

Die Performancegebühr wird wie unten aufgeführt für jeden Anteilinhaber separat berechnet.

Die Performancegebühr beträgt 20% des Betrags, um den der Nettoinventarwert pro Anteil am Berechnungstag vor Abzug allfälliger aufgelaufener Performancegebühren den Benchmark-Wert übersteigt.

Damit für einen Berechnungszeitraum eine Performancegebühr zahlbar wird, muss der Nettoinventarwert pro Anteil am entsprechenden Berechnungstag vor Abzug allfälliger aufgelaufener Performancegebühren (der „Letzte Nettoinventarwert pro Anteil“) den Benchmark-Wert übersteigen.

Wird der Benchmark-Wert überschritten, entspricht die Performancegebühr pro Anteil 20% des Betrags, um den der letzte Nettoinventarwert pro Anteil den Benchmark-Wert übersteigt.

Zur Ermittlung der Performancegebühr wird der Nettoinventarwert pro Anteil ohne Berücksichtigung der Performancegebühr berechnet, die für den betreffenden Berechnungszeitraum zahlbar ist.

Wird die Ermittlung des Nettoinventarwerts pro Anteil an einem Berechnungstag ausgesetzt, wird die Performancegebühr für dieses Datum auf der Grundlage des nächsten ermittelten Nettoinventarwerts pro Anteil berechnet und die aufgelaufene Performancegebühr gegebenenfalls entsprechend angepasst.

Eine allfällige Unterperformance gegenüber der Benchmark in vorhergehenden Perioden muss aufgeholt werden, bevor in den Folgeperioden eine Gebühr fällig wird.

Wenn der Anlageverwalter für die Performance eines Teilfonds in einem Berechnungszeitraum eine Performancegebühr erhält und der Teilfonds in einem darauf folgenden Berechnungszeitraum Verluste erwirtschaftet, ist der Anlageverwalter nicht verpflichtet, die Gebühr zurückzuzahlen und wird dies auch nicht tun.

Wird der Anlageverwaltungsvertrag innerhalb eines Berechnungszeitraums aufgelöst, so wird die Performancegebühr für den laufenden Berechnungszeitraum ermittelt und gezahlt, als ob der Vertrag zum Ende des Berechnungszeitraumes gekündigt worden wäre. Bei der Auflösung eines Teilfonds erhält der Anlageverwalter die Performancegebühr für den Berechnungszeitraum, in dem der Teilfonds liquidiert wird. Wird der Teilfonds vor Monatsende liquidiert, erhält der Anlageverwalter den Betrag der Anlageverwaltungsgebühr, der bis zum Datum des Inkrafttretens der Liquidation pro rata anfällt, falls zutreffend.

Wenn von einem Teilfonds Performancegebühren zu zahlen sind, werden diese auf der Grundlage der realisierten und nicht realisierten Gewinne und Verluste zum Ende jedes Berechnungszeitraums ermittelt. Daher kann es vorkommen, dass Performancegebühren auf nicht realisierte Gewinne gezahlt werden, die niemals realisiert werden.

Anpassung und Ausgleichsaufschlag aufgrund von Disagio- und Agiozeichnungen

Anpassung bei Zeichnungen

Zeichnet ein Anleger Anteile zu einem Zeitpunkt, an dem der Nettoinventarwert pro Anteil unter dem Benchmark-Wert liegt, so ist eine Anpassung (im Folgenden die „Anpassung“) erforderlich, um Ungleichheiten zu reduzieren, die sich für den jeweiligen Anteilszeichner oder den Anlageverwalter ergeben können.

Die neuen Anteilinhaber müssen bei jeder nachfolgenden Erhöhung des Nettoinventarwerts pro Anteil dieser Anteile eine Anpassung zahlen, bis der Benchmark-Wert erreicht ist. Dies wird dadurch erreicht, dass der Teilfonds die Möglichkeit hat, einen Teil der von diesem Anteilinhaber gehaltenen Anteile ohne Gegenleistung zurückzunehmen und eine entsprechende Performancegebühr am Ende jedes Berechnungszeitraums an den Anlageverwalter zu zahlen. Sobald der Benchmark-Wert erreicht wurde, wird die Performancegebühr in derselben Art und Weise wie für alle anderen Anteile berechnet und erhoben. Bis zum Erreichen des Benchmark-Werts wird für bestehende Anteilinhaber keine Performance-Gebühr abgegrenzt.

Agiozeichnungen

Wenn Anteile zu einem Zeitpunkt gekauft werden, zu dem der Nettoinventarwert pro Anteil über dem Referenzwert der Anteile liegt (im Folgenden als „Agiozeichnungen“ bezeichnet), so muss der betreffende Anteilinhaber einen zusätzlichen Betrag in Höhe der aufgelaufenen Performancegebühr pro Anteil zahlen (im Folgenden als „Ausgleichsaufschlag“ bezeichnet). Mit dem Ausgleichsaufschlag soll sichergestellt werden, dass alle Anteilinhaber denselben Kapitalbetrag je Anteil im Risiko haben.

Der Ausgleichsaufschlag unterliegt im Teilfonds einem Risiko und kann in Abhängigkeit von der Performance des Teilfonds nach der Zeichnung an Wert verlieren. Sinkt der Nettoinventarwert pro Anteil, so verringert sich der Ausgleichsaufschlag für den Anteilinhaber linear mit der aufgelaufenen Performancegebühr für die anderen Anteile, bis der Ausgleichsaufschlag aufgebraucht ist. Eine nachfolgende Erhöhung des Nettoinventarwerts führt zu einer Aufholung des aufgrund solcher

Minderungen verloren gegangenen Ausgleichsaufschlags, jedoch nur im Umfang des zuvor verloren gegangenen Ausgleichsaufschlags bis zur Höhe des bei der Zeichnung gezahlten Betrages.

Zahlstellengebühren

Gebühren und Auslagen der von der Gesellschaft in ihrem Namen oder im Namen eines Teilfonds bestellten Zahlstellen werden nach geschäftüblichen Sätzen und gegebenenfalls zuzüglich Mehrwertsteuer berechnet und von der Gesellschaft oder vom Teilfonds, für den die Zahlstelle bestellt worden ist, getragen.

Gebühren der Vertriebsgesellschaft

Inhaber von Anteilen der Klasse A ausschüttend und der Klasse A thesaurierend eines Teilfonds haben unter Umständen einen Ausgabeaufschlag zu entrichten, der als Prozentsatz der Zeichnungsgelder ermittelt wird, und pro Jahr maximal 3 Prozent des Nettoinventarwerts pro Anteil beträgt. Dieser Ausgabeaufschlag ist an den Anlageverwalter in seiner Funktion als Vertriebsgesellschaft zu zahlen, der daraus etwaige Untervertriebsstellen entlohnt. Die Gesellschaft kann nach eigenem Ermessen auf einen solchen Ausgabeaufschlag verzichten oder innerhalb der gestatteten Grenzen für verschiedene Antragsteller unterschiedliche Beträge belasten. Der Anlageverwalter beabsichtigt nicht, für andere als die vorstehend erwähnten Anteilklassen eine Vertriebsgebühr zu erheben.

Rücknahmegebühr

Den Anteilinhabern kann eine Rücknahmegebühr belastet werden, die als Prozentsatz des Rücknahmeerlöses wie im Abschnitt „Die Anteile - Rücknahme von Anteilen“ berechnet wird. Sofern im Teilprospekt nichts Anderes angegeben ist, beabsichtigt der Verwaltungsrat zurzeit nicht, eine Rücknahmegebühr zu erheben. Sollte eine Einführung von Rücknahmegebühren in der Zukunft beabsichtigt werden, werden die Anteilinhaber unter Einhaltung einer angemessenen Frist darüber in Kenntnis gesetzt. Wird eine Rücknahmegebühr erhoben, sollten die Anteilinhaber ihre Anlage mittel- bis langfristig halten.

Verwässerungsausgleich/Abgaben und Kosten

Ist die Gesellschaft der Ansicht, dass die Nettozeichnungen oder -rücknahmen umfangreich sind, kann sie, um den Wert des Vermögens des betreffenden Teilfonds zu schützen, einen Verwässerungsausgleich erheben, welcher als Teil des Vermögens des jeweiligen Teilfonds einbehalten wird. Der Ausgleich wird so berechnet, dass er die Handelskosten deckt und den Wert der zugrundeliegenden Anlagen des Teilfonds schützt. Diese Kosten umfassen jegliche Handelsspreads, Kommissionen, Übertragungssteuern und anderen Handelskosten im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten, durch die der Wert der zugrundeliegenden Vermögenswerte eines Teilfonds im Falle von Netto-Zeichnungen oder Netto-Rücknahmen erhalten werden soll. Wenn ein Verwässerungsausgleich belastet wird, basiert er auf den geschätzten tatsächlichen Kosten bis maximal 0,5% des Werts jeglicher Netto-Zeichnung oder Netto-Rücknahme jeder Anteilklassse der Teilfonds (mit Ausnahme des BMLO LG Frontier Markets Fund, für den der maximale Satz 1,25% des Werts der Netto-Zeichnung oder Netto-Rücknahme jeder Klasse des Teilfonds beträgt.) Dieser Verwässerungsausgleich wird auf den Ausgabepreis aufgeschlagen bzw. vom Rücknahmeerlös abgezogen.

Honorare der Verwaltungsratsmitglieder

Die Verwaltungsratsmitglieder dürfen laut Satzung für ihre Dienste ein Honorar berechnen, dessen Höhe der Verwaltungsrat festlegt, wobei es jedoch EUR 70.000 pro Jahr nicht übersteigen sollte. Die Verwaltungsratsmitglieder haben unter Umständen Anspruch auf eine besondere Vergütung, wenn sie dazu aufgefordert werden, für die Gesellschaft besondere oder zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen. Alle Verwaltungsratsmitglieder haben Anspruch auf Rückerstattung durch die Gesellschaft der im Zusammenhang mit den Geschäften der Gesellschaft und der Erfüllung ihrer Pflichten ordnungsgemäß entstandenen Auslagen.

Zuordnung von Gebühren und Aufwendungen

Alle Gebühren, Aufwendungen, Abgaben und Kosten werden dem betreffenden Teilfonds belastet und innerhalb des Teilfonds den Anteilsklassen, für welche sie angefallen sind. Ist der Verwaltungsrat der Auffassung, dass eine Aufwendung keinem bestimmten Teilfonds zugeordnet werden kann, wird die Aufwendung in der Regel allen Teilfonds im Verhältnis zum Nettoinventarwert jedes einzelnen Teilfonds oder der entsprechenden Anteilsklasse oder sonst zu den Bedingungen, die der Verwaltungsrat für recht und billig hält, zugeordnet. Im Falle regelmäßiger oder wiederkehrender Gebühren und Aufwendungen, wie z. B. Abschlussprüfungsgebühren, kann der Verwaltungsrat diese Gebühren und Aufwendungen auf der Grundlage einer jährlichen oder sonstigen periodischen Schätzung im Voraus berechnen und gleichmäßig über einen bestimmten Zeitraum verteilen.

Rückerstattung von Gebühren

Der Anlageverwalter kann in seinem eigenen Ermessen alle oder einen Teil der Gebühren, die einem Anteilinhaber belastet wurden, zurückerstatten. Eine derartige Rückerstattung erfolgt im Ermessen des Anlageverwalters entweder durch eine Barauszahlung oder durch Zeichnung zusätzlicher Anteile, die der Anlageverwalter auf eigene Kosten zugunsten des Anteilinhabers zeichnet.

DIE ANTEILE

Allgemein

Anteile können an jedem Handelstag ausgegeben werden. Die innerhalb eines Teilfonds oder einer Klasse ausgegebenen Anteile sind Namensanteile und lauten auf die Basiswährung des entsprechenden Teilfonds oder auf eine für eine bestimmte Klasse festgelegte Währung. Die Anteile haben keinen Nennwert und werden erstmals am ersten Handelstag nach Ablauf des Erstausgabezeitraums zum Erstausgabepreis ausgegeben. In der Folge werden die Anteile zum Nettoinventarwert pro Anteil, gegebenenfalls zuzüglich einer Zeichnungsgebühr, ausgegeben. Der Eigentumsnachweis an den Anteilen erfolgt durch namentliche Eintragung des Anlegers in das Anteillinhaberregister der Gesellschaft. Es werden keine Anteilszertifikate ausgegeben. Die im Anteillinhaberregister eingetragenen Daten der Anteilinhaber und ihre Weisungen für Zahlungen werden nur geändert, wenn der betreffende Anteilinhaber schriftliche Weisungen hierüber im Original einreicht.

Der Verwaltungsrat kann die Annahme eines Zeichnungsantrags ohne Angabe von Gründen ablehnen und den Anteilsbesitz für jegliche Person, Firma oder Körperschaft unter bestimmten Umständen beschränken, unter anderem wenn dieser Besitz eine aufsichtsrechtliche oder gesetzliche Vorschrift verletzen würde oder den steuerlichen Status der Gesellschaft berühren könnte oder dazu führen könnte, dass der Gesellschaft bestimmte Nachteile entstehen, die ihr andernfalls möglicherweise nicht entstehen würden. Alle für einen bestimmten Teilfonds oder eine bestimmte Anteilsklasse geltenden Beschränkungen sind im vorliegenden Teilprospekt aufgeführt. Personen, die durch den Besitz von Anteilen gegen die vom Verwaltungsrat festgelegten Beschränkungen oder gegen die Gesetze und Verordnungen eines relevanten Hoheitsgebiets verstoßen oder deren Anteilsbesitz nach Ansicht des Verwaltungsrats dazu führen könnte, dass die Gesellschaft steuerpflichtig wird oder einen auf Schadenersatzpflicht beruhenden finanziellen Nachteil erleidet, der ihr und/oder den Anteilhabern oder einigen von ihnen sonst nicht entstanden wäre, oder die Anteile unter Umständen halten, die nach Auffassung des Verwaltungsrats den Interessen der Anteilinhaber schaden könnten, müssen die Gesellschaft, den Anlageverwalter, die Vertriebsstelle, die Verwahrstelle, den Verwalter und die Anteilinhaber für jegliche Verluste entschädigen, die diesen als Folge davon entstehen, dass die betreffenden Personen Anteile der Gesellschaft erwerben oder besitzen.

Der Verwaltungsrat ist gemäß Satzung befugt, Anteile, die in Verletzung der von ihm auferlegten Beschränkungen oder im Verstoß gegen ein Gesetz oder eine Vorschrift gehalten werden oder wirtschaftliches Eigentum darstellen, zwangsweise zurückzunehmen und/oder zu annullieren.

An US-Personen werden in der Regel keine Anteile ausgegeben oder übertragen, doch der Verwaltungsrat kann die Ausgabe oder Übertragung an eine US-Person nach eigenem Ermessen genehmigen. Der Verwaltungsrat wird sich in angemessener Weise vergewissern, dass durch einen solchen Kauf oder eine solche Übertragung keine amerikanischen Wertpapiergesetze verletzt werden d. h. dass die Anteile deshalb nicht nach dem United States Securities Act von 1933 registriert werden müssen und dass die Gesellschaft oder einer ihrer Teilfonds deshalb nicht nach dem United States Investment Company Act von 1940 eingetragen werden muss und dass sich daraus keine negativen Steuerfolgen für die Gesellschaft oder ihre nicht amerikanischen Anteilinhaber ergeben. Jeder Anleger, der eine US-Person ist, hat die erforderlichen Erklärungen und Zusicherungen abzugeben, sowie Dokumente vorzulegen, anhand derer sichergestellt werden kann, dass diese Voraussetzungen vor der Ausgabe von Anteilen erfüllt sind.

Weder die Gesellschaft, der Anlageverwalter, die Vertriebsstelle, der Verwalter oder die Verwahrstelle noch ihre Verwaltungsratsmitglieder, Geschäftsführer, Mitarbeiter oder Beauftragten sind für die Echtheit der Anweisungen von Anteilhabern, von denen angenommen werden darf, dass sie echt sind, verantwortlich oder haftbar. Sie haften auch nicht für Verluste, Kosten oder Aufwendungen, die aus oder in Verbindung mit unbefugten oder betrügerischen Anweisungen entstehen. Die Vertriebsstelle und der Verwalter müssen jedoch angemessene Verfahren einsetzen, um abzuklären, ob die Weisungen echt sind.

Missbräuchliche Handelspraktiken/Market Timing

Der Verwaltungsrat empfiehlt den Anlegern im Allgemeinen, im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie in die Teilfonds zu investieren, und rät von übermäßigen, kurzfristigen oder missbräuchlichen Handelspraktiken ab. Derartige Aktivitäten, die gelegentlich als „Market Timing“ bezeichnet werden, können sich negativ auf die Teilfonds und die Anteilhaber auswirken. Beispielsweise kann der kurzfristige oder übermäßige Handel durch die Anteilhaber je nach diversen Faktoren wie die Größe des Teilfonds und der Umfang seines Barmittelbestands das effiziente Management des Portfolios behindern, die Transaktionskosten erhöhen und die Performance des Teilfonds beeinträchtigen.

Der Verwaltungsrat strebt an, missbräuchliche Handelspraktiken abzuwenden und zu verhindern und solche Risiken einzuschränken. Hierzu wendet er unter anderem folgende Methoden an:

- (i) In dem Maße, wie eine Verzögerung zwischen der Änderung des Wertes der Portfoliobestände eines Teilfonds und dem Zeitpunkt besteht, zu dem sich diese Änderung im Nettoinventarwert je Anteil widerspiegelt, unterliegt der Teilfonds dem Risiko, dass die Anleger versuchen könnten, diese Verzögerung für sich zu nutzen, indem sie Anteile zu einem Nettoinventarwert kaufen oder zur Rücknahme einreichen, der nicht dem angemessenen Marktpreis entspricht. Der Verwaltungsrat ist bestrebt, diese Tätigkeit, die als „Arbitrage“ bezeichnet wird, abzuwenden und zu verhindern. Hierzu macht er angemessenen Gebrauch von seiner Befugnis, den Wert aller Anlagen aufgrund von maßgebenden Überlegungen anzupassen, um den fairen Marktpreis der betreffenden Anlage zu widerspiegeln.
- (ii) Der Verwaltungsrat kann die Kontobewegungen von Anteilhabern überwachen, um übermäßige oder störende Handelspraktiken aufzudecken und zu verhindern. Er behält sich das Recht vor, nach eigenem Ermessen, ohne Begründung und ohne Zahlung von Ersatzleistungen, Zeichnungen oder Umtauschtransaktionen zu verweigern, wenn er der Ansicht ist, dass die Transaktion möglicherweise den Interessen eines Teilfonds oder seiner Anteilhaber schaden könnte. Außerdem kann der Verwaltungsrat die Kontobewegungen von Anteilhabern überwachen, um häufige Kauf- und Verkaufsmuster aufzudecken, die offenbar als Reaktion auf kurzfristige Schwankungen im Nettoinventarwert je Anteil erfolgen. Er kann die von ihm als angemessen erachteten Maßnahmen ergreifen, um solche Aktivitäten zu beschränken, unter anderem auch eine Rücknahmegebühr von bis zu 0,50% des Nettoinventarwerts der zurückgegebenen Anteile erheben.

Es kann keine Gewähr dafür abgegeben werden, dass missbräuchliche Handelspraktiken gemindert oder ausgeschlossen werden können. Beispielsweise verbergen Nominee-Konten, auf denen die Käufe und Verkäufe von Anteilen mehrerer Anleger für den Handel mit dem Teilfonds auf Nettobasis gebündelt werden können, die Identität der zugrundeliegenden Anleger eines Teilfonds. Hierdurch wird die Aufdeckung missbräuchlicher Handelspraktiken für den Verwaltungsrat und dessen Beauftragte erschwert.

Erstausgabe von Anteilsklassen

Zum Datum dieses Teilprospekts stehen die auf US-Dollar lautenden ausschüttenden und thesaurierenden Anteile der Klassen S und W des BMO LGM Asian Growth and Income Fund und des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund nicht zur Zeichnung zur Verfügung. Der Beginn des Erstausgabezeitraums für diese Anteile wird vom Verwaltungsrat festgelegt; der Erstausgabezeitraum wird in keinem Fall länger als sechs Monate dauern. Einzelheiten zur Verfügbarkeit von Anteilsklassen erfahren Sie auf Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft. Der Verwaltungsrat kann den Erstausgabezeitraum verkürzen oder verlängern. Jegliche Verlängerung wird der irischen Zentralbank mitgeteilt, wenn Anteilszeichnungen eingegangen sind, andernfalls jährlich. Die auf USD lautenden Anteilsklassen S Ausschüttend, S Thesaurierend, W Ausschüttend und W Thesaurierend des BMO LGM Asian Growth and Income Fund und des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund werden, sobald sie zur Verfügung stehen, zum Erstausgabepreis angeboten, vorausgesetzt die Gesellschaft akzeptiert den Zeichnungsantrag, und erstmals am ersten Handelstag für Zeichnungen nach Ablauf des Erstausgabezeitraums ausgegeben.

Alle anderen Anteile der Gesellschaft liegen bereits zur Zeichnung auf. Auf den Erstausgabepreis kann wie oben unter „Gebühren und Aufwendungen“ im Abschnitt „Gebühren der Vertriebsstelle“ beschrieben ein Ausgabeaufschlag erhoben werden. Ein Anteilszeichner muss gegebenenfalls auch einen zusätzlichen Betrag als Ausgleichsaufschlag zahlen und Anleger werden auf den Abschnitt „Anpassung und Ausgleichsaufschlag aufgrund von Disagio- und Agiozeichnungen“ unter „Gebühren und Aufwendungen“ verwiesen. Der Verwaltungsrat kann den Erstausgabezeitraum verkürzen oder verlängern. Nach Abschluss des Erstausgabezeitraums werden die Anteile der Gesellschaft zum Nettoinventarwert pro Anteil, gegebenenfalls zuzüglich eines Ausgabeaufschlags, ausgegeben.

Ausschüttende und thesaurierende Anteile der Klasse E eines Teilfonds stehen nur Anlegern zur Verfügung, die mit dem Anlageverwalter eine Anlagevereinbarung über den Erwerb von ausschüttenden und thesaurierenden Anteilen der Klasse E des betreffenden Teilfonds geschlossen haben (eine „Anlagevereinbarung“).

Wenn in einem Teilfonds Anteilsklassen neu oder wieder ausgegeben werden, werden Erstzeichnungsanträge für diese Anteile an jenen Daten entgegengenommen, die vom Verwaltungsrat bestimmt und der Zentralbank im Voraus mitgeteilt werden. Die Anteile werden zu den unten aufgeführten Erstausgabepreisen der betreffenden Klasse ausgegeben.

Der Erstausgabepreis beträgt für jeden Teilfonds (mit Ausnahme des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund) USD 10 für jede Anteilsklasse.

Beim BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund beträgt der Erstausgabepreis für alle Anteilsklassen (mit Ausnahme der Klasse D Ausschüttend, der Klasse D Thesaurierend, der Klasse F Ausschüttend und der Klasse F Thesaurierend) USD 10. Der Erstausgabepreis der Anteilsklassen D Ausschüttend und D Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund beträgt GBP 10. Der Erstausgabepreis der Anteilsklassen F Ausschüttend und F Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund beträgt EUR 10.

Zeichnungsantrag für Anteile

Zeichnungsanträge für Anteile können bei dem von der Gesellschaft beauftragten Verwalter eingereicht werden. Angenommene Zeichnungsanträge, die beim Verwalter vor Handelsschluss eines Handelstages eingegangen sind, werden an diesem Handelstag bearbeitet. Zeichnungsanträge, die nach Handelsschluss an einem bestimmten Handelstag eingehen, werden am darauffolgenden Handelstag bearbeitet, es sei denn, der Verwaltungsrat hätte in seinem eigenen Ermessen beschlossen, einen oder mehrere Zeichnungsanträge, die nach Handelsschluss eingegangen sind, zur Ausführung am selben Handelstag anzunehmen, vorausgesetzt, diese Anträge sind vor dem Bewertungszeitpunkt des betreffenden Handelstages eingegangen.

Für Erstzeichnungen verwenden Sie bitte das Antragsformular, das beim Verwalter erhältlich ist. Erstanträge können per Fax übermittelt werden, sofern das unterzeichnete Original zusammen mit allen anderen vom Verwaltungsrat oder seinem Beauftragten angeforderten Dokumenten (beispielsweise die zur Überprüfung im Rahmen der Geldwäschebekämpfung erforderlichen Unterlagen) dem Verwalter unverzüglich zugestellt wird. Es werden keine Rücknahmen vorgenommen, bevor das Original des Antragsformulars mit den vom Verwaltungsrat gegebenenfalls angeforderten sonstigen Dokumenten eingegangen ist und alle Abklärungen zur Verhinderung der Geldwäsche abgeschlossen sind. Folgeanträge für den Erwerb von Anteilen nach der Erstzeichnung können beim Verwalter per Fax, schriftlicher Mitteilung, elektronisch oder per Telefon gestellt werden, ohne dass die Originaldokumente vorgelegt werden müssen, sofern dies im Voraus mit dem Anlageverwalter und dem Verwalter vereinbart wurde. Solche Zeichnungsanträge müssen die vom Verwaltungsrat oder seinem Beauftragten festgelegten Informationen enthalten. Die im Anteilinhaberregister eingetragenen Daten der Anteilinhaber und ihre Weisungen für Zahlungen werden nur geändert, wenn der betreffende Anteilinhaber schriftliche Weisungen hierüber im Original einreicht.

Außerdem werden Zeichnungsanträge für ausschüttende und thesaurierende Anteile der Klasse E nur bearbeitet, wenn der entsprechende Anleger ebenfalls eine Anlagevereinbarung schließt. Genauere Informationen zur Anlagevereinbarung erhalten Sie vom Anlageverwalter.

Der Verwaltungsrat kann an jedem Handelstag Anteile eines Teilfonds oder einer Klasse mit der Bedingung ausgeben, dass die Gegenleistung durch Übertragung von Vermögenswerten einer Art, in welcher die Zeichnungsgelder für die betreffenden Anteile gemäß den Anlagezielen, -grundsätzen und -beschränkungen des betreffenden Teilfonds angelegt werden dürfen, geleistet wird und mit anderen vom Verwaltungsrat als angemessen erachteten Bedingungen, wobei folgende Voraussetzungen gelten:

- (i) Anteile dürfen erst ausgegeben werden, wenn die Anlagen zur Zufriedenheit der Verwahrstelle auf die Verwahrstelle oder deren Unterverwahrstelle übertragen worden sind oder wenn entsprechende Vorkehrungen zur Übertragung getroffen worden sind;
- (ii) bei einem solchen Austausch muss die Anzahl der auszugebenden Anteile der Anzahl Anteile (einschließlich Anteilsbruchteile, nach dem Ermessen des Verwaltungsrats) entsprechen, die zum Zeichnungspreis für einen Barbetrag ausgegeben worden wäre, der dem Wert der Anlagen entspricht, welcher gemäß der Satzung ermittelt wird, unter Berücksichtigung desjenigen Betrags, der nach Ansicht des Verwaltungsrats die im Zusammenhang mit der Übertragung der Anlagen anfallenden Steuern und Abgaben in angemessener Weise berücksichtigt;
- (iii) die auf die Gesellschaft zu übertragenden Anlagewerte müssen nach Maßgabe der in der Satzung aufgeführten Regeln über die Bewertung von Anlagen bewertet werden;
- (iv) dem Anteilszeichner kann aus den Anlagen des betreffenden Teilfonds ein Barbetrag ausgezahlt werden, der dem Wert eines bei obiger Berechnung nicht berücksichtigten Anteilsbruchteils zum jeweils geltenden Preis entspricht; und
- (v) die Verwahrstelle muss sich vergewissern, dass die Bedingungen dieses Tausches nicht zu einer wesentlichen Benachteiligung der bestehenden Anteilinhaber führen können.

Anteilsbruchteile

Zeichnungsgelder, die weniger als den Zeichnungspreis für einen Anteil ausmachen, werden dem Anleger nicht erstattet. Wenn die Zeichnungsgelder für Anteile weniger als den Zeichnungspreis für einen Anteil ausmachen, werden Anteilsbruchteile ausgegeben, wobei Bruchteile nicht kleiner als ein Zehntausendstel eines Anteils sein dürfen.

Zeichnungsgelder, die weniger als ein Zehntausendstel eines Anteils ausmachen, werden dem Anleger nicht erstattet sondern von der Gesellschaft einbehalten, um die administrativen Kosten zu decken.

Zahlungsart

Zeichnungsgelder sollten ohne Abzug von Bankspesen per CHAPS, SWIFT, telegrafischer oder elektronischer Überweisung auf das im Zeichnungsformular angegebene Bankkonto überwiesen werden. Für andere Zahlungsarten muss vorgängig das Einverständnis des Verwaltungsrats eingeholt werden. Wird ein Antrag auf einen späteren Handelstag verschoben, werden auf die dafür bereits eingegangenen Zahlungen keine Zinsen gezahlt.

Zahlungswährung

Außer für Anteile der Klassen D Ausschüttend, D Thesaurierend, F Ausschüttend und F Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund, müssen die Zeichnungsgelder in der Basiswährung der entsprechenden Klasse gezahlt werden. Für ausschüttende und thesaurierende Anteile der Klasse D des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund sind die Zeichnungsgelder in Pfund Sterling zu überweisen. Für Anteile der Klassen F Ausschüttend und F Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund sind die Zeichnungsgelder in Euro zu überweisen. Anleger sollten beachten, dass allfällige Kosten, die durch die Umwandlung zwischen der Basiswährung und dem Pfund Sterling/Euro entstehen, vom Anleger zu tragen sind.

Zahlungsfristen

Zahlungen für die Zeichnung von ausschüttenden und thesaurierenden Anteilen der Klasse D des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund müssen spätestens vier Geschäftstage nach dem Handelstag in frei verfügbaren Mitteln eingehen. Die Zahlung für die Zeichnung von Anteilen aller anderen Klassen muss in frei verfügbaren Mitteln spätestens zwei Geschäftstage nach dem Handelstag eingehen, wobei der Verwaltungsrat nicht verpflichtet ist, den Eingang frei verfügbarer Mittel abzuwarten, bevor er die Anteile ausgibt. Die Gesellschaft behält sich jedoch das Recht vor, die Anteile erst auszugeben, nachdem die frei verfügbaren Mittel beim betreffenden Teilfonds eingegangen sind. Geht die Zahlung für eine Zeichnung nicht rechtzeitig in frei verfügbaren Mitteln ein, kann bzw. wird (falls die Mittel nicht frei verfügbar gemacht werden) die Gesellschaft oder ihr Beauftragter die Anteilszuteilung annullieren und/oder dem Anleger Zinsen belasten, deren Satz maximal dem 7-Tage-LIBOR der British Banking Association + 1% entspricht, die an den Teilfonds gezahlt werden. Die Gesellschaft kann ganz oder zum Teil auf die Erhebung solcher Kosten verzichten. Die Gesellschaft oder ihr Beauftragter hat außerdem das Recht, den Anteilsbesitz eines Anlegers im betreffenden Teilfonds oder in einem anderen Teilfonds der Gesellschaft ganz oder teilweise zu veräußern, um solche Kosten zu decken.

Die Gesellschaft, der Verwalter und der Anlageverwalter können im Namen der Gesellschaft ohne Angabe von Gründen Zeichnungsanträge ganz oder teilweise ablehnen. In diesem Fall werden die Zeichnungsgelder oder ein verbleibender Saldo davon ohne Zinsen, Gebühren und Entschädigung auf das vom Antragsteller angegebene Konto oder auf Risiko und Gefahr des Antragstellers per Postanweisung zurückgezahlt.

Maßnahmen zur Verhinderung der Geldwäsche

Für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung ist eine detaillierte Überprüfung der Identität der Anleger sowie, sofern zutreffend, des wirtschaftlichen Eigentümers im Hinblick auf allfällige Risiken erforderlich. Politisch exponierte Personen („PEPs“), d. h. Personen, die wichtige öffentliche Ämter bekleiden oder zu einem beliebigen Zeitpunkt im vorangegangenen Jahr wichtige öffentliche Ämter bekleidet haben, sowie deren unmittelbare Familienangehörige oder ihnen bekanntermaßen nahestehende Personen müssen ebenfalls identifiziert werden. Von einer natürlichen Person kann beispielsweise verlangt werden, eine Kopie des Reisepasses oder Personalausweises zusammen mit einem Nachweis ihrer Adresse wie beispielsweise eine Rechnung eines Versorgungsunternehmens oder ein Bankkontoauszug und einem Nachweis des Steuerwohnsitzes vorzulegen. Ist der Anleger eine juristische Person, so kann im Zuge derartiger Maßnahmen die Vorlage einer beglaubigten Kopie der Gründungsurkunde (und etwaiger Umfirmierungen), der Satzung (oder einer gleichwertigen Urkunde), sowie der Namen, Berufe, Geburtsdaten, Wohn- und Geschäftsanschriften aller Verwaltungsratsmitglieder verlangt werden. Je nach den Umständen der einzelnen Anträge ist eine detaillierte Überprüfung gegebenenfalls nicht erforderlich, so beispielsweise wenn der Antrag durch eine „relevante Drittpartei“ (*relevant third party*) im Sinne des irischen *Criminal Justice (Money Laundering and Terrorist Financing) Act 2010* gestellt wird.

Diese Ausnahme gilt nur, wenn sich die besagte relevante Drittpartei in einem Land befindet, dessen Gesetze in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Irland als den irischen Gesetzen gleichwertig gelten. Außerdem muss die Drittpartei weitere Bedingungen erfüllen und beispielsweise eine schriftliche Bestätigung einreichen, dass sie die erforderlichen Informationen über den Anleger eingeholt hat, sie für den vorgeschriebenen Zeitraum aufbewahren und dem Verwalter, dem Anlageverwalter und der Gesellschaft auf Anfrage übermitteln wird.

Die obigen Angaben dienen nur als Beispiele und der Verwalter, der Anlageverwalter und die Gesellschaft behalten sich das Recht vor, sämtliche Informationen zu verlangen, die zum Zeitpunkt des Antrags zur Zeichnung von Anteilen eines Teilfonds erforderlich sind, um die Identität eines Anlegers und gegebenenfalls des wirtschaftlichen Eigentümers zu überprüfen. Insbesondere behalten sich der Verwalter, der Anlageverwalter und die Gesellschaft jeweils das Recht vor, zusätzliche Verfahren einzusetzen, wenn der betreffende Anleger als PEP gilt. Die Identitätsüberprüfung des Anlegers muss vor Aufnahme der Geschäftsbeziehung durchgeführt werden. In jedem Fall ist für alle Anleger ein

Identitätsnachweis erforderlich, sobald dies nach der ersten Kontaktaufnahme im Rahmen des Angemessenen möglich ist. Legt ein Anleger oder ein Antragsteller die für Überprüfungszwecke erforderlichen Informationen verspätet oder gar nicht vor, sind der Verwalter, der Anlageverwalter und die Gesellschaft berechtigt, die Antrags- und Zeichnungsgelder zurückzuweisen und sämtliche Zeichnungsgelder zurückzuzahlen oder die Anteile des betreffenden Anteilinhabers zwangsweise zurückzunehmen. Die Zahlung der Rücknahmeerlöse kann verzögert erfolgen (legt der Anteilinhaber die verlangten Informationen nicht vor, so werden keine Rücknahmeerlöse gezahlt). Unter derartigen Umständen haften weder die Gesellschaft noch der Verwaltungsrat, der Anlageverwalter oder der Verwalter gegenüber dem Zeichner oder Anteilinhaber, wenn ein Antrag auf Anteile nicht bearbeitet wird oder Anteile zwangsweise zurückgenommen werden oder wenn die Zahlung der Rücknahmeerlöse verzögert wird. Wird ein Antrag abgewiesen, so zahlt die Verwaltungsstelle die Antragsgelder oder den verbleibenden Saldo davon gemäß den geltenden Gesetzen an das Konto zurücküberwiesen, von dem diese gezahlt worden waren. Die Rückzahlung erfolgt auf Kosten und Risiko des Antragstellers. Der Verwalter hat außerdem das Recht, die Zahlung der Rücknahmeerlöse zu verweigern oder zu verzögern, wenn die für Überprüfungszwecke erforderlichen Informationen von einem Anteilinhaber nicht vorgelegt wurden.

Der Verwalter, der Anlageverwalter und die Gesellschaft behalten sich jeweils das Recht vor, von den Anlegern jederzeit zusätzliche Informationen zu verlangen, damit sie die laufende Geschäftsbeziehung überwachen können. Der Verwalter, der Anlageverwalter und die Gesellschaft können sich bei der Erfüllung dieser Pflicht nicht auf Drittparteien verlassen, da sie letztendlich die Verantwortung tragen.

Informationen über den Datenschutz

Potenzielle Anleger sollten beachten, dass sie der Gesellschaft mit dem Ausfüllen des Zeichnungsformulars persönliche Informationen übermitteln, die personenbezogene Daten im Sinne des irischen Datenschutzgesetzes darstellen. Diese Daten werden für die Zwecke der Kundenidentifizierung, der Verwaltung, der statistischen Analyse, für Marktstudien, im Einklang mit anwendbaren Rechtsvorschriften oder aufsichtsrechtlichen Vorschriften und, sofern die Zustimmung des Antragstellers vorliegt, für Zwecke der Direktvermarktung eingesetzt. Die Daten können für die angegebenen Zwecke an Dritte weitergegeben werden, darunter Aufsichtsbehörden, Steuerbehörden im Einklang mit der EU-Richtlinie im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen, an Berater und Dienstleister der Gesellschaft sowie an die ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter der Gesellschaft und an die mit diesen in Beziehung stehenden, verbundenen oder von diesen kontrollierten Unternehmen, unabhängig von deren Geschäftssitz (einschließlich außerhalb des EWR). Mit ihrer Unterschrift auf dem Zeichnungsformular erteilen die Anleger ihre Zustimmung zur Einholung, Aufbewahrung, Verwendung, Weitergabe und Verarbeitung von Daten für einen oder mehrere der im Zeichnungsformular aufgeführten Zwecke. Anleger können gegen eine Gebühr eine Kopie ihrer von der Gesellschaft verwahrten personenbezogenen Daten anfordern und fehlerhafte Angaben berichtigen.

Eigentumsbestätigung

Anteilinhaber erhalten innerhalb von 48 Stunden nach Bekanntgabe des Nettoinventarwerts eine Bestätigung über ihren Anteilskauf. Der Eigentumsnachweis an den Anteilen erfolgt durch namentliche Eintragung des Anlegers in das Anteilinhaberregister der Gesellschaft. Es werden keine Anteilszertifikate ausgegeben.

Mindesterstzeichnungsbetrag, Mindestbeteiligung und Mindesttransaktionsgröße

In der folgenden Tabelle ist der Mindesterstzeichnungsbetrag angegeben, den jeder Anleger investieren muss.

BMO LGM Asian Growth and Income Fund

Anteilsklasse	Mindestzeichnungsbetrag
Klasse A Ausschüttend	USD 50.000
Klasse A Thesaurierend	USD 50.000
Klasse B Ausschüttend	USD 1 Million
Klasse B Thesaurierend	USD 1 Million
Klasse E Ausschüttend	USD 10 Millionen
Klasse E Thesaurierend	USD 10 Millionen
Klasse S Ausschüttend	USD 1 Million
Klasse S Thesaurierend	USD 1 Million
Klasse W Ausschüttend	USD 2.500
Klasse W Thesaurierend	USD 2.500

BMO LGM Asian Smaller Companies Fund

Anteilsklasse	Mindestzeichnungsbetrag
Klasse A Ausschüttend	USD 50.000
Klasse A Thesaurierend	USD 50.000
Klasse B Ausschüttend	USD 1 Million
Klasse B Thesaurierend	USD 1 Million
Klasse E Ausschüttend	USD 10 Millionen
Klasse E Thesaurierend	USD 10 Millionen

BMO LGM Frontier Markets Fund

Anteilsklasse	Mindestzeichnungsbetrag
Klasse A Ausschüttend	USD 50.000
Klasse A Thesaurierend	USD 50.000
Klasse B Ausschüttend	USD 1 Million
Klasse B Thesaurierend	USD 1 Million
Klasse E Ausschüttend	USD 10 Millionen
Klasse E Thesaurierend	USD 10 Millionen

BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund

Anteilsklasse	Mindestzeichnungsbetrag
Klasse A Ausschüttend	USD 50.000
Klasse A Thesaurierend	USD 50.000
Klasse B Ausschüttend	USD 1 Million
Klasse B Thesaurierend	USD 1 Million
Klasse D Ausschüttend	GBP 1 Million
Klasse D Thesaurierend	GBP 1 Million
Klasse E Ausschüttend	USD 10 Millionen
Klasse E Thesaurierend	USD 10 Millionen
Klasse F Ausschüttend	EUR 1 Million
Klasse F Thesaurierend	EUR 1 Million
Klasse S Ausschüttend	USD 1 Million
Klasse S Thesaurierend	USD 1 Million
Klasse W Ausschüttend	USD 2.500
Klasse W Thesaurierend	USD 2.500

Der Verwaltungsrat behält sich das Recht vor, die einzelnen Anteilhaber unterschiedlich zu behandeln und den Mindestersteinzeichnungsbetrag für einzelne Anleger herabzusetzen oder darauf zu verzichten. Derzeit gibt es keine vorgeschriebene Mindestbeteiligung und keine Mindesttransaktionsgröße.

Rücknahme von Anteilen

Rücknahmeanträge müssen beim Verwalter, dessen Kontaktangaben auf dem Antragsformular aufgeführt sind, per Fax, schriftlicher Mitteilung, elektronisch oder, mit vorgängigem Einverständnis des Anlageverwalters und des Verwalters, per Telefon gestellt werden. Die Anträge müssen jene Informationen enthalten, die der Verwaltungsrat oder sein Beauftragter festlegt. Rücknahmeanträge, die per Fax eingehen, werden nur bearbeitet, wenn die Zahlung auf das in den Aufzeichnungen vermerkte Konto erfolgt. Rücknahmeanträge, die vor Handelsschluss an einem Handelstag eingehen, werden an diesem Handelstag bearbeitet (außer wenn die Ermittlung des Nettoinventarwerts ausgesetzt wurde). Rücknahmeanträge, die nach Handelsschluss an einem Handelstag eingehen, werden am darauffolgenden Handelstag bearbeitet, es sei denn die Gesellschaft entscheidet in ihrem eigenen Ermessen etwas anderes. Rücknahmeanträge werden nur zur Bearbeitung angenommen, wenn frei verfügbare Mittel und vollständige Unterlagen einschließlich der Unterlagen zur Geldwäschebekämpfung von den ursprünglichen Zeichnungen vorhanden sind. Zahlungen für Rücknahmen von Anlegerbeständen werden erst gemacht, wenn der Anleger das ursprüngliche Antragsformular im Original zusammen mit allen von oder im Namen der Gesellschaft angeforderten Unterlagen (einschließlich der zur Überprüfung im Rahmen der Geldwäschebekämpfung erforderlichen Dokumente) eingereicht hat und alle Überprüfungen zur Geldwäschebekämpfung abgeschlossen sind.

Der Rücknahmepreis pro Anteil entspricht dem Nettoinventarwert pro Anteil. Für ausschüttende und thesaurierende Anteile der Klasse E des BMO LGM Frontier Markets Fund kann eine Rücknahmegebühr von bis zu drei (3) Prozent des Nettoinventarwerts pro zurückgenommenen Anteil verrechnet werden. Vorbehaltlich der untenstehenden Ausführungen wird nicht beabsichtigt, für die anderen Klassen der Teilfonds Rücknahmegebühren zu erheben.

Der Verwaltungsrat ist befugt, in seinem Ermessen für jegliche Anteilsklasse eine Rücknahmegebühr von maximal 3% des Nettoinventarwerts pro Anteil der betreffenden Klasse zu erheben, wenn er Grund zur Annahme hat, dass der Anteilhaber, der die Anteile zurückgeben will versucht, in irgendeiner Form Arbitrage auf die Rendite der Teilfondsanteile zu betreiben. In Bezug auf den BMO LGM Frontier Markets Fund kann der Verwaltungsrat außerdem in eigenem Ermessen eine Rücknahmegebühr erheben, wenn ein Anteilhaber innerhalb von sechs (6) Monaten nach der Erstanlage einen Rücknahmeantrag stellt. Falls der Verwaltungsrat beabsichtigt, eine allgemeine Rücknahmegebühr einzuführen, teilt er dies den Anteilhabern mindestens einen Monat im Voraus mit. Wird eine Rücknahmegebühr erhoben, sollten die Anteilhaber ihre Anlage mittel- bis langfristig halten. Ein Anteilhaber, der seine Anteile zurückgibt, hat möglicherweise Anspruch auf zusätzliche Rücknahmeerlöse, wenn bei der Zeichnung gezahlte Ausgleichsaufschläge noch nicht in voller Höhe verwendet wurden.

Würde die Rücknahme eines Teils des Anteilsbesitzes eines Anteilhabers dazu führen, dass dem Anteilhaber weniger als die Mindestbeteiligung für den betreffenden Teilfonds verbleibt, kann die Gesellschaft oder ihr Beauftragter den gesamten Besitz dieses Anteilhabers zurücknehmen, falls dies angebracht erscheint.

Entspricht die Anzahl der an einem Handelstag zurückzunehmenden Anteile 10% oder mehr des Nettoinventarwerts der an diesem Tag im Umlauf befindlichen Anteile der Gesellschaft oder eines Teilfonds, kann der Verwaltungsrat oder sein Beauftragter in eigenem Ermessen die Rücknahme jener Anzahl Anteile verweigern, die über die oben erwähnten 10% des Nettoinventarwerts der Gesellschaft oder eines Teilfonds hinausgeht. Wird die Rücknahme aus diesem Grund abgelehnt, werden die Rücknahmeanträge für diesen Handelstag pro rata verringert und die nicht zurückgenommenen Anteile werden so behandelt, als sei ein Rücknahmeantrag für den darauffolgenden Handelstag gestellt worden, und dieses Vorgehen wird solange wiederholt, bis alle Anteile des ursprünglichen Rücknahmeantrags zurückgenommen worden sind. Die so von einem Handelstag auf einen späteren Handelstag aufgeschobenen Rücknahmeanträge werden (unter Berücksichtigung der vorstehend erwähnten Grenzen) gegenüber später eingegangenen Rücknahmeanträgen vorrangig ausgeführt.

Die Gesellschaft kann, mit Zustimmung der einzelnen Anteilinhaber, jeglichen Rücknahmeantrag erfüllen, indem sie dem antragstellenden Anteilinhaber Sachwerte aus dem Vermögen des betreffenden Teilfonds überträgt, deren Wert dem Rücknahmepreis der zurückgenommenen Anteile entspricht, als wenn der Rücknahmeerlös in bar gezahlt würde, abzüglich einer Rücknahmegebühr und anderer Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übertragung. Der Verwaltungsrat bestimmt die Art der Sachwerte, die jedem Anteilinhaber übertragen werden sollen, (wobei die Verwahrstelle die Zuteilung der Vermögenswerte genehmigen muss) und entscheidet nach eigenem Ermessen, was gerecht und den Interessen der übrigen Anteilinhaber des betreffenden Teilfonds oder der betreffenden Klasse nicht abträglich ist.

Die Entscheidung, eine Rücknahme in Sachwerten vorzunehmen liegt im alleinigen Ermessen des Verwaltungsrats, wenn die Anzahl der vom Anteilinhaber zur Rücknahme eingereichten Anteile 5% oder mehr des Nettoinventarwerts der Gesellschaft ausmacht. In diesem Fall wird der Verwaltungsrat auf Verlangen die Vermögenswerte im Namen des Anteilinhabers verkaufen. Die Kosten eines solchen Verkaufs sind vom betreffenden Anteilinhaber zu tragen.

Zahlungsart

Zahlungen für Rücknahmen werden auf das Bankkonto überwiesen, das im Antragsformular angegeben oder dem Verwalter in der Folge mitgeteilt wurde. Zahlungen für Rücknahmen, die mit per Telefax übermittelten Dokumenten beantragt wurden, werden nur auf das für den Anteilinhaber eingetragene Konto überwiesen

Zahlungswährung

Außer an die Inhaber von Anteilen der Klassen D Ausschüttend, D Thesaurierend, F Ausschüttend und F Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund, werden die Rücknahmeerlöse an alle Anteilinhaber in USD ausgezahlt. Inhaber von ausschüttenden und thesaurierenden Anteilen der Klasse D des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund, erhalten die Rücknahmeerlöse in Pfund Sterling. Inhaber von Anteilen der Klassen F Ausschüttend und F Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund, erhalten die Rücknahmeerlöse in Euro. Anleger sollten beachten, dass allfällige Kosten, die durch die Umwandlung zwischen der Basiswährung und dem Pfund Sterling/Euro entstehen, vom Anleger zu tragen sind.

Zahlungsfristen

Wenn der Verwalter alle erforderlichen Dokumente erhalten hat, werden die Rücknahmeerlöse wie im Folgenden beschrieben ausgezahlt.

BMO LGM Asian Growth and Income Fund und BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund

Für die Anteilsklassen des BMO LGM Asian Growth and Income Fund und des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund werden die Rücknahmeerlöse innerhalb von fünf (5) Geschäftstagen nach Handelsschluss für den entsprechenden Handelstag für Rücknahmen ausgezahlt.

BMO LGM Asian Smaller Companies Fund

Bei allen anderen Anteilsklassen als A Ausschüttend und A Thesaurierend des BMO LGM Asian Smaller Companies Fund werden die Rücknahmeerlöse innerhalb von zehn (10) Geschäftstagen nach Handelsschluss für den entsprechenden Handelstag für Rücknahmen ausgezahlt.

Bei den Anteilsklassen A Ausschüttend und A Thesaurierend des BMO LGM Asian Smaller Companies Fund werden die Rücknahmeerlöse innerhalb von fünf (5) Geschäftstagen nach Handelsschluss für den entsprechenden Handelstag für Rücknahmen ausgezahlt.

BMO LGM Frontier Markets Fund

Für die Anteilsklassen des BMO LGM Frontier Markets Fund (mit Ausnahme der Klassen A Ausschüttend und A Thesaurierend) werden die Rücknahmeerlöse innerhalb von zehn (10) Geschäftstagen nach Handelsschluss für den entsprechenden Handelstag für Rücknahmen ausgezahlt.

Für die Anteilsklassen A Ausschüttend und A Thesaurierend des BMO LGM Frontier Markets Fund werden die Rücknahmeerlöse innerhalb von vier (4) Geschäftstagen nach Handelsschluss für den entsprechenden Handelstag für Rücknahmen ausgezahlt.

Rückzug von Rücknahmeanträgen

Rücknahmeanträge können nur mit der schriftlichen Zustimmung der Gesellschaft oder ihres bevollmächtigten Vertreters oder im Falle der Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts des Teilfonds zurückgezogen werden.

Zwangsrücknahme von Anteilen / Steuerrückbehalt

Anteilinhaber müssen den Verwalter, bei dem Anteile erworben wurden, unverzüglich unterrichten, wenn sie US-Personen werden oder Personen, die aus anderen Gründen den hierin aufgeführten Eigentumsbeschränkungen unterliegen, und diese Anteilinhaber können aufgefordert werden, ihre Anteile zur Rücknahme einzureichen oder zu übertragen. Die Gesellschaft kann jegliche Anteile zurücknehmen, die direkt oder indirekt im Besitz einer Person sind oder in den Besitz einer Person gelangen oder zu deren Gunsten gehalten werden, welche damit gegen die hierin jeweils festgelegten Eigentumsbeschränkungen verstößt, oder wenn der Anteilsbesitz einer Person rechtswidrig ist oder einen steuerlichen, rechtlichen, regulatorischen oder auf Schadenersatzpflicht beruhenden finanziellen Nachteil für die Gesellschaft, die Gemeinschaft der Anteilinhaber oder einen Teilfonds zur Folge hat oder haben könnte. Außerdem kann die Gesellschaft jegliche Anteile einer Person zurücknehmen, wenn diese Person weniger als den Mindestbesitz hält oder nicht innerhalb von sieben Tagen, nachdem sie von oder im Namen der Gesellschaft aufgefordert wurde, Informationen oder eine Erklärung gemäß den Bestimmungen dieses Teilprospekts abzugeben, dieser Aufforderung Folge leistet. Eine solche Rücknahme erfolgt an einem Handelstag zum Nettoinventarwert pro Anteil, der am oder für den betreffenden Handelstag berechnet wird, an dem die Anteile zurückgenommen werden sollen. Die Gesellschaft kann den Erlös aus dieser Zwangsrücknahme zur Begleichung von Steuern oder Quellensteuern verwenden, die sich aus dem Besitz oder wirtschaftlichen Eigentum von Anteilen durch einen solchen Anteilinhaber ergeben, einschließlich jeglicher darauf zahlbaren Zinsen und Strafgelder. Die Anleger werden auf das Kapitel „Besteuerung“ dieses Teilprospekts verwiesen, in dem die Umstände beschrieben werden, unter denen die Gesellschaft befugt ist, von den Zahlungen an Anteilinhaber, die in Irland ansässig sind oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Irland haben, Beträge für irische Steuerverbindlichkeiten einschließlich darauf anfallender Zinsen und Strafgelder einzubehalten und/oder Anteile zwangsweise zurückzunehmen, um solche Verbindlichkeiten zu decken. Außerdem kann die Gesellschaft Anteile eines Anteilinhabers zwangsweise zurücknehmen, wenn der Gesellschaft aufgrund dieses Anteilinhabers Quellensteuern unter FATCA (siehe Definition unten) oder sonstige Strafgebühren, Kosten, Aufwendungen oder Verbindlichkeiten entstehen, und/oder sonstige Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der Quellensteuerabzug gemäß FATCA oder sonstige Strafgebühren, Kosten, Aufwendungen oder Verbindlichkeiten vom betreffenden Anteilinhaber getragen werden. Die betreffenden Anteilinhaber halten die Gesellschaft schadlos für Verluste, die der Gesellschaft aufgrund einer ihr bei Eintritt eines steuerpflichtigen Ereignisses entstehenden Steuerpflicht entstehen.

Gesamtrücknahme von Anteilen

Alle Anteile einer Klasse oder eines Teilfonds können zurückgenommen werden:

- (a) wenn die Anteilinhaber des entsprechenden Teilfonds oder der entsprechenden Klasse mindestens einundzwanzig Tage im Voraus schriftlich verständigt werden; oder

- (b) wenn die Inhaber von wertmäßig 75% der betreffenden Klasse oder des betreffenden Teilfonds auf einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Versammlung beschließen, dass diese Anteile zurückgenommen werden sollen.

Umwandlung von Anteilen

Vorbehaltlich der Vorschriften über den Mindesterstzeichnungsbetrag, die Mindestbeteiligung, und die Mindesttransaktionsgröße des betreffenden Teilfonds oder der betreffenden Klasse können die Anteilinhaber die Umwandlung eines Teils oder aller ihrer Anteile an einem Teilfonds oder einer Klasse (der „Ausgangsfonds“) gegen Anteile eines anderen Teilfonds oder einer anderen Klasse desselben Teilfonds (der „Zielfonds“) gemäß der unten angegebenen Formel und dem beschriebenen Vorgehen beantragen. Umwandlungsanträge sind per Fax, schriftliche Mitteilung oder elektronisch beim Verwalter einzureichen und müssen alle vom Verwaltungsrat oder seinem Beauftragten jeweils festgelegten Informationen enthalten. Umwandlungsanträge müssen entweder vor Annahmeschluss für Rücknahmeaufträge des Ausgangsfonds oder vor Annahmeschluss für Zeichnungsanträge des Zielfonds eingehen, je nachdem, welcher der beiden Zeitpunkte früher liegt. Anträge, die nach diesem Zeitpunkt eingehen, werden am darauffolgenden Handelstag bearbeitet, der ein Handelstag für die betreffenden Teilfonds ist, es sei denn, der Verwaltungsrat hat in alleinigem Ermessen etwas anderes festgelegt. Umwandlungsanträge werden nur entgegengenommen, wenn frei verfügbare Mittel und die vollständigen Unterlagen der ursprünglichen Zeichnung vorliegen.

Wenn ein Umwandlungsantrag dazu führen würde, dass ein Anteilinhaber eine Anzahl Anteile entweder des Ausgangsfonds oder des Zielfonds hält, die geringer ist als die Mindestbeteiligung für den betreffenden Teilfonds, kann die Gesellschaft oder ihr Beauftragter, wenn sie/er dies für richtig hält, den gesamten Besitz des betreffenden Anteilinhabers an Anteilen des Ausgangsfonds in Anteile des Zielfonds umwandeln oder eine Umwandlung aus dem Ausgangsfonds ablehnen.

Bei der Umwandlung von Anteilen kann die Gesellschaft Anteilsbruchteile von mindestens einem Zehntausendstel eines Anteils ausgeben, wenn der Wert der umgewandelten Anteile des Ausgangsfonds nicht ausreicht, um eine volle Anzahl Anteile des Zielfonds zu erwerben, und jeglicher verbleibende Restwert von weniger als einem Zehntausendstel eines Anteils wird von der Gesellschaft zur Deckung der administrativen Kosten einbehalten.

Die Anzahl der auszugebenden Anteile des Zielfonds wird nach der folgenden Formel berechnet:

$$S = \frac{(R \times NAV \times ER) - F}{SP}$$

wobei:

S für die Anzahl der zuzuteilenden Anteile des Zielfonds steht,

R für die Anzahl der zurückzunehmenden Anteile des Ausgangsfonds steht,

NIW für den Nettoinventarwert je Anteil des Ausgangsfonds zum Bewertungszeitpunkt des betreffenden Handelstags steht,

ER (gegebenenfalls) für den vom Verwalter ermittelten Währungsumrechnungsfaktor steht,

F für die (gegebenenfalls) zu zahlende Umwandlungsgebühr von bis zu 5 % des Nettoinventarwerts der auszugebenden Anteile des Zielfonds steht. Derzeit ist keine Umwandlungsgebühr vorgesehen.

SP für den Nettoinventarwert je Anteil des Zielfonds zum Bewertungszeitpunkt des betreffenden Handelstags steht.

Rückzug von Umwandlungsanträgen

Umwandlungsanträge können nur mit der schriftlichen Zustimmung der Gesellschaft oder ihres bevollmächtigten Vertreters oder bei Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts der vom Antrag betroffenen Teilfonds zurückgezogen werden.

Nettoinventarwert und Vermögensbewertung

Der Nettoinventarwert jedes Teilfonds oder – falls innerhalb eines Teilfonds verschiedene Klassen bestehen – jeder Klasse, wird vom Verwalter in Übereinstimmung mit der Satzung zum Bewertungszeitpunkt oder in Bezug auf jeden Bewertungstag berechnet. Der Nettoinventarwert eines Teilfonds wird zum Bewertungszeitpunkt des betreffenden Handelstages durch Bewertung des Vermögens des betreffenden Teilfonds (einschließlich aufgelaufener, aber noch nicht vereinnahmter Erträge) und Abzug der Verbindlichkeiten des betreffenden Teilfonds (einschließlich einer Rückstellung für Steuern und Abgaben, aufgelaufener Aufwendungen und Gebühren und sonstiger Verbindlichkeiten) ermittelt. Der einer Klasse zuzuordnende Nettoinventarwert wird am Bewertungszeitpunkt des betreffenden Handelstages ermittelt, indem der Teil des zum Bewertungszeitpunkt dieser Klasse zuzuordnenden Nettoinventarwerts des betreffenden Teilfonds berechnet wird, wobei Anpassungen für die der Klasse zuzuordnenden Vermögenswerte und/oder Verbindlichkeiten vorgenommen werden. Der Nettoinventarwert eines Teilfonds wird in der Basiswährung des Teilfonds oder in derjenigen anderen Währung ausgedrückt, die der Verwaltungsrat entweder allgemein oder für eine bestimmte Klasse oder in einem bestimmten Fall festlegt.

Für die Anteile der Klassen D Ausschüttend und D Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund wird der Nettoinventarwert pro Anteil in Pfund Sterling veröffentlicht. Für die Anteile der Klassen F Ausschüttend und F Thesaurierend des BMO LGM Global Emerging Markets Growth and Income Fund wird der Nettoinventarwert pro Anteil in Euro veröffentlicht. Für alle anderen Klassen wird der Nettoinventarwert pro Anteil in der Basiswährung veröffentlicht.

Der Nettoinventarwert pro Anteil wird zum Bewertungszeitpunkt am oder für jeden Handelstag ermittelt, indem der Nettoinventarwert des betreffenden Teilfonds bzw. der auf eine Klasse entfallende Nettoinventarwert durch die Gesamtzahl der zum betreffenden Bewertungszeitpunkt ausgegebenen Anteile dieses Teilfonds bzw. dieser Klasse geteilt und das Ergebnis auf vier Nachkommastellen gerundet wird.

Bei der Ermittlung des Nettoinventarwerts der Gesellschaft und jedes einzelnen Teilfonds gilt:

- (a) Wertpapiere, die an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden, mit Ausnahme der nachstehend unter (d), (e), (f) und (g) genannten Anlagen, werden zum letzten Abschlusspreis bewertet. Wird ein Wertpapier an mehr als einer anerkannten Börse notiert oder gehandelt, gilt als maßgebende Börse bzw. maßgebender Markt die Hauptbörse oder der Hauptmarkt, an dem das Wertpapier notiert oder gehandelt wird, oder die Börse bzw. der Markt, die/der nach Auffassung des Verwaltungsrats die zutreffendsten Kriterien zur Ermittlung des Wertes der betreffenden Anlage bietet. An einer anerkannten Börse notierte oder gehandelte Anlagen, die jedoch mit Auf- oder Abgeld außerhalb der betreffenden Börse oder des betreffenden Marktes erworben oder gehandelt worden sind, können bewertet werden, indem die Höhe des Auf- oder Abgelds zum Bewertungszeitpunkt berücksichtigt wird, sofern sich die Verwahrstelle vergewissert hat, dass ein solches Verfahren im Zusammenhang mit der Ermittlung des wahrscheinlichen Veräußerungswerts des Wertpapiers gerechtfertigt ist.
- (b) Der Wert eines Wertpapiers, das nicht an einer anerkannten Börse notiert ist oder gehandelt wird, oder das zwar derartig notiert ist oder gehandelt wird, bei dem jedoch keine Notierung oder kein Wert verfügbar ist oder die Notierung oder der Wert nicht dem beizulegenden Zeitwert entspricht, ist dem (i) vom Verwaltungsrat oder (ii) einer vom Verwaltungsrat bestellten und zu diesem Zweck von der Verwahrstelle genehmigten kompetenten Person, Firma oder Gesellschaft (wozu auch der Anlageverwalter zählt) oder (iii) anhand anderer Methoden mit Sorgfalt und gutem Glauben ermittelten voraussichtlichen Verkaufswert gleichzusetzen, sofern dieser Wert von der Verwahrstelle genehmigt wird. Wenn für

Rentenpapiere keine verlässliche Marktnotierung verfügbar ist, kann der Wert dieser Wertpapiere anhand einer vom Verwaltungsrat erstellten Matrixmethode ermittelt werden, wobei diese Wertpapiere unter Bezugnahme auf die Bewertung anderer Wertpapiere mit vergleichbarer Bonitätseinstufung, Rendite, Fälligkeit und ähnlichen anderen Merkmalen bewertet werden.

- (c) Barmittel und Bareinlagen werden zum Nennwert ggf. zuzüglich der bis zum Abschluss des Tages, an dem der Bewertungszeitpunkt eintritt, aufgelaufenen Zinsen bewertet.
- (d) An einem geregelten Markt gehandelte Derivatkontrakte werden zu dem vom Markt ermittelten Abrechnungspreis bewertet. Wenn kein Abrechnungspreis verfügbar ist, ist als Wert der (i) vom Verwaltungsrat oder (ii) einer vom Verwaltungsrat bestellten und zu diesem Zweck von der Verwahrstelle genehmigten kompetenten Person, Firma oder Körperschaft (wozu auch der Anlageverwalter zählt) oder (iii) anhand anderer Methoden mit Sorgfalt und in gutem Glauben ermittelte voraussichtliche Verkaufswert heranzuziehen, sofern dieser Wert von der Verwahrstelle genehmigt wird. Außerbörslich gehandelte Derivate können entweder anhand einer vom betreffenden Kontrahenten gelieferten Bewertung oder einer alternativen Bewertung wie z. B. einer von der Gesellschaft, ihrem Vertreter oder einem unabhängigen Preisanbieter berechneten Bewertung bewertet werden. Die Gesellschaft bewertet OTC-Derivate täglich zum jeweiligen Bewertungszeitpunkt. Bewertet die Gesellschaft ein OTC-Derivat anhand einer alternativen Bewertungsmethode, hält sie sich an internationale Geschäftspraktiken sowie an die Richtlinien zur Bewertung von OTC-Instrumenten von Organisationen wie der IOSCO und der AIMA. Die alternative Bewertungsmethode wird von einer von der Gesellschaft bestellten und von der Verwahrstelle für diesen Zweck genehmigten kompetenten Person bereitgestellt, oder die Verwahrstelle genehmigt eine andere Vorgehensweise. Die alternative Bewertung muss monatlich vollumfänglich mit der Bewertung durch den Kontrahenten abgeglichen werden. Wo wesentliche Unterschiede auftreten, müssen diese unverzüglich untersucht und erläutert werden. Wenn die Gesellschaft ein OTC-Derivat anhand der vom Kontrahenten gelieferten Bewertung bewertet, muss die Bewertung von einer Partei, die von der Verwahrstelle für diesen Zweck zugelassen wurde und vom Kontrahenten unabhängig ist, bestätigt werden und die unabhängige Bestätigung muss mindestens einmal wöchentlich erfolgen. Die Funktion dieser unabhängigen Partei kann auch vom Anlageverwalter übernommen werden. Sie kann auch von einer mit dem Kontrahenten verbundenen Partei übernommen werden, sofern sie eine unabhängige Einheit in der Gruppe des Kontrahenten bildet und nicht dieselben Preismodelle wie der Kontrahent verwendet und die Beziehung zwischen den Parteien sowie die damit zusammenhängenden Risiken im Teilprospekt erläutert werden. Wenn die unabhängige Partei mit dem OTC-Kontrahenten in Verbindung steht und das Ausfallrisiko des Kontrahenten durch die Hinterlegung von Sicherheiten verringert werden kann, muss die Position ebenfalls von einer vom Kontrahenten unabhängigen Partei alle sechs Monate überprüft werden.
- (e) Devisentermingeschäfte und Zinsswaps sind wie die oben erwähnten Derivatkontrakte, die nicht an einem regulierten Markt gehandelt werden, oder anhand frei verfügbarer Marktpreise zu bewerten.
- (f) Ungeachtet von Absatz (a) oben, sind Anteile von kollektiven Kapitalanlagen zum letzten verfügbaren Nettoinventarwert pro Anteil oder zum Geldkurs zu bewerten, der vom betreffenden Anlageorganismus veröffentlicht wurde, oder, falls sie an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden, gemäß Absatz (a) oben.
- (g) (h) Bei Fonds, die keine Geldmarktfonds sind, kann der Verwaltungsrat Wertpapiere mit hoher Bonitätseinstufung und einer Restlaufzeit von maximal drei Monaten nach der Methode der fortgeführten Anschaffungskosten in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Zentralbank bewerten.
- (h) Der Verwaltungsrat kann mit Genehmigung der Verwahrstelle den Wert jeglicher Anlage anpassen, wenn er wegen ihrer Währung, ihrer Marktgängigkeit, der anwendbaren Zinssätze, der erwarteten Dividendensätze, der Laufzeit, der Liquidität oder anderer relevanter

Überlegungen der Ansicht ist, dass diese Anpassung erforderlich ist, um den tatsächlichen Marktwert der Anlage zu widerspiegeln.

- (i) Alle in einer anderen Währung als der Basiswährung des betreffenden Teilfonds ausgedrückten Werte sind mit dem (offiziellen oder sonstigen) Wechselkurs, den der Verwaltungsrat als angemessen erachtet, in die Basiswährung umzurechnen.
- (j) Kann der Wert einer Anlage nicht wie vorstehend beschrieben festgestellt werden, gilt als Wert der wahrscheinliche Realisierungswert, der vom Verwaltungsrat sorgfältig und nach Treu und Glauben oder von einer von der Verwahrstelle für den Zweck genehmigten kompetenten Person geschätzt wird.
- (k) Wenn der Verwaltungsrat dies für erforderlich erachtet, kann eine bestimmte Anlage mit einer alternativen, von der Verwahrstelle zugelassenen Bewertungsmethode bewertet werden.

Bei der Berechnung des Wertes der Vermögenswerte der Gesellschaft und der Teilfonds gelten die folgenden Grundsätze:

- (a) Jeder Anteil, dessen Ausgabe vom Verwaltungsrat mit Bezug auf einen Handelstag beschlossen wurde, gilt zum Bewertungszeitpunkt des betreffenden Handelstages als nicht ausgegeben, und es gelten nur die bei der Verwahrstelle hinterlegten liquiden Mittel und Besitzgegenstände als Vermögenswerte des betreffenden Teilfonds.
- (b) Wenn der Kauf oder Verkauf von Anlagen vereinbart wurde, dieser Kauf oder Verkauf jedoch noch nicht abgeschlossen ist, werden diese Anlagen ausgewiesen oder nicht ausgewiesen und der Bruttokauf- oder Nettoverkaufsbetrag je nach Sachlage ausgewiesen oder nicht ausgewiesen, als ob dieser Kauf oder Verkauf ordnungsgemäß abgeschlossen worden wäre, es sei denn, der Verwaltungsrat hat Grund zur Annahme, dass der Kauf oder Verkauf nicht zustande kommt;
- (c) den Vermögenswerten des betreffenden Teilfonds sind alle tatsächlichen oder geschätzten, möglicherweise der Gesellschaft erstattbaren Steuern mit Kapitaleigenschaften hinzuzurechnen.
- (d) den Vermögenswerten des betreffenden Teilfonds ist eine Summe für aufgelaufene aber noch nicht erhaltene Zinsen, Dividenden und sonstige Erträge und eine Summe für nicht amortisierte Aufwendungen hinzuzurechnen, es sei denn, diese Zinsen, Dividenden oder sonstigen Erträge werden nach Auffassung des Verwaltungsrats voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt oder eingenommen, woraufhin ihr Wert nach Vornehmen eines vom Verwaltungsrat oder dessen Vertreter nach Zustimmung durch die Verwahrstelle als angemessen erachteten Abschlags zur Wiedergabe des wirklichen Werts der Position ermittelt wird.
- (e) den Vermögenswerten des betreffenden Teilfonds ist der (tatsächliche oder vom Verwaltungsrat oder dessen Vertreter geschätzte) Gesamtbetrag aller Rückerstattungsansprüche für Ertrags- oder Kapitalgewinnsteuern einschließlich der Ansprüche aus der Steuerbefreiung durch Doppelbesteuerungsabkommen hinzuzurechnen; und
- (f) Wenn die Gesellschaft eine Mitteilung über die Rücknahme von Anteilen in Bezug auf einen Handelstag erhält und diese Anteile noch nicht vollständig annulliert wurden, gelten die noch zurückzunehmenden Anteile zum Bewertungszeitpunkt dieses Handelstages als weiterhin im Umlauf befindlich und der Wert der Vermögenswerte des betreffenden Teilfonds ist nicht als um den für die Rücknahme zahlbaren Betrag gemindert zu betrachten.
- (g) Folgende Beträge sind von den Vermögenswerten des betreffenden Teilfonds abzuziehen:
 - (i) der Gesamtbetrag der tatsächlichen oder geschätzten, ordnungsgemäß aus dem Vermögen des betreffenden Teilfonds zu zahlenden Verbindlichkeiten, einschließlich aller ausstehenden Kredite der Gesellschaft bezüglich des betreffenden Teilfonds, für diese Kredite zahlbarer Zinsen, Gebühren und Aufwendungen und aller geschätzten Steuerschulden und Beträge bezüglich latenter oder prognostizierter Aufwendungen,

- die der Verwaltungsrat zum betreffenden Bewertungszeitpunkt als realistisch und angemessen erachtet,
- (ii) der Betrag, der nach Einschätzung des Verwaltungsrats (gegebenenfalls) für Steuern auf realisierte Gewinne aus den Anlagewerten des betreffenden Teilfonds zahlbar wird,
 - (iii) (iii) (gegebenenfalls) der Betrag von erklärten, aber nicht ausgeschütteten Ausschüttungen bezüglich des betreffenden Teilfonds,
 - (iv) die Vergütung an den Verwalter, die Verwahrstelle, den Anlageverwalter, jegliche Vertriebsstelle und alle sonstigen Erbringer von Dienstleistungen für die Gesellschaft, die aufgelaufen, aber noch nicht gezahlt worden ist, zusammen mit einem Betrag in Höhe der darauf gegebenenfalls anfallenden Mehrwertsteuer;
 - (v) der (tatsächliche oder vom Verwaltungsrat geschätzte) Gesamtbetrag aller Verbindlichkeiten, die zum Bewertungszeitpunkt ordnungsgemäß aus dem Vermögen des betreffenden Teilfonds zu zahlen sind (einschließlich der Gründungskosten, Betriebskosten und laufenden Verwaltungsgebühren, Kosten und Aufwendungen);
 - (vi) ein Betrag, der zum betreffenden Bewertungszeitpunkt den voraussichtlichen Verbindlichkeiten des betreffenden Teilfonds hinsichtlich der Kosten und Aufwendungen entspricht, die dem betreffenden Teilfonds bei einer späteren Liquidation anfallen würden,
 - (vii) ein Betrag, der zum betreffenden Bewertungszeitpunkt den voraussichtlichen Verbindlichkeiten aus den relevanten Nachschusszahlungen für ausgegebene Optionsscheine und/oder gezeichnete Optionen des betreffenden Teilfonds oder der betreffenden Anteilsklasse entspricht; und
 - (viii) alle sonstigen ordnungsgemäß abzugsfähigen Verbindlichkeiten.

Sofern nicht Fahrlässigkeit, Betrug oder vorsätzliche Unterlassung vorliegen, ist jede Entscheidung, die durch den Verwaltungsrat, einen Ausschuss des Verwaltungsrats oder eine ordnungsgemäß bevollmächtigte Person im Namen der Gesellschaft bei der Feststellung des Wertes einer Anlage und der Berechnung des Nettoinventarwertes eines Teilfonds oder einer Klasse oder des Nettoinventarwertes je Anteil getroffen wird, endgültig und für die Gesellschaft und ihre gegenwärtigen, früheren oder zukünftigen Anteilinhaber verbindlich.

BMO LGM Frontier Markets Fund – Indikativer Nettoinventarwert

Zusätzlich zum Nettoinventarwert, der an jedem Handelstag berechnet wird, wird für den BMO LGM Frontier Markets Fund und jede seiner Anteilsklassen ein indikativer Nettoinventarwert für oder in Bezug auf jeden Geschäftstag, der kein Handelstag ist, berechnet. Die Berechnung erfolgt nach den oben aufgeführten Bewertungsverfahren. Der indikative Nettoinventarwert dient ausschließlich zu Informationszwecken und stellt keine Aufforderung dar, Anteile zu diesem indikativen Nettoinventarwert zu zeichnen, zurückzugeben oder umzuwandeln.

Veröffentlichung des Nettoinventarwerts je Anteil

Der Nettoinventarwert pro Anteil wird auf der Website www.lgminvestments.com veröffentlicht und nach jeder Berechnung aktualisiert. Ferner kann der Nettoinventarwert je Anteil während der üblichen Geschäftszeiten am Sitz der Verwahrstelle abgefragt werden. Der gegebenenfalls für den BMO LGM Frontier Markets Fund und jede seiner Anteilsklassen ermittelte indikative Nettoinventarwert ist zu normalen Bürozeiten beim Anlageverwalter erhältlich.

Aussetzung der Vermögensbewertung

Der Verwaltungsrat kann jederzeit und von Zeit zu Zeit die Ermittlung des Nettoinventarwerts eines Teilfonds oder einer Klasse und die Ausgabe, Rücknahme oder Umwandlung der Anteile eines Teilfonds oder einer Klasse vorübergehend aussetzen:

- (a) während des gesamten Zeitraums oder eines Teils davon (mit Ausnahme von nationalen Feiertagen oder üblichen Wochenenden), in dem die anerkannten Börsen, an denen die Anlagen des betreffenden Teilfonds notiert oder gehandelt werden, geschlossen sind oder in dem der Handel dort eingeschränkt oder ausgesetzt ist; oder
- (b) während des gesamten Zeitraums oder eines Teils davon, in dem Umstände außerhalb der Kontrolle des Verwaltungsrats dazu führen, dass die Veräußerung oder Bewertung von Anlagen der Gesellschaft nicht mit angemessenem Aufwand möglich ist oder den Interessen der Anteilhaber schaden würde, oder in dem es nicht möglich ist, Gelder im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Anlagen auf oder aus dem betreffenden Konto der Gesellschaft zu übertragen; oder
- (c) während des gesamten Zeitraums oder eines Teils davon, in dem die üblicherweise zur Feststellung des Wertes von Anlagen des betreffenden Teilfonds verwendeten Kommunikationsmittel gestört sind; oder
- (d) während des gesamten Zeitraums oder eines Teils davon, in dem sich aus einem beliebigen Grund der Wert von Anlagen des betreffenden Teilfonds nicht angemessen, zeitnah oder genau feststellen lässt, oder
- (e) während des gesamten Zeitraums oder eines Teils davon, in dem sich die Zeichnungserlöse nicht auf oder aus dem Konto eines Teilfonds übertragen lassen, die Gesellschaft nicht in der Lage ist, zur Auszahlung von Rücknahmebeträgen erforderliche Mittel aus dem Ausland abzuführen, oder wenn sich diese Zahlungen nach Meinung des Verwaltungsrats nicht zu normalen Wechselkursen durchführen lassen, oder
- (f) nach einvernehmlicher Einigung der Gesellschaft und der Verwahrstelle bezüglich der Abwicklung der Gesellschaft oder Auflösung eines Teilfonds; oder
- (g) wenn es aus anderen Gründen nicht möglich oder durchführbar ist, den Wert eines wesentlichen Anteils der Anlagen der Gesellschaft oder eines Teilfonds zu ermitteln;
- (h) in jedem Zeitraum, in dem die Gesellschaft eine Zusammenlegung der Gesellschaft, eines Teilfonds oder einer Klasse erwägt, oder
- (i) in sonstigen Zeiträumen, in denen die Umstände nach Ansicht des Verwaltungsrats eine derartige Aussetzung erforderlich machen und diese unter Berücksichtigung der Interessen der Gemeinschaft der Anteilhaber gerechtfertigt ist;
- (j) und muss die Ermittlung des Nettoinventarwerts eines Teilfonds oder einer Klasse und die Ausgabe, Rücknahme und Umwandlung von Anteilen eines Teilfonds oder einer Klasse vorübergehend einstellen, wenn er entsprechende Anweisungen von der Zentralbank erhält.

Jegliche Aussetzung der Bewertung ist der Zentralbank und der Verwahrstelle unverzüglich mitzuteilen, in jedem Fall während des gleichen Handelstages. Soweit möglich, werden alle angemessenen Schritte unternommen, um Aussetzungszeiträume schnellstmöglich zu beenden.

Die Zentralbank kann ebenfalls von der Gesellschaft verlangen, die Ermittlung des Nettoinventarwerts und die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen eines Teilfonds vorübergehend auszusetzen, wenn dies ihres Erachtens im besten Interesse der Öffentlichkeit und der Anteilhaber geschieht.

Aussetzung des Handels

In Zeiträumen, in denen die Berechnung des Nettoinventarwerts eines Teilfonds ausgesetzt ist, können in diesem Teilfonds keine Anteile ausgegeben, zurückgenommen oder umgewandelt werden. Antragsteller für die Zeichnung, Rücknahme und/oder Umwandlung von Anteilen werden über eine solche

Aussetzung informiert. Am Handelstag nach Beendigung der Aussetzung werden Zeichnungsanträge berücksichtigt und Rücknahme- und/oder Umtauschanträge bearbeitet, die nicht zurückgezogen wurden.

Dividenden und Ausschüttungen

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, Ausschüttungen auf Anteile jeglicher Klassen und Teilfonds der Gesellschaft festzusetzen und zu zahlen.

Ausschüttende Anteilklassen Auf diese Anteile werden Dividenden festgesetzt und ausgeschüttet. Dividenden werden normalerweise zum Ende des Geschäftsjahres festgesetzt (d. h. zum 31. Dezember jedes Jahres) und innerhalb von 4 Monaten nach diesem Datum an die Anteilinhaber per Überweisung auf das am Antragsformular angegebene Konto ausgeschüttet. Dividenden, die nicht innerhalb von sechs Jahren nach Ausschüttung eingefordert werden, fallen dem Vermögen der entsprechenden Klasse zu. Der Verwaltungsrat erklärt für die Anteile der Gesellschaft Dividenden aus dem Nettoertrag (Ertrag abzüglich Aufwendungen) der Gesellschaft (in Form von Dividenden, Zinsen oder in anderer Form), vorbehaltlich bestimmter Anpassungen.

Thesaurierende Anteilklassen: Auf diese Anteile werden Dividenden festgesetzt, die jedoch automatisch wiederangelegt und im Nettoinventarwert der Anteilsklasse ausgewiesen werden. Dividenden werden in der Regel zum Ende des Geschäftsjahres (d. h. zum 31. Dezember jedes Jahres) festgesetzt. Der Verwaltungsrat erklärt für die Anteile der Gesellschaft Dividenden aus dem Nettoertrag (Ertrag abzüglich Aufwendungen) der Gesellschaft (in Form von Dividenden, Zinsen oder in anderer Form), vorbehaltlich bestimmter Anpassungen.

Ab dem 1. Oktober 2013 kann für alle Anteilklassen ein Ertragsausgleich vorgenommen werden. Bei Anteilklassen, für die ein Ertragsausgleich vorgenommen wird, enthalten die Ausschüttungen einen Ausgleichsbetrag. Dieser Betrag entspricht dem Ertragsausgleich, der im Nettoinventarwert pro Anteil der entsprechenden Klasse enthalten ist.

Allen Anteilhabern, auch jenen, die in Großbritannien ansässig sind, wird geraten, sich bei ihren eigenen Finanzberatern über die etwaigen steuerlichen Folgen dieser Ausschüttungspolitik zu informieren.

Sämtliche Änderungen der Ausschüttungspolitik werden in einem aktualisierten Prospekt veröffentlicht und alle Anteilinhaber werden im Voraus darüber informiert.

Berichterstattung an die Anteilinhaber

Jeder Teilfonds beabsichtigt, seinen jährlichen Verpflichtungen als „Meldefonds“ gemäß den Offshore Funds (Tax) Regulations 2009 (SI 2009 No. 3001) gerecht zu werden. Die Berichterstattung über die Erträge der Teilfonds an die Anleger erfolgt auf der Website der Gesellschaft www.lgminvestments.com. Für die Berichtsperioden vom 1. Oktober 2013 bis zum 30. September 2014 und vom 1. Oktober 2014 bis zum 31. Dezember 2014 wird die Berichterstattung über die Erträge voraussichtlich bis zum 30. Juni 2015 zur Verfügung stehen. Für alle folgenden Berichtsperioden wird die Berichterstattung voraussichtlich bis spätestens 30. Juni jedes Jahres erfolgen.

Besteuerung bei Eintreten bestimmter Ereignisse

Anleger werden auf den Abschnitt „Besteuerung“ des Teilprospekts verwiesen und insbesondere auf die Steuerverbindlichkeit aufmerksam gemacht, die bei Eintreten bestimmter Ereignisse wie der Einlösung, der Rücknahme oder der Übertragung von Anteilen durch oder der Auszahlung von Dividenden an Anteilinhaber, die in Irland ansässig sind oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Irland haben, entsteht. Muss die Gesellschaft bei Eintreten eines steuerpflichtigen Ereignisses in einem Rechts hoheitsgebiet Steuern sowie Zinsen und Straf gelder auf diese Steuern entrichten, so ist sie berechtigt, diesen Betrag von der für dieses Ereignis zu leistenden Zahlung abzuziehen oder eine Anzahl Anteile des Anteilhabers oder wirtschaftlichen Eigentümers zwangsweise zurückzunehmen oder zu annullieren, deren Wert nach Abzug einer etwaigen Rücknahmegebühr ausreicht, um diese Verbindlichkeit zu decken. Der betreffende Anteilinhaber hat die Gesellschaft für Verluste zu entschädigen und

schadlos zu halten, die der Gesellschaft entstehen, wenn sie bei Eintreten eines steuerpflichtigen Ereignisses Steuern und darauf anfallende Zinsen oder Strafgebühren entrichten muss, auch wenn kein derartiger Abzug, keine Einbehaltung, oder Annullierung vorgenommen wurde.

BESTEUERUNG

Die folgenden Ausführungen geben einen allgemeinen Überblick über die wichtigsten irischen Steueraspekte, die für die Gesellschaft und bestimmte Anleger, die an Anteilen der Gesellschaft wirtschaftlich berechtigt sind, gelten. Es können nicht alle Steuerfolgen behandelt werden, die auf die Gesellschaft und alle Anlegerkategorien zutreffen, da für einige von ihnen möglicherweise besondere Regeln gelten. Nicht angesprochen wird beispielsweise die steuerliche Behandlung von Anteilinhabern, deren Erwerb von Anteilen der Gesellschaft als Anteilsbesitz in einem Organismus für persönliche Portfolio-Anlagen (Personal Portfolio Investment Undertaking „PPIU“) angesehen würde. Dementsprechend hängt die Gültigkeit der Ausführungen von den besonderen Umständen jedes einzelnen Anteilinhabers ab. Diese Ausführungen stellen keine Steuerberatung dar und Anteilinhabern und potenziellen Anlegern wird empfohlen, ihre Fachberater bezüglich der möglichen Steuerfolgen und sonstigen Konsequenzen des Kaufs, Besizes, Verkaufs, der Umwandlung, oder sonstigen Veräußerung der Anteile nach den Gesetzen des Landes, in dem sie gegründet wurden, ihren Wohn- oder Firmensitz haben oder dessen Staatsbürger sie sind, und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände zu Rate zu ziehen.

Die folgenden Erklärungen zur Besteuerung beruhen auf Auskünften, die dem Verwaltungsrat über das zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Teilprospekts in Irland geltende Recht und die dortige Praxis erteilt wurden. Aufgrund von Änderungen der Gesetze, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung können sich die nachfolgend beschriebenen Steuerfolgen ändern und wie bei jeder Anlage kann nicht garantiert werden, dass die zur Zeit einer Anlage in die Gesellschaft herrschende oder vorgesehene Steuerlage auf unbestimmte Zeit bestehen bleibt.

Besteuerung der Gesellschaft

Der Verwaltungsrat wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass die Gesellschaft der derzeitigen irischen Gesetzgebung und Rechtspraxis zufolge als Anlageorganismus im Sinne von Section 739B des Taxes Consolidation Act von 1997 in seiner jeweils gültigen Fassung („TCA“) gilt, solange die Gesellschaft in Irland ansässig ist. Daher unterliegt sie in der Regel keinen irischen Einkommens- und Kapitalgewinnsteuern.

Steuerpflichtiges Ereignis

Allerdings kann eine Steuerpflicht in Irland entstehen, wenn bei der Gesellschaft ein **„steuerpflichtiges Ereignis“** eintritt. Zu steuerpflichtigen Ereignissen zählen Ausschüttungen an Anteilinhaber sowie die Einlösung, der Rückkauf, die Rücknahme, Annullierung oder Übertragung von Anteilen, sowie jede fiktive Veräußerung von Anteilen, die wie unten beschrieben zu irischen Steuerzwecken dann eintritt, wenn Anteile der Gesellschaft während mindestens acht Jahren gehalten wurden. Bei Eintritt eines steuerpflichtigen Ereignisses muss die Gesellschaft die darauf anfallende Steuer abrechnen.

Auf steuerpflichtige Ereignisse fällt keine irische Steuer an, wenn:

- (a) der Anteilinhaber weder in Irland ansässig ist noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat (**„nicht in Irland ansässige Person“**) und er (oder ein in seinem Namen handelnder Vermittler) die erforderliche Erklärung abgegeben hat und die Gesellschaft nicht über Informationen verfügt, aus denen geschlossen werden kann, dass die in der Erklärung enthaltenen Angaben im Wesentlichen nicht oder nicht mehr zutreffen; oder
- (b) der Anteilinhaber eine nicht in Irland ansässige Person ist und dies der Gesellschaft bestätigt hat, und wenn die Gesellschaft über eine schriftliche Bestätigung der Steuerbehörde verfügt, wonach die Auflage zur Abgabe der erforderlichen Erklärung über die Nicht-Ansässigkeit des betroffenen Anteilinhabers erfüllt ist, und die Steuerbehörde diese Bestätigung nicht widerrufen hat; oder
- (c) der Anteilinhaber eine steuerbefreite in Irland ansässige Person im Sinne der untenstehenden Definition ist.

Die Bezeichnung „**Vermittler**“ wird gemäß Definition in Section 739B(1) TCA verwendet und bezeichnet eine Person, die (a) ein Geschäft betreibt, das in der Entgegennahme von Zahlungen von einem Anlageorganismus für andere Personen besteht oder dies beinhaltet, oder (b) Anteile an einem Anlageorganismus für andere Personen hält.

Verfügt die Gesellschaft zum entsprechenden Zeitpunkt nicht über eine ausgefüllte und unterzeichnete Erklärung oder eine schriftliche Bestätigung der irischen Steuerbehörde, wird davon ausgegangen, dass der Anteilinhaber in Irland ansässig ist oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat (d.h. eine „**in Irland ansässige Person**“ ist) bzw. keine steuerbefreite in Irland ansässige Person ist, und es entsteht eine Steuerpflicht.

Folgende Ereignisse gelten nicht als steuerpflichtig:

- Transaktionen (die unter anderen Umständen ein steuerpflichtiges Ereignis sein können) in Bezug auf Anteile, die in einem von der irischen Steuerbehörde anerkannten Clearingsystem gehalten werden; oder
- die Übertragung von Anteilen zwischen Ehepartnern/eingetragenen Partnern und die Übertragung von Anteilen zwischen Ehepartnern/eingetragenen Partnern anlässlich einer gerichtlichen Trennung, eines Scheidungsurteils und/oder einer Ehescheidung; oder
- ein Tausch von Anteilen der Gesellschaft gegen andere Anteile der Gesellschaft durch einen Anteilinhaber im Rahmen einer Vereinbarung zwischen unabhängigen Parteien, wobei keine Zahlung an den Anteilinhaber erfolgt; oder
- der Tausch von Anteilen infolge einer geregelten Verschmelzung oder Restrukturierung (im Sinne von Section 739H TCA) der Gesellschaft mit einem anderen Anlageorganismus.

Entsteht für die Gesellschaft infolge eines steuerpflichtigen Ereignisses eine Steuerpflicht, so ist sie berechtigt, von der durch dieses steuerpflichtige Ereignis verursachten Zahlung einen der Steuer entsprechenden Betrag abzuziehen und/oder gegebenenfalls so viele der vom Anteilinhaber gehaltenen Anteile zurückzunehmen und zu annullieren, wie zur Deckung des Steuerbetrags erforderlich sind. Der betreffende Anteilinhaber hält die Gesellschaft schadlos für Verluste, die der Gesellschaft aufgrund einer ihr bei Eintritt eines steuerpflichtigen Ereignisses entstehenden Steuerpflicht entstehen.

Fiktive Veräußerung

Die Gesellschaft kann beschließen, unter bestimmten Umständen für fiktive Veräußerungen keine irische Steuer abzuführen. Werden insgesamt 10% oder mehr des Nettoinventarwerts eines Teilfonds von in Irland ansässigen Personen gehalten, die keine steuerbefreiten in Irland ansässigen Personen sind, muss die Gesellschaft die auf eine fiktive Veräußerung von Anteilen dieses Teilfonds anfallende Steuer abführen, wie unten dargelegt. Beträgt der Gesamtwert der von diesen Anteilhabern gehaltenen Anteile des Teilfonds jedoch weniger als 10% des Nettoinventarwerts des Teilfonds, kann die Gesellschaft beschließen, auf die fiktive Veräußerung von Anteilen keine Steuer abzuführen, und wird dies erwartungsgemäß auch tun. In diesem Fall teilt die Gesellschaft den betroffenen Anteilhabern ihre Entscheidung mit und diese Anteilhaber sind verpflichtet, ihre Anteile nach dem Selbstveranlagungssystem selbst zu versteuern. Ausführlichere Informationen dazu sind im Abschnitt „Besteuerung von in Irland ansässigen Anteilhabern“ dargelegt.

Irischer Gerichtsdienst

Werden Anteile vom Irischen Gerichtsdienst gehalten, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, für steuerbare Ereignisse betreffend diese Anteile irische Steuern abzuführen. Verwendet ein Gericht Gelder, die ihm zur Verfügung stehen oder sich in seiner Kontrolle befinden, zum Erwerb von Anteilen der Gesellschaft, so übernimmt der Gerichtsdienst in Bezug auf diese Anteile unter anderem die Verantwortung der Gesellschaft zur Abrechnung der Steuer auf steuerpflichtige Ereignisse und zur Einreichung von Steuererklärungen.

Steuerbefreite in Irland ansässige Anteilinhaber

In Bezug auf die im Folgenden aufgeführten Kategorien von in Irland ansässigen Anteilhabern muss die Gesellschaft keine Steuern entrichten, vorausgesetzt sie ist im Besitz der erforderlichen Erklärungen dieser Anteilinhaber (oder eines in ihrem Namen handelnden Vermittlers) und verfügt nicht über Informationen, aus denen geschlossen werden kann, dass die in der Erklärung enthaltenen Angaben im Wesentlichen nicht oder nicht mehr zutreffen. Ein Anteilinhaber, der in eine der unten aufgeführten Kategorien fällt und der Gesellschaft (direkt oder über einen Vermittler) die erforderliche Erklärung vorgelegt hat, wird in diesem Prospekt als „**Steuerbefreite in Irland ansässige Person**“ bezeichnet:

- (a) eine Pensionskasse als steuerbefreiter genehmigter Plan im Sinne von Section 774 TCA oder ein Rentenvertrag oder ein Treuhandprogramm, für den bzw. das Section 784 oder Section 785 TCA gilt;
- (b) eine im Lebensversicherungsgeschäft tätige Gesellschaft im Sinne von Section 706 TCA;
- (c) ein Anlageorganismus im Sinne von Section 739B(1) TCA oder eine Investmentgesellschaft im Sinne von Section 739J TCA;
- (d) eine spezielle Anlageeinrichtung im Sinne von Section 737 TCA;
- (e) eine wohltätige Organisation gemäß Section 739D(6)(f)(i) TCA;
- (f) eine qualifizierte Managementgesellschaft im Sinne von Section 739B(1) TCA;
- (g) ein Anlagefonds (Unit Trust) gemäß Section 731(5)(a) TCA;
- (h) eine Person, die gemäß Section 784A(2) TCA von Einkommen- und Kapitalgewinnsteuern befreit ist, wenn die gehaltenen Anteile Vermögensgegenstände eines zulässigen Altersvorsorgefonds oder eines zulässigen minimalen Altersvorsorgefonds sind;
- (i) Eine Person, die gemäß Section 787I TCA von Einkommen- und Kapitalgewinnsteuern befreit ist, wenn die Anteile Vermögensgegenstände eines privaten Altersvorsorgekontos (PRSA) sind;
- (j) eine Kreditgenossenschaft im Sinne von Section 2 des Kreditgenossenschaftsgesetzes (Credit Union Act) von 1997;
- (k) die Nationale Kommission für Rentenreservefonds (National Pensions Reserve Fund Commission);
- (l) die Nationale Vermögensverwaltungsagentur (National Asset Management Agency);
- (m) eine Gesellschaft, die nach Section 110(2) TCA (Darlehensbesicherungsgesellschaften) körperschaftsteuerpflichtig ist;
- (n) unter bestimmten Umständen ein Unternehmen, das in Bezug auf Zahlungen, die es von der Gesellschaft erhalten hat, der Körperschaftsteuer unterliegt; oder
- (o) jede andere Person, die in Irland ansässig ist oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat und laut Steuergesetzgebung, schriftlich festgehaltener Praxis oder Genehmigung der irischen Steuerbehörde Anteile besitzen darf, ohne dass der Gesellschaft eine Steuerpflicht entsteht oder die der Gesellschaft gewährten Steuerfreibeträge gefährdet sind;

Eine Steuerrückerstattung an Anteilinhaber, die steuerbefreite in Irland ansässige Personen sind, ist nicht vorgesehen, wenn Steuern einbehalten werden, weil die erforderliche Erklärung fehlte. Eine Steuerrückerstattung kann nur an körperschaftliche Anteilinhaber erfolgen, die in Irland körperschaftsteuerpflichtig sind.

Besteuerung von nicht in Irland ansässigen Anteilhabern

Anteilinhaber, die nicht in Irland ansässig sind und gegebenenfalls (direkt oder über einen Vermittler) die erforderliche Erklärung darüber abgegeben haben, dass sie nicht in Irland ansässig sind, müssen Erträge und Gewinne aus ihrer Anlage in der Gesellschaft in Irland nicht versteuern, und von

Ausschüttungen der Gesellschaft oder Zahlungen durch die Gesellschaft in Bezug auf die Einlösung, den Rückkauf, die Rücknahme, Annullierung oder sonstige Veräußerung ihrer Anlagen werden keine Steuern einbehalten. Diese Anteilinhaber müssen Erträge und Gewinne aus gehaltenen oder veräußerten Anteilen in der Regel in Irland nicht versteuern, es sei denn, die Anteile sind einer irischen Zweigstelle oder Vertretung dieses Anteilinhabers zuzuschreiben.

Unterlässt es ein nicht in Irland ansässiger Anteilinhaber (oder ein in seinem Namen handelnder Vermittler), die erforderliche Erklärung der Nicht-Ansässigkeit abzugeben, wird bei Eintreten eines steuerpflichtigen Ereignisses die Steuer wie oben beschrieben abgezogen, es sei denn, die Gesellschaft verfügt über eine schriftliche Bestätigung der Steuerbehörde, wonach die Auflage zur Abgabe der erforderlichen Erklärung über die Nicht-Ansässigkeit des betroffenen Anteilinhabers erfüllt ist, und diese Bestätigung wurde nicht widerrufen. Ungeachtet der Tatsache, dass der Anteilinhaber nicht in Irland ansässig ist und seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in Irland hat, ist ein solcher Steuerabzug in der Regel nicht rückforderbar.

Wenn ein nicht in Irland ansässiges Unternehmen Anteile der Gesellschaft hält, die einer irischen Zweigstelle oder Vertretung zuzuschreiben sind, muss das Unternehmen auf Erträge und Kapitalausschüttungen der Gesellschaft nach dem Selbstveranlagungssystem Körperschaftsteuern entrichten.

Besteuerung von in Irland ansässigen Anteilhabern

Einbehaltung von Steuern

Die Gesellschaft behält auf alle von ihr vorgenommenen Ausschüttungen (außer bei Veräußerungen) an in Irland ansässige Anteilinhaber, die keine steuerbefreiten in Irland ansässige Personen sind, Steuern zum Steuersatz von 41% ein und führt diese an die irische Steuerbehörde ab.

Auch von Gewinnen aus der Einlösung, dem Rückkauf, der Rücknahme, der Annullierung oder einer anderen Veräußerung der Anteile durch einen solchen Anteilinhaber behält die Gesellschaft Steuern zum Steuersatz von 41% ein und überweist diese an die irische Steuerbehörde. Alle Gewinne errechnen sich aus der Differenz zwischen dem Wert der Anlage des Anteilinhabers bei Eintreten des steuerpflichtigen Ereignisses und den unter Beachtung besonderer Regeln berechneten Anschaffungskosten der Anlage.

Bei körperschaftlichen Anteilhabern mit Sitz in Irland behält die Gesellschaft auf sämtliche Ausschüttungen an diesen Anteilinhaber sowie auf Gewinne aus der Einlösung, dem Rückkauf, der Rücknahme, der Annullierung oder sonstigen Veräußerung der Anteile durch den Anteilinhaber eine Steuer zum Satz von 25% ein, sofern sie über die erforderliche Erklärung des Anteilinhabers verfügt, die bestätigt, dass dieser eine Gesellschaft ist und in der seine Steuernummer angegeben ist.

Fiktive Veräußerung

Außerdem behält die Gesellschaft Steuern auf fiktive Veräußerungen ein und überweist sie an die irische Steuerbehörde, wenn der Gesamtwert der Anteile, die in Irland ansässige Anteilinhaber, die keine steuerbefreiten in Irland ansässige Personen sind, an einem Teilfonds halten, 10% oder mehr des Nettoinventarwerts des Teilfonds ausmacht. Eine fiktive Veräußerung findet an jedem achten Jahrestag des Erwerbs von Anteilen eines Teilfonds durch solche Anteilinhaber statt. Der fiktive Gewinn errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Wert der Anteile, die der Anteilinhaber am betreffenden achten Jahrestag hält, oder wie unten beschrieben, falls von der Gesellschaft beschlossen, dem Wert der Anteile am 30. Juni bzw. 31. Dezember vor dem Datum der fiktiven Veräußerung, je nachdem, welcher Termin später liegt, und den entsprechenden Anschaffungskosten dieser Anteile. Der Überschuss wird zu einem Satz von 41% versteuert (oder bei körperschaftlichen Anteilhabern mit Sitz in Irland, die eine erforderliche Erklärung vorgelegt haben, zu einem Satz von 25%). Steuern, die auf eine fiktive Veräußerung gezahlt werden, sollten mit den Steuerverbindlichkeiten bei der tatsächlichen Veräußerung dieser Anteile verrechenbar sein.

Ist die Gesellschaft verpflichtet, auf fiktive Veräußerungen Steuern abzuführen, wird sie voraussichtlich den Gewinn, der in Irland ansässigen Anteilhabern entsteht, die keine steuerbefreite in Irland ansässige Personen sind, auf der Grundlage des Nettoinventarwerts des betreffenden Teilfonds am 30. Juni bzw. 31. Dezember vor dem Datum der fiktiven Veräußerung berechnen, je nachdem, welcher Termin später liegt, anstatt den Wert der Anteile am betreffenden achten Jahrestag heranzuziehen.

Die Gesellschaft kann beschließen, keine Steuern für fiktive Veräußerungen abzuführen, wenn der Gesamtwert der von in Irland ansässigen Anteilhabern, die keine steuerbefreite in Irland ansässige Personen sind, gehaltenen Anteile eines Teilfonds weniger als 10% des Nettoinventarwerts des Teilfonds beträgt. In diesem Fall sind die betroffenen Anteilhaber verpflichtet, die fiktive Veräußerung nach dem Selbstveranlagungssystem selbst zu versteuern. Der fiktive Gewinn errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Wert der Anteile, die der Anteilhaber am betreffenden achten Jahrestag hält, und den Anschaffungskosten dieser Anteile. Der sich ergebende Überschuss gilt als steuerpflichtiger Betrag gemäß Anhang D, Fall IV und muss, wenn der Anteilhaber eine Gesellschaft ist, zum Satz von 25% versteuert werden und, wenn der Anteilhaber keine Gesellschaft ist, zu einem Satz von 41%. Auf eine fiktive Veräußerung gezahlte Steuern sollten auf die auf eine tatsächliche Veräußerung dieser Anteile zu zahlenden Steuern anrechenbar sein.

Sonstige irische Steuerpflichten

Körperschaftliche Anteilhaber mit Sitz in Irland, die Anteile besitzen und Zahlungen erhalten, von denen Steuern einbehalten wurden, werden so behandelt, als hätten sie eine jährliche steuerpflichtige Zahlung gemäß Anhang D, Fall IV erhalten, von der Steuern zum Steuersatz von 25% (bzw. 41%, wenn keine Erklärung vorgelegt wurde) einbehalten wurden. Vorbehaltlich der nachfolgenden Erläuterungen hinsichtlich der Versteuerung eines Währungsgewinns müssen diese Anteilhaber Zahlungen, die sie auf ihren Anteilsbesitz erhalten haben und von denen Steuern abgezogen wurden, in der Regel in Irland nicht mehr weiter versteuern. Ein körperschaftlicher Anteilhaber mit Sitz in Irland, der Anteile in Verbindung mit einem Gewerbe hält, ist in Bezug auf alle Erträge und Gewinne steuerpflichtig, die ihm im Rahmen dieses Gewerbes aus der Gesellschaft zufließen, wobei die von der Gesellschaft auf diese Zahlungen einbehaltene Steuer auf die zu zahlende Körperschaftsteuer angerechnet werden kann.

Wenn also von Zahlungen an einen körperschaftlichen Anteilhaber mit Sitz in Irland Steuern zu einem Satz von mehr als 25% abgezogen wurden, sollte für den Überschuss in der Praxis eine Steuergutschrift gewährt werden.

Vorbehaltlich der nachfolgenden Ausführungen zur Versteuerung von Währungsgewinnen müssen in Irland ansässige Anteilhaber, die keine Körperschaften sind, in der Regel Erträge aus Anteilen oder bei Veräußerung der Anteile erzielte Gewinne in Irland nicht zusätzlich versteuern, wenn die Gesellschaft die entsprechenden Steuern auf die an diese Anteilhaber gezahlten Ausschüttungen einbehalten hat.

Erzielt ein Anteilhaber bei der Veräußerung von Anteilen einen Währungsgewinn, muss er auf diesen Gewinn in dem bzw. den Veranlagungsjahren, in denen die Anteile veräußert werden, Kapitalgewinnsteuern zahlen.

In Irland ansässige Anteilhaber, die keine steuerbefreite in Irland ansässige Personen sind und eine Ausschüttung erhalten, auf die keine Steuern einbehalten wurden oder die einen Gewinn aus der Einlösung, dem Rückkauf, der Rücknahme, der Annullierung oder einer sonstigen Veräußerung von Anteilen erhalten, auf die keine Steuern einbehalten wurden (weil die Anteile beispielsweise in einem anerkannten Clearingsystem gehalten werden), müssen nach dem Selbstveranlagungssystem und vor allem nach Teil 41A TCA auf die Auszahlung bzw. den Gewinn auch Einkommen- oder Körperschaftsteuer zahlen.

Gemäß Section 891C TCA und den *Return of Values (Investment Undertakings) Regulations 2013* ist die Gesellschaft verpflichtet, der irischen Steuerbehörde jährlich bestimmte Informationen zu den von Anlegern gehaltenen Anteilen zu übermitteln. Zu diesen Informationen gehören Name, Adresse und Geburtsdatum (wenn angegeben) der Anteilhaber sowie der Wert der von ihnen gehaltenen Anteile. Bei Anteilen, die am oder nach dem 1. Januar 2014 erworben wurden, beinhalten diese Informationen

außerdem die Steuernummer des Anteilhabers (d. h. eine irische Steuernummer oder Umsatzsteuer-Identifikationsnummer oder, bei natürlichen Personen die irische Sozialversicherungsnummer (PPS-Nr.)) oder, falls keine Steuernummer vorhanden ist, ein Hinweis darauf, dass diese Information nicht angegeben wurde. Bei folgenden Anteilhabern müssen keine Details angegeben werden:

- Steuerbefreite in Irland ansässige Anteilhaber (wie oben definiert);
- Anteilhaber, die weder in Irland ansässig sind noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Irland haben (sofern die erforderliche Erklärung abgegeben wurde); oder
- Anteilhaber, deren Anteile in einem anerkannten Clearingsystem gehalten werden.

Ausländische Dividenden

Mögliche Dividenden und Zinsen, die die Gesellschaft auf ihre Anlagen (außer auf Wertpapiere irischer Emittenten) erhält, können in den Ländern, in denen die Emittenten der Anlagen ansässig sind, steuerpflichtig und quellensteuerpflichtig sein. Es ist nicht bekannt, ob die Gesellschaft nach Maßgabe von Doppelbesteuerungsabkommen, die Irland mit verschiedenen Ländern abgeschlossen hat, in den Genuss von reduzierten Quellensteuersätzen kommt.

Werden der Gesellschaft jedoch einbehaltene Quellensteuern zurückerstattet, wird der Nettoinventarwert des betreffenden Teilfonds nicht neu ausgewiesen und der Vorteil aus einer Rückerstattung wird anteilig auf die zum Zeitpunkt dieser Rückzahlung existierenden Anteilhaber umgelegt.

Stempelsteuer

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft als Anlageorganismus im Sinne von Section 739B TCA gilt, ist in Irland in der Regel keine Stempelsteuer auf die Ausgabe, Übertragung, Rücknahme und den Rückkauf von Anteilen der Gesellschaft zahlbar. Wird eine Zeichnung oder Rücknahme von Anteilen hingegen durch die Übertragung von irischen Wertpapieren oder anderem irischem Eigentum, also in Sachwerten erfüllt, so kann auf die Übertragung dieser Wertpapiere oder dieses Eigentums eine irische Stempelsteuer anfallen.

Die Gesellschaft zahlt keine irische Stempelsteuer auf die Übereignung oder Übertragung von Aktien oder börsengängigen Wertpapieren eines Unternehmens, das nicht in Irland eingetragen ist, sofern die Übereignung oder Übertragung sich nicht auf in Irland befindlichen Grundbesitz oder Ansprüche auf oder Beteiligungen an derartigem Besitz bezieht oder auf Aktien oder börsengängige Wertpapiere eines in Irland eingetragenen Unternehmens (außer wenn dieses Unternehmen ein Anlageorganismus im Sinne von Section 739B TCA oder ein qualifiziertes Unternehmen im Sinne von Section 110 TCA ist).

Ansässigkeit

Im Allgemeinen handelt es sich bei den Anlegern der Gesellschaft entweder um natürliche Personen, Körperschaften oder Trusts. Nach irischem Gesetz können sowohl natürliche Personen als auch Trusts in Irland ansässig sein oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt/Sitz in Irland haben. Das Konzept des gewöhnlichen Aufenthalts existiert für Körperschaften nicht.

Anleger, die natürliche Personen sind

Ansässigkeitstest

Eine natürliche Person gilt als in einem bestimmten Steuerjahr in Irland ansässig, wenn sie wie folgt in Irland anwesend ist: (1) für einen Zeitraum von mindestens 183 Tagen in einem Steuerjahr oder (2) für einen Zeitraum von mindestens 280 Tagen in zwei aufeinander folgenden Steuerjahren, sofern die Person in jedem Steuerjahr mindestens 31 Tage in Irland anwesend war. Zur Ermittlung der Anwesenheitstage in Irland gilt eine natürliche Person dann als in Irland anwesend, wenn sie sich zu irgendeinem Zeitpunkt des Tages in Irland aufhält.

Eine natürliche Person, die in einem bestimmten Steuerjahr nicht in Irland ansässig ist, kann unter bestimmten Umständen wählen, wie eine in Irland ansässige Person behandelt zu werden.

Überprüfung des gewöhnlichen Aufenthalts

Wenn eine natürliche Person in den drei vorhergehenden Steuerjahren in Irland ansässig war, wird mit dem Beginn des vierten Jahres davon ausgegangen, dass sie ihren „gewöhnlichen Aufenthalt“ in Irland hat. Vom gewöhnlichen Aufenthalt einer natürlichen Person in Irland wird weiterhin ausgegangen, bis die Person in drei aufeinanderfolgenden Steuerjahren nicht in Irland ansässig war.

Trusts als Anleger

Ein Trust wird im Allgemeinen als in Irland ansässig angesehen, wenn alle Treuhänder in Irland ansässig sind. Den Treuhändern wird empfohlen, sich an einen Steuerberater zu wenden, wenn sie nicht sicher sind, ob der Trust in Irland ansässig ist.

Körperschaftliche Anleger

Eine Gesellschaft ist in Irland ansässig, wenn sich ihre Hauptverwaltung und Geschäftsleitung in Irland befinden oder (unter bestimmten Umständen), wenn die Gesellschaft in Irland gegründet wurde. In der Regel wird davon ausgegangen, dass sich die Hauptverwaltung und Geschäftsleitung in Irland befinden, wenn alle grundsätzlichen Entscheidungen der Gesellschaft in Irland getroffen werden.

Alle in Irland gegründeten Gesellschaften sind zu Steuerzwecken in Irland ansässig, es sei denn:

- (i) im Falle von Gesellschaften, die vor dem 1. Januar 2015 gegründet wurden, die Gesellschaft oder eine verbundene Gesellschaft ist in Irland gewerblich tätig und (a) die Gesellschaft wird letztendlich von Personen kontrolliert, die in einem „relevanten Gebiet“ ansässig sind, d.h. in einem EU-Mitgliedstaat (außer Irland) oder einem Staat, mit dem Irland ein Doppelbesteuerungsabkommen gemäß Section 826(1) TCA geschlossen hat, das in Kraft ist oder bereits unterzeichnet wurde und nach Abschluss des Ratifizierungsverfahrens gemäß Section 826(1) TCA in Kraft tritt, oder (b) die wichtigste Aktienklasse der Gesellschaft oder einer verbundenen Gesellschaft wird hauptsächlich und regelmäßig an einer anerkannten Börse in einem relevanten Gebiet gehandelt; oder
- (ii) die Gesellschaft gilt als in einem anderen Land als Irland ansässig und wird gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Irland und diesem anderen Land als Gesellschaft mit Sitz außerhalb Irlands angesehen.

Eine in Irland gegründete Gesellschaft, auf die entweder Punkt (i) oder Punkt (ii) oben zutrifft, gilt nur als in Irland ansässig, wenn sich ihre Hauptverwaltung und Geschäftsleitung in Irland befinden, wobei jedoch folgende Bestimmungen vorbehalten sind: Eine Gesellschaft, auf die Punkt (i) zutrifft und deren Hauptverwaltung und Geschäftsleitung außerhalb Irlands liegen, gilt trotzdem als in Irland ansässig, wenn sie (a) gemäß den Gesetzen eines relevanten Gebiets in diesem Gebiet ihren Steuersitz hätte, falls sie dort gegründet worden wäre, andernfalls jedoch für Steuerzwecke nicht in diesem Gebiet ansässig wäre, (b) in diesem relevanten Gebiet verwaltet und kontrolliert wird und (c) sonst nach den Gesetzen anderer Gebiete nicht als für Steuerzwecke in diesem Gebiet ansässig gelten würde.

Die vorstehend unter (i) genannte Ausnahme von der den Steuersitz bestimmenden Gründungsregel für Gesellschaften, die vor dem 1. Januar 2015 gegründet wurden, gilt noch bis zum 31. Dezember 2020 bzw. bei einem Eigentümerwechsel nach dem 31. Dezember 2014 bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Gesellschaft (direkt oder indirekt) übernommen wird, sofern es innerhalb eines Zeitraums, der ein Jahr vor dem Eigentümerwechsel, frühestens jedoch am 1. Januar 2015 beginnt und fünf Jahre nach dem Datum des Eigentümerwechsels endet, zu einer wesentlichen Änderung der Natur oder der Führung der Geschäfte der Gesellschaft kommt. Zu diesem Zweck gilt auch die Aufnahme einer neuen Geschäftstätigkeit oder eine wesentliche Veränderung durch den Erwerb von Immobilienvermögen oder Rechten darauf oder Beteiligungen daran als wesentliche Änderung der Natur oder der Führung der Geschäfte des Unternehmens.

Veräußerung von Anteilen und irische Kapitalerwerbssteuer

(a) Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Irland

Bei einer Veräußerung von Anteilen in Form einer Schenkung oder einer Hinterlassenschaft, die ein Veräußerer macht, der seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat, oder die ein Begünstigter erhält, der seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat, kann für den Begünstigten dieser Schenkung oder Hinterlassenschaft in Bezug auf diese Anteile eventuell irische Kapitalerwerbssteuer anfallen.

(b) Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Irland

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft als Anlageorganismus im Sinne von Section 739B TCA gilt, wird bei der Veräußerung von Anteilen keine irische Kapitalerwerbsteuer erhoben, vorausgesetzt:

- die Anteile sind zum Zeitpunkt der Schenkung oder Hinterlassenschaft und zum Bewertungsdatum Teil der Schenkung oder Hinterlassenschaft;
- der Schenkende bzw. der Erblasser hat am Datum der Veräußerung seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in Irland; und
- der Begünstigte hat am Datum der Schenkung oder Hinterlassenschaft seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in Irland.

EU-Zinsrichtlinie

Irland hat die Richtlinie 2003/48/EG des Rates über die Besteuerung von Zinserträgen (die „Zinsrichtlinie“) in nationales Recht umgesetzt. Wenn der Verwalter oder eine andere Einrichtung, die zu diesen Zwecken als Zahlstelle angesehen werden könnte, eine Zinszahlung (dazu kann auch eine Ausschüttung von Erträgen oder Kapital/Dividenden gehören) im Namen der Gesellschaft oder eines Teilfonds an eine natürliche Person oder bestimmte, in einem anderen EU-Mitgliedstaat (oder bestimmten assoziierten oder abhängigen Gebieten) ansässige sonstige Einrichtungen leistet, ist er/sie verpflichtet, der irischen Steuerbehörde Einzelheiten über die Zahlung und bestimmte Angaben über die Anteilinhaber (wie Name und Anschrift) mitzuteilen. Die irische Steuerbehörde wiederum ist verpflichtet, diese Informationen den zuständigen Behörden des Staates oder Gebietes mitzuteilen, in dem die betreffende natürliche Person oder sonstige Einrichtung ansässig ist.

Der Rat der Europäischen Union hat außerdem die Richtlinie 2014/107/EU (die „Änderungsrichtlinie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden“) erlassen, mit welcher die Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung geändert und ein erweiterter automatischer Informationsaustausch in Übereinstimmung mit dem globalen Standard, den die OECD im Juli 2014 veröffentlicht hat, eingeführt wird. Gemäß der Änderungsrichtlinie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre nationalen Gesetze bis zum 31. Dezember 2015 so anpassen, dass sie die Bestimmungen der Richtlinie erfüllen und die entsprechenden Gesetze ab dem 1. Januar 2016 anwenden (in Österreich ab dem 1. Januar 2017). Der Anwendungsbereich der Änderungsrichtlinie Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden ist generell breiter als jener der Zinsrichtlinie, erstere schreibt jedoch keinen Quellensteuerabzug vor und sieht vor, dass im Falle einer Überschneidung der Bestimmungen die besagte Änderungsrichtlinie maßgebend ist. Am 10. November 2015 hat der EU-Rat eine Richtlinie zur Aufhebung der Zinsrichtlinie mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 (in Österreich ab dem 1. Januar 2017) erlassen (Übergangsvereinbarungen jeweils vorbehalten). Das Meldesystem und der Informationsaustausch sind jedoch gemäß der Richtlinie 2011/16/EU (in ihrer jeweils gültigen Fassung) nach wie vor erforderlich.

Irland hat mit dem Entwurf des Finanzgesetzes 2015 die entsprechende Gesetzgebung vorgeschlagen, durch die, wenn sie verabschiedet wird, die Änderungsrichtlinie in Irland umgesetzt und die Zinsrichtlinie betreffend Zinszahlungen, die am oder nach dem 1. Januar 2016 für eine Person geleistet oder eingezogen werden, ersetzt wird.

Der Verwalter oder ein anderes Rechtssubjekt, das zu diesen Zwecken als Zahlstelle angesehen werden könnte, ist berechtigt, von Anteilhabern Angaben zu Steuerstatus, Identität oder Wohnsitz zu verlangen, um die Offenlegungsvorschriften der Zinsrichtlinie und der Änderungsrichtlinie zu erfüllen, und es wird davon ausgegangen, dass sich die Anteilhaber mit der Zeichnung von Anteilen eines Teilfonds damit einverstanden erklären, dass diese Informationen vom Verwalter oder sonstigen qualifizierten Personen den zuständigen Steuerbehörden automatisch offengelegt werden.

Der gemeinsame Meldestandard der OECD

Irland hat den „Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten“, auch „gemeinsamer Meldestandard“ oder „CRS“ (*Common Reporting Standard*) genannt, in nationales Recht umgesetzt.

Der CRS ist ein neuer, einziger globaler Standard zum automatischen Informationsaustausch („AIA“), der vom Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Juli 2014 genehmigt wurde. Er knüpft an frühere Bestimmungen der OECD und der EU an, sowie an weltweite Standards zur Geldwäschebekämpfung und insbesondere an das Modell des zwischenstaatlichen FATCA-Abkommens. Der CRS legt Details zu den auszutauschenden Finanzinformationen und den Finanzinstituten fest, die der Meldepflicht unterliegen und enthält allgemeine Due Diligence-Standards für Finanzinstitute.

Gemäß dem CRS müssen die teilnehmenden Hoheitsgebiete bestimmte Informationen von Finanzinstituten über deren im Ausland ansässige Kunden austauschen. Mehr als 90 Hoheitsgebiete haben sich zum Informationsaustausch im Sinne des CRS verpflichtet und mehr als 40 Länder, darunter Irland, haben sich bereit erklärt, den CRS vorzeitig umzusetzen. Für diese Länder wird der erste Informationsaustausch in Bezug auf Konten, die ab dem 1. Januar 2016 eröffnet werden und High-Value-Privatkonten, die am 31. Dezember 2015 bestehen sehr wahrscheinlich Ende September 2017 erfolgen. In Bezug auf am 31. Dezember 2015 bestehende Low-Value-Privatkonten und Unternehmenskonten wird der erste Informationsaustausch voraussichtlich entweder Ende September 2017 oder Ende September 2018 erfolgen, je nachdem, wann sie von den Finanzinstituten als meldepflichtige Konten identifiziert werden.

Anteilhaber sollten beachten, dass die Gesellschaft die Namen, Adressen, Steuerwohnsitze, Geburtsdaten und -orte, Kontoreferenznummern und Steuernummern aller Personen, die als Kontoinhaber im Sinne der CRS gelten sowie Informationen zu den Anlagen jedes Anteilhabers (darunter unter anderem der Wert der Anteile und sämtliche mit ihnen verbundene Zahlungen) der irischen Steuerbehörde offenlegen muss, welche diese Informationen an die Steuerbehörden der Hoheitsgebiete, die am CRS teilnehmen, weiterleiten kann. Um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können, kann die Gesellschaft von den Anteilhabern zusätzliche Informationen verlangen.

Durch Unterzeichnung des Antragsformulars zur Zeichnung von Anteilen der Gesellschaft erklärt sich der Anteilhaber damit einverstanden, der Gesellschaft oder ihrem Beauftragten solche Informationen auf Anfrage zukommen zu lassen. Verabsäumt es ein Anteilhaber, die angeforderten Informationen zur Verfügung zu stellen, kann die Gesellschaft seine Anteile zwangsweise zurücknehmen oder andere angemessene Maßnahmen ergreifen. Zudem können Anteilhaber, welche die erforderlichen Informationen vorenthalten, der Steuerbehörde gemeldet werden.

Die obigen Ausführungen beruhen zum Teil auf Verordnungsentwürfen, Leitlinien der OECD und den CRS, welche allesamt Änderungen unterliegen oder in einer wesentlich abgeänderten Form übernommen werden können. Potenzielle Anleger sollten sich bei ihrem Steuerberater über die im Rahmen dieser Regelungen geltenden Pflichten erkundigen.

Foreign Account Tax Compliance Act

Gemäß den amerikanischen Bestimmungen über die Steuermeldepflicht ausländischer Konten (*Foreign Account Tax Compliance Act*, „FATCA“) wird auf bestimmte „quellensteuerpflichtige Zahlungen“ und „Durchlaufzahlungen“ an ausländische Finanzinstitute (*Foreign Financial Institutions*, „FFIs“) eine Quellensteuer zum Satz von 30% einbehalten, es sei denn, das FFI schließt einen Vertrag mit der

amerikanischen Steuerbehörde (*U.S. Internal Revenue Service*, „IRS“) oder befindet sich in einem Land, das mit den USA in Bezug auf FATCA ein zwischenstaatliches Abkommen geschlossen hat. Zu den „quellensteuerpflichtigen Zahlungen“ gehören in der Regel Zinszahlungen aus US-Quellen, Ausgabeabschläge, Dividenden, fixe oder bestimmbare jährliche oder periodische Erträge sowie Bruttoerlöse aus dem Verkauf von Vermögenswerten, die Zins- oder Dividendenerträge aus amerikanischen Quellen abwerfen. Zu den Durchlaufzahlungen gehören erwartungsgemäß Zahlungen von FATCA-konformen FFIs, sofern sie letztendlich quellensteuerpflichtigen Zahlungen zuzuordnen sind. Die Quellenbesteuerung gemäß FATCA von Zinsen, Dividenden und fixen oder bestimmbaren jährlichen oder periodischen Erträgen begann am 1. Juli 2014 und die Quellenbesteuerung von Bruttoerlösen und Durchlaufzahlungen ist ab dem 1. Januar 2017 geplant.

Die Regierungen der USA und Irlands haben am 21. Dezember 2012 ein Abkommen zur internationalen Steueroptimierung und zur Umsetzung von FATCA (das „zwischenstaatliche Abkommen“, „*Intergovernmental Agreement*“) geschlossen. Da die Gesellschaft und die Teilfonds für Steuerzwecke in Irland ansässig sind, unterliegen sie dem zwischenstaatlichen Abkommen. Unter der Voraussetzung, dass die irische Regierung ihre Verpflichtungen gemäß dem zwischenstaatlichen Abkommen erfüllt und die Teilfonds bestimmte im zwischenstaatlichen Abkommen enthaltene Vorschriften zur Due Diligence, Identifikation, Registrierung und Berichterstattung einhalten, werden die Teilfonds als FATCA-konform behandelt, müssen kein Abkommen mit der IRS abschließen und unterliegen keiner Quellenbesteuerung gemäß FATCA auf quellensteuerpflichtige Zahlungen, die sie erhalten. Außerdem müssen die Teilfonds auf Durchlaufzahlungen an nicht-konforme FFIs und Kontoinhaber, die die erforderlichen Informationen nicht vorlegen, keine Quellensteuer einbehalten, vorausgesetzt die Teilfonds melden solche nicht-konformen Kontoinhaber gemäß dem zwischenstaatlichen Abkommen. Die Teilfonds gehen davon aus, dass sie die Bestimmungen des zwischenstaatlichen Abkommens einhalten und keiner FATCA-Quellenbesteuerung unterliegen werden.

Um die Bestimmungen des zwischenstaatlichen Abkommens erfüllen zu können, müssen die Teilfonds gegebenenfalls von den Anteilhabern bestimmte Informationen verlangen. Demnach sind die Anteilhaber verpflichtet, sämtliche Dokumente, Bescheinigungen und Verzichtserklärungen vorzulegen, die von den Teilfonds in angemessener Weise eingefordert werden, damit diese ihre Verpflichtungen gemäß FATCA und dem zwischenstaatlichen Abkommen erfüllen können. Unter dem zwischenstaatlichen Abkommen müssen die Teilfonds Informationen über bestimmte US-amerikanische Anleger an die irische Steuerbehörde weiterleiten, die diese Informationen wiederum an die amerikanische IRS weiterleitet.

Wenn der Gesellschaft oder einem Teilfonds aufgrund eines Anteilhabers Quellensteuern unter FATCA (der „Quellensteuerabzug gemäß FATCA“) oder sonstige Strafgebühren, Kosten, Aufwendungen oder Verbindlichkeiten entstehen, kann die Gesellschaft oder der Teilfonds die Anteile dieses Anteilhabers zwangsweise zurücknehmen und sonstige Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der Quellensteuerabzug gemäß FATCA oder sonstige Strafgebühren, Kosten, Aufwendungen oder Verbindlichkeiten vom betreffenden Anteilhaber getragen werden. Potenziellen Anlegern wird geraten, sich bei ihren Steuerberatern über die Anwendbarkeit von FATCA und sämtlichen anderen Bestimmungen zur Steuermeldepflicht in Bezug auf ihre persönliche Situation zu informieren. Anleger sollten sich bezüglich der Anwendung dieses Steuerregimes auf ihre Anlagen in einem Teilfonds gegebenenfalls an ihren Vermittler wenden.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

1. Gründung, Sitz und Anteilskapital

- (a) Die Gesellschaft wurde am 14. Mai 2008 als Investmentgesellschaft mit variablem Kapital und beschränkter Haftung in Irland gegründet und unter der Nummer 457359 eingetragen. Die Gesellschaft hat keine Tochtergesellschaften.
- (b) Der Sitz der Gesellschaft befindet sich an der im Adressverzeichnis am Anfang des Teilprospekts angegebenen Adresse.
- (c) Gemäß Artikel 3 der Gesellschaftssatzung besteht der ausschließliche Zweck der Gesellschaft in der gemeinsamen Anlage von Publikumsgeldern in Wertpapieren und/oder anderen in Vorschrift 68 der OGAW-Verordnung aufgeführten liquiden Finanzinstrumenten nach dem Grundsatz der Risikostreuung.
- (d) Das genehmigte Anteilskapital der Gesellschaft besteht aus 500.000.000.000 nennwertlosen Anteilen und 300.000 einlösbaren, nicht gewinnberechtigten Anteilen ohne Nennwert. Die nicht gewinnberechtigten Anteile verleihen ihren Inhabern keinen Anspruch auf Ausschüttungen und bei einer Auflösung nur Anspruch auf den darauf eingezahlten Betrag, haben im Übrigen aber keinen Anspruch auf einen Teil des Gesellschaftsvermögens. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, Anteile am Gesellschaftskapital in der von ihm als angebracht erachteten Weise und zu den seiner Meinung nach angemessenen Bedingungen zuzuteilen. Bislang wurden nicht gewinnberechtignte Anteile ausgegeben, die vom Anlageverwalter oder von Nominees des Anlageverwalters gehalten werden.

2. Änderung von Anteilsrechten und Vorzugsrechten

- (a) Die mit den in einer Klasse oder einem Teilfonds ausgegebenen Anteilen verbundenen Rechte können unabhängig davon, ob die Gesellschaft aufgelöst wird oder nicht, mit schriftlicher Zustimmung der Anteilinhaber von drei Vierteln der ausgegebenen Anteile der betreffenden Klasse oder des betreffenden Teilfonds oder mit Billigung durch einen auf einer Hauptversammlung der Anteilinhaber der betreffenden Klasse oder des betreffenden Teilfonds gefassten ordentlichen Beschluss geändert oder aufgehoben werden.
- (b) Ein schriftlicher Beschluss, der von allen Anteilinhabern und den Inhabern der nicht gewinnberechtigten Anteile, die berechtigt sind, an einer Hauptversammlung der Gesellschaft teilzunehmen und über einen solchen Beschluss abzustimmen, unterzeichnet wurde, ist ebenso gültig und für alle Zwecke wirksam, wie wenn der Beschluss auf einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Hauptversammlung der Gesellschaft gefasst worden wäre, und wenn er als außerordentlicher Beschluss bezeichnet wird, dann gilt er als außerordentlicher Beschluss.
- (c) Die mit den Anteilen verbundenen Rechte werden durch die Schaffung, Zuteilung oder Ausgabe weiterer mit den bereits in Umlauf befindlichen Anteilen gleichrangigen Anteile nicht geändert.
- (d) Es bestehen keine Vorzugsrechte bei der Ausgabe von Anteilen der Gesellschaft.

3. Stimmrechte

Für Stimmrechte gelten die folgenden Regeln:

- (a) Bruchteile von Anteilen verleihen kein Stimmrecht.
- (b) Jeder Anteilinhaber oder Inhaber nicht gewinnberechtigter Anteile, der persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesend ist und an einer Abstimmung durch Handaufheben teilnimmt, hat Anspruch auf eine Stimme.
- (c) Der Vorsitzende einer Hauptversammlung eines Teilfonds oder einer Klasse oder ein Inhaber von Anteilen eines Teilfonds oder einer Klasse, der persönlich oder durch einen

Bevollmächtigten an einer Hauptversammlung eines Teilfonds oder einer Klasse teilnimmt, kann eine Abstimmung nach Kapitalanteilen verlangen. Der Vorsitzende einer Hauptversammlung der Gesellschaft oder mindestens zwei persönlich anwesende oder durch Bevollmächtigte vertretene Gesellschafter oder ein oder mehrere persönlich anwesende(r) oder durch Bevollmächtigte vertretene(r) Anteilinhaber, der/die mindestens ein Zehntel aller ausgegebenen Anteile vertreten und zur Abstimmung berechtigt sind, können eine Abstimmung nach Kapitalanteilen verlangen.

- (d) Bei geheimen Abstimmungen hat jeder persönlich oder durch einen Vertreter anwesende Anteilinhaber eine Stimme je von ihm gehaltenen Anteil und jeder Inhaber von nicht gewinnberechtigten Anteilen hat eine Stimme für alle von ihm gehaltenen nicht gewinnberechtigten Anteile. Ein Anteilinhaber, der Anspruch auf mehr als eine Stimme hat, braucht nicht alle seine Stimmen abzugeben bzw. mit allen Stimmen in gleicher Weise abzustimmen.
- (e) Ergibt sich bei einer offenen oder geheimen Abstimmung Stimmengleichheit, hat der Vorsitzende der Versammlung, auf der die offene Abstimmung stattfindet oder die geheime Abstimmung beantragt wurde, Anspruch auf eine zweite oder entscheidende Stimme.
- (f) Eine beliebige Person (unabhängig davon, ob sie selbst Anteile hält oder nicht) kann zum Bevollmächtigten ernannt werden, und ein Anteilinhaber kann mehr als einen Bevollmächtigten zur Teilnahme an ein und demselben Ereignis benennen.
- (g) Ein Dokument, mit dem ein Bevollmächtigter ernannt wird, ist spätestens 48 Stunden vor der Versammlung am Sitz der Gesellschaft oder, falls in der Einladung zur Versammlung etwas anderes festgelegt wird, am angegebenen anderen Ort auf die festgelegte Weise und bis zum angegebenen Zeitpunkt einzureichen. Der Verwaltungsrat kann auf Kosten der Gesellschaft mit der Post oder auf anderem Wege (mit oder ohne bezahltes Rückporto) Vollmachtsformulare an Anteilinhaber versenden und kann darin die Ernennung des Bevollmächtigten entweder offen lassen oder einen oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder irgendeine andere Person als Bevollmächtigten benennen.
- (h) Zur Annahme bedürfen ordentliche Beschlüsse der Gesellschaft oder der Anteilinhaber eines bestimmten Teilfonds oder einer bestimmten Klasse der einfachen Mehrheit der von den persönlich oder durch einen Bevollmächtigten auf der Versammlung, auf der der Beschluss zur Abstimmung vorgelegt wird, abgegebenen Stimmen. Außerordentliche Beschlüsse der Gesellschaft oder der Anteilinhaber eines bestimmten Teilfonds oder einer bestimmten Klasse, einschließlich Beschlüsse über Satzungsänderungen, bedürfen der Mehrheit von mindestens 75% der persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesenden und zur Abstimmung auf Hauptversammlungen berechtigten Anteilinhaber.

4. Versammlungen

- (a) Der Verwaltungsrat kann jederzeit außerordentliche Hauptversammlungen der Gesellschaft einberufen. Die Gesellschaft hat einmal im Jahr zusätzlich zu allen anderen Versammlungen in diesem Jahr eine Hauptversammlung als Jahreshauptversammlung abzuhalten.
- (b) Einladungen zur Jahreshauptversammlung und zu Versammlungen, auf denen ein außerordentlicher Beschluss gefasst werden soll, müssen den Anteilhabern mit einer Ankündigungsfrist von mindestens einundzwanzig Tagen und für jede andere Hauptversammlung mit einer Frist von vierzehn Tagen zugestellt werden.
- (c) Eine Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Gesellschafter persönlich oder durch einen Bevollmächtigten vertreten anwesend sind, wobei gilt, dass (i) falls eine Hauptversammlung zur Erörterung einer Änderung der Rechte einer Anteilsklasse einberufen wird, die Beschlussfähigkeit durch Anwesenheit zweier Anteilinhaber oder deren bevollmächtigter Vertreter, die mindestens ein Drittel der im Umlauf befindlichen Anteile des betreffenden Teilfonds oder der betreffenden Klasse halten, gegeben ist, und (ii) falls ein Teilfonds oder eine Anteilsklasse nur einen einzigen Anteilinhaber aufweisen, die Versammlung beschlussfähig ist, wenn dieser alleinige Anteilinhaber persönlich anwesend ist

oder durch einen Bevollmächtigten vertreten wird. Wenn innerhalb einer halben Stunde nach dem für die Abhaltung einer Versammlung festgesetzten Zeitpunkt keine Beschlussfähigkeit gegeben ist, ist die Versammlung, falls sie auf Ersuchen von Anteilhabern oder durch Anteilhaber einberufen worden ist, aufzulösen. In allen anderen Fällen wird sie auf denselben Tag der nächsten Woche zur selben Uhrzeit und am selben Ort oder auf einen anderen Tag, eine andere Uhrzeit und einen anderen Ort nach Maßgabe des Verwaltungsrates vertagt. Ist auf der vertagten Versammlung innerhalb einer halben Stunde nach dem Zeitpunkt, der für den Beginn der Versammlung festgesetzt wurde, keine beschlussfähige Anzahl anwesend, stellen die anwesenden Gesellschafter eine beschlussfähige Anzahl dar, und bei Versammlungen eines Teilfonds oder einer Klasse, die zur Änderung der Rechte der Anteilhaber dieses Teilfonds oder dieser Klasse einberufen wurde, besteht die beschlussfähige Anzahl aus einem Anteilhaber von Anteilen dieses Teilfonds oder dieser Klasse oder dessen Vertreter. Alle Hauptversammlungen werden in Irland abgehalten.

- (d) Die vorstehenden Bestimmungen bezüglich der Einberufung und Abhaltung von Versammlungen gelten, soweit nicht für Versammlungen von Teilfonds oder Klassen etwas anderes angegeben ist, und vorbehaltlich des Aktiengesetzes auch für gesonderte Versammlungen jedes einzelnen Teilfonds oder jeder einzelnen Klasse, auf denen ein Beschluss vorgelegt wird, mit dem die Rechte der Anteilhaber dieses Teilfonds oder dieser Klasse geändert werden.

5. Berichte und Abschlüsse

Die Gesellschaft wird zum 31. Dezember jedes Jahres einen Jahresbericht und einen geprüften Jahresabschluss und zum 30. Juni jedes Jahres einen Halbjahresbericht und einen ungeprüften Halbjahresabschluss erstellen. Der geprüfte Jahresbericht mit Abschluss wird innerhalb von vier Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres der Gesellschaft veröffentlicht, der Halbjahresbericht innerhalb von zwei Monaten nach dem Ende der Halbjahresperiode. Sie werden den Zeichnern jeweils vor Abschluss der Zeichnungsvereinbarung ausgehändigt und den Anteilhabern auf Anfrage kostenlos zugestellt, und stehen dem Publikum in den Geschäftsräumen des Verwalters zur Verfügung.

6. Mitteilungen und Ankündigungen für Anteilhaber

Mitteilungen und Ankündigungen für die Anteilhaber bzw. den erstgenannten von gemeinsamen Anteilhabern gelten als ordnungsgemäß erfolgt, wenn sie folgendermaßen zugestellt worden sind:

ART DER ZUSTELLUNG	ANGENOMMENER EINGANG
Persönliche Übergabe:	Am Liefertag oder, falls außerhalb der gewöhnlichen Geschäftszeiten zugestellt, am darauffolgenden Geschäftstag.
Auf dem Postweg:	48 Stunden nach Aufgabe am Postschalter.
Per Fax:	Am Tag, an dem eine positive Übermittlungsbestätigung vorliegt.
Auf elektronischem Weg:	12 Stunden nach Versand
Veröffentlichung oder Bekanntmachung einer Mitteilung:	am Tag der Veröffentlichung in einer Tageszeitung, die in dem Land / den Ländern verbreitet wird, in dem / denen die Anteile vertrieben werden.

7. Übertragung von Anteilen

- (a) Die Übertragung von Anteilen kann schriftlich in einer beliebigen üblichen oder allgemein verbreiteten Form erfolgen. Sie muss vom Übertragenden oder in seinem Auftrag per Unterschrift bestätigt werden, und jede Übertragung muss den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des Übertragenden und des Übertragungsempfängers enthalten.

- (b) Der Verwaltungsrat kann gegebenenfalls eine Gebühr für die Eintragung von Übertragungs-urkunden festsetzen, wobei diese Gebühr nicht mehr als 5% des am Handelstag vor dem Übertragungsdatum ermittelten Nettoinventarwerts der übertragenen Anteile ausmachen darf.
- (c) Der Verwaltungsrat kann die Übertragung von Anteilen verweigern, wenn:
 - (i) der Übertragende oder der Übertragungsbegünstigte infolge dieser Übertragung einen Anteilsbestand unter der Mindestbeteiligung oder der Übertragende einen Anteilsbestand unter dem (gegebenenfalls zu berücksichtigenden) Mindesterstzeichnungs-betrag halten würde,
 - (ii) für die Übertragungsurkunde nicht alle angefallenen Steuern und/oder Stempelabgaben gezahlt worden sind;
 - (iii) die Übertragungsurkunde nicht am Sitz oder einem anderen vom Verwaltungsrat zumutbar verlangten Ort hinterlegt wird, (gegebenenfalls) ergänzt durch das Zertifikat bezüglich der Anteile, auf die sie sich bezieht, und Belege über die Berechtigung des Übertragenden bezüglich der Übertragung, die der Verwaltungsrat in zumutbarer Weise verlangen kann, und relevante Informationen und Erklärungen, die der Verwaltungsrat in zumutbarer Weise vom Übertragenden verlangen kann, worunter unter anderem Informationen und Erklärungen der Art, die von einem Antragsteller auf Anteile der Gesellschaft verlangt werden können, fallen, und die zum gegebenen Zeitpunkt vom Verwaltungsrat festzulegende Gebühr für die Registrierung von Übertragungsurkunden, und
 - (iv) wenn er Kenntnis oder Grund zur berechtigten Annahme hat, dass die Übertragung dazu führen würde, dass eine Person in den wirtschaftlichen Besitz dieser Anteile käme, die in Konflikt zu den vom Verwaltungsrat aufgestellten Beschränkungen hinsichtlich des Anteilsbesitzes steht, oder rechtliche, aufsichtsrechtliche, finanzielle oder steuerliche Nachteile für die Gesellschaft, den betreffenden Teilfonds, die betreffende Klasse oder die Anteilinhaber als Organ verursachen würde.
- (d) Die Registrierung von Übertragungen kann über vom Verwaltungsrat festzulegende Zeiträume ausgesetzt werden, unter der Voraussetzung, dass jede Registrierung nicht über einen längeren Zeitraum als 30 Tage ausgesetzt werden darf.

8. Verwaltungsrat

Es folgt eine Zusammenfassung der wesentlichen Bestimmungen der Satzung bezüglich des Verwaltungsrats:

- (a) Sofern durch einen ordentlichen Beschluss der Gesellschaft auf einer Hauptversammlung nichts anderes festgelegt wird, besteht der Verwaltungsrat aus mindestens zwei und höchstens neun Mitgliedern.
- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder müssen keine Anteilinhaber sein.
- (c) Die Satzung enthält keine Bestimmungen, wonach Verwaltungsratsmitglieder bei Erreichen eines bestimmten Alters oder turnusmäßig ausscheiden müssen.
- (d) Ein Verwaltungsratsmitglied darf bei Versammlungen bezüglich der Berufung eines Verwaltungsratsmitglieds in ein Amt oder Anstellungsverhältnis bei der Gesellschaft oder einer Gesellschaft, an der die Gesellschaft beteiligt ist, oder der Festlegung oder Änderung der Beschäftigungsbedingungen eines Verwaltungsratsmitglieds abstimmen und bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit gezählt werden, kann aber nicht bei einem Beschluss hinsichtlich seiner eigenen Berufung abstimmen oder bei der diesbezüglichen Feststellung der Beschlussfähigkeit gezählt werden.
- (e) Die Verwaltungsratsmitglieder der Gesellschaft haben bis auf weiteres Anspruch auf eine durch den Verwaltungsrat festzulegende und im Teilprospekt der Gesellschaft veröffentlichte Vergütung und können sich alle angemessenen Reise-, Übernachtungs- und sonstigen Kosten,

die ihnen ordnungsgemäß im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft oder der Ausübung ihrer Pflichten entstehen, erstatten lassen. Darüber hinaus haben sie unter Umständen Anspruch auf zusätzliche Vergütung, wenn sie aufgefordert werden, für die Gesellschaft oder auf Wunsch der Gesellschaft besondere oder zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen.

- (f) Ein Verwaltungsratsmitglied kann in der Gesellschaft in Verbindung mit seinem Amt als Verwaltungsratsmitglied jegliches andere Amt oder jede andere gewinnbringende Stellung mit Ausnahme des Amtes des Rechnungsprüfers zu denjenigen Bedingungen hinsichtlich Amtsdauer oder anderer Merkmale bekleiden, die der Verwaltungsrat bestimmt.
- (g) Keinem Verwaltungsratsmitglied ist es aufgrund seines Amtes untersagt, Verträge mit der Gesellschaft als Verkäufer, Käufer oder in anderer Eigenschaft abzuschließen, und kein Vertrag und keine Vereinbarung, die von der Gesellschaft oder in ihrem Namen abgeschlossen worden sind, an denen ein Verwaltungsratsmitglied in irgendeiner Weise ein Interesse besitzt, kann angefochten werden, und kein Verwaltungsratsmitglied, das ein solches Interesse besitzt, braucht gegenüber der Gesellschaft aufgrund seines Amtes oder des dadurch entstandenen Treuhandverhältnisses Rechenschaft für einen Gewinn abzulegen, den es durch einen solchen Vertrag oder eine solche Vereinbarung erzielt hat. Das Verwaltungsratsmitglied muss jedoch in der Verwaltungsratssitzung, in der der Abschluss des Vertrages oder der Vereinbarung erstmals erörtert wird, oder, falls das betreffende Verwaltungsratsmitglied zum Datum der betreffenden Sitzung kein Interesse am vorgeschlagenen Vertrag oder an der vorgeschlagenen Vereinbarung besaß, in der nächsten Verwaltungsratssitzung, die abgehalten wird, nachdem es ein solches Interesse bekommen hat, die Natur seines Interesses erklären. Eine allgemeine schriftliche Mitteilung eines Verwaltungsratsmitglieds an den Verwaltungsrat darüber, dass er/sie Gesellschafter einer bestimmten Gesellschaft oder Firma ist und ein Interesse an jedem Vertrag und jeder Vereinbarung haben könnte, der/die im weiteren Verlauf mit der betreffenden Gesellschaft oder Firma abgeschlossen wird, gilt als ausreichende Erklärung seines Interesses in Bezug auf solche Verträge bzw. Vereinbarungen.
- (h) Ein Verwaltungsratsmitglied darf nicht über einen Beschluss, einen Vertrag, eine Vereinbarung oder irgendeinen Vorschlag abstimmen, an dem bzw. der es ein wesentliches Interesse hat oder der bzw. das ihm eine Pflicht überträgt, die mit den Interessen der Gesellschaft in Konflikt steht, und, sofern vom Verwaltungsrat nichts anderes beschlossen wird, darf ein Verwaltungsratsmitglied bei einer Sitzung, die einen Beschluss zu fassen hat, über den das Mitglied nicht abstimmen darf, nicht bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit mitgezählt werden. Die Verwaltungsratsmitglieder dürfen jedoch abstimmen und bei der Ermittlung der Beschlussfähigkeit mitgezählt werden, wenn es um Vorschläge bezüglich anderer Gesellschaften geht, an denen sie direkt oder indirekt als Geschäftsführer oder Gesellschafter oder auf andere Weise beteiligt sind, sofern sie weniger als fünf Prozent der ausgegebenen Anteile einer beliebigen Klasse dieses Unternehmens oder der Stimmrechte halten, die den Gesellschaftern des Unternehmens zustehen. Ein Verwaltungsratsmitglied kann auch abstimmen und bei der Ermittlung der Beschlussfähigkeit mitgezählt werden, wenn es um einen Vorschlag geht, der ein Angebot von Aktien betrifft, an denen es als Beteiligter oder Unterbeteiligter an einer Festübernahme ein Interesse hat, und kann auch in Bezug auf die Bereitstellung einer Sicherheit, Garantie oder Bürgschaft für Geld, das das Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft geliehen hat, oder in Bezug auf die Bereitstellung einer Sicherheit, Garantie oder Bürgschaft zu Gunsten eines Dritten wegen einer Schuldverpflichtung der Gesellschaft, für die das Verwaltungsratsmitglied ganz oder teilweise die Haftung übernommen hat, oder über den Abschluss von Haftpflichtversicherungen für Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder abstimmen.
- (i) Ein Verwaltungsratsmitglied hat beim Eintreten der folgenden Ereignisse sein Amt niederzulegen:
 - (i) wenn das Verwaltungsratsmitglied mittels schriftlicher von ihm unterschriebener und am Sitz der Gesellschaft hinterlegter Mitteilung von seinem Amt zurücktritt;
 - (ii) wenn das Verwaltungsratsmitglied in Konkurs gerät oder mit seinen Gläubigern allgemein einen Vergleich abschließt;

- (iii) wenn es geschäftsunfähig wird,
- (iv) wenn es während sechs aufeinanderfolgenden Monaten ohne eine per Beschluss des Verwaltungsrats erteilte Befreiung von den Versammlungen des Verwaltungsrates fernbleibt und der Verwaltungsrat beschließt, dass sein Amt nicht mehr besetzt ist,
- (v) wenn es aufgrund einer gesetzlichen Anordnung oder Verfügung kein Verwaltungsratsmitglied mehr ist oder es ihm dadurch untersagt ist, das Amt eines Verwaltungsratsmitglieds zu bekleiden,
- (vi) wenn es von der Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder (mindestens zwei) zum Niederlegen seines Amtes aufgefordert wird oder
- (vii) wenn es durch einen ordentlichen Beschluss der Gesellschaft seines Amtes enthoben wird.

9. Interessen von Verwaltungsratsmitgliedern

- (a) Abgesehen von den nachstehend genannten Ausnahmen ist bzw. war kein Verwaltungsratsmitglied bis zum Datum dieses Teilprospekts direkt an der Förderung der Gesellschaft oder an einer von der Gesellschaft abgeschlossenen Transaktion beteiligt, die von außergewöhnlicher Art war oder zu außergewöhnlichen Bedingungen abgeschlossen wurde oder für die Geschäfte der Gesellschaft wesentlich war, oder ist zum Datum dieses Teilprospekts an einem von der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag oder an einer von ihr getroffenen Vereinbarung beteiligt.
 - (i) Tony Cousins, Barry McInerney, Drew Newman und Diane Seymour-Williams sind Mitglieder des Verwaltungsrats des Anlageverwalters, LGM Investments Limited, und gelten als an allen zwischen der Gesellschaft und LGM Investments Limited geschlossenen Verträgen beteiligt;
 - (ii) zum Datum dieses Teilprospekts hielten Diane Seymour-Williams und Familienangehörige von ihr 34.233,88 thesaurierende Anteile der Klasse B des BMO LGM Frontier Markets Fund.
- (b) Weder die amtierenden Verwaltungsratsmitglieder noch mit ihnen verbundene Personen haben Interessen wirtschaftlicher oder nicht wirtschaftlicher Art am Anteilskapital der Gesellschaft.
- (c) Kein Verwaltungsratsmitglied hat mit der Gesellschaft einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen und es werden auch keine solchen Verträge angeboten.

10. Auflösung

- (a) Die Gesellschaft kann unter den folgenden Umständen aufgelöst werden:
 - (i) Jederzeit nach dem ersten Jahrestag der Gründung der Gesellschaft, wenn der Nettoinventarwert der Gesellschaft an jedem Handelstag über einen Zeitraum von sechs aufeinanderfolgenden Wochen unter 5 Mio. USD (oder den entsprechenden Betrag in einer anderen Währung) sinkt und die Anteilinhaber mit einem ordentlichen Beschluss die Auflösung der Gesellschaft beschließen,
 - (ii) Wenn innerhalb einer Frist von drei Monaten ab dem Datum, an dem (a) die Verwahrstelle die Gesellschaft über ihren Wunsch, ihr Amt gemäß den Bedingungen des Verwahrstellenvertrags niederzulegen, informiert hat und ihre Absichtserklärung nicht zurückgezogen hat, an dem (b) die Gesellschaft die Beauftragung der Verwahrstelle gemäß den Bedingungen des Verwahrstellenvertrags gekündigt hat, oder ab dem (c) die Verwahrstelle von der irischen Zentralbank nicht mehr zur Ausübung der Funktion einer Verwahrstelle genehmigt ist, keine neue Verwahrstelle bestellt wurde, hat der Verwaltungsrat den Gesellschaftssekretär anzuweisen, umgehend eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, auf der ein ordentlicher Beschluss zur Auflösung der Gesellschaft zur Abstimmung gebracht wird. Unbeschadet der

vorstehenden Bestimmungen endet die Beauftragung der Verwahrstelle erst wenn die Zulassung der Gesellschaft durch die Zentralbank aufgehoben oder wenn eine neue Verwahrstelle eingesetzt worden ist.

- (iii) Wenn die Anteilinhaber durch ordentlichen Beschluss beschließen, dass die Gesellschaft aufgrund ihrer Verbindlichkeiten ihr Geschäft nicht fortführen kann und aufgelöst werden soll; oder
 - (iv) Wenn die Anteilinhaber den außerordentlichen Beschluss fassen, dass die Gesellschaft aufzulösen ist.
- (b) Bei Auflösung der Gesellschaft verwendet der Liquidator/die Gesellschaft die Vermögenswerte der einzelnen Teilfonds in einer Weise und Reihenfolge, die er/sie zur Befriedigung der Ansprüche der Gläubiger als angemessen erachtet.
- (c) Die Gesellschaft/der Liquidator hat die Vermögenswerte jedes Teilfonds zur Befriedigung der für diesen Teilfonds eingegangenen oder ihm zuzuordnenden Verbindlichkeiten zu verwenden, und darf die Vermögenswerte eines Teilfonds nicht nutzen, um die für einen anderen Teilfonds eingegangenen oder diesem zuzuordnenden Verbindlichkeiten zu bedienen.
- (d) Die verteilungsfähigen Vermögenswerte werden den Anteilhabern in der folgenden Rangordnung zugeteilt:
- (i) Erstens zur Zahlung eines Betrags in der Basiswährung (oder in einer anderen von der Gesellschaft/vom Liquidator ausgewählten Währung und zu dem von ihr/ihm bestimmten Wechselkurs) an die Anteilinhaber jeder Klasse oder jedes Teilfonds, der so genau wie möglich dem Nettoinventarwert der Anteile der betreffenden Klasse oder des betreffenden Teilfonds entspricht, welche diese Anteilinhaber bei Beginn der Auflösung halten.
 - (ii) Zweitens zur Auszahlung von einem Euro je Anteil an die Anteilinhaber für die den Kapitalanteilen vorausgehenden nicht gewinnberechtigten Anteile aus dem Vermögen der Gesellschaft, das keinem Teilfonds zugeordnet ist, mit der Maßgabe, dass nicht auf die den Teilfonds zuzuordnenden Vermögenswerte zurückgegriffen werden darf, falls kein hinreichendes Vermögen zur Auszahlung in voller Höhe vorhanden ist.
 - (iii) Drittens zur Auszahlung aller danach verbleibenden Salden im betreffenden Teilfonds an die Anteilinhaber der jeweiligen Klasse oder des jeweiligen Teilfonds, im Verhältnis zur Anzahl der an der betreffenden Klasse oder dem betreffenden Teilfonds gehaltenen Anteile.
 - (iv) Viertens sind alle danach verbleibenden und keinem Teilfonds oder keiner Klasse zuzuordnenden Salden unmittelbar vor allen Ausschüttungen an die Anteilinhaber im Verhältnis zum Nettoinventarwert des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse auf die Teilfonds und Klassen zu verteilen. Diese derartig zugeteilten Beträge werden dann im Verhältnis zu den an diesem Teilfonds oder dieser Klasse gehaltenen Anteilen an die Anteilinhaber ausgezahlt.
- (e) Die Gesellschaft/der Liquidator kann an die Anteilinhaber (im Verhältnis zu ihrer jeweiligen Beteiligung an der Gesellschaft) die Vermögenswerte der Gesellschaft ganz oder teilweise in Form von Sachwerten ausschütten, unabhängig davon, ob das Vermögen aus einer einheitlichen Art von Vermögenswerten besteht, und unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft auf Antrag eines Anteilhabers den Vermögenswert oder die Vermögenswerte, die derartig ausgeschüttet werden sollen, veräußert und den Barerlös dieses Verkaufs, abzüglich der Kosten der Veräußerung, welche zu Lasten des betreffenden Anteilhabers gehen, an den Anteilinhaber ausschüttet. Die Gesellschaft/der Liquidator kann mit derselben Befugnis einen Teil der Vermögenswerte zur Aufbewahrung für die Anteilinhaber an einen Treuhänder übertragen, wie sie/er dies für angebracht hält, wobei die Gesellschaft jedoch so abgewickelt und liquidiert wird, dass kein Anteilinhaber zur Annahme von Vermögenswerten gezwungen ist, die mit einer Verbindlichkeit belastet sind. Außerdem kann die Gesellschaft/der Liquidator

mit derselben Befugnis die Vermögenswerte der Gesellschaft ganz oder teilweise auf eine Gesellschaft oder einen Organismus für gemeinsame Anlagen (die „aufnehmende Gesellschaft“) mit der Bedingung übertragen, dass die Anteilhaber der Gesellschaft von der aufnehmenden Gesellschaft Anteile an der aufnehmenden Gesellschaft erhalten, die dem Wert ihrer Beteiligung an der Gesellschaft entsprechen.

- (f) Ungeachtet der sonstigen in der Satzung der Gesellschaft vorgesehenen Bestimmungen hat der Sekretär, wenn der Verwaltungsrat zu einem beliebigen Zeitpunkt und nach eigenem Ermessen zu der Auffassung gelangt, dass es im besten Interesse der Anteilhaber wäre, die Gesellschaft aufzulösen, auf Aufforderung des Verwaltungsrates unverzüglich eine außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft einzuberufen, auf der die Einsetzung eines Liquidators zur Auflösung der Gesellschaft vorgeschlagen wird, und wenn dieser Liquidator eingesetzt wird, hat er die Vermögenswerte der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen der Satzung zu verteilen.

11. Haftungsfreistellung und Versicherung

Die Verwaltungsratsmitglieder (einschließlich Stellvertreter), der Sekretär und andere Geschäftsführer der Gesellschaft sowie ihre ehemaligen Verwaltungsratsmitglieder und Geschäftsführer sind von der Gesellschaft für Verluste und Aufwendungen schadlos zu halten, die ihnen möglicherweise aufgrund eines von ihnen abgeschlossenen Vertrags oder einer von ihnen vorgenommenen Handlung als solche Geschäftsführer bei der Erfüllung ihrer Pflichten (außer im Falle von Betrug, Fahrlässigkeit oder vorsätzlicher Unterlassung) entstehen. Gemäß Satzung ist die Gesellschaft befugt, über den Verwaltungsrat Haftpflichtversicherungen zugunsten von Personen, die Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft sind oder waren, abzuschließen zum Schutz gegen jeglichen Haftungsanspruch, der gegenüber solchen Personen im Zusammenhang mit ihren Handlungen und Unterlassungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Wahrnehmung ihrer Pflichten erhoben werden könnte.

12. Allgemein

- (a) Die Gesellschaft hat keine Angestellten und hat seit ihrer Gründung keine Angestellten gehabt.
- (b) Die Gesellschaft beabsichtigt nicht, Immobilienvermögen zu kaufen oder zu erwerben oder Vereinbarungen über den Kauf oder Erwerb von Immobilienvermögen zu treffen.
- (c) Die den Anteilhabern aufgrund ihres Anteilsbestandes zustehenden Rechte werden durch die Satzung, das allgemeine Recht von Irland und das Aktiengesetz geregelt.
- (d) Die Gesellschaft ist in keinen Rechtsstreit und kein Schiedsverfahren verwickelt, und nach Wissen des Verwaltungsrats ist kein Rechtsstreit oder Anspruch gegen die Gesellschaft anhängig oder angedroht.
- (e) Die Gesellschaft hat keine Tochtergesellschaften.
- (f) Dividenden, die sechs Jahre nach dem Datum, an dem sie zahlbar werden, nicht abgefordert worden sind, verfallen. Bei Verfall gehen diese Dividenden in das Vermögen des Teilfonds ein, auf den sie sich beziehen. Dividenden und sonstige an einen Anteilhaber zahlbare Beträge werden nicht zu Lasten der Gesellschaft verzinst.
- (g) Keine Person hat irgendein Vorzugsrecht zur Zeichnung von genehmigtem aber noch nicht ausgegebenem Kapital der Gesellschaft.

13. Umgang mit Beschwerden

Die Anteilhaber können jegliche Beschwerden betreffend die Gesellschaft oder einen ihrer Teilfonds kostenlos am Sitz der Gesellschaft einreichen. Der Geschäftsplan der Gesellschaft enthält nähere Angaben zum Umgang mit Beschwerden und kann von den Anteilhabern kostenlos angefordert werden.

14. Wesentliche Verträge

Die nachstehenden Verträge, die wesentlich sind oder sein könnten, sind außerhalb des Rahmens der normalen Geschäftstätigkeit abgeschlossen worden:

- (a) Mit dem zwischen der Gesellschaft und dem Anlageverwalter am 30. Mai 2008 geschlossenen *Anlageverwaltungs- und Vertriebsvertrag* wurde der Anlageverwalter zur Vertriebsgesellschaft und zum Anlageverwalter für das Vermögen der Gesellschaft bestellt. Der Anlageverwaltungs- und Vertriebsvertrag kann von jeder Partei mit einer Frist von 90 Tagen schriftlich gekündigt werden. Die Parteien können auch eine kürzere Kündigungsfrist vereinbaren. Unter bestimmten Umständen wie bei Insolvenz einer Partei oder bei einer nach entsprechenden Aufforderung nicht behobenen Vertragsverletzung kann der Vertrag auch fristlos durch schriftliche Mitteilung gekündigt werden. Der Anlageverwalter ist befugt, seine Aufgaben unter Einhaltung der Vorschriften der irischen Zentralbank zu delegieren. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft den Anlageverwalter und seine Delegierten, Beauftragten und Angestellten für jegliche Klagen, Verfahren, Schadenersatzforderungen, Ansprüche, Kosten, Forderungen und Aufwendungen einschließlich Rechts- und Beratungsaufwendungen entschädigen und schadlos halten muss, die gegen den Anlageverwalter bei der Erfüllung seiner Aufgaben erhoben werden bzw. ihm entstehen, es sei denn, dies geschieht infolge von Fahrlässigkeit, Betrug, Böswilligkeit oder vorsätzlicher Nichterfüllung seinerseits bei der Wahrnehmung seiner Pflichten.
- (b) Die *Verwaltungsvereinbarung* vom 30. Mai 2008 zwischen der Gesellschaft und dem Verwalter, durch welche letzterer zum Verwalter bestellt wird, um die Geschäfte der Gesellschaft gemäß den Bedingungen der Verwaltungsvereinbarung zu verwalten. Die Verwaltungsvereinbarung bleibt anfänglich während eines Zeitraums von sechs Monaten in Kraft und kann anschließend von jeder Partei schriftlich mit einer Frist von 90 Tagen oder unter bestimmten Umständen wie beispielsweise bei Insolvenz einer der beiden Parteien oder einer nach entsprechender Aufforderung nicht behobenen Vertragsverletzung fristlos gekündigt werden. Der Verwalter ist befugt, seine Aufgaben mit dem vorgängigen Einverständnis der irischen Zentralbank und der Gesellschaft zu delegieren, vorausgesetzt dass die nach Vorschrift der Zentralbank in Irland zu erfüllenden Mindestaufgaben in Irland ausgeführt werden. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Gesellschaft den Verwalter und seine Delegierten, Beauftragten und Angestellten für jegliche Klagen, Verfahren, Schadenersatzforderungen, Ansprüche, Kosten, Forderungen und Aufwendungen einschließlich angemessener Rechts- und Beratungsaufwendungen, die gegen den Verwalter bei der Erfüllung seiner Pflichten erhoben werden bzw. ihm entstehen, entschädigen und schadlos halten muss, es sei denn, der Verwalter hätte bei der Erfüllung oder Nichterfüllung seiner Pflichten fahrlässig, betrügerisch, böswillig oder leichtfertig gehandelt.
- (c) Der *Verwahrstellenvertrag* vom 30. Mai 2008 zwischen der Gesellschaft und der Verwahrstelle, mit dem die Verwahrstelle zur Verwahrstelle für das Vermögen der Gesellschaft unter der Oberaufsicht des Verwaltungsrats bestellt wurde. Der Verwahrstellenvertrag bleibt anfänglich während eines Zeitraums von sechs Monaten in Kraft und kann anschließend von jeder Partei schriftlich mit einer Frist von 90 Tagen gekündigt werden. Unter bestimmten Umständen wie etwa bei Insolvenz einer der beiden Parteien oder wenn eine Vertragsverletzung nach entsprechender Aufforderung nicht behoben wurde, oder wenn bestimmte Sachverhalte, Vereinbarungen und Zusicherungen nicht mehr richtig oder zutreffend sind, fristlos gekündigt werden, doch muss die Verwahrstelle so lange weiter als Verwahrstelle fungieren, bis die Gesellschaft eine von der Zentralbank genehmigte Nachfolgerin zur Verwahrstelle bestellt hat oder die Genehmigung der Gesellschaft durch die Zentralbank widerrufen wird. Die Verwahrstelle ist befugt, ihre Aufgaben zu delegieren, ihre Haftung bleibt aber von der Tatsache unberührt, dass sie einige oder alle der von ihr verwahrten Vermögenswerte einem Dritten zur Verwahrung anvertraut hat. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft die Verwahrstelle und ihre Delegierten, Beauftragten und Angestellten für jegliche Klagen, Verfahren, Ansprüche, Kosten, Forderungen und Aufwendungen einschließlich angemessener Rechts- und Beratungsaufwendungen, die gegen die Verwahrstelle im Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhoben werden bzw. ihr entstehen, entschädigen und schadlos

halten muss, es sei denn, die Verwahrstelle hätte es ohne triftigen Grund verabsäumt, ihre Pflichten zu erfüllen oder diese nicht vorschriftsgemäß erfüllt.

15. Zur Einsichtnahme zur Verfügung stehende Dokumente

Die folgenden Dokumente können während der üblichen Geschäftszeiten an jedem Geschäftstag am Sitz der Gesellschaft kostenlos eingesehen werden:

- (a) Die Satzung der Gesellschaft
- (b) Das Aktiengesetz und die OGAW-Verordnung
- (c) Die vorstehend aufgeführten wesentlichen Verträge
- (d) Die Gründungsurkunde der Gesellschaft
- (e) Die Regeln der irischen Zentralbank
- (f) Eine Aufstellung der Verwaltungsratsämter und Teilhaberschaften, welche die Verwaltungsratsmitglieder der Gesellschaft in den letzten 5 Jahren innehatten, mit Angabe, ob sie weiterhin Verwaltungsratsmitglied bzw. Teilhaber sind.

Exemplare der Gesellschaftssatzung und der aktuellen Finanzberichte der Gesellschaft können kostenlos am eingetragenen Sitz der Gesellschaft bezogen werden.

Anhang I

Anlagebeschränkungen

1.0	Zulässige Anlagen
1.1	Die Anlagen eines OGAW sind beschränkt auf: Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die entweder zum amtlichen Handel an einer Börse in einem Mitgliedstaat oder Nicht-Mitgliedstaat zugelassen wurden oder die an einem geregelten Markt in einem Mitgliedstaat oder Nicht-Mitgliedstaat gehandelt werden, der ordnungsgemäß funktioniert, anerkannt und der Öffentlichkeit zugänglich ist.
1.2	Wertpapiere aus Neuemissionen, die innert Jahresfrist zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder einem anderen Markt (wie vorstehend beschrieben) zugelassen werden.
1.3	Geldmarktinstrumente, die nicht an einem geregelten Markt gehandelt werden.
1.4	Anteile von OGAW.
1.5	Anteile von alternativen Anlagefonds.
1.6	Einlagen bei Kreditinstituten .
1.7	Derivative Finanzinstrumente.
2.0	Anlagebeschränkungen
2.1	Ein OGAW darf höchstens 10% seines Nettovermögens in anderen als den in Absatz 1 genannten übertragbaren Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen.
2.2	Ein OGAW darf höchstens 10% seines Nettovermögens in vor kurzem begebenen übertragbaren Wertpapieren anlegen, die innerhalb eines Jahres zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen Markt (gemäß Beschreibung in Absatz 1.1 beschrieben) zugelassen werden. Diese Beschränkung gilt nicht für Anlagen des OGAW in bestimmten US-Wertpapieren, die als nach Rule-144A begebene Wertpapiere bezeichnet werden, sofern: - die Wertpapiere mit einer Verpflichtung emittiert werden, diese innerhalb eines Jahres ab der Emission bei der US Securities and Exchange Commission (US-Börsenaufsicht) zu registrieren; und - es sich bei diesen Wertpapieren um liquide Wertpapiere handelt, d.h. Wertpapiere, die vom OGAW innerhalb von sieben Tagen zu dem Preis oder ungefähr zu dem Preis realisiert werden können, mit dem sie vom OGAW bewertet werden.
2.3	Ein OGAW darf bis zu 10% seines Nettovermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten desselben Emittenten anlegen, vorausgesetzt dass der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente der Emittenten, bei denen jeweils mehr als 5% angelegt werden, unter 40% liegt.

2.4	Vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung durch die irische Zentralbank erhöht sich die in Ziffer 2.3 erwähnte 10%-Grenze im Fall von Anleihen, die von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das seinen Sitz in einem Mitgliedstaat hat und das von Rechts wegen einer besonderen öffentlichen Überwachung zum Schutz der Inhaber von Anleihen unterliegt, auf 25%. Wenn ein OGAW mehr als 5% seines Nettovermögens in solche Anleihen eines einzelnen Emittenten investiert, darf der Gesamtwert dieser Anlagen 80% des Nettoinventarwerts des OGAW nicht überschreiten.
2.5	Die 10%-Grenze (in Ziffer 2.3) wird auf 35% angehoben, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von einer internationalen Einrichtung des öffentlichen Rechts, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden.
2.6	Die in Ziffer 2.4 und 2.5 genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden bei der Anwendung der in Ziffer 2.3 vorgesehenen Obergrenze von 40% nicht berücksichtigt.
2.7	<p>Ein OGAW darf bis zu 20% seines Nettovermögens in Einlagen bei demselben Kreditinstitut anlegen.</p> <p>Außer bei</p> <ul style="list-style-type: none"> • einem im EWR zugelassenen Kreditinstitut; • Kreditinstituten, die in einem anderen Unterzeichnerstaat (außer den EWR-Mitgliedstaaten) der Baseler Eigenkapitalvereinbarung vom Juli 1988 (Schweiz, Kanada, Japan, USA) zugelassen sind oder • Kreditinstituten, die in Jersey, Guernsey, der Isle of Man, Australien oder Neuseeland zugelassen sind, <p>dürfen Einlagen bei demselben Kreditinstitut 10% des Nettovermögens nicht überschreiten.</p> <p>Bei Einlagen beim Treuhänder/bei der Verwahrstelle kann diese Obergrenze auf 20% angehoben werden.</p>
2.8	<p>Das Gegenpartierisiko eines OGAW in Verbindung mit einem OTC-Derivat darf 5% des Nettovermögens nicht übersteigen.</p> <p>Diese Grenze wird im Falle eines im EWR zugelassenen Kreditinstituts, eines in einem anderen Unterzeichnerstaat (als den EWR-Mitgliedstaaten) der Baseler Eigenkapitalvereinbarung vom Juli 1988 zugelassenen Kreditinstituts oder eines in Jersey, Guernsey, der Isle of Man, Australien oder Neuseeland zugelassenen Kreditinstituts auf 10% angehoben.</p>
2.9	<p>Ungeachtet der Ziffern 2.3, 2.7 und 2.8 oben darf eine Kombination aus mindestens zwei der folgenden Anlagen bei derselben Einrichtung 20% des Nettovermögens nicht überschreiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlagen in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten; - Einlagen und/oder - Risiken aus Geschäften mit OTC-Derivaten.
2.10	Die in den vorstehenden Ziffern 2.3, 2.4, 2.5, 2.7, 2.8 und 2.9 genannten Grenzen dürfen nicht so kombiniert werden, dass das Gesamtengagement bei derselben Einrichtung 35% des Nettovermögens übersteigt.

2.11	<p>Gesellschaften einer Unternehmensgruppe gelten für die Zwecke der Ziffern 2.3, 2.4, 2.5, 2.7, 2.8 und 2.9 als ein einziger Emittent. Für Anlagen in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten innerhalb derselben Unternehmensgruppe kann jedoch eine Obergrenze von 20% des Nettovermögens angewendet werden.</p>
2.12	<p>Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Zentralbank darf ein OGAW bis zu 100% seines Nettovermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen, die von der Europäischen Union oder einem Mitgliedstaat oder von der Regierung oder Gebietskörperschaften eines Mitgliedstaates, eines Nicht-Mitgliedstaates oder einer öffentlich-rechtlichen, internationalen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, oder von den Regierungen der USA (einschließlich deren Behörden), der Schweiz, Norwegens, Kanadas, Japans, Australiens oder Neuseelands ausgegeben oder garantiert werden, oder von einer der nachfolgenden Institutionen ausgegeben oder garantiert werden:</p> <p>Die einzelnen Emittenten müssen im Teilprospekt aufgeführt sein und sind in der folgenden Liste enthalten:</p> <p>Regierungen von OECD-Ländern (vorausgesetzt, die betreffenden Emissionen weisen ein Investment Grade-Rating auf), die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Internationale Finanz-Corporation, der Internationale Währungsfonds, Euratom, die Asiatische Entwicklungsbank, die Europäische Zentralbank, der Europarat, Eurofima, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die Weltbank), die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Europäische Union, die Federal National Mortgage Association (Fannie Mae), die Federal Home Loan Mortgage Corporation (Freddie Mac), die Government National Mortgage Association (Ginnie Mae), die Student Loan Marketing Association (Sallie Mae), die Federal Home Loan Bank, die Federal Farm Credit Bank, die Tennessee Valley Authority, die Straight-A Funding LLC, die Regierung Brasiliens (vorausgesetzt, die Emissionen weisen ein Investment Grade-Rating auf), die Regierung Indiens (vorausgesetzt, die Emissionen weisen ein Investment Grade-Rating auf), die Regierung Singapurs, die Regierung der Volksrepublik China, Emissionen, die voll von der US-amerikanischen Regierung garantiert werden.</p> <p>Die OGAW müssen Wertpapiere von mindestens sechs verschiedenen Emittenten halten, wobei die Wertpapiere aus einer Emission nicht mehr als 30% des Nettovermögens ausmachen dürfen.</p>
2.13	<p>Einlagen: Einlagen, die bei einem einzelnen Kreditinstitut, das nicht die Kriterien der Verordnung 7 der OGAW-Verordnungen der irischen Zentralbank erfüllt, als zusätzliche Liquidität gehalten werden, dürfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - nicht mehr als 10 Prozent des NIW des OGAW und, - im Falle von Einlagen bei der Verwahrstelle, nicht mehr als 20 Prozent des Nettovermögens des OGAW ausmachen.

2.14	<p>Kürzlich ausgegebene Wertpapiere</p> <p>(1) Vorbehaltlich des folgenden Punkts 2 darf eine verantwortliche Person nicht mehr als 10 Prozent des Nettovermögens des OGAW in Wertpapiere im Sinne von Vorschrift 68(1)(d) der OGAW-Verordnung investieren.</p> <p>(2) Punkt 1 findet keine Anwendung auf Anlagen einer verantwortlichen Person in solchen US-Wertpapieren, die als „Rule-144A-Wertpapiere“ gelten, vorausgesetzt dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ die betreffenden Wertpapiere mit der Zusicherung emittiert wurden, diese innert Jahresfrist ab Emission bei der Securities and Exchange Commission (US-Börsenaufsicht) zu registrieren; und <p>es sich bei diesen Wertpapieren um liquide Wertpapiere handelt, d. h. Wertpapiere, die vom OGAW innerhalb von sieben Tagen in etwa zu dem Preis veräußert werden können, mit dem sie vom OGAW bewertet werden.</p>
3.0	Anlagen in Organismen für Gemeinsame Anlagen („OGA“)
3.1	Ein OGAW darf höchstens 10% seines Nettovermögens in ein und demselben OGA anlegen.
3.2	Anlagen in Nicht-OGAW dürfen insgesamt nicht mehr als 30% des Nettovermögens ausmachen.
3.3	Den OGA ist es nicht erlaubt, mehr als 10% ihres Nettovermögens in andere offene OGA zu investieren.
3.4	Investiert ein OGAW in Anteile anderer OGA, die entweder direkt oder im Auftrag von der Verwaltungsstelle des OGAW oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsstelle des OGAW durch eine gemeinsame Verwaltung oder Kontrolle oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so darf die Verwaltungsstelle oder die andere Gesellschaft für die Zeichnung, den Umtausch oder die Rücknahme von Anteilen dieser anderen OGA durch den OGAW keine Gebühren belasten.
3.5	Wenn eine verantwortliche Person, ein Anlageverwalter oder ein Anlageberater im Namen des OGAW eine Provision (einschließlich Provisionsrückerstattungen) für eine Anlage in Anteile eines anderen Anlagefonds vereinnahmt, hat die verantwortliche Person sicherzustellen, dass die betreffende Provision in das Vermögen des OGAW eingebracht wird.
3.6	<p>Investiert ein Teilfonds in einen anderen Teilfonds der Gesellschaft, so gelten folgende zusätzliche Bedingungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - es dürfen keine Anlagen in Teilfonds getätigt werden, die selbst bereits in andere Teilfonds der Gesellschaft investiert sind; und - der investierende Teilfonds darf keine jährliche Anlageverwaltungsgebühr für jenen Teil seines Vermögens, der in anderen Teilfonds der Gesellschaft angelegt ist, erheben. Diese Bestimmung gilt auch für die vom Anlageverwalter erhobene Jahresgebühr, wenn diese Gebühr direkt aus dem Teilfondsvermögen gezahlt wird.

4.0	Indexabbildende OGAW
4.1	Ein OGAW kann bis zu 20% seines Nettovermögens in Aktien und/oder Schuldtitel desselben Emittenten investieren, wenn die Anlagepolitik des OGAW auf die Nachbildung eines Index ausgerichtet ist, der den Kriterien in den Regeln der Zentralbank entspricht und von der Zentralbank anerkannt ist.
4.2	Die in Ziffer 4.1 festgelegte Obergrenze kann auf 35% angehoben und auf einen einzelnen Emittenten angewandt werden, wenn dies aufgrund außergewöhnlicher Marktbedingungen gerechtfertigt ist.
5.0	Allgemeine Bestimmungen
5.1	Eine Investmentgesellschaft, ein irisches Kollektivanlagevehikel („ICAV“) oder eine Verwaltungsgesellschaft, die für alle von ihr verwalteten OGA tätig ist, darf keine Anteile mit Stimmrechten erwerben, die ihr einen maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten gewähren würden.
5.2	<p>Ein OGAW darf höchstens erwerben:</p> <ul style="list-style-type: none"> (i) 10% der nicht stimmberechtigten Anteile eines einzelnen Emittenten; (ii) 10% der Schuldtitel eines einzelnen Emittenten; (iii) 25% der Anteile eines einzelnen OGA; (iv) 10% der Geldmarktinstrumente eines einzelnen Emittenten. <p>Hinweis: Die vorstehend unter (ii), (iii) und (iv) vorgesehenen Anlagegrenzen brauchen beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldtitel oder Geldmarktinstrumente oder der Nettobetrag der ausgegebenen Wertpapiere zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht berechnen lässt.</p>
5.3	<p>Die Ziffern 5.1 und 5.2 gelten nicht für:</p> <ul style="list-style-type: none"> (i) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften begeben oder garantiert werden; (ii) Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, die von einem Drittstaat begeben oder garantiert werden; (iii) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, denen mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben werden; (iv) Aktien, die ein OGAW am Kapital einer Gesellschaft eines Nicht-Mitgliedstaates besitzt, die ihr Vermögen im Wesentlichen in Wertpapieren von Emittenten anlegt, die in diesem Staat ansässig sind, wenn eine derartige Beteiligung für den OGAW aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, Anlagen in Wertpapieren von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Diese Ausnahmeregelung gilt nur unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft des Nicht-Mitgliedstaates in ihrer Anlagepolitik die in den Ziffern 2.3 bis 2.11, 3.1, 3.2, 5.1, 5.2, 5.4, 5.5 und 5.6 festgelegten Grenzen nicht überschreitet und, sofern diese Grenzen überschritten werden, die Ziffern 5.5 und 5.6 eingehalten werden. (v) auf von einer Investmentgesellschaft oder ICAV oder von mehreren Investmentgesellschaften oder ICAVs gehaltene Anteile am Kapital von Tochtergesellschaften, die im Niederlassungsstaat der Tochtergesellschaft lediglich und ausschließlich für diese Investmentgesellschaft oder -gesellschaften bestimmte Verwaltungs-, Beratungs- oder Vertriebstätigkeiten im Hinblick auf die Rücknahme von Anteilen auf Wunsch der Anteilinhaber ausüben.

5.4	Bei der Ausübung von Zeichnungsrechten im Zusammenhang mit Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten, die zu seinem Vermögen gehören, braucht ein OGAW die hierin festgelegten Anlagebeschränkungen nicht einzuhalten.
5.5	Die Zentralbank kann vor kurzem zugelassenen OGAW gestatten, während eines Zeitraums von sechs Monaten nach ihrer Zulassung von den Bestimmungen der Ziffern 2.3 bis 2.12, 3.1 und 3.2, 4.1 und 4.2 abzuweichen, sofern sie den Grundsatz der Risikostreuung einhalten.
5.6	Werden die in diesem Anhang genannten Grenzen infolge der Ausübung von Zeichnungsrechten oder aus Gründen, die sich der Kontrolle eines OGAW entziehen, überschritten, muss der OGAW seine Verkaufstransaktionen vorrangig auf die Behebung dieser Situation ausrichten und dabei den Interessen seiner Anteilhaber gebührend Rechnung tragen.
5.7	Weder eine Investmentgesellschaft noch eine ICAV oder Verwaltungsgesellschaft oder ein Treuhänder, der auf Rechnung eines „Unit Trust“ oder einer Verwaltungsgesellschaft eines „Common Contractual Fund“ handelt, dürfen Leerverkäufe in folgenden Wertpapieren oder Instrumenten tätigen: <ul style="list-style-type: none"> - Wertpapieren - Geldmarktinstrumenten - Anlagefonds-Anteilen und - Finanzderivaten
5.8	Ein OGAW darf daneben flüssige Mittel halten.
6.0	Derivative Finanzinstrumente ("Derivate")
6.1	Das globale Engagement des OGAW in Verbindung mit Derivaten darf seinen Nettoinventarwert nicht übersteigen.
6.2	Das Positionsrisiko in Bezug auf die Basiswerte von Derivaten, einschließlich von in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente eingebetteten Derivaten, darf in Kombination mit etwaigen Positionen aus Direktanlagen die in den OGAW-Verordnungen der Zentralbank bzw. in den Regeln der Zentralbank festgelegten Anlagegrenzen nicht überschreiten. (Diese Bestimmung gilt nicht für indexbasierte Derivate, sofern der zugrundeliegende Index den in den OGAW-Verordnungen der Zentralbank bzw. in den Regeln der Zentralbank dargelegten Kriterien entspricht.)
6.3	Die OGAW dürfen in außerbörslich gehandelte (OTC-) Derivate investieren, sofern es sich bei den Gegenparteien der OTC-Derivate um Institute handelt, die einer prudenziellen Aufsicht unterstehen und den von der Zentralbank genehmigten Kategorien angehören.
6.4	Für Anlagen in Derivaten gelten die von der Zentralbank festgelegten Bedingungen und Beschränkungen.
7.0	Kreditaufnahmebeschränkungen
7.1	Ein Teilfonds darf für maximal 10% seines Nettoinventarwertes Kredite aufnehmen, vorausgesetzt, dass solche Kreditaufnahmen nur vorübergehender Natur sind. Ein Teilfonds darf sein Vermögen als Sicherheit für solche Kreditaufnahmen belasten.

7.2	Ein Teilfonds darf Fremdwährungen mittels einer Vereinbarung über einen Parallelkredit („back-to-back“ loan) erwerben. Auf diese Weise erworbene Fremdwährungen gelten für die Zwecke der in Absatz (a) oben genannten Kreditaufnahmebeschränkungen nur in dem Ausmaß, in welchem der Fremdwährungsbetrag den Wert einer Gegeneinlage („back-to-back“ deposit“) übersteigt als Kreditaufnahmen, nicht jedoch wenn die Gegeneinlage dem Wert des ungetilgten Fremdwährungskredits entspricht oder diesen übersteigt.
-----	---

Vorbehaltlich der OGAW-Verordnung wird die Gesellschaft für jeden Teilfonds alle Kriterien einhalten, die erforderlich sind, um eine Bonitätseinstufung in Bezug auf Anteile oder Anteilsklassen der Gesellschaft zu erlangen und aufrecht zu erhalten.

Es ist vorgesehen, dass die Gesellschaft befugt sein soll (vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung durch die Zentralbank), jegliche Änderung der in der OGAW-Verordnung niedergelegten Anlage- und Kreditaufnahmebeschränkungen zu nutzen, die es ihr gestatten würde, in Wertpapieren, Derivaten oder jeglichen anderen Anlageformen anzulegen, in denen eine Anlage zum Zeitpunkt dieses Teilprospekts nach der OGAW-Verordnung beschränkt oder verboten ist. In solchen Fällen wird der Teilprospekt aktualisiert und die Anteilinhaber werden entsprechend informiert.

Anhang II

Anerkannte Börsen

In der folgenden Liste sind die geregelten Börsen und Märkte aufgeführt, an denen die Wertpapier- und Derivate-Anlagen eines Teilfonds, die keine zulässigen Anlagen in nicht börsengehandelten Wertpapieren darstellen, notiert sind oder gehandelt werden. Die Liste wurde gemäß den Vorgaben der Zentralbank erstellt. Mit Ausnahme der zulässigen Anlagen in nicht börsengehandelten Wertpapieren dürfen Anlagen in Wertpapieren und Finanzderivaten nur an den nachfolgend aufgeführten Wertpapierbörsen und Märkten getätigt werden. Die Zentralbank gibt keine Liste der zulässigen Börsen und Märkte heraus.

(i) Jede Wertpapierbörse in:

- einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder
- einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (Europäische Union, Norwegen, Island und Liechtenstein) oder
- einem der folgenden Länder:
 - Australien
 - Kanada
 - Japan
 - Hongkong
 - Neuseeland
 - Schweiz
 - Vereinigte Staaten von Amerika

(ii) Jede Wertpapierbörse und jeder Markt in der nachfolgenden Liste (unter der jeweils geläufigen Bezeichnung):

Ägypten	-	Die ägyptische Börse
Argentinien	-	Bolsa de Comercio de Buenos Aires
Argentinien	-	Bolsa de Comercio de Cordoba
Argentinien	-	Bolsas y Mercados Argentinos
Bahrain	-	Bahrain Stock Exchange
Bangladesch	-	Dhaka Stock Exchange
Bangladesch	-	Chittagong Stock Exchange
Bermuda	-	Bermuda Stock Exchange
Bolivien	-	Bolsa Boliviana de Valores
Bosnien	-	Sarajevo Stock Exchange
Bosnien	-	Banja Luka Stock Exchange
Botswana	-	Botswana Stock Exchange
Brasilien	-	BM&F Bovespa S.A.
Chile	-	Bolsa de Comercio de Santiago
Chile	-	Bolsa Electronica de Chile
China		
(Volksrepublik – Shanghai)	-	Shanghai Stock Exchange
China		
(Volksrepublik – Shenzhen)	-	Shenzhen Stock Exchange
Costa Rica	-	Bolsa Nacional de Valores
Ecuador	-	Guayaquil Stock Exchange
Ecuador	-	Quito Stock Exchange
Elfenbeinküste	-	Bourse Régionale des Valeurs Mobilières

Georgien	-	Georgian Stock Exchange
Ghana	-	Ghana Stock Exchange
Indien	-	Bangalore Stock Exchange
Indien	-	Delhi Stock Exchange
Indien	-	BSE
Indien	-	National Stock Exchange of India
Indonesien	-	Indonesia Stock Exchange
Israel	-	Tel-Aviv Stock Exchange
Jamaika	-	Jamaican Stock Exchange
Jordanien	-	Amman Financial Market
Kasachstan (Rep.)	-	Kazakhstan Stock Exchange
Katar	-	The Qatar Exchange
Kenia	-	Nairobi Stock Exchange
Kolumbien	-	Bolsa de Valores of Colombia
Kroatien	-	Zagreb Stock Exchange
Kuwait	-	Kuwait Stock Exchange
Lettland	-	NASDAQ OMX Riga
Libanon	-	Beirut Stock Exchange
Malaysia	-	Bursa Malaysia
Mauritius	-	Stock Exchange of Mauritius
Mexiko	-	Bolsa Mexicana de Valores
Mongolei	-	Mongolian Stock Exchange
Marokko	-	Casablanca Stock Exchange
Namibia	-	Namibian Stock Exchange
Neuseeland	-	New Zealand Stock Exchange
Nigeria	-	Nigerian Stock Exchange
Oman	-	Muscat Stock Exchange (Muscat Securities Markets)
Panama	-	Bolsa de Valores de Panama
Pakistan	-	Islamabad Stock Exchange
Pakistan	-	Karachi Stock Exchange
Pakistan	-	Lahore Stock Exchange
Peru	-	Bolsa de Valores de Lima
Philippinen	-	Philippine Stock Exchange
Ruanda	-	Rwanda Stock Exchange
Russland	-	Moscow Exchange
Sambia	-	Lusaka Stock Exchange
Simbabwe	-	Zimbabwe Stock Exchange
Senegal	-	Bourse Régionale des Valeurs Mobilières (BRVM)
Serbien	-	Belgrade Stock Exchange
Singapur	-	Singapore Exchange
Slowakei	-	Bratislava Stock Exchange
Südafrika	-	Johannesburg Stock Exchange
Südkorea	-	Korea Exchange
	-	KOSDAQ Market
Sri Lanka	-	Colombo Stock Exchange
Taiwan	-	GreTai Securities Market
Taiwan		
(Republik China)	-	Taiwan Stock Exchange Corporation
Tansania	-	Dar es Salaam Stock Exchange
Thailand	-	Stock Exchange of Thailand
Trinidad und Tobago	-	Trinidad and Tobago Stock Exchange
Tunesien	-	Bourse des Valeurs Mobilières de Tunis
Türkei	-	Borsa Istanbul
Ukraine	-	Ukrainian Exchange
Uruguay	-	Bolsa de Valores de Montevideo

Vereinigte Arabische Emirate		Abu Dhabi Stock Exchange (Abu Dhabi Securities Exchange)
Vereinigte Arabische Emirate		-Dubai Financial Market
Vereinigte Arabische Emirate		-NASDAQ Dubai
Venezuela	-	Caracas Stock Exchange
Vietnam	-	Hanoi Stock Exchange
Vietnam	-	Ho Chi Minh Stock Exchange

(iii) jeglicher der folgenden Märkte:

- der von der International Capital Market Association organisierte Markt,
- der von den „gelisteten Geldmarktinstituten“ betriebene Markt, gemäß Ausführungen im „The Investment Business Interim Prudential Sourcebook“ der Financial Conduct Authority in seiner jeweiligen Fassung,
- der AIM: der von der Londoner Wertpapierbörse regulierte und betriebene Alternative Anlagemarkt im Vereinigten Königreich;
- der von der Securities Dealers Association of Japan regulierte japanische OTC-Markt,
- NASDAQ in den Vereinigten Staaten;
- Der von Primärhändlern betriebene und von der Federal Reserve Bank of New York regulierte Markt für US-Staatsanleihen; und
- Der von der National Association of Securities Dealers Inc. regulierte Freiverkehrsmarkt in den Vereinigten Staaten (auch bezeichnet als der von Primär- und Sekundärhändlern, die der Aufsicht der Securities and Exchange Commission und der National Association of Securities Dealers unterstellt sind, und von Bankinstituten, die vom U.S. Comptroller of the Currency, dem Federal Reserve System oder der Federal Deposit Insurance Corporation beaufsichtigt werden, betriebene Freiverkehrsmarkt in den Vereinigten Staaten);
- Der französische OTC-Markt für handelbare Schuldtitel (Titres de Créances Négociables).
- NASDAQ in Europa;
- der OTC-Markt für kanadische Staatsanleihen, der von der Investment Industry Regulatory Organization of Canada (IIROC) reguliert wird; und
- SESDAQ (der Zweitmarkt der Singapore Stock Exchange).

(iv) Alle Terminbörsen, an denen zulässige Finanzderivate notiert oder gehandelt werden können:

- in einem Mitgliedstaat
- in Australien am Australian Securities Exchange
- in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (Europäische Union, Norwegen, Island und Liechtenstein);

in Kanada am

- Montreal Exchange
- Toronto Stock Exchange

in den Vereinigten Staaten von Amerika, am:

- Chicago Board of Trade
- Chicago Board Options Exchange
- Chicago Mercantile Exchange
- Eurex U.S.

- New York Futures Exchange
- ICE Futures U.S. und
- New York Mercantile Exchange

in China am Shanghai Futures Exchange;

in Indien am

- BSE und
- National Stock Exchange of India;

in Hongkong am Hong Kong Futures Exchange;

in Japan am

- Osaka Securities Exchange
- Tokyo Financial Exchange (TFX) und
- Tokyo Stock Exchange;

in Singapur am Singapore Exchange;

in der Schweiz an der SIX Swiss Exchange.

Ausschließlich zum Zweck der Bewertung des Vermögens eines Teilfonds umfasst der Begriff „anerkannte Börse“ hinsichtlich der von einem Teilfonds gehaltenen Derivate jegliche organisierte Börse und jeglichen organisierten Markt, an dem solche Kontrakte regelmäßig gehandelt werden.

Anhang III

Finanzderivate

1. Anlagen in derivativen Finanzinstrumenten

Ein Teilfonds kann derivative Finanzinstrumente, die an einer anerkannten Börse und/oder im Freiverkehr gehandelt werden, einsetzen, um das Gesamtrisiko seiner Anlagen abzusichern oder zu reduzieren, die Performance zu steigern und/oder das Zins- und Wechselkursrisiko zu steuern. Vorherrschende Marktbedingungen, regulatorische Auflagen und steuerliche Aspekte können den Einsatz solcher Strategien durch einen Teilfonds einschränken, der sie auch nur in Übereinstimmung mit seinen Anlagezielen anwenden darf.

Die Finanzderivate, welche der Anlageverwalter für die einzelnen Teilfonds einsetzen darf und die erwarteten Auswirkungen von Anlagen in solchen Finanzderivaten auf das Risikoprofil der Teilfonds werden im Teilprospekt aufgeführt. Außerdem werden Anleger auf den Abschnitt „Effizientes Portfoliomanagement“ im Teilprospekt und auf die Beschreibungen der Risiken unter „Mit Derivaten und Anlagetechniken und -instrumenten verbundene Risiken“ und „Währungsrisiko“ im Abschnitt „Risikofaktoren“ des Teilprospekts verwiesen.

2. Effizientes Portfoliomanagement

Zur Verringerung von Risiken und Kosten und zur Generierung zusätzlichen Kapitals und zusätzlicher Erträge für einen Teilfonds dürfen bei allen Teilfonds die nachfolgend aufgeführten Techniken und Instrumente eingesetzt werden. Vorherrschende Marktbedingungen, regulatorische Auflagen und steuerliche Aspekte können den Einsatz solcher Techniken und Instrumente für einen Teilfonds einschränken und diese dürfen auch nur in Übereinstimmung mit den Anlagezielen des betreffenden Teilfonds angewendet werden. Anleger werden auf den Abschnitt „Effizientes Portfoliomanagement“ im Teilprospekt und auf die Beschreibungen der Risiken unter „Mit Derivaten und Anlagetechniken und -instrumenten verbundene Risiken“ und „Währungsrisiko“ im Abschnitt „Risikofaktoren“ des Teilprospekts verwiesen.

Derivate

Allgemeine Risiken / Zinsrisiken

Im Bestreben das Gesamtrisiko seiner Anlagen abzusichern oder zu reduzieren und das Zinsrisiko zu steuern, kann ein Teilfonds börsengehandelte oder OTC-Derivate einsetzen.

Wechselkursrisiken

Ein Teilfonds darf Techniken und Instrumente einsetzen, mit denen er sich gegen Wechselkursrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung seiner Aktiven und Passiven schützt. Diesbezüglich darf ein Teilfonds:

- (i) OTC-Kontrakte verwenden;
- (ii) Währungsoptionen einsetzen;
- (iii) das Engagement in einer Währung durch Devisenterminkontrakte in einer anderen Währung absichern, wenn für die Zukunft eine institutionelle Korrelation zwischen den beiden Währungen erwartet wird.

3. Anlagen in derivativen Finanzinstrumenten

Ein Teilfonds kann zu Anlagezwecken in börsengehandelte oder OTC-Finanzderivate investieren oder solche Instrumente einsetzen, um das Gesamtrisiko seiner Anlagen abzusichern oder zu reduzieren, die Performance zu steigern und/oder das Zins- und Wechselkursrisiko zu steuern. Vorherrschende Marktbedingungen, regulatorische Auflagen und steuerliche Aspekte können den Einsatz solcher Strategien durch einen Teilfonds einschränken, der sie auch nur in Übereinstimmung mit seinen Anlagezielen anwenden darf.

Generell darf ein Teilfonds für Anlagezwecke unter anderem die folgenden Finanzderivate einsetzen: Swaps (einschließlich Total Return Swaps, Credit Default Swaps und Zinsswaps), Optionen, Forwards, Futures, Financial Futures und Optionen auf solche Kontrakte sowie Optionsscheine auf jegliche Art von Finanzinstrumenten (einschließlich Investment-Zertifikate), Wertpapiere, Wertpapierkörbe, Währungen, Zinssätze und Indizes. In den Basiswerten solcher Instrumente können Long- und Short-Positionen eingegangen werden, bei denen unter Umständen für einzelne Transaktionen eine Aufrechnung der Long- und Short-Positionen vorgenommen wird. Unbeschadet der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden darf ein Teilfonds Call und Put-Optionen auf Wertpapiere und Wertpapierkörbe (einschließlich Straddles), Wertpapierindizes und Währungen kaufen und verkaufen sowie Zinsterminkontrakte, Devisenterminkontrakte, Terminkontrakte auf Aktienindizes und Anleihenindizes abschließen und Optionen auf solche Terminkontrakte (einschließlich Straddles) einsetzen. Ein Teilfonds darf auch Swap-Vereinbarungen abschließen, so unter anderem Swaps auf Zinssätze, Wechselkurse, Wertpapiere, Wertpapierkörbe und Wertpapierindizes. Zudem darf ein Teilfonds auch Optionskontrakte auf Währungs-, Zins- Wertpapier- und Indexswaps sowie auf Swaps auf Wertpapierkörbe abschließen.

Bei einem Total Return Swap verpflichtet sich ein Teilfonds zu einer Reihe von Zahlungen, die anhand eines vereinbarten Zinssatzes ermittelt werden und erhält im Gegenzug Zahlungen, welche die gesamte wirtschaftliche Performance des Swap-Basiswerts während der Laufzeit des Swaps darstellen. Mit dem Swap kann der Teilfonds eine Long- oder eine Short-Position im Basiswert einnehmen, der entweder ein einzelnes Wertpapier oder ein Wertpapierkorb sein kann. Das mittels eines Swaps eingegangene Engagement weist fast die gleichen wirtschaftlichen Eigenschaften auf wie der physische Verkauf (bei einer Short-Position) oder der physische Besitz (bei einer Long-Position), in letzterem Fall allerdings ohne das mit dem physischen Besitz des Basiswerts verbundene Stimmrecht und wirtschaftliche Eigentum. Investiert ein Teilfonds in Total Return Swaps oder andere Finanzderivate mit denselben Eigenschaften, so kann der Basiswert oder der zugrundeliegende Index aus Aktien oder Anleihen, Geldmarktinstrumenten oder anderen zulässigen Anlagen bestehen, die im Einklang mit dem Anlageziel und der Anlagepolitik des Teilfonds stehen. Gegenparteien solcher Geschäfte sind in der Regel Banken, Wertpapierfirmen, Broker-Dealer, kollektive Kapitalanlagen und andere Finanzinstitute und -intermediäre. Das mit dem Ausfall der Gegenpartei bei einem Total Return Swap verbundene Risiko und die Folgen für die Rendite der Anleger wird unter dem Titel „Mit Derivaten und Anlagetechniken und -instrumenten verbundene Risiken“ im Abschnitt „Risikofaktoren“ des Teilprospekts beschrieben. Es ist nicht vorgesehen, dass die Gegenparteien der von den Teilfonds abgeschlossenen Total Return Swaps in irgendeiner Weise über die Zusammensetzung oder die Verwaltung des Anlagenportfolios des Teilfonds oder über den Basiswert des Finanzderivats bestimmen können, oder dass die Genehmigung der Gegenpartei für eine Portfolio-Transaktion des Teilfonds erforderlich wäre.

Futures können eingesetzt werden, um auf effizientere Weise ein Engagement einzugehen. So könnte ein Teilfonds beispielsweise Aktien-Futures verwenden, um ein Engagement in einem bestimmten Titel einzugehen. Zum Risikomanagement können auch Index-Futures eingesetzt werden so beispielsweise zur Absicherung eines Wertpapiers oder einer Gruppe von Wertpapieren im zugrundeliegenden Index oder mit einer starken Korrelation zum Index.

Optionen werden als Long-Positionen gehalten (Kauf von Calls und Puts). Calls dienen dazu, ein Exposure im zugrundeliegenden Wertpapier oder Index einzugehen. Puts werden eingesetzt, um das mit einer Position eingegangene Exposure abzusichern, beispielsweise Indexputs zur Absicherung des

Marktrisikos eines Wertpapiers oder einer Gruppe von Wertpapieren. Außerdem können Währungsoptionen eingesetzt werden, um die Gesellschaft gegen Wechselkursrisiken abzusichern.

Zum effizienten Portfoliomanagement können Optionsscheine verwendet werden, um ein Engagement im Basiswert einzugehen.

Zur Absicherung von Währungsrisiken, die entstehen, weil ein Teilfonds Positionen in einer anderen Währung als seiner Basiswährung hält, können Devisenterminkontrakte abgeschlossen werden. So kann ein Teilfonds beispielsweise mit Devisenterminkontrakten eine Fremdwährung gegen seine Basiswährung auf Termin verkaufen, um sich gegen das Wechselkursrisiko zu schützen, dem er ausgesetzt ist, weil er Vermögenswerte in dieser Fremdwährung hält.

Einzelne Teilfonds können Swap-Vereinbarungen abschließen. Swap-Vereinbarungen sind zweiseitige Verträge, die hauptsächlich von institutionellen Investoren für Laufzeiten von einem Tag bis zu mehreren Jahren abgeschlossen werden. Bei einem normalen Swapgeschäft vereinbaren zwei Parteien, die Erträge bestimmter Vermögenswerte, wie beispielsweise den Ertrag oder den Wertzuwachs eines zu einem bestimmten Zinssatz in einer Fremdwährung oder einem Wertpapierkorb, der einen bestimmten Index nachbildet, angelegten USD-Betrages auszutauschen.

Total Return Swaps können eingesetzt werden, um für einen Teilfonds ein Engagement in Wertpapieren oder Indizes einzugehen. Ein Total Return Swap würde eingesetzt, wenn damit ein Exposure in einem Wertpapier oder einem Index kostengünstiger erzielt werden kann.

Mit Währungsswaps können sich die Teilfonds gegen Wechselkursrisiken absichern. Währungsswaps können eingesetzt werden, um die auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerte eines Teilfonds vor Wechselkursschwankungen zu schützen.

Mit Zinsswaps kann eine gewünschte Rendite oder ein Zinsspread zu geringeren Kosten erzielt oder beibehalten werden, als mit einer Direktanlage in einem Instrument, welches die gewünschte Rendite oder den gewünschten Zinsspread bietet. Swaps können auch vor Kursschwankungen von Wertpapieren, die ein Anleger zu einem späteren Zeitpunkt zu kaufen oder zu verkaufen beabsichtigt, schützen. Bei einem gewöhnlichen Zinsswap vereinbaren zwei Parteien, ihre jeweiligen Verpflichtungen zur Zahlung eines festen oder eines variablen Zinssatzes auf einen im Voraus festgelegten Nominalbetrag auszutauschen. Der fiktive Nominalbetrag der Swap-Vereinbarung dient als Grundlage für die Berechnung der Verbindlichkeiten, deren Austausch die Swap-Parteien vereinbart haben. Bei den meisten Swap-Vereinbarungen werden die Verbindlichkeiten der Parteien auf Nettobasis ausgetauscht. Dies bedeutet, dass die beiden Zahlungsströme gegeneinander aufgerechnet werden und lediglich der Saldo zwischen den Parteien beglichen wird.

Bei Abschluss eines Zinsswaps weisen die Verpflichtungen in der Regel einen Netto-Marktwert von null auf. Der Marktwert der Verpflichtungen ändert sich im Zeitverlauf, sodass eine Verpflichtung höher ist als die andere und der Nettobetrag stellt das Risiko einer Partei gegenüber der anderen dar.

In Zinsswaps können auch Zins-Caps, -Floors und -Collars eingebettet sein. Bei einem Zins-Cap verpflichtet sich eine Partei für eine Prämie, Zahlungen an die andere Partei zu leisten, wenn der Zinssatz ein bestimmtes Niveau (Cap) übersteigt. Bei einem Zins-Floor verpflichtet sich eine Partei für eine Prämie, Zahlungen an die andere Partei zu leisten, wenn der Zinssatz unter einen bestimmten Grenzwert (Floor) fällt. Bei einem Zins-Collar verkauft die eine Partei einen Cap und kauft einen Floor, oder umgekehrt, um sich gegen Zinsschwankungen zu schützen, die bestimmte Ober- oder Untergrenzen (Collar-Werte) durchbrechen.

Einzelne Teilfonds werden nur Zinsswaps abschließen, wenn die Gegenpartei oder der Garant nach Meinung des Anlageverwalters ein erstklassiges CPA-Rating aufweisen. In der Regel müssen die unbesicherten vorrangigen Anleihen und die Zahlungsfähigkeit (CPA) der Gegenpartei oder ihres Garanten bei Abschluss der Swap-Vereinbarung von mindestens einer der drei Rating-Agenturen (Moody's, Standard & Poors, Fitch) in eine der drei höchsten Rating-Kategorien eingestuft werden. Bei Ausfall der Gegenpartei eines solchen Geschäfts, stehen der Gesellschaft nur die im Rahmen der getroffenen Vereinbarung vertraglich vereinbarten Rechtsmittel zur Verfügung (die durch Konkurs-, Insolvenz- und ähnliche Gesetze eingeschränkt werden können). In bestimmten Fällen kann die

Gesellschaft das Gegenparteirisiko mildern, indem sie von der Gegenpartei das Erbringen von Sicherheitsleistungen fordert.

Da das Zinsrisiko eines Teilfonds je nach Zusammensetzung seines Anlagenportfolios zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich ausfallen kann, kann der Teilfonds versuchen, sein Zinsrisiko zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einen Zielwert abzusichern, indem er Zinsswaps, Staatsanleihen, Zinsfutures und Eurodollar-Futures einsetzt. Zinsswaps und andere Absicherungsinstrumente können verwendet werden, um zu bestimmten Zeitpunkten unterschiedliche Zinsprofile und Durationsziele zu erhalten.

Falls ein Teilfonds Derivate einsetzen möchte, die nicht in den obigen Ausführungen erwähnt werden, muss das Risikomanagementverfahren dahingehend angepasst werden, dass diese Derivate ebenfalls berücksichtigt werden und von der irischen Zentralbank vorgängig genehmigt werden.

Wertpapiere per Erscheinen / mit verzögerter Lieferung

Zum Zweck des effizienten Portfoliomanagements oder für Anlagezwecke kann ein Teilfonds Wertpapiere per Erscheinen oder mit verzögerter Lieferung erwerben oder veräußern. Dabei erfolgen Zahlung und Lieferung der Wertpapiere in der Zukunft zu einem festgelegten Preis, wodurch bei Abschluss des Geschäfts ein für den Teilfonds vorteilhafter Preis und eine vorteilhafte Rendite gesichert werden. „Mit verzögerter Lieferung“ bedeutet, dass das Wertpapier am Sekundärmarkt gehandelt wird, und „per Erscheinen“ heißt, dass es sich um die Erstausgabe eines Wertpapiers handelt. Wertpapiere mit verzögerter Lieferung (die bis zum Abrechnungsdatum keine Zinsen tragen) und Wertpapiere per Erscheinen werden als Vermögenswerte des Teilfonds erfasst und unterliegen einem Wertschwankungsrisiko. Der Kaufpreis von Wertpapieren mit verzögerter Lieferung und per Erscheinen wird bis zum Abrechnungsdatum als Verbindlichkeit des Teilfonds erfasst. Nach der Ausgabe bzw. nach der Lieferung der Wertpapiere werden diese bei den im Anhang I „Anlagebeschränkungen“ aufgeführten Anlagegrenzen mitberücksichtigt.

Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Vorbehaltlich der Bedingungen und Beschränkungen der Zentralbank-Regeln kann ein Teilfonds Pensionsgeschäfte, umgekehrte Pensionsgeschäfte und/oder Wertpapierleihgeschäfte tätigen, um zusätzliche Erträge und Kapital zu generieren. Bei einem Pensionsgeschäft verkauft eine Partei Wertpapiere an eine andere Partei und verpflichtet sich gleichzeitig zum Rückkauf der Wertpapiere an einem zukünftigen Termin und zu einem festgelegten Preis, der einen Marktzinssatz widerspiegelt, der nicht an den Couponzins der Wertpapiere gebunden ist. Bei einem umgekehrten Pensionsgeschäft kauft ein Teilfonds Wertpapiere von der Gegenpartei und verpflichtet sich gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem vereinbarten Termin und Preis wieder an die Gegenpartei zu verkaufen. Bei der Wertpapierleihe wird das Eigentum an den „geliehenen“ Wertpapieren vom Leihgeber an den Leihnehmer übertragen und der Leihnehmer verpflichtet sich, dem Leihgeber zu einem späteren Zeitpunkt „gleichwertige Wertpapiere“ zu liefern.

Anlagetechniken und -instrumente

Zulässige Finanzderivate ("Derivate")

1. Die Teilfonds dürfen in Derivate investieren, sofern:
 - 1.1 sie sich mindestens auf einen der nachfolgend aufgeführten Basiswerte oder Finanzindizes beziehen: in Vorschrift 68(1(a) bis (f) und (h) der OGAW-Verordnung aufgeführte Instrumente, einschließlich Finanzinstrumente mit einem oder mehreren Merkmalen solcher Vermögenswerte, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen, und
 - 1.2 die Derivate den Teilfonds nicht Risiken aussetzen, die er andernfalls nicht eingehen könnte (Engagement in Bezug auf ein Instrument/einen Emittenten/eine Währung, in das/den/die der Teilfonds nicht direkt investieren darf).
 - 1.3 die Derivate den Teilfonds nicht von seinem Anlageziel abbringen.
 - 1.4 Der im Punkt 1.1 erwähnte Begriff „Finanzindizes“ ist als Verweis auf Indizes zu verstehen, welche die nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen sowie die Bestimmungen der Zentralbank-Regeln erfüllen:
 - (a) die Indizes sind ausreichend diversifiziert und erfüllen folgende Kriterien:
 - (i) der Index ist so zusammengesetzt, dass die Preisschwankungen und die Handelstätigkeit in einer Indexkomponente die Wertentwicklung des gesamten Index nicht übermäßig beeinflusst;
 - (ii) besteht der Index aus Vermögenswerten im Sinne von Vorschrift 68(1) der OGAW-Verordnung, ist er mindestens gemäß Vorschrift 71 der OGAW-Verordnung diversifiziert.
 - (iii) besteht der Index aus anderen als den in Vorschrift 68 der OGAW-Verordnung aufgeführten Vermögenswerten, ist er in gleichwertiger Weise diversifiziert, wie in Vorschrift 71(1) der OGAW-Verordnung vorgegeben;
 - (b) die Indizes stellen eine angemessene Referenz für den Markt dar, auf den sie sich beziehen und erfüllen diesbezüglich die folgenden Voraussetzungen:
 - (i) der Index misst die Wertentwicklung einer repräsentativen Gruppe von Basiswerten in aussagekräftiger und angemessener Weise;
 - (ii) der Index wird in regelmäßigen Abständen nach offiziellen Regeln überprüft und neu ausgerichtet, um sicherzustellen, dass er den Markt, auf den er sich bezieht, angemessen abbildet;
 - (iii) die Basiswerte sind ausreichend liquide, um den Nutzern bei Bedarf die Nachbildung des Index zu ermöglichen;
 - (c) die Indizes werden in angemessener Weise veröffentlicht und erfüllen diesbezüglich die folgenden Voraussetzungen:

- (i) ihre Veröffentlichung stützt sich auf zuverlässige Verfahren zur Kurserfassung sowie zur Berechnung und anschließenden Veröffentlichung des Indexwertes einschließlich Kursbestimmungsverfahren für Komponenten, für die kein Marktpreis zur Verfügung steht;
- (ii) wesentliche Informationen zu Belangen wie Indexberechnung, Methoden der Neuzusammensetzung, Indexänderungen oder eventuell auftretende betriebliche Probleme bei der Bereitstellung von genauen und zeitgerechten Informationen werden auf breiter Basis rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Entsprechen die Vermögenswerte, die als Basiswerte von Derivaten dienen nicht den in (a), (b) und (c) oben angeführten Voraussetzungen, gelten die Derivate, sofern sie die Voraussetzungen von Vorschrift 68(1)(g) der OGAW-Verordnung erfüllen, als Derivate auf eine Kombination von Vermögenswerten im Sinne von Vorschrift 68(1)(g)(i) der OGAW-Verordnung, mit Ausnahme von Finanzindizes; und

- 1.5 falls ein Teilfonds einen Total Return Swap abschließt oder in andere derivative Finanzinstrumente mit ähnlichen Eigenschaften investiert, müssen die von ihm gehaltenen Vermögenswerte mit Vorschrift 70, 71, 72, 73 und 74 der OGAW-Verordnung im Einklang stehen.

2. Kreditderivate

Kreditderivate sind zulässig, wenn

- (i) sie die Übertragung des mit einem Vermögenswert verbundenen Kreditrisikos im Sinne von Absatz 1(i) oben unabhängig von den übrigen mit diesem Vermögenswert verbundenen Risiken ermöglichen;
 - (ii) sie nicht zur Lieferung oder Übertragung von anderen als den in Vorschrift 68(1) und (2) der OGAW-Verordnung genannten Vermögenswerten (auch nicht in Form von Barmitteln) führen;
 - (iii) sie die unten in Absatz 4 ausgeführten Voraussetzungen für OTC-Derivate erfüllen; und
 - (iv) ihre Risiken vom Risikomanagementverfahren des Teilfonds und – falls die Gefahr besteht, dass der Teilfonds und die Gegenpartei des Kreditderivats nicht über denselben Informationsstand verfügen, weil die Gegenpartei möglicherweise Zugriff auf nicht öffentlich verfügbare Informationen über Unternehmen hat, deren Vermögenswerte als Basiswerte für Kreditderivate dienen – von den internen Kontrollmechanismen des Teilfonds angemessen erfasst werden. Der Teilfonds muss die Risiken mit größter Sorgfalt beurteilen, wenn die Gegenpartei eines Derivats eine ihm oder dem Emittenten des Kreditinstruments nahestehende Person ist.
- 3. Derivate müssen in einem Mitgliedstaat oder einem Nicht-Mitgliedstaat an einem geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist. Die irische Zentralbank kann von Fall zu Fall hinsichtlich einzelner Börsen und Märkte Beschränkungen anordnen.
 - 4. Ungeachtet der Bestimmung von Absatz 3 kann ein Teilfonds in OTC-Derivate investieren, vorausgesetzt dass:
 - 4.1. die Gegenpartei (a) ein Kreditinstitut im Sinne der Verordnung 7(a) bis (c) der OGAW-Verordnungen der irischen Zentralbank, (b) eine gemäß der Finanzmarktrichtlinie zugelassene Investmentgesellschaft oder (c) eine Konzerngesellschaft einer von der

Federal Reserve der Vereinigten Staaten von Amerika als Bankholdinggesellschaft zugelassenen juristischen Person ist, solange diese Konzerngesellschaft der konsolidierten Aufsicht für Bankholdinggesellschaften durch die Federal Reserve untersteht;

- 4.2 bei Gegenparteien gemäß (b) und (c) des obigen Abschnitts (4.1): (a) die verantwortliche Person bei Vorliegen einer Bonitätseinstufung der Gegenpartei durch eine von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) eingetragene und überwachte Ratingagentur diese Einstufung bei der Bonitätsprüfung miteinbezieht; und (b) im Falle der Herabstufung der Gegenpartei auf A-2 oder niedriger (oder ein vergleichbares Rating) durch die unter (a) genannte Ratingagentur, die verantwortliche Person unverzüglich eine neue Bonitätsprüfung der Gegenpartei durchführt;
- 4.3 im Falle einer Novation eines OTC-Derivatkontrakts die Gegenpartei eines der in Abschnitt (4.1) genannten Rechtssubjekte, eine von der ESMA gemäß EU-Verordnung über OTC-Derivate (EMIR) zugelassene und anerkannte zentrale Gegenpartei (Central Counterparty, CCP) oder ein entweder von der Commodity Futures Trading Commission als Derivatives Clearing Organization oder von der SEC als Clearingstelle eingestuftes Rechtssubjekt (beide CCP) ist;
- 4.4 das in Bezug auf eine Gegenpartei eingegangene Risiko die in Vorschrift 70(1)(c) der OGAW-Verordnung festgesetzten Grenzen nicht überschreitet. Diesbezüglich hat der Teilfonds das Gegenparteirisiko anhand des positiven Marktwertes der mit dieser Gegenpartei abgeschlossenen OTC-Derivate zu ermitteln. Der Teilfonds darf Derivatpositionen mit derselben Gegenpartei saldieren, sofern er in der Lage ist, Nettingvereinbarungen mit der Gegenpartei rechtlich durchzusetzen. Eine Saldierung ist nur für die mit derselben Gegenpartei abgeschlossenen OTC-Derivatkontrakte zulässig und nicht für andere Engagements, welche der Teilfonds mit dieser Gegenpartei eingegangen ist. Der Teilfonds kann die zur Reduzierung des Exposures gegenüber einer Gegenpartei erhaltenen Sicherheiten berücksichtigen, vorausgesetzt dass die Sicherheiten die Anforderungen der Abschnitte (3), (4), (5), (6), (7), (8), (9) und (10) der Vorschrift 24 der OGAW-Verordnungen der irischen Zentralbank erfüllen; und
- 4.5 die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und auf Veranlassung des Teilfonds jederzeit zum fairen Marktwert verkauft, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können;
5. Das in Bezug auf eine Gegenpartei von OTC-Derivaten eingegangene Risiko kann gemindert werden, wenn die Gegenpartei dem Teilfonds Sicherheiten stellt. Der Teilfonds darf das Gegenparteirisiko außer Acht lassen vorausgesetzt, dass der Wert der zum Marktwert bewerteten Sicherheiten nach Berücksichtigung angemessener Abschläge den risikobehafteten Betrag jederzeit übersteigt.
6. Die erhaltenen Sicherheiten müssen jederzeit die in den Zentralbank-Regeln festgelegten Erfordernisse erfüllen (die nachstehend in Absatz 26 bis 33 aufgeführt sind).
7. Die von einem oder im Namen eines Teilfonds an eine Gegenpartei von OTC-Derivaten geleisteten Sicherheiten müssen bei der Ermittlung des Gegenparteirisikos des Teilfonds gemäß Vorschrift 70(1)(c) der OGAW-Verordnung berücksichtigt werden. Geleistete Sicherheiten dürfen nur auf Nettobasis berücksichtigt werden, wenn der Teilfonds in der Lage ist, Nettingvereinbarungen mit der Gegenpartei rechtlich durchzusetzen.
8. Ein Teilfonds, der sein Gesamtengagement nach dem Commitment-Ansatz ermittelt, muss sicherstellen, dass dieses seinen gesamten Nettoinventarwert nicht übersteigt. Daher darf der Hebel des Teilfonds nicht mehr als 100% des Nettoinventarwerts ausmachen. Ein Teilfonds,

der sein Gesamtengagement nach dem VaR-Ansatz ermittelt, muss Backtests und Stresstests durchführen und andere regulatorische Vorschriften über den Einsatz der VaR-Methode beachten.

Jeder Teilfonds muss die Klumpenrisiken in Bezug auf Emittenten auf der Grundlage seines Engagements im Basiswert der eingesetzten Derivate nach dem Commitment-Ansatz ermitteln, um die in Vorschrift 70 der OGAW-Verordnung festgesetzten Grenzen einzuhalten.

9. Bei der Berechnung des Gegenparteirisikos im Zusammenhang mit Transaktionen in OTC-Derivaten zur Einhaltung der in Vorschrift 70(1)(c) der OGAW-Verordnung genannten Grenze muss das Gegenparteirisiko aus OTC-Derivaten mit jenem aus dem Einsatz von Techniken zum effizienten Portfoliomanagement zusammengerechnet werden.
10. Bei der Ermittlung des Gegenparteirisikos im Zusammenhang mit Transaktionen in OTC-Derivaten zur Einhaltung der in Vorschrift 70(1)(c) der OGAW-Verordnung genannten Grenze muss ein Teilfonds auch das Risiko bezüglich der für börsengehandelte oder OTC-Derivate an Broker geleisteten Einschussmargen und von Brokern zahlbaren Variation Margins berücksichtigen, die nicht durch Vorschriften zum Schutz von Kundengeldern oder ähnliche Maßnahmen, zum Schutz des Teilfonds gegen Insolvenz des Brokers geschützt sind.
11. Bei der Berechnung des Klumpenrisikos in Bezug auf Emittenten zur Einhaltung der in Vorschrift 70 der OGAW-Verordnung genannten Grenze ist jegliches aus Wertpapierleih- und Pensionsgeschäften resultierende Nettoengagement gegenüber einer Gegenpartei zu berücksichtigen. Nettoengagement bezeichnet den vom OGAW zu erhaltenden Betrag abzüglich der vom OGAW geleisteten Sicherheiten. Bei der Ermittlung des Klumpenrisikos in Bezug auf Emittenten muss auch das bei der Wiederanlage von Sicherheiten eingegangene Risiko berücksichtigt werden.
12. Bei der Berechnung des Engagements zum Zweck von Vorschrift 70 der OGAW-Verordnung muss ein Teilfonds bestimmen, ob das Engagement in Bezug auf eine OTC-Gegenpartei, einen Broker oder eine Clearingstelle eingegangen wurde.
13. Das Engagement in Bezug auf Basiswerte von Derivaten, einschließlich der in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und kollektive Kapitalanlagen eingebetteten Derivate, darf falls zutreffend in Verbindung mit dem Engagement aus Direktanlagen die in Vorschrift 70 und 73 der OGAW-Verordnung genannten Anlagegrenzen nicht überschreiten. Bei der Berechnung des Klumpenrisikos in Bezug auf Emittenten müssen Derivate (einschließlich eingebetteter Derivate) zur Ermittlung des Gesamtengagements der Position nach dem Look-Through-Prinzip behandelt werden. Dieses Gesamtengagement der Position muss bei der Ermittlung des Klumpenrisikos berücksichtigt werden. Das Klumpenrisiko in Bezug auf Emittenten ist sofern angemessen nach dem Commitment-Ansatz zu berechnen oder bei einem konservativeren Vorgehen als der potenzielle Maximalverlust im Falle eines Zahlungsausfalls des Emittenten. Zudem ist es von allen Teilfonds zu berechnen, auch wenn sie ihr Gesamtengagement nach dem VaR-Ansatz ermitteln. Diese Bestimmung gilt nicht für index-basierte Derivate, sofern der zugrundeliegende Index die in Vorschrift 71(1) der OGAW-Verordnung aufgeführten Kriterien erfüllt.
14. Wertpapiere und Geldmarktinstrumente mit eingebetteten Derivaten sind Finanzinstrumente, welche die in den Regeln der Zentralbank aufgeführten Kriterien für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erfüllen und eine Komponente mit den folgenden Eigenschaften enthalten:
 - (a) aufgrund dieser Komponente können sich einzelne oder alle Zahlungsströme aus einem als Basiskontrakt dienenden Wertpapier oder Geldmarktinstrument in Abhängigkeit von einem bestimmten Zinssatz, Preis eines Finanzinstruments, Wechselkurs, Preis-

- oder Kursindex, Bonitätsrating oder -index oder einer anderen Variablen ändern und schwanken daher ähnlich wie bei einem selbständigen Derivat.
- (b) ihre wirtschaftlichen Eigenschaften und Risiken sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Eigenschaften und Risiken des Basiskontrakts verbunden.
 - (c) sie hat einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil und den Kurs des Wertpapiers oder Geldmarktinstruments.
15. Wenn eine in einem Wertpapier oder Geldmarktinstrument enthaltene Komponente unabhängig vom Wertpapier oder Geldmarktinstrument durch Vertrag übertragen werden kann, so gilt sie nicht als eingebettetes Derivat. In diesem Fall gilt die Komponente als separates Finanzinstrument.

Deckungsvorschriften

16. Ein Teilfonds muss jederzeit in der Lage sein, alle seine Zahlungs- und Lieferverpflichtungen aus Derivatgeschäften zu erfüllen.
17. Das Risikomanagementverfahren des Teilfonds muss auch die Überwachung der Derivatgeschäfte einschließen, um zu gewährleisten, dass eine angemessene Deckung vorhanden ist.
18. Derivatgeschäfte, aus denen eine zukünftige Verpflichtung für den Teilfonds entsteht oder entstehen könnte, müssen wie folgt gedeckt sein:
- (a) Für Derivate, die automatisch oder nach dem Ermessen des Teilfonds bar abgewickelt werden, muss der Teilfonds jederzeit über ausreichende flüssige Mittel verfügen, um sein Engagement zu decken; und
 - (b) Für Finanzderivate mit physischer Lieferung des Basiswerts muss der Teilfonds jederzeit die erforderlichen Vermögenswerte halten. Der Teilfonds kann sein Engagement auch mit ausreichenden flüssigen Mitteln decken, wenn:
 - (i) der Basiswert ein sehr liquides festverzinsliches Wertpapier ist; und/oder
 - (ii) der Teilfonds der Ansicht ist, dass das Engagement ausreichend gedeckt werden kann, ohne den Basiswert zu halten, die spezifischen Derivate durch das weiter unten beschriebene Risikomanagementverfahren erfasst werden und im Teilprospekt detaillierte Angaben gemacht werden.

Risikomanagementverfahren und Berichterstattung

19. Ein Teilfonds muss die Zentralbank detailliert über ihr Risikomanagementverfahren in Bezug auf Derivatgeschäfte informieren. Der ursprüngliche Antrag auf Zulassung muss die folgenden Informationen enthalten:
- zulässige Derivattypen, einschließlich in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente eingebettete Derivate
 - Einzelheiten über die zugrundeliegenden Risiken;
 - einschlägige quantitative Beschränkungen und die Art und Weise, wie diese überwacht und durchgesetzt werden; und
 - Methoden der Risikoeinschätzung.

Wesentliche Änderungen der Angaben im ursprünglichen Zulassungsantrag müssen der Zentralbank im Voraus gemeldet werden. Die Zentralbank kann die ihr angekündigten Änderungen ablehnen. Von der Zentralbank abgelehnte Änderungen und damit verbundene Tätigkeiten dürfen nicht vorgenommen werden.

20. Die Gesellschaft hat der Zentralbank jährlich einen Bericht über ihre Derivatpositionen zu unterbreiten. Dieser Bericht, der Angaben enthalten muss, die ein wahrheitsgetreues Bild der von den Teilfonds eingesetzten Derivate, der diesen zugrundeliegenden Risiken, der Mengen und der Methoden zur Risikoschätzung vermitteln, ist zusammen mit dem Jahresbericht der Gesellschaft einzureichen. Die Gesellschaft muss diesen Bericht der Zentralbank auf Anfrage jederzeit zustellen.

Anlagetechniken und -instrumente, einschließlich Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte zum Zweck des effizienten Portfoliomanagements

21. Ein Teilfonds darf Anlagetechniken und -instrumente in Bezug auf Wertpapiere und Geldmarktinstrumente nach Vorschrift der OGAW-Verordnung und gemäß den von der Zentralbank festgelegten Bedingungen einsetzen. Solche Anlagetechniken und -instrumente sollten immer im besten Interesse des Teilfonds verwendet werden.
22. Als Anlagetechniken und -instrumente, die sich auf Wertpapiere und Geldmarktinstrumente beziehen und für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements eingesetzt werden, gelten Anlagetechniken und -instrumente, welche die folgenden Kriterien erfüllen:
- (a) sie sind unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten angemessen, da sie auf kosteneffiziente Weise realisiert werden;
 - (b) sie werden zu einem oder mehreren der folgenden Zwecke eingegangen:
 - (i) zur Reduzierung des Risikos;
 - (ii) zur Senkung der Kosten;
 - (iii) zur Erzielung eines Kapital- oder Ertragszuwachses für den Teilfonds bei einem Risikograd, der dem Risikoprofil des Teilfonds sowie den in Vorschrift 71 der OGAW-Verordnung aufgeführten Regeln zur Risikostreuung entspricht.
 - (c) die mit ihnen verbundenen Risiken werden vom Risikomanagementverfahren des Teilfonds angemessen erfasst, und
 - (d) sie dürfen nicht zu einer Änderung des erklärten Anlageziels des Teilfonds führen und nicht mit wesentlichen Zusatzrisiken im Vergleich zu der in den Verkaufsdokumenten beschriebenen allgemeinen Risikopolitik verbunden sein.
23. Finanzderivate, die gemäß Absatz 21 zum Zweck des effizienten Portfoliomanagements eingesetzt werden, müssen auch die Bestimmungen der Zentralbank-Regeln erfüllen.

Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

24. Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte („Techniken zum effizienten Portfoliomanagement“) dürfen nur nach üblicher Marktpraxis abgeschlossen werden.
25. Alle Vermögenswerte, die ein Teilfonds im Rahmen von Techniken zum effizienten Portfoliomanagement erhält, sollten als Sicherheiten betrachtet werden und die im Absatz 26 unten festgelegten Kriterien erfüllen.
26. Sicherheiten müssen stets die folgenden Kriterien erfüllen:
- (a) **Liquidität:** Alle entgegengenommenen Sicherheiten, die keine Barmittel sind, sollten hochliquide sein und zu einem transparenten Preis auf einem regulierten Markt oder innerhalb eines multilateralen Handelssystems gehandelt werden, damit sie kurzfristig zu einem Preis veräußert werden können, der nahe an der vor dem Verkauf

festgestellten Bewertung liegt. Zudem müssen die erhaltenen Sicherheiten die Bestimmungen von Vorschrift 74 der OGAW-Verordnung erfüllen.

- (b) **Bewertung:** Entgegengenommene Sicherheiten sollten mindestens börsentäglich bewertet werden. Vermögenswerte, die eine hohe Preisvolatilität aufweisen, sollten nur als Sicherheit akzeptiert werden, wenn geeignete konservative Bewertungsabschläge (Haircuts) angewandt werden.
- (c) **Bonität des Emittenten:** Der Emittent der Sicherheiten, die entgegengenommen werden, sollte eine hohe Bonität aufweisen. Der Teilfonds hat sicherzustellen, dass:
 - (i) bei Vorliegen einer Bonitätseinstufung eines Emittenten durch eine von der ESMA eingetragene und überwachte Ratingagentur die verantwortliche Person diese Einstufung bei der Bonitätsprüfung miteinbezieht; und
 - (ii) im Falle der Herabstufung eines Emittenten durch eine im Unterabschnitt (i) genannte Ratingagentur auf ein niedrigeres als das zweitbeste Kurzfrist-Rating unverzüglich eine neue Bonitätseinstufung des Emittenten vorgenommen wird;
- (d) **Korrelation:** Entgegengenommene Sicherheiten sollten von einem Rechtsträger ausgegeben werden, der von der Gegenpartei unabhängig ist. Der Teilfonds sollte gute Gründe zur Annahme haben, dass dieser Rechtsträger keine hohe Korrelation mit der Entwicklung der Gegenpartei aufweist.
- (e) **Diversifizierung (Anlagekonzentration):**
 - (i) Vorbehaltlich des nachfolgenden Unterabschnitts (ii), ist bei den Sicherheiten auf eine angemessene Diversifizierung in Bezug auf Länder, Märkte und Emittenten zu achten und das Exposure in Bezug auf einen einzelnen Emittenten darf maximal 20 des Nettovermögens des Teilfonds ausmachen. Hat ein Teilfonds unterschiedliche Gegenparteien, sollten die verschiedenen Sicherheitenkörbe aggregiert werden, um die 20-%-Grenze für das Exposure gegenüber einem einzelnen Emittenten zu berechnen. In Abweichung davon kann der Teilfonds vollumfänglich durch verschiedene Wertpapiere und Geldmarktinstrumente besichert sein, die von einem Mitgliedstaat oder einer oder mehreren seiner Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden. In einem solchen Fall muss der Teilfonds Wertpapiere aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen erhalten, wobei die Wertpapiere aus jeder einzelnen Emission 30% des Nettoinventarwertes des betreffenden Teilfonds nicht überschreiten dürfen.
 - (ii) Ein Teilfonds soll vollumfänglich durch verschiedene Wertpapiere und Geldmarktinstrumente besichert werden können, die von einem Mitgliedstaat oder einer oder mehreren seiner Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden. Die vom Teilfonds als Sicherheit entgegengenommenen Wertpapiere müssen aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei die Wertpapiere aus jeder einzelnen Emission nicht mehr als 30 Prozent des Nettoinventarwertes des betreffenden Teilfonds ausmachen dürfen. Falls der Teilfonds zur Gänze durch Wertpapiere besichert sein soll, die von einem Mitgliedstaat oder einer oder mehreren seiner Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden, hat die ICAV dies im Prospekt zu erwähnen. Der Teilfonds darf nur von den folgenden Mitgliedstaaten, Gebietskörperschaften,

Drittstaaten oder internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters begebene oder garantierte Wertpapiere als Sicherheit für mehr als 20 Prozent seines Nettoinventarwerts akzeptieren:

den Regierungen von OECD-Ländern (mindestens Investment-Grade-Rating), der Regierung der Volksrepublik China, der Regierung Brasiliens (mindestens Investment-Grade-Rating), der Regierung Indiens (mindestens Investment-Grade-Rating), der Regierung Singapurs, der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Finanz-Corporation, des IWF, der Euratom, der Asiatischen Entwicklungsbank, der EZB, des Europarats, der Eurofima, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der EU, der Federal National Mortgage Association (Fannie Mae), der Federal Home Loan Mortgage Corporation (Freddie Mac), der Government National Mortgage Association (Ginnie Mae), der Student Loan Marketing Association (Sallie Mae), der Federal Home Loan Bank, der Federal Farm Credit Bank, der Tennessee Valley Authority, der Straight-A Funding LLC; und

- (f) **Unmittelbare Verfügbarkeit:** Die erhaltenen Sicherheiten müssen jederzeit und ohne vorgängiges Einverständnis der Gegenpartei vom Teilfonds vollumfänglich verwertet werden können.
27. Risiken im Zusammenhang mit der Sicherheitenverwaltung, z. B. operationelle und rechtliche Risiken, sind durch das Risikomanagement zu ermitteln, zu steuern und zu mindern.
28. Sicherheiten, die in Form einer Eigentumsübertragung geleistet werden, müssen von der Verwahrstelle verwahrt werden. Für andere Arten von Sicherheitsvereinbarungen können die Sicherheiten von einem Dritten verwahrt werden, der einer Aufsicht unterliegt und weder eine verbundene noch eine nahestehende Person des Sicherheitengebers ist.
29. Entgegengenommene unbare Sicherheiten (Non-cash Collateral) können nicht veräußert, neu angelegt oder verpfändet werden.
30. Barsicherheiten dürfen nur folgendermaßen angelegt werden:
- (a) als Einlagen bei Kreditinstituten gemäß Vorschrift 7 der OGAW-Verordnungen der Zentralbank
 - (b) in Staatsanleihen erster Qualität
 - (c) in umgekehrten Pensionsgeschäften, sofern diese mit einem in Vorschrift 7 der OGAW-Verordnungen der Zentralbank genannten Kreditinstitut abgeschlossen werden, und der Teilfonds jederzeit den vollen Betrag einschließlich Zinsen zurückfordern kann.
 - (d) in kurzfristigen Geldmarktfonds im Sinne der ESMA-Leitlinien für eine einheitliche Definition europäischer Geldmarktfonds (Ref. CESR/10-049).
31. Angelegte Barsicherheiten gemäß den Diversifizierungsvorschriften für unbare Sicherheiten diversifiziert werden. Angelegte Barsicherheiten dürfen nicht bei der Gegenpartei oder bei einem mit ihr verbundenen oder ihr nahestehenden Institut hinterlegt werden.
32. Ein Teilfonds, der Sicherheiten für mindestens 30 Prozent seiner Vermögenswerte entgegennimmt, sollte über eine angemessene Stressteststrategie verfügen, um sicherzustellen, dass sowohl unter normalen als auch unter außergewöhnlichen Liquiditätsbedingungen regelmäßig Stresstests durchgeführt werden, damit er das mit den Sicherheiten verbundene Liquiditätsrisiko bewerten kann. Die Strategie für Liquiditätsstresstests sollte mindestens Vorgaben zu folgenden Aspekten beinhalten:

- (a) Konzept für die Stresstest-Szenarioanalyse, einschließlich Kalibrierungs-, Zertifizierungs- und Sensitivitätsanalyse;
 - (b) empirischer Ansatz für die Folgenabschätzung, einschließlich Backtesting von Liquiditätsrisikoschätzungen;
 - (c) Berichtshäufigkeit und Meldegrenzen/Verlusttoleranzschwelle(n);
 - (d) Maßnahmen zur Eindämmung von Verlusten, einschließlich Abschlagspolitik und Gap-Risiko-Schutz.
33. Ein Teilfonds sollte über eine eindeutige Abschlagspolitik verfügen, die auf alle als Sicherheiten entgegengenommenen Arten von Vermögenswerten abgestimmt ist. Bei der Erarbeitung der Abschlagspolitik sollte ein Teilfonds die Eigenschaften der Vermögenswerte, wie etwa die Kreditwürdigkeit oder die Preisvolatilität, und die Ergebnisse der gemäß Absatz 32 durchgeführten Stresstests berücksichtigen. Die Abschlagspolitik ist zu dokumentieren und dient der Rechtfertigung der Anwendung eines bestimmten Sicherheitsabschlags bzw. des Verzichts auf die Anwendung eines Sicherheitsabschlags auf eine bestimmte Art von Vermögenswerten.
34. Für Gegenparteien eines vom Teilfonds eingegangenen Pensions- oder Wertpapierleihgeschäfts gilt Folgendes: Wenn (a) für die Gegenpartei eine Bonitätseinstufung von einer von der ESMA eingetragenen und überwachten Ratingagentur vorgenommen wurde, hat die verantwortliche Person diese Einstufung bei der Bonitätsprüfung zu berücksichtigen; und wenn (b) eine Gegenpartei von der unter (a) genannten Ratingagentur auf A-2 oder niedriger (oder ein vergleichbares Rating) herabgestuft wird, hat der Teilfonds unverzüglich eine neue Bonitätsprüfung der Gegenpartei durchzuführen.
35. Ein Teilfonds muss sicherstellen, dass er sämtliche ausgeliehenen Wertpapiere jederzeit zurückrufen und alle Wertpapierleihevereinbarungen jederzeit beenden kann.
36. Ein Teilfonds, der ein umgekehrtes Pensionsgeschäft abschließt, sollte sicherstellen, dass er jederzeit den vollen Geldbetrag zurückfordern und das umgekehrte Pensionsgeschäft entweder in aufgelaufener Gesamthöhe oder zu einem Mark-to-Market-Wert beenden kann. Kann der Geldbetrag jederzeit zu einem Mark-to-Market-Wert zurückgefordert werden, sollte der Mark-to-Market-Wert des umgekehrten Pensionsgeschäfts zur Berechnung des Nettoinventarwerts des Teilfonds herangezogen werden.
37. Schließt ein Teilfonds ein Pensionsgeschäft ab, sollte er sich vergewissern, dass er jederzeit die dem Pensionsgeschäft unterliegenden Wertpapiere zurückfordern oder das Pensionsgeschäft beenden kann.
38. Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte stellen keine Kreditaufnahme oder Kreditvergabe im Sinne von Vorschrift 103 bzw. Vorschrift 111 der OGAW-Verordnung dar.
39. Ein Teilfonds sollte im Teilprospekt seine Politik betreffend die direkten und indirekten operationellen Kosten und Gebühren im Zusammenhang mit Techniken zum effizienten Portfoliomanagement, die von den an den Teilfonds ausgeschütteten Erträgen in Abzug gebracht werden können, offenlegen. Der Teilfonds sollte die Identität der Einrichtung(en), an die solche direkten und indirekten Kosten und Gebühren gezahlt werden, bekanntgeben und angeben, ob es sich dabei um nahestehende Personen der Verwaltungsgesellschaft oder der Verwahrstelle handelt.
40. Alle durch Techniken zum effizienten Portfoliomanagement erwirtschafteten Erträge, abzüglich der direkten und indirekten operationellen Kosten, müssen dem Teilfonds zugeführt werden.

Anhang IV

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR ANLEGER IN DER SCHWEIZ

BMO INVESTMENTS II (IRELAND) PLC

(eine Investmentgesellschaft mit variablem Kapital und beschränkter Haftung, die nach dem Recht Irlands gegründet wurde und unter der Nummer 457359 eingetragen ist und gemäß der OGAW-Verordnung als Umbrellafonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds geführt wird.

Dieser Anhang vom 27. Februar 2017 enthält spezifische Informationen für Anleger in der Schweiz betreffend die BMO Investments II (Ireland) plc (die “Gesellschaft”). Er ist Bestandteil des Prospekts der Gesellschaft vom 9. Dezember 2015 (der “Prospekt”). Sofern nichts anderes angegeben wird, werden alle Fachbegriffe in diesem Anhang mit derselben Bedeutung verwendet wie im Prospekt.

1. Vertreter in der Schweiz

Vertreter in der Schweiz ist **CARNEGIE FUND SERVICES S.A.**, 11, rue du Général-Dufour, 1204 Genf, Schweiz, (Postfach 5842, 1211 Genf 11) Tel.: + 41 (0)22 705 11 77, Fax: + 41 (0)22 705 11 79.

2. Zahlstelle in der Schweiz

Zahlstelle in der Schweiz ist die Genfer Kantonalbank **BANQUE CANTONALE DE GENÈVE**, 17, quai de l'Île, 1204 Genf, Tel.: + 41 (0)22 317 27 27, Fax: + 41 (0)22 317 27 37.

3. Bezugsort der massgeblichen Dokumente

Der Prospekt, die wesentlichen Informationen für den Anleger (KIIDs), die Satzung sowie der Jahres- und Halbjahresbericht der Gesellschaft können kostenlos beim Vertreter bezogen werden.

4. Publikationen

1. Die Gesellschaft betreffende Publikationen erfolgen in der Schweiz auf der Internetplattform von Fundinfo unter www.fundinfo.com.
2. Die Ausgabe- und Rücknahmepreise bzw. der Nettoinventarwert mit dem Hinweis „exklusive Kommissionen“ werden täglich auf der Internetplattform von Fundinfo unter www.fundinfo.com publiziert. Die Veröffentlichung der Preise erfolgt täglich.

5. Zahlung von Retrozessionen und Rabatten

1. Retrozessionen

Der Anlageverwalter und seine Beauftragten können sofern nach dem Gesetz und den geltenden Vorschriften zulässig Retrozessionen zahlen. Bei Retrozessionen handelt es sich um Zahlungen, die der Anlageverwalter und seine Beauftragten aus der Anlageverwaltungsgebühr an berechnete Dritte für die Erbringung von Vertriebsdienstleistungen von Fondsanteilen in der Schweiz und von der Schweiz aus leistet. Mit diesen Zahlungen vergütet der Anlageverwalter die betreffenden Dritten für alle Dienstleistungen, welche direkt oder indirekt den Erwerb von Anteilen durch einen Anleger bezwecken, wie beispielsweise, aber nicht abschliessend:

- Vermittlung potenzieller Anleger für die Teilfonds
- Organisation von Road Shows und/oder Fondsmessen, zu welchen der Anlageverwalter eingeladen ist
- Hilfestellung für Anleger beim Ausfüllen von Zeichnungsanträgen
- Weiterleiten von Zeichnungs-, Umwandlungs- und Rücknahmeanträgen an den Verwalter der Gesellschaft

- Zustellung der Unterlagen der Gesellschaft an Anleger
- Überprüfung von Identifikationsausweisen, Durchführen von Sorgfaltsprüfungen, Führung von schriftlichen Aufzeichnungen über Kunden, die in die Teilfonds investieren könnten
- Verteilen und Veröffentlichung von Informationen und anderen Mitteilungen an Kunden, usw.

Retrozessionen gelten nicht als Rabatte, selbst wenn sie ganz oder teilweise letztendlich an die Anleger weitergeleitet werden.

Empfänger von Retrozessionen müssen eine transparente Offenlegung gewährleisten. Sie müssen Anleger unaufgefordert und kostenlos über die Höhe der Vergütung, die sie für Vertriebsdienstleistungen erhalten können, informieren. Auf Anfrage müssen die Empfänger die Höhe der Vergütungen, die sie tatsächlich für den Vertrieb der von dem betreffenden Anleger gehaltenen kollektiven Kapitalanlagen erhalten, offenlegen.

Das Recht der Republik Irland sieht in Bezug auf die Gewährung von Retrozessionen in der Schweiz (wie vorstehend definiert) keine strengeren Vorschriften vor als das schweizerische Recht.

2. Rabatte

Der Anlageverwalter und seine Beauftragten haben nicht die Absicht, Anlegern in der Schweiz Rabatte (im Sinne direkter Zahlungen des Anlageverwalters und seiner Beauftragten aus der kollektiven Kapitalanlage belasteten Gebühren oder Kosten, wodurch die besagten Gebühren oder Kosten auf einen vereinbarten Betrag reduziert werden) zu zahlen. Es ist daher unerheblich, ob das Recht der Republik Irland in Bezug auf die Gewährung von Rabatten in der Schweiz strengere Vorschriften vorsieht als das schweizerische Recht.

6. *Gebühren und Aufwendungen*

Die Anleger werden auf das Kapitel „Gebühren und Aufwendungen des Prospekts verwiesen.

Die Gebühren und Aufwendungen der Zahlstelle und des Vertreters werden zu geschäftsüblichen Konditionen belastet und von der Gesellschaft getragen.

7. *Erfüllungsort und Gerichtsstand*

Für die in der Schweiz und von der Schweiz aus vertriebenen Anteile sind am Sitz des Vertreters Erfüllungsort und Gerichtsstand begründet.